

Teil E

Inhaltsverzeichnis (Seiten E I – E VIII)

Großgliederung Europas

Seite E 0

E. a) Themen global, die uns auch bewegen **Seiten E 01– E 12**

- 01)** Mit Koffern voller Angebote. Die sich wandelnde Weltordnung drängt China zum Handeln. Auch in Europa buhlt das Land um strategische Partner – etwa in Paris. Von Nickolay Kapitonenko
- 02)** Aus Hetze wird Gewalt. Gewalt gegen Journalisten nimmt zu. Das unterhöhlt auch die Demokratie, die ohne eine unabhängige Berichterstattung nicht funktionieren kann. Von Jodie Ginsberg
- 03)** Am Kippunkt. Krisen über Krisen setzen Demokratien weltweit zu. Dabei ist das Gesellschaftssystem sehr erfolgreich, muss aber seine Stärken ausspielen. Von Jan Zielonka

E. b) Verteidigungsbündnisse: NATO u.a. **Seite E 13**

Keine Berichte

E. c) Europa, Europa und die Welt **Seite E 14**

Keine Berichte

E. d) Europäische Union (EU) **Seiten E 15 – E 31**

- 01)** Europa vor der Wahl. Was ist das Selbstverständnis der EU und wie könnte ihre zukünftige Rolle in der Weltpolitik aussehen? Ein Blick in Ivan Krastevs Werk könnte helfen. Von Leander Scholz
- 02)** Bauernopfer. Ursula von der Leyens Deal mit dem Libanon schadet nicht nur Flüchtlingen dort. Er untergräbt auch die Glaubwürdigkeit der EU. Von Sabrina Kaschowitz & Hussam Baravi
- 03)** Gespenster der Vergangenheit. Bei den Europawahlen droht nicht nur ein Zugewinn der Rechtspopulisten, sondern auch ein Rückfall in die leidige Sparpolitik. Von Robert Misik
- 04)** Von wegen Europafeinde. Rechtspopulisten gerieren sich vermehrt als die wahren Verteidiger Europas. Die Wirkkraft dieser Erzählung sollte nicht unterschätzt werden. Von Ernst Hillebrand

- 05)** Frieden mit wem? Vom russischen Angriff auf die Ukraine aufgeschreckt, soll die EU in den Kriegsmodus wechseln. Doch ein Friedensprojekt war der Staatenbund noch nie. Von Hans Kundnani

E. e) Mitteleuropa

Seite E 32

Keine Berichte

E. f) BR Deutschland und nahe Staaten

Seiten E 33 – E 106

Niederlande (Seiten E 33 – E 36)

- 01)** Das neue holländische Regierungsprogramm

BR Deutschland (ohne Berlin und Land Brandenburg)

(Seiten E 37 – E 75)

- 01)** Keine Berührungängste. Rechtspopulisten mobilisieren die Massen auf TikTok. Ein Verbot der App würde das eigentliche Problem jedoch nicht lösen. Von Joscha Wendland
- 02)** Spargelzeit im Nil. Von Ed Koch
- 03)** Erwartungsgemäß. Von Ed Koch
- 04)** Blankes Entsetzen. Von Ed Koch
- 05)** Terror lohnt sich. Von Ed Koch
- 06)** Demokratie in Gefahr? Deutschlands Debatte um die Gefahr von rechts dreht sich um sich selbst. Dabei würde der Blick zu den europäischen Nachbarn helfen. Von Nils Meyer-Ohlendorf
- 07)** Düsseldorf. Von Ed Koch
- 08)** EUREF begrüßt Europa. Von Ed Koch
- 09)** KW 21 (20. bis 26.05.2024) Im Rahmen unserer Möglichkeiten. Von Ed Koch
- 10)** „Keine Sonderstellung für Amtsträger“. Ex-Justizministerin Herta Däubler-Gmelin über den Haftbefehl-Antrag gegen Netanjahu, Doppelstandards und eine mögliche Verhaftung in Deutschland. Interview. Die Fragen stellten Joscha Wendland und Nikolaos Gavalakis
- 11)** Die große Illusion. Von Ed Koch
- 12)** Das Leipzig Ritual. Von Ed Koch
- 13)** KW 20 (13. bis 19.05.2024) – De-Risking. Von Ed Koch
- 14)** Hauptsache, der Hintern ist sauber. Von Ed Koch
- 15)** Willy. Von Ed Koch
- 16)** Blitzableiter. Die Klimabewegung schießt sich auf Elon Musk und Tesla ein. Bei der deutschen Autoindustrie, die weiter auf Verbrenner setzt, knallen die Sektkorken. Von Timo Daum & Andreas Knie

- 17) Befreiung aus der Schockstarre. Millionen Menschen gehen nach der Correctiv-Veröffentlichung „Geheimplan gegen Deutschland“ auf die Straße. Es ist Zeit, andere Fragen zu stellen. Von Justus von Daniels

Berlin und Land Brandenburg (Seiten E 76 – E 106)

- 01) KW 45 2008 – KW 22 2024 Die Vollendung. Von Ed Koch
02) Der SPD ist nichts peinlich. Von Ed Koch
03) Doppelspitze, ja aber
04) Strömungen. Von Ed Koch
05) Größter Vorsitzender aller Zeiten. Von Ed Koch
06) Jetzt geht's los!!! Von Ed Koch
07) Holz, Ziegel, Lehm
08) Besuch aus Israel. Von Ed Koch
09) Moralspektakel. Von Ed Koch
10) Versteckte Helden. Von Ed Koch
11) Die Stunden Null. Von Ed Koch
12) Als der Strom nach Berlin kam. Von Ed Koch
13) KW 18 (19.04. bis 05.05.2024) – Verkehrsrückwende. Von Ed Koch
14) Wohnen statt parken. Von Ed Koch
15) Wärmer geht's nicht. Von Ed Koch
16) Grüner geht's nicht. Von Ed Koch

E. g) Ostmitteleuropa

Seiten E 107 – E 111

Tschechien (Seite E 107)

- 01) Minderheitensprache(n) fördern

Ungarn (Seiten E 108 – E 111)

- 01) Exportschlager „illiberale Demokratie“. Viktor Orbáns Ungarn bietet der radikalen Rechten weltweit nicht nur eine Blaupause für den Staatsumbau. Es treibt auch ihre Vernetzung voran. Von Thomas Greven

E. h) Osteuropa

Seiten E 112– E 140

Ukraine (Seiten E 112 – E 122)

- 01) Das Lego-Prinzip. Vom Krieg hart getroffen, braucht die Ukraine Zukunftsperspektiven. Beim Wiederaufbau sollten vier Aspekte besonders im Fokus stehen. Von Svenja Schulze
02) Gebot der Realpolitik. Wer derzeit für Frieden plädiert, wird oft attackiert. Doch die Suche nach Wegen, den Krieg in der Ukraine zu beenden, erfordert eine breite Debatte. Von Frank Hoffer

- 03)** Eine Frage der Existenz. Die ukrainische Armee braucht neue Soldaten. Doch die Maßnahmen der Regierung sind wenig erfolgversprechend und drohen, die Gesellschaft zu spalten. Von Anastasia Magazowa

R u s s l a n d (Seiten E 123 – E 140)

- 01)** Atmosphäre der Angst. Jeder denunziert jeden: In Russland nehmen „Bürgerbeschwerden“ stark zu. Die Gesellschaft nimmt den Rückfall in den Stalinismus stoisch hin. Von Daria Boll-Palievskaya
- 02)** Russische Zwickmühle. Mit der Eröffnung einer neuen Front setzt Moskau die Ukraine unter Druck. Eine Besserung der Lage ist erst 2025 zu erwarten. Von Michael Kofman & Rob Lee
- 03)** Experiment ohne Erfolgsgarantie. Putin kann mit seiner Kabinettsumbildung zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Ein Außenseiter wird überraschend neuer Verteidigungsminister. Von Tatiana Stanovaya
- 04)** Im Kreuzfeuer. Russland rekrutiert junge Nepalesen für den Krieg in der Ukraine. Angehörige fordern ein Einschreiten von ihrer Regierung. Von Kamal Dev Bhattarai
- 05)** Im Osten nichts Neues. Sowjetnostalgie und antiwestliche Stimmungsmache: Putin setzt unbeirrbar auf alte Grundpfeiler russischer Politik. Europa muss sich warm anziehen. Von Cord Jakobeit & Dmytro Mykhailychenko

E. i) Mittelasien / Kaukasusgebiet / Türkei

Seiten E 141 – E 144

G e o r g i e n (Seiten E 141 bis E 144)

- 01)** Schwieriger Balanceakt. Das Gesetz gegen ausländische Einflussnahme in Georgien bietet Anlass zur Sorge. Allerdings sollte sich der Westen aus den Protesten heraushalten. Von Artin DerSimonian & Anatol Lieven

E. j) Südosteuropa

Seite E 145

Keine Berichte

E. k) Süd- und Westeuropa

Seiten E 146 – E 149

Frankreich (Seiten E 146 bis E 149)

01) Glücksmann. In Frankreich führt der Spitzenkandidat die Sozialisten zu neuen Höhenflügen. Doch die Europawahl könnte auch Le Pen einen gewaltigen Schub geben. Von Adrienne Woltersdorf

E. l) Nordwest- und Nordeuropa

Seiten E 150 - E 152

Großbritannien (Seiten E 150 bis E 152)

01) Abgründe der Energiewende. Während Minenbetreiber in Schweden gute Geschäfte machen, bleibt für die Gemeinden wenig übrig – außer zerstörter Natur. Von Lisa Pelling



P. Jordan: „Großgliederung Europas nach kulturellräumlichen Kriterien“, Europa Regional 13 (2005), Heft 4, Leibniz-Institut für Länderkunde, Leipzig. Karte Europa Grünes Band.png

https://de.wikipedia.org/wiki/Datei:Grossgliederung_Europas.png

Eine eindeutige Definition der geografischen Regionen West- und Ostmitteleuropa ist kaum sinnvoll, weil die historische Entwicklung und der Entwicklungsstand[1] der dort liegenden Staaten zu berücksichtigen wäre.

Im Sprachgebrauch West- und Mitteleuropas spiegelt sich annähernd folgende Zuordnung der Staaten wider:

- Westmitteleuropa: Deutschland, Österreich, die Schweiz und Liechtenstein
- Ostmitteleuropa: zumindest Polen, Tschechien, die Slowakei und Ungarn. Manchmal werden auch Rumänien, Slowenien und Kroatien dazugezählt.

Landschaftlich gehört Ostösterreich zu Ostmitteleuropa, die Zuordnung Österreichs zu Westmitteleuropa wurzelt politisch-geographisch in der Zeit des mittleren zwanzigsten Jahrhunderts. Physisch ist hier die Grenze im Raum zwischen Alpen und Böhmischer Masse zu sehen. Diese Grenze entspricht etwa den klimatischen Grenzen des atlantischen Einflussbereichs zum Pannonischen Klima.

West- und Ostmitteleuropa in diesem weiteren Sinne zusammen entsprechen etwa auch dem Begriff Mitteleuropa oder Zentraleuropa, englisch Central Europe (CE). Abzugrenzen ist diese kulturgeographische Region vom wirtschaftspolitischen Begriff MOEL Mittel- und osteuropäische Länder / CEE Central and Eastern Europe, einem Konzept, das etwas umfassender dem hier erwähnten Ostmitteleuropa entspricht oder umfassend östlicher zu sehen ist.

Quelle: WIKIPEDIA „Ostmitteleuropa“, aufgerufen am 28.11.19, 12:50 Uhr:

<https://de.wikipedia.org/wiki/Ostmitteleuropa>

s.a. Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg: Begr. „Ostmitteleuropa“ im

Online-Lexikon zur Kultur und Geschichte der Deutschen im östlichen Europa

<https://ome-lexikon.uni-oldenburg.de/begriffe/ostmitteleuropa>

Teil E

E. a) Themen global, die uns auch bewegen

Seiten E 01– E 12

01) Mit Koffern voller Angebote. Die sich wandelnde Weltordnung drängt China zum Handeln. Auch in Europa buhlt das Land um strategische Partner – etwa in Paris

Von Nickolay Kapitonenko



Nickolay Kapitonenko, Kiew

Dr. Nickolay Kapitonenko ist außerordentlicher Professor am Institut für Internationale Beziehungen an der Nationalen Taras-Schewtschenko-Universität Kiew und Direktor des Zentrums für Studien der Internationalen Beziehungen.

14.05.2024



picture alliance / Associated Press | Aurelien Morissard

Durch den andauernden russischen Krieg in der Ukraine verändert sich Schritt für Schritt die internationale politische Landschaft. Auch Staaten, die vom realen Kriegsgeschehen weit entfernt sind, verfolgen die Veränderungen aufmerksam. Der Krieg setzt im internationalen Interaktionsgefüge komplexe Mechanismen in Gang, stellt bestehende Bündnisse auf eine Bewährungsprobe und verschiebt die Kräfteverhältnisse. Dabei geht es nicht nur um die unklare Zukunft der internationalen Ordnung, sondern auch um wichtige konkrete und aktuelle außenpolitische Fragen – zumindest für diejenigen Staaten, die sich das leisten können.

Peking beobachtet den Lauf der Dinge schon seit Langem und ist zu dem Schluss gekommen, dass es jetzt an der Zeit ist, zu handeln. Die Europatournee des chinesischen Staats- und Parteichefs Xi Jinping ist Teil einer langfristig angelegten Strategie Chinas, mit Initiativen zur globalen Sicherheit, globalen Entwicklung und globalen Zivilisation seine Vision einer neuen internationalen Ordnung zu verwirklichen, wobei Peking unter anderem die Veränderungen im globalen Kräfteverhältnis im Blick behält. China ist gewillt und gerüstet, weltpolitisch eine bedeutendere Rolle zu übernehmen, und kann sich dabei auf sein massiv gewachsenes Wirtschaftspotenzial stützen: In Kaufkraftparitäten gerechnet, ist das Land mittlerweile die größte Volkswirtschaft der Welt, auch wenn es noch nicht an die historischen Rekordzeiten unter Kaiser Qianlong anknüpfen kann, als Chinas Anteil an der globalen Wirtschaftskraft bei 30 Prozent lag.

Großen Anteil an Chinas wirtschaftlichem Erfolg hat das weltweite Freihandelssystem, dem sich das Land 2001 anschloss. Aufgrund dieses Systems ist die gigantische exportorientierte Volkswirtschaft auf eine zuverlässige Energieversorgung und auf den Zugang zu den größten Märkten in Südostasien, Europa und Nordamerika angewiesen und eingebunden in ein komplexes Beziehungsgeflecht mit den USA, der EU, Russland und einer Reihe von Regionalmächten in der ganzen Welt, das von wechselseitigen Abhängigkeiten, erbitterter Konkurrenz und zeitweise auch von Handelskriegen geprägt ist. Stellt man dazu noch die offenkundige Krise der Weltordnung und den Russland-Ukraine-Krieg in Rechnung, wird deutlich, welche Herkulesaufgabe Xi Jinping zu bewältigen hat.

Die zentralen Herausforderungen sind dabei die Rivalität mit den USA, der schwierige Dialog mit Europa und die Beziehungen zu Russland. Die sich wandelnde Vierpunkt-Geometrie der multipolaren Weltordnung drängt China zum Handeln. Während eine Konfrontation mit den USA unausweichlich und das Verhältnis zu Moskau ziemlich stabil scheint, richtet sich der für China entscheidende Fokus auf Europa.

Inzwischen geht es um den Ausbau einer alternativen Sicherheitsordnung in Eurasien, die sich auf eine Partnerschaft zwischen Europa und China gründet.

Im April reiste Bundeskanzler Olaf Scholz nach China. Gesprächsthemen waren der Handel, der Wettbewerb und der Unmut in der EU über die staatlichen Subventionen für chinesische Unternehmen. Für seine Europatournee im Mai suchte Xi Jinping sich Frankreich, Serbien und Ungarn aus. Auf der Themenliste standen auch dort Handel, Subventionen und Wettbewerb, aber darüber hinaus auch politische Fragen, die mit dem Russland-Ukraine-Krieg und übergeordneten geopolitischen Plänen zusammenhängen.

Besonders stark war das bei Xi Jinpings Besuch in Paris der Fall, bei dem nicht zuletzt Frankreichs spezieller Umgang mit den transatlantischen Beziehungen zum Tragen kam. Die Aussage des chinesischen Staats- und Parteichefs, China und Frankreich sollten gemeinsam auf den Aufbau einer gleichberechtigten und multipolaren Welt hinarbeiten, mussten dort auf besonders offene Ohren stoßen. Im Kern bot Xi Jinping Frankreich eine maximal breite Zusammenarbeit in allen Bereichen an, die sich auf die Kerngedanken seiner globalen Initiativen stützt: die Vermeidung einer Blockkonfrontation und der beiderseitige Nutzen. Der Handelsdialog mit Deutschland wurde in Paris mit geopolitischen Ideen angereichert: Inzwischen geht es nicht nur um 15 Prozent der chinesischen Exporte in die EU, sondern auch um den Versuch, eine alternative Sicherheitsordnung in Eurasien aufzubauen, die sich auf eine Partnerschaft zwischen Europa und China gründet. Wenn die Diskussionen über einen Neo-Isolationismus in den USA nach der dortigen Wahl lauter werden, ist nicht auszuschließen, dass solche Gedanken auch in Europa an Popularität gewinnen.

Interessant ist auch, dass bei Xi Jinpings Reiseplanung die Wahl auf Serbien und Ungarn fiel. Ausschlaggebend war natürlich nicht, dass Xi Jinping in jungen Jahren ein Fan des jugoslawischen Films „Auftrag für Tiger“ (Originaltitel: „Die Brücke“) war und gern die jugoslawische Version des Liedes „Bella Ciao“ hörte. Der Besuch fand genau 25 Jahre nach dem Tag statt, an dem im Zuge der NATO-Operation die chinesische Botschaft in Belgrad durch eine amerikanische Fliegerbombe zerstört wurde und an den man sich in Serbien sehr gut erinnert – ein guter Ansatzpunkt, um einmal mehr mögliche Bruchlinien im Verhältnis zwischen Europa und den USA aufzuspüren und zumindest einigen europäischen Ländern eine Alternative anzubieten. Auch hier traf der Gast auf ein dankbares Publikum: Xi Jinping und Aleksandar Vučić unterzeichneten rund 30 Abkommen – darunter eine Erklärung mit dem bedeutungsschweren Titel „Zum Aufbau einer chinesisch-serbischen Schicksalsgemeinschaft“, mit der die strategische Partnerschaft der beiden Staaten ausgeweitet werden soll. Sie beinhaltet Investitionen, finanzielle Zusammenarbeit und – wie bei China üblich – Hochtechnologien. Serbien ist ein wichtiger Baustein der für China essenziellen Initiative „Neue Seidenstraße“, und umgekehrt ist China der wichtigste Investor für die serbische Wirtschaft. Im Juli tritt ein Freihandelsabkommen zwischen den beiden Ländern in Kraft, das Chinas Position auf dem Balkan weiter stärken wird.

Während in der gemeinsamen Erklärung mit Serbien von einer „Schicksalsgemeinschaft“ die Rede ist, sprach Xi Jinping in Budapest von einer umfassenden strategischen „Allwetter-Partnerschaft“ in einer neuen Epoche. Auch das EU-Mitglied Ungarn spielt eine wichtige Rolle in den Plänen für die „Neue Seidenstraße“ – und bekam ebenfalls eine Zusammenarbeit in den Bereichen Infrastrukturentwicklung, grüne Energieversorgung und Künstliche Intelligenz angeboten. Auch über die multipolare Weltordnung, eine inklusive Globalisierung und Gerechtigkeit wurde in Budapest gesprochen.

Serbien und Ungarn hat China schon seit Langem besonders im Blick.

Sowohl Serbien als auch Ungarn hat China seit Langem besonders im Blick. Schon seit den Zeiten, als sie in Form des Titoismus und des Kádárismus („Gulaschkommunismus“) eigenständige nationale Modelle von Sozialismus einführten, studiert China die Erfahrungen der beiden Länder sehr aufmerksam. Später verfolgte das Land mit Interesse die postsozialistischen Wandlungsprozesse in beiden Ländern, zog seine Lehren daraus und nahm dabei auch ihre Rolle in der Region in den Blick. Heute haben sie eine wichtige Funktion für Peking's Pläne, die offenbar darauf abzielen, die Länder Europas individuell vom Nutzen einer alle Bereiche umfassenden Partnerschaft mit China zu überzeugen.

Bei seiner Europatournee ging es Xi Jinping jedoch um weit mehr als darum, die Probleme mit dem Import chinesischer Elektroautos nach Europa oder mit dem von den Europäern beklagten unlauteren Wettbewerb zu lösen. Die Reise wirkt wie ein Versuch, das Heft des Handelns in die Hand zu nehmen zu einem Zeitpunkt, da die internationale Ordnung sich im Krisenmodus befindet. Bei einem solchen Versuch geht es allerdings unweigerlich auch um den Russland-Ukraine-Krieg und Chinas Haltung dazu.

Dass diese Haltung den Europäern Sorgen bereitet, ist nachvollziehbar. Ebenso wenig ist von der Hand zu weisen, dass eine Niederlage Russlands für China nicht hinnehmbar ist. Das erschwert die Suche nach für beide Seiten vorteilhaften Lösungen der Wirtschafts- und Handelsprobleme. Das europäische Kalkül, China werde in welcher Form auch immer Druck auf Russland ausüben, wirkt nicht überzeugend. Peking hat sich erfolgreich auf die Realitäten des Krieges eingestellt, die mit diesem Krieg verbundenen Risiken eingegrenzt

Seite E 4 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

und Russlands Schwäche und Verwundbarkeit zum größtmöglichen eigenen Vorteil ausgenutzt und gleichzeitig die Bereitschaft signalisiert, eine Vermittlerrolle zu übernehmen und aktiv an der Gestaltung einer Nachkriegsordnung mitzuwirken – sobald die Voraussetzungen dafür gegeben sind.

Zugleich kommt Europa in Chinas übergeordneter Gesamtstrategie eine Schlüsselrolle zu: Wenn es gelänge, Europas Bindung an die USA zu schwächen und die durch Russlands Angriff auf die Ukraine zum Teil zerstörten Bande zwischen den beiden entgegengesetzten Polen Eurasiens wiederherzustellen, wäre Chinas Position in der multipolaren Weltordnung erheblich gestärkt. Aber lohnt es sich für Peking, für eine Annäherung an die EU eine Kehrtwende in seinem Verhältnis zu Russland in Kauf zu nehmen?

Bei Putins bevorstehendem China-Besuch, aber auch beim Friedensgipfel in der Schweiz wird sich zeigen, wie unverrückbar Pekings Position ist.

Das ist und bleibt eine offene Frage. Russland ist für China zu wichtig – zum einen als Energielieferant und zum anderen als Partner bei der Umgestaltung der Weltordnung. Auch Europa ist wichtig, aber vorerst nur als Handelspartner. Für eine echte strategische Partnerschaft zwischen China und Europa (und nicht nur zwischen einzelnen Ländern) gibt es bislang noch zu viele Hindernisse. Bei Putins bevorstehendem China-Besuch, aber auch beim Friedensgipfel in der Schweiz wird sich zeigen, wie unverrückbar Pekings Position ist.

Der Russland-Ukraine-Krieg entfaltet Schritt für Schritt globale Wirkungen. Die Dynamik und der Charakter dieses Krieges sind in den Augen vieler Beobachter in aller Welt ein Zeichen für die Schwäche des Westens. Die globale Kräfteverschiebung schreitet voran und zeigt die Grenzen der Großmächte auf. Viele Regierungen, die Pekings Einschätzung teilen, dass die monopolare Welt am Ende ist, erinnern an die Strategie des Ausgleichs. Sie kann die Möglichkeit eröffnen, die Risiken auf ein Minimum zu reduzieren und größere Spielräume zu schaffen. Für eine solche Politik – auch *Hedging* genannt – könnten sich nicht nur Chinas regionale Nachbarn, sondern auch geografisch weiter entfernte Partner wie eben Serbien und Ungarn erwärmen. Wenn das *Hedging* mehr in Mode käme, könnte Peking schon bald auf seine Angebote an Europa zurückkommen – und dann wäre es schwerer, sie auszuschlagen.

Aus dem Russischen von Andreas Bredenfeld

https://www.ipg-journal.de/regionen/europa/artikel/xi-in-europa-7502/?utm_campaign=de_40_20240514&utm_medium=email&utm_source=newsletter

02) Aus Hetze wird Gewalt. Gewalt gegen Journalisten nimmt zu. Das unterhöhlt auch die Demokratie, die ohne eine unabhängige Berichterstattung nicht funktionieren kann

Von Jodie Ginsberg



Jodie Ginsberg, New York

Jodie Ginsberg ist CEO des *Committee to Protect Journalists*, einer gemeinnützigen Organisation, die sich weltweit dafür einsetzt, dass Medienschaffende frei und sicher berichten können.

08.05.2024



Pressefreiheit in Gefahr: Ein Polizist behindert die Arbeit eines Journalisten.- *picture alliance / ZB | Arno Burgi*

Allein in der ersten Woche dieses Jahres wurden mindestens 18 Journalisten und Journalistinnen [angegriffen](#) oder drangsaliert, während sie über mutmaßliche Wahlunregelmäßigkeiten und Gewalt in Bangladesch berichteten. Anfang Februar wurden Medienschaffende in Pakistan durch eine Welle der Gewalt, großflächige Internet-Blackouts und die Sperrung von Mobilfunknetzen an der Berichterstattung über die Wahlen [gehindert](#). Im März wurden Journalisten in der Türkei [beschossen](#) und daran gehindert, Kommunalwahlen zu beobachten, obwohl das Gesetz eigentlich auf ihrer Seite steht.

Es war ein beunruhigender, aber nicht besonders überraschender Start in dieses „Superwahljahr“. Wenn die [Hälfte der Weltbevölkerung ihre Stimme abgibt](#), ist eine unabhängige Berichterstattung über die Kandidaten und die Themen unerlässlich. Doch die Angriffe auf die Medien nehmen zu, selbst in reiferen Demokratien. In den Vereinigten Staaten hat die Rückkehr von Donald Trump als Kandidat Erinnerungen an den 6. Januar

Seite E 6 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

2021 geweckt, als seine Anhänger das Kapitol stürmten, sich auf Journalisten stürzten, ihre Kameras zerstörten und „[Murder the media](#)“ an die Türen kritzelten.

Die Angriffe auf die Medien nehmen zu, selbst in reiferen Demokratien.

Solche Beispiele stehen stellvertretend für eine umfassendere Problematik. Von den USA bis Indien werden hart erkämpfte Freiheiten und Rechte ausgehöhlt. Im Jahr 2023 veröffentlichte das *V-Dem*-Institut, das Demokratie weltweit überwacht, einen [Bericht](#), in dem es davor warnt, dass die seit 1989 erzielten Fortschritte bei der Demokratisierung rückgängig gemacht werden. Die Autorinnen und Autoren sehen die zunehmenden Angriffe auf Journalisten als wichtigen Indikator für Autokratisierung: „Aspekte der Meinungs- und Pressefreiheit sind diejenigen, die ‚Möchtegern-Diktatoren‘ am meisten und oft zuerst angreifen.“

Es besteht kein Zweifel daran, dass die Bedrohungen für Journalisten zunehmen, und zwar nicht nur in Ländern, in denen unabhängige Medien immer ein Ziel sind. In den vergangenen drei Jahren hat das Komitee zum Schutz von Journalisten eine [beinahe rekordverdächtige](#) Zahl von inhaftierten Journalistinnen und Journalisten (und sogar Top-Medienmanagern) dokumentiert, auch in vermeintlichen Demokratien wie Guatemala und in Ländern, die einst ein relativ hohes Maß an persönlicher und politischer Freiheit genossen, wie etwa Hongkong.

Die Zahl der Morde an Medienschaffenden ist auf dem [höchsten Stand](#) seit fast einem Jahrzehnt. Im Jahr 2022 wurde der amerikanische Enthüllungsjournalist Jeff German vor seinem Haus in Las Vegas [erstochen](#), und ein Politiker, über den German berichtet hatte, wartet nun auf ein Verfahren wegen des Mordes. Von Washington und Westminster bis Buenos Aires und Budapest erhalten Medienschaffende, die über Politik berichten, täglich Morddrohungen und laufen zunehmend Gefahr, bei politischen Kundgebungen und Protesten zur Zielscheibe zu werden.

Einem UNESCO-[Bericht](#) aus dem Jahr 2021 zufolge haben drei Viertel der befragten Journalistinnen im Internet Hass, Belästigung oder Gewaltandrohungen erlebt. Einer der wahrscheinlichsten Auslöser für solche Übergriffe war die Berichterstattung über „Politik und Wahlen“. Frauen und Angehörige marginalisierter Bevölkerungsgruppen sind die Hauptleidtragenden dieses medienfeindlichen Mobbings im Internet – und die Hetze schlägt häufig in reale Gewalt um.

Die Hetze schlägt häufig in reale Gewalt um.

Die Folgen dieses beunruhigenden Trends sind aber nicht nur auf die Medien beschränkt. Angriffe auf Medienschaffende schaden allen. Journalisten, die über Kandidatinnen und Kandidaten berichten, indem sie ihre berufliche Laufbahn, den Wahrheitsgehalt ihrer Behauptungen und die Glaubwürdigkeit ihrer Versprechen unter die Lupe nehmen, lassen publizistische Sorgfaltspflicht im Interesse der Öffentlichkeit walten. Indem sie über politische Errungenschaften und Misserfolge berichten, tragen sie dazu bei, die offizielle Darstellung eines Kandidaten zu bestätigen – oder zu widerlegen –, und sie entlarven Lügen und Hetzkampagnen als das, was sie sind. Sie liefern auch praktische Informationen über Wahlverfahren und überwachen Wahlunregelmäßigkeiten und Verstöße gegen die Wahlkampffinanzierung. Ohne solche Informationen kann es keine Demokratie geben, sondern eher das, was *V-Dem* als „Wahlautokratie“ bezeichnet, bei der Wahlen leere Rituale sind.

Seite E 7 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

Unabhängige Berichterstattung ist zudem entscheidend, um amtierende Machthaber zur Rechenschaft zu ziehen. Es war altmodische, auf Recherche beruhende Berichterstattung, die die gefälschte Biografie des republikanischen New Yorker Kongressabgeordneten George Santos aufdeckte und schließlich zu seinem Rauswurf aus dem Kongress führte (von der [Strafanzeige](#) ganz abgesehen). Es waren Nachrichtenmedien, die [Aufnahmen](#) des Chefs der peruanischen Geheimpolizei, Vladimiro Montesinos Torres, von der Bestechung von Richtern und Politikern veröffentlichten – Enthüllungen, die zum Sturz von Präsident Alberto Fujimori führen sollten. Und es war unabhängige Berichterstattung über „[Partygate](#)“, die Boris Johnson schließlich zum Rücktritt als Premierminister des Vereinigten Königreichs zwang.

Unabhängige Berichterstattung ist zudem entscheidend, um amtierende Machthaber zur Rechenschaft zu ziehen.

Unabhängiger, professioneller Journalismus – sowohl auf lokaler als auch auf nationaler Ebene – ist sogar noch wichtiger geworden, da die Öffentlichkeit heute mit Desinformationen überflutet wird. In einem aktuellen [Bericht](#) der Nachrichtenagentur *Associated Press* heißt es, dass künstliche Intelligenz die Verbreitung von Wahlkampflügen durch Deepfake-Bilder und -Audios, die von echten Aufnahmen nicht zu unterscheiden sind, zusätzlich verschärft. Auch eine im März veröffentlichte [Studie](#) des *Africa Center for Strategic Studies* stellt fest, dass sich Desinformation im Vorfeld der jüngsten Wahlen auf dem gesamten Kontinent vervierfacht hat (im Vergleich zu 2022).

Unabhängige Nachrichtenmedien sind unerlässlich, um diesem technologiegetriebenen Trend entgegenzuwirken. Ein Beispiel sind die diesjährigen [Wahlen in Taiwan](#). Obwohl die Online-Kanäle während des gesamten Wahlkampfs mit Lügen überschwemmt wurden, [deuten Studien darauf hin](#), dass ein Großteil der Desinformation durch die gemeinsamen Bemühungen der lokalen Medien, der Wahlbehörden und der Faktenprüfer entschärft wurde, die sich alle bewusst darauf konzentrierten, Vertrauen aufzubauen und Wählerinnen und Wähler mit den Informationen zu versorgen, die sie brauchen, um eine fundierte, sinnvolle Wahl zu treffen.

Diese Lehren müssen beherzigt und sorgfältig auf Warnsignale geachtet werden. Wenn dieses Jahr ein Lackmустest für die Demokratie auf der ganzen Welt ist, wird ein Vorindikator sein, wie die Medien behandelt werden. Wir müssen weiterhin wachsam sein, wenn es darum geht, eine freie und unabhängige Presse zu verteidigen – und lebendige lokale Medien zu fördern. Wenn wir das nicht tun, können Sie sicher sein, dass die Erosion der Freiheiten auch vor unserer Tür nicht Halt machen wird.

Dieser Artikel erschien ursprünglich auf [Project Syndicate](#).

Aus dem Englischen von Sandra Pontow

https://www.ipg-journal.de/rubriken/demokratie-und-gesellschaft/artikel/aus-hetze-wird-gewalt-7495/?utm_campaign=de_40_20240508&utm_medium=email&utm_source=newsletter

03) Am Kippunkt. Krisen über Krisen setzen Demokratien weltweit zu. Dabei ist das Gesellschaftssystem sehr erfolgreich, muss aber seine Stärken ausspielen

Von Jan Zielonka



Jan Zielonka, Venedig

Jan Zielonka ist Professor für Politik und Internationale Beziehungen an der Universität Venedig sowie am *St. Antony's College* der Universität Oxford. Er ist der Autor von *Konterrevolution. Der Rückzug des Liberalen Europas* (2019).

07.05.2024 |



Gary Waters.- *picture alliance / Westend61*

Ami Ayalon, früherer Leiter des israelischen Inlandsgeheimdienstes, gestand kürzlich in einem [Interview mit dem New Statesman](#) mit entwaffnender Offenheit: „Wir müssen davon ausgehen, dass wir einen Krieg mit der Hisbollah führen werden, nicht weil wir oder sie es wollen, sondern weil wir die Kontrolle verlieren.“ Dieses Gefühl der Ohnmacht beschränkt sich nicht auf den Libanon oder den Israel-Palästina-Konflikt.

Wir wollten keinen Krieg mit Russland, aber wir haben jeden Einfluss auf das übergriffige Verhalten von Präsident Wladimir Putin verloren. Wir wissen, dass unkontrollierte Märkte erneut abstürzen und massive soziale Schäden verursachen können, aber wir verfügen nicht über die nötigen Werkzeuge, um die globalen Märkte in Einklang zu bringen. Wir verstehen die schrecklichen Folgen des Klimawandels, aber wir brechen immer wieder unsere eigenen Umweltversprechen unter dem Druck von Unternehmen, Landwirten oder Dieselfans. [Wir beklagen](#) den raschen oder gar wilden Fortschritt der Künstlichen Intelligenz,

Seite E 9 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

aber wir wollen trotzdem erst einmal abwarten. Wir rechnen mit einer neuen Gesundheitsgefahr durch unbekannte Viren oder multiresistente Keime, aber der Abbau der öffentlichen Gesundheitssysteme schreitet ungehindert voran.

Wir wissen, dass unkontrollierte Märkte erneut abstürzen und massive soziale Schäden verursachen können, aber wir verfügen nicht über die nötigen Werkzeuge, um die globalen Märkte in Einklang zu bringen.

Gegen dieses Gefühl der Ohnmacht braucht es vielmehr eine sozialpsychologische als eine politische Therapie. Apokalyptiker werden nie an eine bessere Zukunft glauben, ganz gleich, was geschieht. Allerdings waren sogar berühmte Pessimisten wie Thomas Hobbes überzeugt, eine Regierung könne und solle etwas bewirken: Nur in einem „Naturzustand“ ohne Leviathan sei das Leben „einsam, armselig, ekelhaft, tierisch und kurz“ gewesen, ein Kampf „aller gegen alle“. Leider glauben heute [nur noch wenige Menschen](#), Regierungen könnten unsere Zukunft sichern.

In den 1980er Jahren galt ich als naiver Optimist, wenn ich erklärte, dass Arbeiterstreiks in Polen oder Lichterketten im Baltikum die Sowjetunion und die Berliner Mauer zum Einsturz bringen könnten. Ich bin immer noch überzeugt, dass reiche und gebildete Europäerinnen und Europäer die „Polykrise“ unserer Zeit überwinden können. Wir konnten Russland daran hindern, die gesamte Ukraine zu besetzen, die europäische Schuldenkrise von 2009/10 wurde eingehegt, ständig werden neue Medikamente entdeckt, und die gerade beschlossene KI-Verordnung der EU bietet den Bürgerinnen und Bürgern zumindest einen gewissen Schutz vor neuen Überwachungstechnologien.

Dennoch wird der Europäische *Green Deal* gerade vor unseren Augen [rückgängig gemacht](#) wird – mit verheerenden, vor allem mittel- bis langfristigen Folgen. Das Wettrüsten beschleunigt sich und vertrauensbildende Maßnahmen nehmen ab, was das Risiko eines mutwilligen oder fahrlässigen Kriegsausbruchs erhöht. Die Finanz- und Migrationskrisen werden zwar eingehegt, aber die zugrunde liegenden Probleme nicht befriedigend gelöst, sodass sie in verschärfter Form zurückkehren könnten.

All diese einzelnen Herausforderungen verstärken sich zudem gegenseitig. Wir können über die Bedeutung dieser oder jener Bedrohung diskutieren und entsprechende Untergangsprophetien hinterfragen. Dennoch muss man feststellen, dass sich zahlreiche grundsätzliche Probleme anhäufen, die ohne angemessene Lösungen nicht einfach verschwinden werden. Wie sind wir in dieses Durcheinander geraten?

Diese emotionale Polarisierung macht es schwer, politische Maßnahmen zu treffen, die auf breite öffentliche Zustimmung stoßen.

Gewöhnlich werden inkompetente oder böswillige Politiker für den beklagenswerten Zustand unserer Regierungsführung verantwortlich gemacht. Das Problem daran ist, dass wir je nach ideologischer Haltung unterschiedliche Politikerinnen und Politiker beschuldigen. Wer Liberale aus den Mitte-rechts- oder Mitte-links-Parteien wählt, kritisiert Populisten für Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit, „alternative Fakten“, wenn nicht gar offene Lügen, und autoritäre Tendenzen, die die Demokratie untergraben. Wer Populistinnen und Populisten wählt, beschuldigt die Liberalen, die gewöhnlichen Leute zu vernachlässigen und immer mehr Macht auf die Märkte und nicht gewählte Institutionen wie die Europäische Kommission, Zentralbanken oder Verfassungsgerichte zu übertragen. Liberale werden zudem bezichtigt, die Grenzen für „illegale“ Migrantinnen und Migranten, „subventionierte“ chinesische Produkte und „fremde“ Kulturen zu öffnen.

Seite E 10 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

Diese emotionale Polarisierung macht es schwer, politische Maßnahmen zu treffen, die auf breite öffentliche Zustimmung stoßen. Diese Unterstützung braucht man aber, um all die komplexen Herausforderungen auf entschiedene, kohärente, langfristige und parteiübergreifende Weise anzugehen. Allerdings bleiben die Probleme auch dann bestehen, wenn sich Populisten und Liberale einigen, was darauf hindeutet, dass Polarisierung nur einer von vielen Faktoren ist, die unseren Mangel an Kontrolle in dieser chaotischen Gemengelage erklären.

Beispielsweise brachte die russische Invasion in der Ukraine so gegensätzliche politische Akteure zusammen wie den sozialdemokratischen deutschen Bundeskanzler Olaf Scholz und die italienische Rechtsaußen-Premierministerin Giorgia Meloni, die zur europäischen Opposition zählt. Doch selbst mit vereinten Kräften gelang es ihnen nicht, die russische Aggression zu stoppen – mit verheerenden Folgen nicht nur für die Ukraine, sondern auch für die gesamte EU.

Wirtschaftssanktionen bieten zwar eine überzeugende Alternative zu direktem militärischem Eingreifen, aber damit allein lässt sich kein Aggressor aufhalten.

Ich will damit nicht sagen, wir hätten europäische Truppen in die Ukraine entsenden oder im Gegenteil die Ukraine aufgeben sollen. Es geht darum, dass auch wohlmeinende Politik auf manch irreführenden Annahmen beruht. So glaubten wir etwa, die Ukraine könne sich selbst verteidigen, ohne das russische Kernland anzugreifen. Die Lieferung offensiver statt rein defensiver Waffen an die Ukraine wurde korrekt als Eskalation bewertet, doch dem lag die Annahme zugrunde, die Kosten der Kriegsführung wären für Russland bald nicht mehr tragbar. Diese Kosten fielen niedriger aus, weil auch unsere Sanktionen nur bescheidene Wirkung zeigten. Wirtschaftssanktionen bieten zwar eine überzeugende Alternative zu direktem militärischem Eingreifen, aber damit allein lässt sich kein Aggressor aufhalten.

Es war auch eine Illusion zu glauben, die europäischen Gesellschaften könnten ohne bedeutende Unterstützung der öffentlichen Hand die Kosten des Krieges bewältigen. Die [Anzahl der Geflüchteten](#) oder der Import von Getreide aus der Ukraine beeinträchtigte viele gesellschaftliche Gruppen, die von den Staaten vernachlässigt wurden. Die Investitionen in der Ukraine stammen ebenfalls aus den Taschen anderer und es wurden kaum Anstrengungen unternommen, diese Kosten gleichmäßig zu verteilen. Wütende Bürgerinnen und Bürger gingen auf die Straße und das setzte Regierungen und deren Maßnahmen unter Druck.

Ohne eine europäische Armee lässt sich Putin nur schwer beeindrucken.

Unsere Hoffnung, die Welt würde Europa helfen, das Problem an der Ostgrenze zu lösen, war ebenfalls fehlgeleitet. In Afrika, Lateinamerika, Asien und im Mittleren Osten gab es wenig Sympathien für das reiche und selbstsüchtige Europa. Trotz der verspäteten Unterstützung des US-Kongresses, der Ende April erst die Ukraine-Hilfen freigab, besteht selbst in Nordamerika die weit verbreitete Überzeugung, die Ukraine sei im Wesentlichen ein europäisches Problem. Und ohne eine europäische Armee lässt sich Putin nur schwer beeindrucken.

Angesichts unserer Unfähigkeit, die Ostgrenze Europas zu sichern, wird deutlich, dass man die Kontrolle über schwerwiegende Probleme nicht einfach mit einer geeinten, auf edle Ziele verpflichteten Führung zurückerlangt. Vielleicht ist die Demokratie nicht länger in der Lage, die Erwartungen der Bürgerinnen und Bürger in den „hybriden“ Problemlagen von heute zu erfüllen. Vielleicht müssen wir akzeptieren, dass nicht Europa, sondern China das 21. Jahrhundert bestimmen wird.

Seite E 11 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

Obwohl Autokratien wie China und Russland viel Schaden anrichten können, weiß ich aus meiner Lebenserfahrung auf der „falschen Seite“ des Eisernen Vorhangs, dass sie längst nicht so mächtig sind, wie sie scheinen. Die wichtigste Quelle der Macht ist Wissen, das auf der Freiheit des Denkens und des Meinungsaustauschs beruht. Wie Napoleons Außenminister Talleyrand in einem [berühmten Bonmot](#) sagte: „Sie können mit Bajonetten allerlei ausrichten, aber Sie können nicht darauf sitzen.“ Die Geschichte zeigt, dass alle Völker früher oder später Freiheit fordern – und wenn sie das tun, erzittern die Autokratien.

Macht ist jedoch ein relativer, kein absoluter Begriff. Autokratien können erstarken, wenn Demokratien schwächeln. Die Mängel der Demokratie beunruhigen mich am meisten, weil sie unseren wichtigsten Vorteil gegenüber den Autokratien untergraben. Was können wir tun, um demokratische Regierungsführung zu stärken?

Zunächst müssen wir die Polarisierung überwinden, die jeden wichtigen Kompromiss verhindert, der zu einem neuen Gesellschaftsvertrag führen könnte. Eine Regierung, die sich nicht auf einen Gesellschaftsvertrag stützen kann, agiert schwach und willkürlich. Demokratie kann nicht nur *für* die jeweilige Bevölkerung ausgeübt werden, sie muss *von* ihr gestaltet werden. Wahlen können zu Regierungswechseln führen, aber die Bürgerinnen und Bürger haben nicht das Gefühl, dass ihre Stimme zählt.

Deshalb sind die meisten Bürgerinnen und Bürger in Europa mit der demokratischen Funktionsweise ihrer Länder [nicht zufrieden](#). Wenn wir glauben, ein integriertes Europa könne uns helfen, in dieser unruhigen Lage ein Stück weit die Kontrolle zurückzugewinnen, dann brauchen wir auch auf europäischer Ebene einen echten Gesellschaftsvertrag. Das aktuelle Wiedererstarken von Nationalismus und Souveränitätsdenken deutet allerdings nicht in diese Richtung.

Zweitens müssen wir den räumlichen und zeitlichen Horizont der Demokratie erweitern. Demokratische Regierungsführung findet weiterhin nur innerhalb der Grenzen von Nationalstaaten statt und verteidigt die kurzfristigen Interessen der heutigen Wählenden. Kein Wunder, dass die Demokratie in einer zunehmend vernetzten Hochgeschwindigkeitswelt ins Stolpern gerät.

Wer für Demokratie werben will, muss selbst mit gutem Beispiel vorangehen.

Wie kann eine nationale Regierung Weltkonzerne effektiv regulieren? Erfolgreiche Migrationspolitik erfordert das langfristige Engagement zahlreicher Akteure an weit entfernten Schauplätzen, die die Ursachen der Migration wie Krieg oder Armut bekämpfen. Der Klimawandel wird vor allem künftige Generationen betreffen, die bei heutigen Wahlen keine Stimme haben und daher vom politischen Radar verschwinden. Das Internet hat unseren Begriff von Zeit und Raum verändert, doch die Demokratie hat das kaum zur Kenntnis genommen – das sollten wir verändern.

Drittens müssen wir unsere Anstrengungen, im Ausland für Demokratie zu werben, intensivieren und nicht aufgeben. In der „flachen Welt“ von heute brauchen wir nämlich echte Partner, um Frieden, soziale Gerechtigkeit und nachhaltige Entwicklung zu fördern. Nach den gescheiterten Versuchen einer Demokratisierung in Afghanistan und Irak fordern manche die Rückkehr zu einer Geopolitik alter Schule, die auf strategische Bündnisse mit Autokraten setzte, während andere sich lieber auf den eigenen Hinterhof konzentrieren wollen. Eine EU, die um den eigenen Nabel kreist und nur mit ihren Problemen beschäftigt

Seite E 12 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

ist, wird jedoch kaum Unterstützung gewinnen – und wer Autokraten umgarnt, ist nicht nur unmoralisch, sondern dumm: Haben wir die tragischen Geschichten unserer „strategischen Bündnisse“ mit Reza Pahlavi im Iran, Zine El Abidine Ben Ali in Tunesien oder Muammar Gaddafi in Libyen schon vergessen?

Wer für Demokratie werben will, muss selbst mit gutem Beispiel vorangehen. Wenn wir zeigen können, dass unsere Demokratien in der Lage sind, Gesellschaftsverträge zu vereinbaren, die zu Frieden und Wohlstand führen, werden Menschen in anderen Teilen der Welt Lust bekommen, diesem Beispiel zu folgen. Europa wird seine Attraktivität nicht durch herablassende Reden und die Gewährung rein paternalistischer Unterstützung wiedergewinnen.

Dieser Artikel ist eine gemeinsame Publikation von [Social Europe](#) und dem [IPG-Journal](#).

Aus dem Englischen von Sabine Jainski

[https://www.ipg-journal.de/rubriken/demokratie-und-gesellschaft/artikel/am-
kipppunkt-
7490/?utm_campaign=de_40_20240507&utm_medium=email&utm_source=newslett
er](https://www.ipg-journal.de/rubriken/demokratie-und-gesellschaft/artikel/am-kipppunkt-7490/?utm_campaign=de_40_20240507&utm_medium=email&utm_source=newsletter)

Keine Berichte

Keine Berichte

01) Europa vor der Wahl. Was ist das Selbstverständnis der EU und wie könnte ihre zukünftige Rolle in der Weltpolitik aussehen? Ein Blick in Ivan Krastevs Werk könnte helfen

Von Leander Scholz



Leander Scholz

Berlin

Dr. Leander Scholz ist Philosoph und Schriftsteller. Zuletzt erschienen von ihm *Die Menge der Menschen. Eine Figur der politischen Ökologie* (Kadmos 2019) und *Die Regierung der Natur. Ökologie und politische Ordnung* (2022).

Aus meinem Bücherschrank 06.06.2024 |



Die Wahl zum EU-Parlament: Richtungsentscheidung für den Kontinent nach dem Ende des globalen Liberalismus.-*picture alliance / Westend61 | Gary Waters*



Ivan Krastev, Stephen Holmes (2019): „Das Licht, das erlosch. Eine Abrechnung“, Ullstein

In diesen Tagen findet die zehnte Direktwahl zum Europäischen Parlament statt. Im Unterschied zur letzten Wahl vor fünf Jahren hat sich mit dem russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine und den zunehmenden Drohungen seitens Chinas gegen Taiwan nicht nur die weltpolitische Lage erheblich verändert. Sollten die Prognosen zu dieser Wahl zutreffend sein, könnten auch erstmalig in der Geschichte der Europäischen Union rechtsgerichtete Parteien einen wesentlichen Einfluss auf die Staatengemeinschaft haben. Entschieden wird daher nicht nur über eine neue Zusammensetzung des Parlaments, mit der die traditionelle Mehrheit von Konservativen und Sozialdemokraten beendet werden könnte, sondern auch über das politische Selbstverständnis des Kontinents und über seine zukünftige Rolle in der Weltpolitik. Denn die Wahl fällt zusammen mit dem Ende der historischen Epoche eines globalen Liberalismus, die vor über 30 Jahren mit dem Fall der Berliner Mauer ihren Anfang nahm und deren Hoffnungen heute kaum noch jemand teilt. Das Ende der Geschichte ist tatsächlich eingetroffen, nur anders als erwartet.

Zu den politischen Analysten, die sich intensiv mit der Frage beschäftigen haben, was sich in diesen drei Jahrzehnten seit dem Untergang der Sowjetunion derart grundsätzlich am Gefüge der Weltordnung verändert hat, gehört der [bulgarische Politikwissenschaftler Ivan Krastev](#). Vor allem in seinen beiden Büchern *Europadämmerung* (2017) und *Das Licht, das erlosch. Eine Abrechnung* (2019), das letztere geschrieben zusammen mit dem amerikanischen Rechtswissenschaftler Stephen Holmes, versucht er, für die Zeit zwischen 1989 und unserer Gegenwart eine welthistorische Konstellation herauszuarbeiten, in der die politische Mimesis zwischen den verbliebenen Mächten nach dem Ende des Kalten Kriegs eine entscheidende Rolle spielt. Schon häufig haben Politiken der Nachahmung das Schicksal ganzer Epochen bestimmt, vor allem in der europäischen Geschichte, aber auch unter kolonialen Bedingungen. Beispielhaft dafür ist die deutsch-französische Rivalität über mehrere Jahrhunderte, an deren Beginn das deutsche Begehren stand, so sein zu wollen wie der bewunderte Andere.

Sollten die Prognosen zu dieser Wahl zutreffend sein, könnten auch erstmalig in der Geschichte der Europäischen Union rechtsgerichtete Parteien einen wesentlichen Einfluss auf die Staatengemeinschaft haben.

Ausgangspunkt der Überlegungen von Krastev bildet die These, dass sich die aktuelle Konfliktlage der Weltpolitik nicht allein anhand der Differenz von Demokratien und Autokratien begreifen lässt, die für manche Beobachter an die Stelle der politischen Unterscheidung zwischen Kapitalismus und Kommunismus aus der Blockkonfrontation des 20. Jahrhunderts getreten ist. Denn im Unterschied zum Kalten Krieg ist die gegenwärtige Rivalität der Weltmächte kein symmetrisch angeordneter Streit um philosophische Prinzipien. Der ehemalige Eisernen Vorhang war nicht nur eine territoriale Markierung, sondern auch eine ideologische und sogar geschichtsphilosophische. Beide politischen Systeme waren der gleichen Idee des Fortschritts verpflichtet und bezogen sich auf die gleiche philosophische Tradition. Daher konnten sie sich ineinander spiegeln und miteinander wetteifern. Das machte ihre besondere Feindschaft aus. Beide Systeme sahen sich auf dem einzigen richtigen Weg, der die wahre Geschichte der Menschheit sein sollte. Einer der beiden Wege musste somit zwangsläufig falsch sein und in einer Sackgasse enden.

Als Francis Fukuyama nach den weltpolitischen Umbrüchen von 1989 in diesem Sinne seine berühmte These vom Ende der Geschichte formulierte, sah er sich selbst in der geschichtsphilosophischen Tradition von Hegel und des russisch-französischen Philosophen Alexandre Kojève, der bereits in den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts in seinen berühmten Hegel-Vorlesungen in Paris die Möglichkeit eines „Stillstands der Geschichte“ diskutiert hatte. In dieser Tradition stellt die Geschichte nicht bloß eine

Aneinanderreihung historischer Ereignisse dar, sondern sie verkörpert philosophische Prinzipien, deren Wahrheiten sich nur geschichtlich offenbaren können. Allein vor diesem Hintergrund konnte der Untergang der Sowjetunion für Fukuyama den historischen Beweis dafür liefern, dass der „liberalen Demokratie und dem mit ihr verbundenen Wirtschaftsliberalismus“ keine Alternative mehr entgegenstehe. Das Ende der Geschichte zu diagnostizieren, bedeutete daher nicht, dass nun nichts mehr geschehe, sondern dass es keinen Grund mehr gebe für die gewaltvolle Auseinandersetzung um die richtige politische Überzeugung.

Diese geschichtsphilosophische Rahmung fehlt der gegenwärtigen Konfliktlage. Ihre historischen Bedingungen sieht Krastev im Sieg des Westens und im Aufstieg der einzig verbliebenen Supermacht zum Weltpolizisten gegeben. Mit der neuen unipolaren Weltordnung gerieten demnach alle anderen Mächte unter einen verschärften Druck der Nachahmung, der nur unzureichend als Globalisierung mit ihren weltpolitischen Hoffnungen erfasst werden kann. Denn Nachahmung kann sowohl in Form einer Mimesis vollzogen werden, mit dem Ziel, letztlich genau so zu werden wie das dominante Vorbild, als auch in Form einer Mimikry, mit dem Ziel, sich dieser Dominanz durch eine partielle Anpassung zu entziehen. Spätestens mit Chinas forcierter Einrichtung von Sonderwirtschaftszonen und dem Beitritt zur WTO stand zwar der Kapitalismus international nicht mehr zur Disposition, aber das bedeutete nicht, dass die politischen Unterschiede in einer Weltgesellschaft aufgehen würden. Im Gegenteil, an die Stelle des geschichtsphilosophischen Feldes der Unterschiede ist seitdem ein identitätspolitisches Feld getreten.

Für die Westeuropäer bedeute die Erweiterung der Europäischen Union dagegen die Aussicht auf eine postnationale Globalisierung.

Am Beispiel der Flüchtlingskrise von 2015, bei der sich von Anfang an ein tiefer Abgrund der Positionen zwischen westeuropäischen und osteuropäischen Ländern auftat, hat Krastev die Effekte dieses neuen identitätspolitischen Feldes in *Europadämmerung* als „Graben zwischen denen“ beschrieben, „die den Zusammenbruch des Kommunismus und den Zerfall des einstmals mächtigen kommunistischen Blocks am eigenen Leib erfahren haben, und jenen, die von solchen traumatischen Ereignissen verschont blieben“. Während die Osteuropäer mit ihrem Beitritt zur Europäischen Union die Hoffnung verbanden, endlich souveräne Nationalstaaten nach westeuropäischem Vorbild zu werden, empfanden sie die Forderungen nach Solidarität als eine kosmopolitische Zumutung, die ihre gerade erworbene Identität bedrohe. Für die Westeuropäer bedeutete die Erweiterung der Europäischen Union dagegen die Aussicht auf eine postnationale Globalisierung, in der kein Platz mehr war für ausgeprägte Nationalgefühle. Vor diesem Hintergrund lässt sich das Projekt einer illiberalen Demokratie auch aus den historisch unterschiedlichen Positionen innerhalb des identitätspolitischen Feldes in der Epoche der Nachahmung begreifen.

Mit der erfolgreichen Globalisierung nach 1989 ist erstmals in der Geschichte ein gemeinsamer symbolischer Rahmen für identitätspolitische Rivalitäten im internationalen Maßstab entstanden. Denn im Unterschied zur Blockkonfrontation gibt es heute weltweit sehr viel größere Gemeinsamkeiten, vor deren Hintergrund erst die politischen Unterschiede eine neue Bedeutung gewinnen. Gerade weil es keinen geschichtsphilosophischen Fluchtpunkt mehr gibt, sondern nur noch die dauerhafte Präsenz des Anderen, sind diese Unterschiede deutlich affektgeladener als die geschichtsphilosophischen Differenzen. Es ist ein Irrtum zu glauben, dass es sich dabei um eine Konfrontation einander fremder Kulturen handelt, sondern erst der globale Nachahmungsdruck hat die Frage nach der eigenen Identität überall auf der Welt in den Vordergrund gerückt. Anhand der russischen Rivalität zum Westen hat Krastev in *Das Licht*,

das erlosch in diesem Sinne zu rekonstruieren versucht, wie aus der anfänglichen Nachahmung des Westens in den 1990er Jahren und dem zunehmenden Eingeständnis einer traumatischen Niederlage eine „Kriegserklärung an den Westen“ wurde.

Die Gefahr einer „mimetischen Krise“ ist aber nicht allein auf den Nachahmer beschränkt. Sie kann auch das Vorbild selbst betreffen, das den Folgen seines eigenen Sieges nicht gewachsen ist. Mit dem Status der USA als monopolistischer Anbieter von politischen Werten nach 1989 ging nicht nur eine unkalkulierbare Ausdehnung der liberalen Mission einher, sondern auch das zunehmende Gefühl einer Selbstüberforderung und sogar eine Ablehnung der internationalen Vorbildrolle in den USA selbst. „America First“, der politische Slogan der amerikanischen Populisten, macht den grundsätzlichen Unterschied zur langen geschichtsphilosophischen Tradition des amerikanischen Exzeptionalismus sehr deutlich: „Er [Donald Trump] ist der wohl erste amerikanische Präsident, der niemals, unter keinen Umständen, die berühmten Worte Woodrow Wilsons wiederholen könnte: ‚Ihr seid Amerikaner, es ist euch bestimmt, Freiheit und Gerechtigkeit und die Prinzipien der Menschlichkeit zu bringen, wohin ihr auch geht‘“ (*Das Licht, das erlosch*). Damit haben auch die USA das geschichtsphilosophische Feld verlassen und sind im identitätspolitischen Feld angekommen. Darauf wird sich Europa in naher Zukunft einstellen müssen, was nur möglich ist, wenn es mehr darüber lernt, wie sich die internationalen Beziehungen im identitätspolitischen Feld gestalten lassen.

https://www.ipg-journal.de/aus-meinem-buecherschrank/artikel/europa-vor-der-wahl-7555/?utm_campaign=de_40_20240606&utm_medium=email&utm_source=newsletter

02) Bauernopfer. Ursula von der Leyens Deal mit dem Libanon schadet nicht nur Flüchtlingen dort. Er untergräbt auch die Glaubwürdigkeit der EU

Von Sabrina Kaschowitz & Hussam Baravi



Sabrina Kaschowitz, Wien

Sabrina Kaschowitz ist als *Senior Researcher* am Regionalbüro für Kooperation und Frieden in Europa der Friedrich-Ebert-Stiftung in Wien tätig. Zuvor war sie für die FES im Libanon



Hussam Baravi, Beirut

Hussam Baravi ist *Senior Program Manager* im Syrien-Projekt der Friedrich-Ebert-Stiftung mit Sitz in Beirut, Libanon. Zuvor leitete er das Projekt „Kriegs- und Nachkriegszeit in Syrien“ für das *Center for Operational Analysis and Research (COAR)*

06.06.2024



Syrischer Junge in einem Flüchtlingscamp: Gemessen an der Einwohnerzahl nimmt kein Land der Welt mehr Flüchtlinge auf als der Libanon.-*picture alliance / Hans Lucas | Florient Zwein*

Die Annahme ist naheliegend, dass es sich um ein Wahlkampfmanöver handelt: EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat dem Libanon – kurz vor den Europawahlen – eine Milliarde Euro zur Bewältigung der dortigen Flüchtlingskrise zugesagt.

Seite E 20 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

Anlass für die jüngste Vereinbarung waren Geflüchtete, die mit Booten nach Zypern gelangten, dem Libanon geografisch am nächsten gelegenen EU-Gebiet. Von der einen Milliarde sind 264 Millionen Euro für die Bereitstellung von Ausrüstung, Ausbildung und Grenzschutzinfrastruktur zur Unterstützung der libanesischen Sicherheitsdienste vorgesehen. Die Ankündigung selbst führte zu zahlreichen Vorwürfen gegen die EU, sie wolle die Migrationskontrolle auslagern und nehme dabei kaum Rücksicht auf die Einhaltung von Menschenrechten.

Von der Leyens Wiederwahl hängt davon ab, dass sie die absolute Mehrheit der 720 Abgeordneten im zukünftigen Europäischen Parlaments erhält. Im Moment scheint sie dafür auf die Unterstützung frustrierter Konservativer sowie rechtspopulistischer Parteien zu setzen, deren Beliebtheit in den jüngsten Umfragen auf einem Höhepunkt angekommen ist. Von der Leyen hat diesbezüglich bereits vorgelegt: Bei der Maastricht-Debatte im April signalisierte sie ausdrücklich ihre Bereitschaft, nach den Wahlen mit der Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer verhandeln zu wollen. Die jüngste Libanon-Ankündigung deutet dementsprechend auf ein kalkuliertes politisches Manöver von der Leyens hin, um ihre derzeitige Position zu stärken und ihre politische Zukunft zu sichern – koste es, was es wolle.

Abgesehen vom fragwürdigen Zeitpunkt bleibt unklar, inwiefern die Details des neuen Abkommens überhaupt eine Neuerung darstellen. Nach offiziellen Angaben der Europäischen Kommission [hat die EU den Libanon seit 2011 finanziell unterstützt](#), wobei sich das Gesamtvolumen dieser Hilfe auf über drei Milliarden Euro beläuft. Die aktuelle Unterstützung wird hauptsächlich über das [Instrument für Nachbarschaft, Entwicklungszusammenarbeit und internationale Zusammenarbeit](#) finanziert und über diverse Kanäle im Zeitraum 2021 bis 2027 verteilt. Die Kommission gibt an, dass von dieser Hilfe 670 Millionen Euro für den Libanon in Form von bilateraler Hilfe und 61 Millionen Euro unter dem sogenannten [Stabilitäts- und Friedensinstrument der EU](#) bereitgestellt werden. Im Zeitraum 2018 bis 2020 wurde mindestens ein [Paket zur Unterstützung des libanesischen Sicherheitssektors](#) über dieses Instrument angenommen.

Das wirft die Frage auf, ob es sich beim jüngsten Schritt tatsächlich um zusätzliche Mittel oder vielmehr um eine Umwidmung von bereits zuvor mit dem Libanon vereinbarten Finanzierungspaketen handelt. Wadih Al Asmar, Leiter von EuroMed Rights und des Libanesischen Zentrums für Menschenrechte, ist der Meinung, Letzteres sei der Fall. Er vermutet, das neue Abkommen sei nicht mehr als eine Garantie für ein fortgesetztes finanzielles Engagement der EU. Dieses hätte aber auch über die EU-Delegation im Libanon festgelegt werden können – auf deutlich diskretere Weise. Stattdessen wurde das neue Abkommen von der EU-Exekutive als ein außergewöhnliches Ereignis präsentiert.

Es hat den Anschein, dass von der Leyen die Migrationsdebatte für ihren Wahlkampf nutzen und ihr Profil schärfen will.

Es hat also den Anschein, dass von der Leyen die Migrationsdebatte für ihren Wahlkampf nutzen und ihr Profil schärfen will. Dabei bietet sie allerdings keine „Lösung für die Migrationsfrage“ im Einklang mit den europäischen Werten. Vielmehr ist das Gegenteil der Fall. Ihre Ankündigung hat im Libanon Aufsehen erregt: Sie wurde als Versuch empfunden, die libanesischen Regierung zu bestechen, um unerwünschte syrische Flüchtlinge im Land und somit fern von der EU zu halten. Im Libanon selbst hat dies zu einer erneuten Anti-Flüchtlings-Stimmung geführt. Sie verschärft die ohnehin schon angespannte Atmosphäre zwischen syrischen Geflüchteten und der libanesischen Bevölkerung.

Die finanzielle Unterstützung der EU für die libanesischen Sicherheitsbehörden und die erneute Fokussierung auf die Migrationsdebatte stärken derweil die Fähigkeiten der libanesischen Sicherheitskräfte, internationales Recht zu brechen. Dies geschieht vor dem Hintergrund eines dysfunktionalen Staates ohne Präsidenten und einer lediglich geschäftsführenden Regierung, die aus einer korrupten politischen Elite besteht. In diesem politischen Kontext gibt es keine Rechenschaftspflicht; Risikobewertungen oder eine unabhängige Überwachung sind unmöglich. In dieser derzeitigen Situation im Libanon werden die ohnehin schon marginalisierten Syrerinnen und Syrer noch vulnerabler. Das bedeutet auch: Noch mehr syrische Menschen werden keine andere Möglichkeit sehen, als aus dem Libanon zu fliehen, egal unter welchen Bedingungen.

Es ist wohl kaum ein Zufall, dass nur eine Woche nach von der Leyens Besuch die [libanesischen Sicherheitsbehörde eine Reihe neuer Maßnahmen](#) ankündigte, die die Möglichkeiten syrischer Geflüchteter weiter einschränken, eine Aufenthaltsgenehmigung zu erhalten oder zu verlängern. Diese Maßnahmen stellen eine zusätzliche Belastung für die am meisten gefährdeten syrischen Personen dar. Mindestens [83 Prozent der syrischen Flüchtlinge im Libanon](#) sind ohnehin schon ohne offizielle Papiere vor Ort.

Gemessen an der Einwohnerzahl ist der Libanon der Staat, der weltweit die meisten Geflüchteten aufnimmt.

Gemessen an der Einwohnerzahl ist der Libanon der Staat, der weltweit die meisten Geflüchteten aufnimmt. Die politische Elite im Land hat syrische Menschen zum Sündenbock gemacht, um die Tatsache zu verschleiern, dass sie selbst die [Krisen im Land](#) durch jahrzehntelange hohe Verschuldung, eine fehlgeleitete neoliberale Wirtschafts- und Sozialpolitik sowie weit verbreitete Korruption verursacht hat. Ihr Narrativ wird von den lokalen Medien und der dafür offenen Bevölkerung erfolgreich verbreitet. In den vergangenen Monaten waren Syrerinnen und Syrer Opfer exzessiver Gewalt, diskriminierender Ausgangssperren, Schikanen, Zwangsräumungen, Einschränkungen ihres legalen Aufenthalts sowie des Zugangs zu Bildung und Beschäftigung – [und sogar Morden](#). Human Rights Watch berichtet über zahlreiche Fälle von willkürlichen Verhaftungen, Folter und [gewaltsamer Abschiebung nach Syrien](#) durch die libanesischen Behörden. Unter den Opfern waren auch Oppositionelle gegen das syrische Regime sowie Deserteure der syrischen Armee.

Die sich verschlechternden Lebensbedingungen im Libanon und die [Angst vor Abschiebung](#) lassen den Syrerinnen und Syrern nur wenige Möglichkeiten. Für diese Geflüchteten ist es schlichtweg nicht sicher, in ihren Heimatstaat zurückzukehren. Das Regime des Landes hat ein „gutes Gedächtnis“ und sich darauf spezialisiert, Druck auf Dissidenten auszuüben. Was von libanesischer Seite als „freiwillige und sichere Rückkehr“ propagiert wird, ist für die meisten Menschen wahrscheinlich eine Einbahnstraße in Richtung Gewalt, Verletzung der Menschenrechte und manchmal sogar Tod. [Menschenrechtsorganisationen haben diverse Fälle dokumentiert](#), in denen Rückkehrer, darunter Frauen und Kinder, willkürlich inhaftiert, gefoltert, sexuell missbraucht wurden oder einfach verschwunden sind.

Dass die Europäische Union eine solche vermeintlich „freiwillige Rückkehr“ (wie es von der Leyen auch bei ihrem Besuch im Libanon formulierte) unterstützt, bietet Spielraum für andere Kräfte, die schon lange versuchen, syrische Flüchtlinge für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. In einer Rede nach von der Leyens Besuch hat beispielsweise der Hisbollah-Führer Hassan Nasrallah, ein enger Verbündeter von Baschar al-Assad, vorgeschlagen, der [Libanon solle die Ausreise von Syrern nach Europa erleichtern](#). Das kann sicherlich so interpretiert werden, dass Druck auf Europa aufgebaut werden soll –

Seite E 22 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

wodurch Brüssel sich dann gezwungen fühlen dürfte, sich in der Rückführungsfrage alternativ mit dem syrischen Regime zu arrangieren. Für die Führung von Assad wäre dies ein erster Schritt in Richtung der von ihm seit Langem angestrebten Normalisierung der Beziehungen zu Europa.

Mit ihrem eigennützigen Schritt lässt von der Leyen die Europäische Union einen hohen Preis mit Blick auf ihr internationales Ansehen zahlen.

Mit ihrem eigennützigen Schritt lässt von der Leyen die Europäische Union einen hohen Preis mit Blick auf ihr internationales Ansehen zahlen. Vorläufige Ergebnisse [einer Studie des Swiss Network for International Studies](#) deuten darauf hin, dass in der Wechselbeziehung zwischen europäischen und regionalen Fluchtdynamiken der Einfluss europäischer Akteure und Geldgeber bei der Achtung der internationalen Menschenrechte im Libanon schwindet. Ein wichtiger Faktor ist dabei auch die eigene Praxis der EU, das Thema per Pushbacks und Externalisierung abzuhandeln. Damit setzt sie selbst ein schlechtes Beispiel für den Umgang mit geflüchteten Menschen. Hinzu kommt die weit verbreitete Kritik an der [Doppelmoral der EU in Bezug auf die Lage in Gaza](#). Diese jüngere Entwicklung trägt dazu bei, dass die Europäische Union an Glaubwürdigkeit verliert und immer weniger als moralische Autorität auf der Weltbühne wahrgenommen wird.

Das erwartete Erstarren der radikalen Rechten in der EU wird wahrscheinlich dazu führen, dass Praktiken wie die Auslagerung der Migrationskontrolle in Länder mit einer langen Geschichte von Menschenrechtsverletzungen intensiviert werden. Wenn sich dieser Trend fortsetzt, wird das Image der EU in der Welt und damit ihre Fähigkeit, eigene wichtige außenpolitische Interessen zu verfolgen, weiter leiden.

In Bezug auf den Libanon muss die EU sicherstellen, dass ihre Unterstützung darauf ausgerichtet ist, die Stabilität im Interesse *aller* Menschen vor Ort zu fördern. Mehr Mittel sollten an lokale und internationale humanitäre Organisationen fließen, anstatt sie über die korrupte Regierung zu leiten. Damit würde auch die Anfälligkeit für Bestechung und Korruption verringert. Darüber hinaus sollte die EU den aktuellen Trend von Abschiebungen in Richtung vermeintlich „sicherer Gebiete“ in Syrien nicht unterstützen. Stattdessen muss sie betonen, dass das Land weiterhin unsicher ist.

Bei ihren legitimen Bemühungen zur Unterstützung von Ländern wie dem Libanon (aber auch Tunesien und Marokko), die viele Geflüchtete aufnehmen, muss die EU sicherstellen, dass sie sich durch diese Unterstützung nicht zur Mittäterin bei Menschenrechtsverletzungen macht. Insbesondere muss in allen Abkommen mit diesen Ländern das unerschütterliche Einstehen Europas für internationale Menschenrechte betont werden.

Aus dem Englischen von Tim Steins

https://www.ipg-journal.de/regionen/europa/artikel/bauernopfer-7556/?utm_campaign=de_40_20240606&utm_medium=email&utm_source=newsletter

03) Gespenster der Vergangenheit. Bei den Europawahlen droht nicht nur ein Zugewinn der Rechtspopulisten, sondern auch ein Rückfall in die leidige Sparpolitik

Von Robert Misik



Robert Misik

Wien

Robert Misik lebt und arbeitet in Wien als Journalist und Autor. Zuletzt erschien von ihm: *Putin. Ein Verhängnis: Wie Wladimir Putin Russland in eine Despotie verwandelte und jetzt Europa bedroht.*

Europäische Integration 31.05.2024 |



picture alliance / dpa | Dennis M. Sabangan

Am kommenden Wochenende finden die Wahlen zum Europäischen Parlament statt und es wird allgemein angenommen, dass diese nicht gut ausgehen. Rechte, ultrarechte und rechtsextreme Parteien werden in vielen Mitgliedsländern an Boden gewinnen. Damit wird sich auch die Machtbalance im Parlament sowie in den anderen EU-Institutionen verändern. Im Grunde läuft schon der Wahlkampf „nicht gut“: Alles starrt derzeit auf die Rechtsparteien. Eine Woge des Rechtspopulismus hat den Kontinent erfasst und dies hat Auswirkungen auf die Ordnung der Diskurse. Die Zuspitzung lautet zumeist: antieuropäische Parteien versus proeuropäische Parteien. Unter „proeuropäisch“ wird alles subsumiert, was nicht antieuropäisch ist, also alles von den Sozialdemokraten über die Christdemokraten, die Liberalen, die Grünen bis hin zu den meisten akzentuierteren Linksparteien. Dies nivelliert faktisch alle anderen Differenzen und macht die Debatte nicht gerade klüger.

Klar, schon in der Vergangenheit waren Europawahlen nicht immer geprägt vom Streit um die verschiedenen Politikkonzepte sowie um die Richtung, in die sich die EU entwickeln soll. Ohnehin wird die Wahlentscheidung der Bürgerinnen und Bürger eher durch die Kontroversen auf der nationalen Ebene – wie die Frustration über die Regierungsparteien – motiviert und eher selten durch deren europapolitische Grundausrichtung. Häufig verbleibt die Debatte jedoch mittlerweile auf der Ebene von Slogans und der Jargonhaftigkeit. Man sei etwa gegen das „Europa der Konzerne“ oder gegen den „Neoliberalismus in Europa“. Nur wenige haben dabei mitbekommen, dass in der Europäischen Union in den letzten Jahren ordentlich etwas vorangegangen ist. Vieles hat sich zum Besseren verändert, wenn auch langsam und mühselig.

Der Unterschied ist frappierend, vergleicht man den heutigen „Zeitgeist“ und die Politik der letzten Jahre etwa mit dem Beginn der 2010er Jahre. Schon bald nach Beginn der Finanzmarktkrise schaltete die Europäische Union auf eine brutale Austeritätspolitik um. Besonders betroffene Länder wurden gemaßregelt und ihnen wurde ein Sparkurs verordnet, der diese Länder um Jahre zurückwarf. In der Eurozone führte dies zu beinahe zehn Jahren Stagnation. Das Gegeneinander der Nationen zerriss die Union beinahe. Üble nationalkulturelle Zungenschläge vergifteten die Europäische Union, oft war von „faulen Südländern“ auf der einen Seite sowie „fleißigen“ und „sparsamen Nordländern“ auf der anderen die Rede.

Das Gegeneinander der Nationen zerriss die Union beinahe.

Doch dieses Paradigma hat sich seit 2015 allmählich verändert. Auf die Covid-19-Krise wurde schließlich ganz anders reagiert. Der Europäische „Wiederaufbaufonds“ war ein Programm wie aus dem keynesianischen Lehrbuch: Erstmals nahm die EU als Gemeinschaft Kredite auf den Finanzmärkten auf, um die Wirtschaft und die Konjunktur zu stützen, vor allem die der besonders betroffenen Staaten, wie etwa Italien. Immerhin 700 Milliarden Euro. Die strengen Austeritätsregeln wurden aufgeweicht und auch auf anderen Politikfeldern wurde vom strikten Wirtschaftsliberalismus abgewichen. Eine Mindestlohnrichtlinie verpflichtete die meisten Mitgliedstaaten, die Löhne in den unteren Segmenten anzuheben. Gewerkschaften wurden gestärkt, indem in einer Richtlinie festgeschrieben wurde, dass die Tarifbindung markant angehoben werden soll.

All das sind bemerkenswerte Schritte weg vom radikalen Wirtschaftsliberalismus und weg von den Maximen der Austeritätspolitik gewesen. Doch nun droht eine Austerität 2.0, da in der Fiskalpolitik wieder „Disziplin“ angesagt ist und das Paradigma der Wettbewerbsfähigkeit erneut benutzt wird, um die Lohnentwicklung zu bremsen und Kosten für die Unternehmen zu senken. Ein politischer Rechtsruck könnte also zu einer neuerlichen Kehrtwende führen. Wenn die Linke geschwächt würde und sich die Konservativen auf die „gemäßigten“ Teile der Rechtspopulisten stützen würden, bedeutete dies eine Verschiebung des Kräftegleichgewichts, die auch in der Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht ohne Folgen bleiben würde – ganz zu schweigen von der sozial-ökologischen Transformation und der Klimapolitik.

Dasselbe gilt natürlich auch für nationale Wahlen: Werden eher linke Regierungen in den Mitgliedstaaten von rechten Regierungen abgelöst, blockieren diese sofort progressive Politik in den EU-Institutionen. Das konnte man bereits in den vergangenen Monaten gut beobachten, nachdem etwa in Finnland und in Schweden Rechtsregierungen an die Macht gekommen sind. In Finnland will die Mitte-rechts-Regierung von Petteri Orpo das [Streikrecht massiv einschränken](#). Verbündete für eine Wirtschaftspolitik, die die Wohlfahrt der normalen Bürger stärkt und die Löhne anhebt, sind diese Regierungen sicherlich nicht. Dass in der

Seite E 25 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

Berliner Ampelregierung ausgerechnet der halsstarrige Neoliberale Christian Lindner das Finanzministerium besetzt, ist hier auch nicht gerade eine Hilfe. Dieser versucht derzeit auf allen Ebenen alle sozialen und wirtschaftspolitischen Fortschritte zu torpedieren. Der relativ fortschrittliche Geist der vergangenen Jahre kann so schnell wieder Vergangenheit sein.

Dieser Artikel ist eine gemeinsame Publikation von Social Europe und dem IPG-Journal.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/europaeische-integration/artikel/gespenster-der-vergangenheit-7539/?utm_campaign=de_40_20240531&utm_medium=email&utm_source=newsletter

04) Von wegen Europafeinde. Rechtspopulisten gerieren sich vermehrt als die wahren Verteidiger Europas. Die Wirkkraft dieser Erzählung sollte nicht unterschätzt werden

Von Ernst Hillebrand



Ernst Hillebrand, Budapest

Dr. Ernst Hillebrand ist Leiter des Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung in Budapest. Zuvor war er Referatsleiter der Internationalen Politikanalyse, des Referats für Mittel- und Osteuropa sowie Leiter der Büros in Warschau, Paris, London und Rom.

16.05.2024



Rubens' Allegorie „Triumph des Glaubens“: Die christlichen Wurzeln Europas werden von Rechtspopulisten gerne in den Vordergrund gestellt.- *picture alliance / Selva/opale.photo*

Seite E 26 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

In wenigen Wochen finden die Wahlen zum Europäischen Parlament statt. Umfragen sagen rechtspopulistischen und EU-skeptischen Parteien deutliche Gewinne voraus. Möglicherweise öffnet sich in Straßburg und Brüssel sogar ein Fenster für eine Teilhabe an [neuen politischen Mehrheitskonstellationen](#). Damit stellt sich nicht zuletzt die Frage, wie und auf welche Art diese Parteien tatsächlich „europafeindlich“ sind. Denn sie selbst präsentieren sich mittlerweile [durchaus anders](#): Nicht als Gegner, sondern als Verteidiger Europas. Ungarns Ministerpräsident Viktor Orbán twittert gerne mal unter dem Hashtag MEGA – Make Europe Great Again.

Diese Entwicklung hat zwei Hauptursachen. Eine ist banal und wahltaktisch begründet: Rechtspopulisten und Nationalkonservative in ganz Europa haben verstanden, dass sich überzogene EU-Kritik und Dauerkonflikte mit den Brüsseler Institutionen an der Wahlurne nicht auszahlen. Weder hat Marine Le Pen mit ihrer Ansage, aus dem Euro aussteigen zu wollen, die französischen Präsidentschaftswahlen gewonnen, noch Jarosław Kaczyński mit seiner obsessiven EU-Kritik die polnischen Parlamentswahlen. Das neue Leitbild ist daher Giorgia Meloni, die die EU nicht verlassen, sondern politisch kapern und von innen heraus verändern möchte: If you can't beat them, join them.

Zum anderen hat sich die Ideologie des Rechtspopulismus verändert. Der amerikanische Politikwissenschaftler Francis Fukuyama wies in seinem Buch *Identity* schon 2018 darauf hin, dass die identitätspolitische Orientierung der Linken – mit ihrer Betonung der Rechte von Minderheiten – ein Vertretungs- und Anerkennungsdefizit bei der Mehrheitsbevölkerung zu schaffen droht. Der Rechtspopulismus ist mit Wucht in diese Lücke gestoßen. Er bedient sich der Konzepte linker Identitätspolitik, verändert aber deren Argumentationsrichtung: Anstatt die Rechte von Minderheiten zu betonen, bekräftigt er das Recht der Mehrheiten auf Anerkennung, Respekt und Bewahrung ihrer kulturellen Identität. Konsequenterweise bedeutet dies, dass er sich damit nicht nur als Verteidiger traditioneller nationaler Identitäten stilisiert, sondern auch als Verteidiger des historischen Westens und seiner Institutionen.

Dieser idealisierte Westen – dessen historischer Kern Europa ist – ruht, so die Argumentation des Rechtspopulismus, auf drei institutionellen Säulen: der Nation, der „natürlichen Familie“ als Kern der Gesellschaft und auf dem Christentum. Europa ist historisch zu dem geworden, was es lange war – ein zivilisatorisches Vorbild und technisch-wissenschaftliches Kraftzentrum der Welt –, weil es mit den Nationen handlungsfähige politische Gemeinschaften herausgebildet hat, die die kulturellen Identitäten der Völker gebündelt und repräsentiert hätten. „Die Nation“ so Viktor Orbán, „ist die große Erfindung des Westens. Sie ist das Herz der freien Welt.“

Der Rechtspopulismus ist mit Wucht in diese Lücke gestoßen.

Die zweite Säule ist die „natürliche Familie“ aus Frau, Mann und Kind(ern). In dieser Grundeinheit der Gesellschaft finden die wesentlichen kulturellen und emotionalen Prägungen der Menschen statt (was sie, so das Argument, für den auf ideologische Umprogrammierung ausgerichteten Liberalismus zum besonderen Ärgernis macht). Die Aufgabe des Staates sei es, die Familie zu erhalten und zu schützen und es den Menschen zu ermöglichen, Kinder zu haben und zu erziehen.

Drittens: Mit der Hinwendung zu einem identitätsorientierten Diskurs ist auch der Bezug auf das Christentum stärker geworden. Dieser Bezug hat natürlich einen Subtext: den Vorwurf, dass der moderne Liberalismus, aber auch die islamische Einwanderung dieses Fundament der westlichen Welt bedroht. Die Wurzeln im Christentum (aber auch im Hellenismus) unterscheiden den Westen, so Giorgia Meloni in einem Interview, vom Rest der Welt: „Wir im Westen glauben, dass diese Prinzipien – Freiheit, Gleichheit, Demokratie, Recht, die

Seite E 27 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

Begegnung von Vernunft und Transzendenz – universell sind, aber wenn wir uns umsehen, müssen wir zugeben, dass dies nicht so ist, dass diese Werte für die Kultur eines bestimmten Teils der Welt charakteristisch sind. Es ist unsere Identität als Europäer und Westler, als Kinder der klassischen und jüdisch-christlichen Kultur.“

Und natürlich reklamiert der Populismus auch die Demokratie für sich. Denn ein ganz wesentlicher Aspekt dieses christlichen Westens, so die Argumentation weiter, ist sein demokratischer Charakter: Die Demokratie ist im Westen entstanden und nirgendwo sonst. Sie konnte entstehen, weil das Christentum die grundsätzliche Gleichheit der Menschen vor Gott stipuliert. „Die liberale Demokratie hätte ohne ihr christliches kulturelles Fundament niemals entstehen können“, so beispielsweise Viktor Orbán.

Dieser idealisierte Westen, dieses auf Christentum, Nationen und Familien aufbauende zivilisatorische Projekt Europas ist, so der Rechtspopulismus, aktuell gefährdet. Er wird angegriffen von einem angeblich exzessiven und zunehmend autoritären Liberalismus und dem Brüsseler Zentralisierungsprojekt. Der Liberalismus, so die Argumentation, hasst alle Traditionen und traditionellen Institutionen; der Brüsseler Bürokratismus die Nationen und die nationalstaatliche Demokratie. Mit einem auf Brüssel zentrierten System wurde eine Ordnung geschaffen, die die demokratische Teilhabe der Bürger entwertet, die Nationalstaaten als Handlungs- und Gestaltungsräume schwächt und die Spielräume von Macht- und Besitzeliten erheblich erweitert.

Dennoch sollte man die Kraft der europäischen Identitätserzählung des Rechtspopulismus nicht unterschätzen.

In einer Rede an der Universität Heidelberg im März 2023 warnte der damalige polnische Ministerpräsident Mateusz Morawiecki vor der Gefahr der Entstehung eines europäischen Super-Staates, der von einer „kleinen Elite“ regiert wird. „In der Politik“ so Morawiecki, „geht es immer um Wahlmöglichkeiten. Aber diese Wahl muss an der Wahlurne getroffen werden, nicht im stillen Kämmerlein der Bürokraten. Wollen wir wirklich eine gesamteuropäische kosmopolitische Elite mit immenser Macht, aber ohne Mandat der Wähler?“ Das Ergebnis wäre nicht ein stärkeres, sondern ein schwächeres Europa, das sich selbst seiner Kraftquellen berauben und entsprechend unter seinen Möglichkeiten bleiben würde: „Europa könnte viel erfolgreicher sein, viel größer, viel entwickelter und viel mächtiger als seine heutige Leistungsbilanz“, so Viktor Orbán in einer Rede 2019.

Jede Ideologie ist ein intellektuelles Konstrukt. Der Rechtspopulismus präsentiert sich in seiner aktuellen Spielart als eine Art positiver „Okzidentalismus“. Er projiziert kulturelle, soziale und politische Eigenschaften auf einen idealisierten „Westen“ und ein idealisiertes „wahres“ Europa. Er definiert damit ein kulturelles Eigenes, das es zu bewahren und gegen ein zivilisatorisches Anderes – den modernen Ultra-Liberalismus, die Immigration, den Islam – zu beschützen gilt. Oder wie Meloni es formuliert: „Ich will mich überhaupt nicht von Europa distanzieren, sondern ich will, dass sich Europa nicht von sich selbst distanziert.“

Die Widersprüche dieses Konstrukts springen ins Auge. Dieser wunderbare „Westen“, dieses idealisierte Europa, bevölkert von friedlichen Nationen und glücklichen Familien, hat nie existiert. Auch die demokratischen Impulse der christlichen Kirchen halten sich seit 2 000 Jahren in eher überschaubaren Grenzen – nach innen wie nach außen. Dennoch sollte man die Kraft der europäischen Identitätserzählung des Rechtspopulismus nicht unterschätzen. In einer Welt, in der sich wirtschaftliche, geopolitische und kulturell-religiöse Gegensätze zunehmend schärfer artikulieren, in der weltweite Migration zunimmt und das

Seite E 28 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

Ende der westlichen Hegemonie immer greifbarer wird, dürfte die Attraktivität einer das „Eigene“, die europäische Zivilisation und ihre Werte für sich reklamierenden Identitätspolitik nicht unbedingt geringer werden.

Der Diskurs des Rechtspopulismus knüpft in seinen Kernmotiven – Verteidigung der westlichen Werte, Stärkung Europas – ja durchaus auch an Themen der etablierten Politik an. Auch diese sieht den „European way of live“ als gefährdet an – allerdings aus völlig anderen Gründen als der Rechtspopulismus. Es ist die Aufgabe der Mehrheitspolitik, besser als in der Vergangenheit zu erklären, warum ihre Politikentwürfe die geeigneteren sind, Europas Werte und Interessen zu verteidigen. Vor dem Hintergrund der Wahlergebnisse in vielen Staaten Europas in den letzten Jahren kann der Verdacht geäußert werden, dass die bisherigen Anstrengungen nicht vollständig erfolgreich waren. Mit einer einfachen Etikettierung der Rechtspopulisten als „Europafeinde“ wird es vermutlich immer weniger getan sein.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/demokratie-und-gesellschaft/artikel/von-wegen-europafeinde-7504/?utm_campaign=de_40_20240517&utm_medium=email&utm_source=newsletter

05) Frieden mit wem? Vom russischen Angriff auf die Ukraine aufgeschreckt, soll die EU in den Kriegsmodus wechseln. Doch ein Friedensprojekt war der Staatenbund noch nie

Von Hans Kundnani



Hans Kundnani, London

Hans Kundnani ist *Senior Research Fellow* bei *Chatham House* in London. Zuvor war er *Senior Transatlantic Fellow* im Europa-Programm des *German Marshall Fund* in Berlin. Davor arbeitete der Oxford-Absolvent fünf Jahre als Forschungsdirektor im *European Council on Foreign Relations* (ECFR).

14.05.2024



Friedensengel Europäische Union? - *picture alliance / Pacific Press | Simone Kuhlmei*

Im März schrieb EU-Ratspräsident Charles Michel [einen Meinungsbeitrag](#), der in diversen europäischen Zeitungen abgedruckt wurde: Die Europäische Union müsse sich „auf Krieg vorbereiten“. Diese Sichtweise ist typisch für die weit verbreitete Auffassung der „Pro-Europäer“, dass sich die EU entweder bereits verändere oder aber sich verändern müsse. Bei dieser Frage, wie sich die EU als Reaktion auf die russische Aggression bereits verändere oder eben verändern müsse, idealisieren diese Menschen allerdings die Geschichte der EU als „Friedensprojekt“. Es zeigt sich, wie „Pro-Europäer“ dazu neigen, die EU zu idealisieren – selbst wenn sie deren aktuellen Zustand kritisieren.

Es scheint derzeit Konsens darüber zu bestehen, dass die EU „in den Modus der Kriegswirtschaft übergehen muss“, wie es Binnenmarktkommissar [Thierry Breton ausdrückte](#). Der Chef des *European Council on Foreign Relations*, Mark Leonard, [schrieb sogar](#), die Union müsse von einem Friedens- zu einem „Kriegsprojekt“ werden. Natürlich heißt das für Leute wie Breton und Leonard nicht, dass die EU damit nicht länger behaupten

Seite E 30 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

könnte, für Frieden zu stehen, wenn die Union zu einem solchen Kriegsprojekt würde. Die (etwas Orwell'sche) Logik ist vielmehr, dass im Namen des Friedens gegebenenfalls Krieg geführt werden muss.

In Wirklichkeit haben die Europäer nach dem Zweiten Weltkrieg nie den Krieg im Allgemeinen abgelehnt, sondern nur Krieg untereinander.

Das Problem mit dieser Vorstellung eines Wandels vom Friedens- zum Kriegsprojekt (wobei die EU weiterhin von sich selbst glaubt, für Frieden zu stehen) ist, dass sie die Geschichte der EU als vermeintliches Friedensprojekt idealisiert. In Wirklichkeit haben die Europäer nach dem Zweiten Weltkrieg nie den Krieg im Allgemeinen abgelehnt, sondern nur Krieg untereinander. In der „pro-europäischen“ Vorstellungswelt hat sich die spezifische Ablehnung militärischer Gewalt gegen andere EU-Mitgliedstaaten zu der Annahme gewandelt, die Europäer seien insgesamt und geradezu einzigartig friedlich.

Als der damalige französische Außenminister Robert Schuman 1950 seine [berühmte Erklärung](#) vorlegte – der Startschuss für die Idee einer Europäischen Gemeinschaft als Friedensprojekt –, führte Frankreich gerade einen brutalen Kolonialkrieg in Indochina. Auch als die Römischen Verträge 1957 unterzeichnet wurden, führte Frankreich einen Kolonialkrieg, diesmal in Algerien (und einen weiteren in Kamerun, wie [Thomas Deltombe](#) und andere dokumentiert haben). Selbst in der Zeit nach dem Kalten Krieg waren die EU-Staaten durchaus bereit, militärische Gewalt einzusetzen. Dies haben sie auch getan, und zwar häufiger als beispielsweise China. Dennoch bildeten sich die Europäerinnen und Europäer weiterhin ein, sie seien einzigartig friedlich.

Das europäische Projekt hatte schon immer externe Feinde, gegen die man sich abgrenzte.

Wenn die EU für Frieden steht, dann sollten wir diesen Frieden – in Anlehnung an Tyler Stovalls Konzept einer „weißen Freiheit“ – als „weißen Frieden“ betrachten. Das bedeutet: Frieden im Inneren und untereinander, aber nicht zwingend nach außen, mit dem Rest der Welt. In diesem Sinne ist die Mobilisierung für einen Krieg gegen Russland gar nicht so ein Bruch mit der Geschichte der EU, wie die „Pro-Europäer“ Michel und Leonard behaupten. Schließlich hatte das europäische Projekt immer externe Feinde, gegen die man sich abgrenzte. In den 1950er Jahren stellte man sich die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft beispielsweise als ein christlich-zivilisatorisches Bollwerk gegen eine „asiatisch-östliche“ Sowjetunion vor.

Es stimmt, dass sich vor dem Hintergrund des Krieges in der Ukraine nun die Rolle der EU in militärischen Konflikten verändert – zum Beispiel durch die Schaffung der sogenannten Europäischen Friedensfazilität (EFF). Sie wurde 2021 gegründet, aber erst nach der russischen Invasion zum ersten Mal für die Lieferung von Waffen an ein Drittland genutzt. Die EFF ist jedoch eine eher verfahrenstechnische Änderung der Art und Weise, wie die EU-Staaten kollektiv Waffen liefern. Mit Blick auf militärische Stärke verändert das Programm zwar die Rolle der EU-Institutionen, aber nicht die EU als Ganzes (sprich: ihre Entscheidungen als Kollektiv aus 27 Mitgliedstaaten).

Die europäische Sicherheit wird nach wie vor größtenteils durch die NATO gewährleistet und nicht durch die EU.

Wie dem auch sei, die europäische Sicherheit wird nach wie vor größtenteils durch die NATO gewährleistet – deren Rolle durch den Krieg in der Ukraine eher noch gestärkt wurde – und nicht durch die EU. Trotz des Hypes um ein „geopolitisches Europa“ bleibt die Rolle

Seite E 31 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

der EU in Sachen Verteidigung hauptsächlich eine wirtschaftliche, sei es durch die Koordinierung von Sanktionen oder durch die Förderung der Rüstungsindustrie in den EU-Mitgliedstaaten. So erscheinen die aktuellen Veränderungen weniger bedeutsam.

Bis Februar 2022 gab es innerhalb der EU kaum Einigkeit darüber, ob Russland und/oder die Ukraine zur EU passen. [So sagte Frankreichs Präsident Emmanuel Macron](#) auf dem G7-Gipfel in Biarritz 2019, dass „Russland voll und ganz in ein Werte-Europa gehört“. Umgekehrt hatten viele Zweifel, ob die Ukraine Teil der EU werden sollte. In den vergangenen zwei Jahren hat sich jedoch ein eindeutiger Konsens herausgebildet: Die Ukraine gehört dazu, Russland nicht.

Die EU verändert sich und entwickelt sich weiter, so, wie sie es immer getan hat: Die europäische Integration ist nun einmal ein Prozess. Da „Pro-Europäer“ aber die Geschichte der EU als die eines Friedensprojekts idealisieren, stellen sie den aktuellen Wandel falsch dar. Was sich ändert, ist nämlich nicht so sehr, dass die EU zu einem „Kriegsprojekt“ wird, sondern vielmehr, dass sie [deutlicher definiert](#), wer dazugehört oder dazugehören kann – und wer nicht.

Aus dem Englischen von Tim Steins

https://www.ipg-journal.de/rubriken/europaeische-integration/artikel/frieden-mit-wem-7501/?utm_campaign=de_40_20240514&utm_medium=email&utm_source=newsletter

Keine Berichte

Niederlande (Seiten E 33 – E 36)

01) Das neue holländische Regierungsprogramm

R. Kunert Do., 30. Mai 2024

Hoffnung, Mut und Stolz – Eckpunktepapier von PVV, VVD, NSC und BBB 2024-2028.

Die Niederlande sind ein wunderschönes Land.

Ein Land, auf das man stolz sein kann.

Wir müssen hart arbeiten, um das Vertrauen der Niederländer zu gewinnen.

Wir gehen einen neuen Weg.

Deshalb unternehmen PVV, VVD, NSC und BBB in dieser Vereinbarung folgende konkrete Schritte:

- Steuererleichterungen ab 2025 für fleißige Niederländer, jung und alt, wie etwa die Mittelschicht und die Unternehmer, aber auch für die Menschen, die in finanziellen Nöten sind.
- Das strengste Zulassungsregime für Asylsuchende und das umfassendste Paket zur Kontrolle der Migration, das es jemals gab.
- Ein deutlicher Schub für Wohnungsbau, Infrastruktur, Barrierefreiheit und Energiewende.
- Mehr als die Halbierung des Eigenanteils im Gesundheitswesen auf das Niveau von 165 Euro im Jahr 2027 und Investitionen in die Altenpflege.
- Chef im eigenen Haus sein zu können in der Landwirtschaft und Fischerei; ein Impuls für eine Zukunft dieser Sektoren und für die Ernährungssicherheit für uns alle.
- Mehr Mitspracherecht der Bürger durch ein anderes Wahlsystem und Stärkung der Grundrechte durch ein Verfassungsgericht.
- Gewährleistung der Sicherheit der Niederländer durch ein entschlossenes Vorgehen gegen Kriminalität und Terror.

Auf Grundlage dieser Grundsatzvereinbarung wird das neue Kabinett an einem Regierungsprogramm mit den folgenden 10 Hauptpunkten arbeiten:

1. Existenzsicherheit und Kaufkraft
2. Kontrolle über Asyl und Migration
3. Wohnungen und Sozialwohnungen, Infrastruktur, öffentlicher Verkehr und Luftfahrt;
4. Eine gute Zukunft für Landwirtschaft und Fischerei, für Ernährungssicherheit, für die Natur
5. Energie, Versorgungssicherheit und Klimaveränderung
6. Zugängliche öffentliche Einrichtungen; Pflege und Bildung
7. Gute Regierungsführung und ein starker Rechtsstaat
8. Nationale Sicherheit
9. Internationale Sicherheit
10. Solide öffentliche Finanzen, Wirtschaft und Geschäftsklima

Die Punkte im Einzelnen sind:

(...)

2. Kontrolle über Asyl und Migration

Es werden konkrete Schritte hin zu einer möglichst strengen Zulassungsregelung unternommen, das gesamte Asyl- und Migrationssystem wird reformiert, der Zustrom gezielt und so weit wie möglich reduziert durch die folgenden Maßnahmen:

- Menschen ohne gültigen Aufenthaltstitel werden so weit wie möglich abgeschoben, auch zwangsweise.
- Verbot der Bevorzugung von Asylanten bei der Zuweisung von Sozialwohnungen
- Verstärkung der Grenzkontrollen und -überwachung, einschließlich mobiler Überwachung.
- Zusammenarbeit mit Nachbarstaaten und gleichgesinnten Ländern im Falle eines Massenzustroms (wie 2015).
- Schnellstmöglich soll eine Ausstiegsklausel für die europäische Asyl- und Migrationspolitik eingeführt und der Europäische Kommission vorgelegt werden.
- Strengeres Zulassungsverfahren (Anpassung der Beweislast, keine Belohnung für bewusster Verzicht auf den Identitätsnachweis, Anpassung und Durchsetzung von Kriterien für ein sicheres Land und Durchsetzung der Dublin-Verordnung, Auslesen von Mobiltelefonen, Einschränkungen der Rechtshilfe).
- Bei Grenzkontrollen entdeckte irreguläre Migranten müssen unverzüglich nach Deutschland und Belgien zurückgeschickt werden, auch ohne gültigen Personalausweis.
- Die Landespolitik wird deutlich angepasst, sodass die Niederlande für Asylsuchende nicht mehr attraktiv sind, wie es zur Zeit der Fall ist. Der Prozentsatz anerkannter Asylanten muss im europäischen Vergleich nicht zu den höchsten, sondern zu den niedrigsten gehören. Eine Rolle spielt dabei auch die Beweislastumkehr: die Asylanten müssen beweisen, warum sie Anspruch auf Asyl haben, statt dass die niederländischen Behörden beweisen müssen, warum jemand keinen Anspruch auf Asylrecht hat (was die heutige Regelung ist).
- Einführung eines Systems, welches zwischen Kriegsflüchtlingen und Verfolgten unterscheidet. Kriegsflüchtlinge bekommen weniger Rechte und werden nur befristet geduldet. Für letztere gibt es auch keine automatische Familienzusammenführung und diese wird nur auf die Kernfamilie und Kinder unter 18 beschränkt und auch nur nach einer längeren Wartezeit.
- Asylanträge werden ohne das Recht auf Berufung bei einem Gericht eingereicht.
- Die unbefristete Asylgenehmigung wird abgeschafft der vorübergehende Aufenthalt eingeschränkt.
- Unterbringung von Asylbewerbern mit geringer Aussicht auf Asyl an getrennten Orten mit möglichst strengen Auflagen, teilweise in geschlossenen Anstalten.
- der staatliche Beitrag zur Unterstützung abgelehnter Asylbewerber wird beendet.
- Die rechtliche Unterstützung bei Asylanträgen wird so weit wie möglich und bei wiederholten Fällen eingeschränkt, um Asylanträge so weit wie möglich zu reduzieren.
- Asylverfahren werden verkürzt und vereinfacht, beispielsweise durch die Verkürzung der Einspruchsfrist und Beschränkung der Möglichkeit wiederholter Anträge.
- Härteres Vorgehen gegen diejenigen, die sich nicht benehmen.

- Bekämpfung der Kriminalität unter und von Asylbewerbern, unter anderem durch: unverzügliche Entfernung aus der Aufnahmeeinrichtung, Einstellung des Asylverfahrens, Erlöschens der Aufenthaltserlaubnis und durch eine weitere Verschärfung der Abschieberegeln, damit kriminelle Ausländer schneller abgeschoben werden können.
- Bei den Registrierungs- und Aufnahmestellen wird strikt gegen Gewalt und Belästigung durch Asylbewerber vorgegangen, insbesondere wenn diese gegen weibliche Asylbewerber, LGBTIQ+ und/oder christlichen Asylbewerber gerichtet ist.
- Unterlassene Mitwirkung bei der Abschiebung nach rechtskräftiger Ablehnung oder Verlust der Aufenthaltserlaubnis wird strafbar.
- Der Fokus wird auf Rückkehr gelegt durch die Abschiebung von Asylbewerbern, die bereits in einem anderen EU-Mitgliedstaat abgelehnt wurden, Verlängerung der Ausländerhaft sowie Einschränkung der kommunalen Aufnahme auf Grundbedürfnisse
- Die Liste sicherer Drittstaaten wird ausgeweitet auf der Grundlage offizieller Nachrichten; offizielle Mitteilungen werden grundsätzlich nicht veröffentlicht.
- Der EU-Migrationspakt mit verschärften Asylregeln und Aufnahmeverfahren muss schnellstmöglich umgesetzt werden. Niederlande entscheidet sich gegen Umverteilung aus anderen Ländern und für die Zahlung von Geldern, um Aufnahme zu verweigern.
- Gleichzeitig setzen sich die Niederlande für eine weitere Verschärfung der EU-Vorschriften ein, unter anderem durch die Überprüfung von Asylbewerbern mit geringen Chancen, strengere Kontrollen an den Außengrenzen und die Bearbeitung in einem Drittstaat (Albanien-Modell).
- Menschenhandel, Menschenschmuggel und alle illegalen Einwanderungswege werden bekämpft, national und europäisch.
- Der persönliche Beitrag zur Unterbringung von Vertriebenen aus der Ukraine wird erhöht.
- Fokus auf die Aufnahme in der Region und auf Migrationsabkommen zu diesem Zweck.
- Eine Modernisierung der UN-Flüchtlingskonvention wird befürwortet und die Niederlande wollen sich mit gleichgesinnten Staaten dafür einsetzen. Auch die EU-Verträge und Regelungen sollen den geänderten Umständen angepasst werden.

Weiterhin werden Maßnahmen getroffen, um Arbeitsmigration zu beherrschen. Die Bedürfnisse der Wirtschaft müssen dabei klar festgestellt werden und nur wirklich benötigte Arbeitsmigranten eingelassen werden. Niedriglohnarbeiter und schlechte Arbeitsumstände sollen durch Maßnahmen beschränkt werden wie:

- Die Zeitarbeitsbranche und Personalvermittlungsagenturen werden durch ein Zulassungssystem reguliert.
- Arbeitgeber von Wanderarbeiter ohne Verbleibrecht übernehmen die Verantwortung für Schäden und Kosten von diesen.
- Bei Langzeitaufhalten liegt auch die Pflicht beim Arbeitgeber, diesen Mitarbeitern die Niederländische Sprache beizubringen.
- Im Hinblick auf die Arbeitsmigration sind die Niederlande bestrebt, die Freizügigkeit von Personen innerhalb der EU einzuschränken, wenn und soweit eine Erweiterung der EU diskutiert wird.

Wissens- und Studienmigration ist für die niederländische Wirtschaft wichtig, ihr Ausmaß muss jedoch reduziert werden im Verhältnis zu dem, was Kommunen, Bildung, Gesundheitsfürsorge und Wohnraum tragen können. Daher werden:

Seite E 36 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

- Die Qualifikationsanforderungen der Wissensmigration verschärft und erhöht.
- Einschränkung der Studienmigration im Hochschulbereich in der Bachelorphase mit Ausnahmen von Studien bei Arbeitsmarktengpässen unter Berücksichtigung der örtlichen Gegebenheiten (Je größer die Probleme, desto mehr Einschränkungen).
- Die Studienmigration wird eingeschränkt dadurch, dass es zahlreiche Kurse auf Niederländisch und eine Höchstzahl für ausländische Studierende gibt, durch Beschränkung auf den Bezug eines Grundstipendiums und durch Erhöhung der Studiengebühren für Nicht-EU-Studierende.
- Die Niederlande sollten gegenüber staatlichen Akteuren, die Menschen hierher schicken zur Spionage, wachsam sein. Es werden Maßnahmen zum Schutz unseres Wissens ergriffen.

Ein zusätzliches und verbindliches Bekenntnis zur Einbürgerung und Integration. Der Ausgangspunkt ist, dass sie (Migranten) Teil von uns sind, wenn sie sich einbringen und die niederländischen Werte unterstützen.

- Integration umfasst Wissen über den Holocaust und seine Opfer.
- Die Regelfrist für die Einbürgerung wird auf 10 Jahre verlängert, ungeachtet ob man befristetes oder unbefristetes Aufenthaltsrecht hat.
- Ausländer, die unsere Staatsangehörigkeit annehmen wollen, sollen nach Möglichkeit ihre vorige Nationalität aufgeben.
- Die Sprachanforderungen für die Einbürgerung werden grundsätzlich für alle auf B1 erhöht.
- Bekämpfung unerwünschter ausländischer Einflüsse, z. B. durch Wochenendschulen.
- Es wird eine Regelung für Gebetsrufe (Muezzinrufe) geben.
- Schädliche Praktiken wie Zwangsheirat und weibliche Genitalverstümmelung werden bekämpft.

(...)

Quelle:

https://www.achgut.com/artikel/frische_politik_aus_holland_haetten_wirt_auch_gerne

B R D e u t s c h l a n d (ohne Berlin und Land Brandenburg)

(Seiten E 37 – E 75)

01) Keine Berührungängste. Rechtspopulisten mobilisieren die Massen auf TikTok. Ein Verbot der App würde das eigentliche Problem jedoch nicht lösen

Von Joscha Wendland



Joscha Wendland

Berlin

Joscha Wendland ist im Referat Globale und Europäische Politik der Friedrich-Ebert-Stiftung tätig. Er hat Politikwissenschaften und Ethnologie an der Universität Heidelberg studiert.

06.06.2024



An Screentime mangelt es der Regierung nicht. Vielleicht könnte man einen Teil der Zeit in die Erstellung besseren Contents investieren.- *picture alliance / Flashpic | Jens Krick*

Donald Trump ist jetzt auf TikTok – auf einer Plattform, die er zuvor eigentlich verbieten wollte. Noch im März bezeichnete der ehemalige US-Präsident [TikTok als eine Gefahr](#) für die Sicherheit des Landes. Nun sammelte er innerhalb von einer Woche bereits knapp sechs Millionen Follower ein, während der Kampagnen-Account von Präsident Joe Biden lediglich auf gut 360 000 kommt. Die beiden Präsidentschaftskandidaten verfolgen damit das Ziel,

Seite E 38 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

einen direkteren Draht zur US-amerikanischen Bevölkerung aufzubauen. Und wie es scheint, gelingt dies eher Trump – wie auch weltweit eher populistische Akteure damit Erfolge erzielen.

Dabei soll TikTok eigentlich verkauft oder verboten werden – darin waren sich beide Kandidaten mal einig, und das war auch die eindeutige Nachricht des Kongresses an das chinesische Unternehmen ByteDance, den Mutterkonzern von TikTok. Seit Bidens Unterschrift Ende April läuft nun eine neunmonatige Frist, in denen ByteDance die letzten Anteile in chinesischer Kontrolle an westliche Investoren verkaufen muss, um ein Verbot in den USA zu umgehen. 60 Prozent von ByteDance Ltd. sind zwar bereits im Besitz westlicher Investoren, doch kann der Gründer, trotz eines Anteils von lediglich 20 Prozent, aufgrund höherer Stimmrechte weiterhin Kontrolle ausüben. Es ist jedoch nicht sicher, ob es überhaupt zu einem Verbot kommen würde: Eine [Klage gegen die US-Regierung](#) mit Verweis auf unrechtmäßige Einschränkung der freien Meinungsäußerung wurde bereits angekündigt. Doch worum geht es bei dem Gesetz wirklich? Und was bedeutet das für Europa und die Demokratie?

In den USA nutzen rund 170 Millionen Menschen die Kurzvideo-App regelmäßig und es wird geschätzt, dass [300 000 Arbeitsplätze an TikTok gebunden](#) sind – überwiegend sogenannte *Content Creators*. Und doch sind sich erstaunlicherweise alle in den Vereinigten Staaten darin einig, was zu tun ist: Mit einem Verbot drohen, um den Verkauf zu erzwingen. Auch Donald Trump hatte sich seinerzeit für einen solchen Deal ausgesprochen – und nun auch den Nutzen der Reichweite der Plattform erkannt.

Ursache für diesen ungewöhnlichen parteiübergreifenden Zusammenhalt ist die Angst vor Spionage und unautorisiertem Zugang zu den Daten der US-amerikanischen Nutzerinnen und Nutzer durch China. ByteDance hatte der US-Regierung daraufhin angeboten, diese Daten in den USA zu speichern, doch das reichte scheinbar nicht aus. Auch die Berücksichtigung der Interessen der jungen, digitalaffinen Wählerschaft war mit Blick auf die Präsidentschaftswahl im November nicht ausschlaggebend. Dass ein im Raum stehendes TikTok-Verbot in großen Teilen der GenZ nicht wohlwollend aufgenommen würde, liegt auf der Hand. Vordergründig wurde dieses Argument mit den Sorgen um Desinformationskampagnen gekontert, doch eigentlich ist es merkwürdig, dass Wählerinteressen derart unberücksichtigt bleiben. Schließlich gedeihen chinesische und russische Bots und Datenskandale auch auf X oder Meta, wo erst 2021 die [Daten von über 500 Millionen Facebook-Nutzern durch einen Hackerangriff gestohlen](#) wurden – aber das sind ja amerikanische Unternehmen. Könnte es bei dem verabschiedeten Gesetz demnach um etwas ganz anderes gehen?

Elon Musk beweist immer häufiger, dass er auch eine politische Agenda verfolgt – und dazu auch X einspannt.

Dass Daten und die damit verbundenen Möglichkeiten von Online-Werbung ein Milliardengeschäft sind, sollte mittlerweile den meisten Schulkindern klar sein und bildet inzwischen die Grundlage vieler Geschäftsmodelle. *User Profiling findet* in einem derart hohen Grad statt, dass maßgeschneiderte Werbung an den jeweiligen Nutzer ausgespielt wird. Aber das kennt man bereits von Meta und den dazugehörigen Diensten Facebook oder Instagram. Und Elon Musk beweist immer häufiger, dass er auch eine politische Agenda verfolgt – und dazu auch X einspannt.

Der entscheidende Unterschied ist, dass TikTok die einzige große Social-Media-Plattform ist, die nicht in den USA entwickelt wurde und deren Code eine rein chinesische Angelegenheit bleibt. Ist das drohende TikTok-Verbot dann vielleicht keine Frage von

Datenschutz, sondern schlicht ein Fall von purem Neid? Wollen die US-amerikanischen Firmen nicht einfach selbst ihr Unwesen mit den ganzen Daten treiben? Würde ein Verkauf sich überhaupt spürbar positiv auf die Nutzererfahrung auswirken – oder noch besser: die westlichen Demokratien wieder entscheidend stärken?

Innerhalb der Europäischen Union trifft die Stimmungsmache gegen TikTok jedenfalls auf Zuspruch.

Innerhalb der Europäischen Union trifft die Stimmungsmache gegen TikTok jedenfalls auf Zuspruch. In Estland und Frankreich wurde TikTok inzwischen auf Diensthandys von Angestellten im öffentlichen Dienst verboten und seit Mitte März dürfen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der [EU-Kommission die App auch nicht mehr benutzen](#). Im Fokus steht das Thema Cybersicherheit, sodass europäischen Beamten sogar von der privaten Nutzung von TikTok abgeraten wird. Wie das letztlich durchgesetzt und überprüft werden soll, bleibt unklar.

Parteiübergreifend wird in Deutschland unterdessen ein ähnliches Vorgehen gefordert. Einigkeit herrscht bei den Bedenken wegen einer nicht DSGVO-konformen Handhabung von Nutzerdaten sowie bei der Angst vor Spionage und vor der [Verbreitung von Desinformationen](#) – insbesondere im Zuge der bevorstehenden Europawahlen. Roderich Kiesewetter, Vizevorsitzender des Geheimdienst-Kontrollgremiums des Bundestags, [bezeichnete TikTok](#) sogar als „eine Gefahr für die Demokratie“ und als Instrument der „hybriden Kriegsführung“ Chinas und Russlands. Gegen Facebook oder Instagram fand eine solche Wortwahl in Europa bislang wenig Verwendung und auch ein Verbot stand von Seiten der Politik nie ernsthaft im Raum. Bei den US-amerikanischen Diensten werden stets die Reichweite und der Impact erfolgreicher Online-Kampagnen in den Vordergrund gestellt. Das enorme und weiterhin [steigende Reichweitenpotenzial von TikTok](#), insbesondere bei unter 25-Jährigen, wird hingegen gern vergessen. Die Gründe dafür sind: Zu viel Kulanz gegenüber westlichen Tech-Konzernen und ein zu starres Politikfeld, in dem weder die Institutionen noch die Politikerinnen und Politiker mit den technischen Entwicklungen Schritt halten.

Aus Sicht der Europäerinnen und Europäer kann US-Tech-Unternehmen mit schillerndem Führungspersonal genauso wenig vertraut werden wie den chinesischen Pendants.

Die Gefahren von Desinformation und Missbrauch von Nutzerdaten sind natürlich real – und sollten ernst genommen werden. Vor einigen Jahren zeigte eine MIT-Studie bereits, dass sich Fake-News und Lügen bis zu sechsmal schneller auf X verbreiten, damals noch Twitter. Und wie reagiert die Politik? Einerseits mit profitmotivierten Verbotsforderungen in Bezug auf TikTok; dahinter steckt offensichtlich nicht vorrangig der Schutz der Demokratie, da sich sonst auch der Umgang mit dem von Desinformationskampagnen geplagten Facebook ändern müsste. Es reicht eben nicht, Mark Zuckerberg in einem Ausschuss zu befragen. Und andererseits mit lächerlichen Geldstrafen für westliche Tech-Konzerne, die keineswegs zu grundsätzlichen Veränderungen am Geschäftsmodell mit Nutzerdaten einladen. Meta bekam 2023 von der EU eine Rekordstrafe in Höhe von 1,2 Milliarden Euro aufgebremmt – gerade einmal drei Prozent des im selben Jahr erwirtschafteten Profits. Beides sind demnach leider völlig unzureichende Strategien. Warum sollte es schließlich aus Sicht eines europäischen Nutzers einen Unterschied machen, ob er von einem Unternehmen mit Sitz im Silicon Valley desinformiert wird oder ob ein Pekinger Unternehmen seine Daten missbraucht? Aus Sicht der Europäerinnen und Europäer kann US-Tech-Unternehmen mit schillerndem Führungspersonal genauso wenig vertraut werden wie ihren chinesischen Pendants.

Seite E 40 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

Hinzu kommt, dass die Schwerfälligkeit politischer Institutionen mit der Wandelbarkeit und kontinuierlichen Entwicklung technischer Möglichkeiten und Anwendungen schlicht nicht mithalten kann. Dies wird leider dadurch verschärft, dass die meisten demokratisch-gesinnten Politikerinnen und Politiker sich den Sozialen Medien meist entweder gänzlich verweigern oder halbherzig und unbeholfen Nähe mit einem jüngeren Publikum herstellen wollen. Bestes Beispiel ist [Olaf Scholz' kürzlich veröffentlichtes erstes TikTok-Video](#).

Man kann eben nicht immer verbieten, was man nicht zu beherrschen lernen will.

Ganz anders sieht es hingegen bei der rechtsextremen, digitalkundigen AfD aus. Diese hat sich die [Sozialen Medien zu eigen gemacht](#) und zählt doppelt so viele Facebook-Fans wie die restlichen Parteien zusammen und kommt durchschnittlich auf etwa zehnmal mehr Impressionen pro TikTok-Video. Die demokratischen Parteien hingegen überschatten diese Möglichkeiten der Reichweite mit ihren Bedenken und bieten den kommenden Generationen daher auch keine Alternative zu den Inhalten der AfD. Das Gleiche passiert in Frankreich, wo der junge Spitzenkandidat des rechtsradikalen *Rassemblement National* auf TikTok 1,3 Millionen Follower hat und gerade auch bei jungen Menschen viel Anklang findet. Marine Le Pens Partei liegt in Umfragen zur Europawahl unangefochten auf Nummer 1. Vor diesem Hintergrund über ein Verbot von TikTok zu reden, wirkt sehr verkürzt. Man kann eben nicht immer verbieten, was man nicht zu beherrschen lernen will.

Im Kleinen wehren sich bereits eine aus Fridays for Future hervorgegangene Gegenbewegung mit dem Hashtag [#ReclaimTikTok](#) oder auch Politiker wie [Karl Lauterbach](#), der aber den Algorithmus der Plattform nicht ausreichend füttert. Ganz übergeordnet braucht es eine agilere deutsche und europäische Politik, die technische Entwicklungen – sei es in Bezug auf Facebook, X, TikTok oder auch bezüglich Künstlicher Intelligenz – institutionell sowie legislativ zeitgemäß begleitet und auch auf praktischer Anwendungsebene den Anschluss an die Bevölkerung nicht verliert. Auch ein *Digital Services Act* macht die demokratischen Parteien nicht auf einen Schlag wieder attraktiv. Unsere Politikerinnen und Politiker sollten, statt ein Verbot zu diskutieren, sich vielmehr mit einem gekonnten TikTok-Auftritt für unsere Demokratie einsetzen.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/demokratie-und-gesellschaft/artikel/keine-beruehrungsaengste-7557/?utm_campaign=de_40_20240606&utm_medium=email&utm_source=newsletter

02) Spargelzeit im Nil. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 625-35

31. Mai 2024

49. Jahrgang

Spargelzeit im Nil

Am letzten Tag im Mai möchten wir uns nicht mit Politik, sondern mit Spargel beschäftigen. In dieser Woche war ich mal wieder bei Geschäftsfreunden in Hamburg und hatte, wie immer, ein Zimmer im IntercityHotel Altona gebucht, das sich direkt am Bahnhof befindet, mit Blick vom Frühstücksraum auf Gleis 11, von wo aus die Züge nach Berlin fahren.



Auf der Suche nach einem Restaurant, das Spargel anbietet, fand ich bei Google den folgenden Link:

<https://www.hamburg.de/spargel-restaurant/>

Das nächstliegende Restaurant von Altona aus befindet sich zwischen St. Pauli Kiez und Schanzenviertel am Neuen Pferdemarkt und trägt den wunderbaren Namen **Nil**.



Von außen betrachtet, nicht besonders, von innen jedoch sehr spektakulär. Schon bei dem Versuch, einen Tisch zu reservieren, bemerkt man die große Nachfrage. Ab 19:00 Uhr geht nichts mehr. 18:00 bis 20:00 Uhr wäre noch möglich. Gebucht! Da man meist etwas früher eintrifft, aber Öffnung um



18:00 Uhr eben Öffnung um 18:00 Uhr bedeutet, kann man es sich entweder auf den Außenplätzen gemütlich machen oder die Vitrinen anschauen, die viel über die Qualität des Restaurants aussagen. Zahlreiche Trophäen sind zu bewundern, und nicht, wie bei anderen Lokalen, aus früheren Jahren, sondern ganz aktuell: Restaurant des Jahres 2024!

In der Selbstbeschreibung heißt es: „Im schlicht-eleganten Restaurant am Pferdemarkt können Sie auf drei Ebenen Platz nehmen: im Erdgeschoss, Souterrain oder auf der Galerie. Die



Produkte stammen von Bio-Höfen aus der Hamburger Umgebung. Die Speisekarte klingt wie eine Liebeserklärung an die gute Esskultur.“

Wir wurden in die erste Etage geleitet mit einem guten Blick über das gesamte

Restaurant. Eine freundliche Dame steht uns hilfreich und kompetent bei der Wahl der Speisen und Getränke zur Seite. Spargel! Das ist der Grund, weshalb wir hier sind. Ein Pfund Spargel mit Lindakartoffeln und brauner Butter oder Sauce Hollandaise 25.50 (auf Wunsch vegane Hollandaise) oder mit hausgemachtem, luftgetrocknetem Schinken vom Bunten Bentheimer Schwein 30.50. Einer nimmt Spargel, so wie ihn die Küche freigibt, der Autor dieses Beitrages wünscht sich den Spargel schön weich und natürlich den Schinken dazu. Fazit: Ein Traum, aus dem man nicht erwachen möchte. Dazu ein Fläschchen Grauburgunder. Mal wieder meldet Kleinhirn an Großhirn, wie gut es uns doch geht, in diesem, unserem Lande.

Die Gegend, in dem sich das Nil befindet, mag so gar nicht zu dem Ambiente des Restaurants passen. Wir wandern ein Stück durch das Schanzenviertel und Karolinenviertel, unweit des Millerntorstadions, wo vermutlich immer noch der Aufstieg von St. Pauli gefeiert wird, bis zur Reeperbahn, von wo aus wir uns für die letzten Meter bis zum Bahnhof Altona dann doch für die S-Bahn entscheiden. Bunt bemalte Häuser mit den üblichen Parolen, viele kleine Geschäfte und Kneipen, vor denen es sich die Kiez-Community gemächlich gemacht hat, und über das Establishment meckert. Unübersehbar aber auch sehr viel Leerstand.

Fotos: Ed Koch - Foto Innen: Nil

Wenn Sie demnächst mal wieder in Hamburg sind, wissen Sie, wohin Sie der Weg führen muss: Zum bzw. ins **Nil**.

Ed Koch

1

03) Erwartungsgemäß. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 625-36

31. Mai 2024

49. Jahrgang

Erwartungsgemäß

Es wäre so schön gewesen, wenn wir den Monat Mai mit dem Bericht über ein Spargelessen in Hamburg hätten beschließen können. Zwei Ereignisse von gestern Abend und heute Vormittag sollen jedoch nicht unkommentiert bleiben.

Während **Dieter Nuhr** seine Satiresendung, die um 19:30 Uhr aufgezeichnet und um 22:50 Uhr gesendet wurde, präsentierte, wurden die Zuschauer durch ein Laufband am unteren Bildrand darüber in Dauerschleife informiert, dass **Donald Trump** in 34 von 34 Anklagepunkten schuldig gesprochen wurde. Leider betrifft das nur den dubiosen Fall um einen Pornostar, nicht aber das viel größere Verbrechen, seine Anhänger aufgehetzt zu haben, den Kongress zu stürmen, weil er einfach nicht akzeptieren will, die Wahl 2020 mit 56,9 zu 43,1 Prozent der Wahlleutestimmen verloren zu haben.

Selbst wenn Trump, wozu auch immer, verurteilt wird, und damit als vorbestraft gilt, hindert ihn das nicht daran, als Präsidentschaftskandidat weiterzumachen und im Falle eines Sieges tatsächlich Präsident zu werden und sich selbst begnadigen zu können. Was ist das für eine Demokratie in den USA? Man muss sich ernsthafte Sorgen um dieses Land machen.

Noch größere Sorgen muss man sich um die Entwicklung in der Ukraine machen, die erwartungsgemäß eingetroffen ist. Erlauben Sie bitte, dass ich mich selbst zitiere aus dem Newsletter vom 29. Mai 2024 „Terror lohnt sich!“. *„Ein ganz schwieriges Feld ist die Frage, ob, mit welchen Waffen auch immer, die Ukraine Stellungen in Russland, von denen Putins Terrorraketen abgefeuert werden, angreifen und gegebenenfalls vernichten darf. Die Ukraine endlich in die Lage zu versetzen, alle russischen Raketen abschießen zu können, ist dringender denn je. Den ‚Krieg‘ auf russisches Territorium auszudehnen, halte ich für keine gute Idee.“*

Um kurz vor 11:00 Uhr meldete das **ZDF**: *„Die Bundesregierung erlaubt der Ukraine den Einsatz deutscher Waffen über die Grenze hinweg in das an die Region Charkiw angrenzende russische Gebiet. Die Ukraine sei in den vergangenen Wochen ‚insbesondere im Raum Charkiw von Stellungen aus dem unmittelbar angrenzenden russischen Grenzgebiet‘ angegriffen worden, teilte Regierungssprecher **Steffen Hebestreit** am Freitag mit. Gemeinsam sind wir der Überzeugung, dass die Ukraine das völkerrechtlich*

verbrieftes Recht hat, sich gegen diese Angriffe zu wehren.“ „Bereits zuvor hatten die USA der Ukraine erlaubt, mit US-Waffen Ziele auf dem Gebiet Russlands anzugreifen zu dürfen.“ Russische Ziele auf der Krim oder in den besetzten Gebieten im Osten anzugreifen, ist legitim, denn es handelt sich um das Staatsgebiet der Ukraine, auf dem sich widerrechtlich fremde Soldaten befinden, die man vertreiben darf.

Russisches Territorium anzugreifen, hat eine andere Qualität. Was aber tun, wenn es für die Ukraine keinen Schutzschirm gibt, so wie ihn Israel hat? Die Stellungen in Russland beschießen? Welche andere Wahl hat die Ukraine? Sollte es gelingen, die grenznahen Abschussrampen zu vernichten, verfügt Putin über weitere Möglichkeiten, nämlich Langstreckenraketen. Die Spirale dreht sich weiter.

Die Annahme, dass Putin zur Einsicht gelangt, diesen Krieg nicht gewinnen zu können und ihn deshalb zu beenden, ist unrealistisch, weil er sich m.E. inzwischen in einem Geisteszustand befindet, wo ihm so ziemlich alles egal ist. Einem unberechenbaren Menschen wie ihm, der allein herrscht und sich das Parlament lediglich als Staffage hält, ist alles zuzutrauen bis hin zum Suizid, den er beim Einsatz von Nuklearwaffen in Kauf nehmen müsste.

Am 30. Mai fand nicht, wie in einem Lied des Gologowski-Quartetts besungen, der Weltuntergang statt. Er ist man wieder verschoben worden. Wissenschaftler haben berechnet, dass in rund fünf Milliarden Jahren die Welt ohnehin untergehen würde. Darauf muss niemand warten, weil das viel früher geschehen wird. Auch wenn es zynisch klingt, genießen Sie Ihr Leben, solange es noch geht, und gehen Sie nochmal richtig gut Spargel essen.

Ed Koch

04) Blankes Entsetzen. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 625-34

30. Mai 2024

49. Jahrgang

Blankes Entsetzen

Wir wissen, wie belastend es ist, immer wieder über den Vernichtungskrieg Russlands gegen die Ukraine lesen zu sollen. Glauben Sie uns, auch darüber zu berichten, ist eine große Qual. Wir müssen uns diese jedoch antun, um zu begreifen, welche Art von Krieg Putin in Europa gegenwärtig führt und vermutlich auch künftig zu führen versuchen wird.

Gestern haben wir einen Beitrag im Tagesspiegel über das Schicksal der Kinder in der Ukraine gelesen, der uns zutiefst berührt und erschüttert hat. „*Schon seit Beginn des Krieges wird Russland vorgeworfen, Zehntausende Kinder aus den besetzten ukrainischen Gebieten entführt und in vielen Fällen in Umerziehungslager gesteckt zu haben.*“, heißt es einleitend. Und weiter: „*Aus diesem Grund hatte der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag 2023 Haftbefehl gegen den russischen Präsidenten Wladimir Putin und die russische Kinderbeauftragte Maria Lvova-Beleva erlassen. Nun gibt es offenbar eine neue Welle solcher Umerziehungen – unter dem Deckmantel von Sommerlagern.*“

„*Der Chef der selbsternannten Volksrepublik Luhansk, Leonid Pasechnik, gab vor zwei Tagen bekannt, dass im Laufe dieses Jahres mehr als 12.000 Kinder in Regionen der russischen Föderation ‚aufgenommen‘ werden sollen und dass 40.000 Kinder aus den besetzten ukrainischen Gebieten zu ‚Sommerlagern‘ und ‚Bildungsaktivitäten‘ im Rahmen des Programms ‚Nützliche Ferien‘ nach Russland ‚eingeladen‘ würden. Das berichtet das Institut für Kriegsstudien (ISW) in seinem aktuellen Bericht.*“

https://understandingwar.org/backgrounder/russian-offensive-campaign-assessment-may-28-2024?bezuggrd=NWL&utm_source=sondermailing
Lesen Sie bitte diesen Text.

„*Die Besatzer in der Region Cherson kündigten zudem an, Kinder zu einem Sommerlager auf die Krim oder in die Region Adygea im Nordkaukasus im Süden Russlands zu schicken. Jugendliche aus Luhansk sollen außerdem an einem ‚militärisch-patriotischen Sportlager‘ in der Region Wolgograd teilnehmen, wo sie unter anderem in Militärtechnik, Taktik, Schießen und im Drohneneinsatz geschult werden sollen.*“

„*Dass solche Lager als Erholungs- und Bildungsmaßnahmen dargestellt werden, ist ein typisches Mittel der russischen Propaganda. Dahinter stecken aber Russifizierungsprogramme, um die Kinder von der*

ukrainischen Sprache, Kultur und Geschichte zu entfremden. Die Experten vom ISW gehen davon aus, dass diese Maßnahmen den ganzen Sommer verstärkt unter dem Deckmantel von Sommerlagern verstärkt werden sollen.“

Sich an Kinder zu vergreifen, ist das Übelste, was Menschen anstellen können. Welche Folgen es hat, wenn frühzeitig begonnen wird, Kindern eine bestimmte Ideologie anzuerziehen, sehen wir exemplarisch in Nordkorea oder in der so genannten Volksrepublik China. Als wenn den Menschen in den annektierten Gebieten der Ukraine nicht schon genug Schlimmes angetan wurde, so nimmt Russland ihnen auch noch die Kinder weg, um linientreue Putin-Faschisten zu erziehen, die eines Tages so verblendet sein werden, dass sie ohne schlechtes Gewissen zu haben, bei ihren eigenen ukrainischen Landsleute das Erlernte Kriegshandwerk einsetzen werden.

„*Militärisch-patriotisches Sportlager*“, dazu fallen einem auch die Bilder aus dem so genannten Dritten Reich ein. Hundertfaches gleichförmiges Bewegen und jonglieren mit Waffen. Putin zieht sich die nächste Generation Fleischwolf heran. „*Nützliche Ferien*“? Für wen? Auf keinen Fall für die Kinder. Und welche Bildung den Kindern vermittelt wird, kann man sich vorstellen. Putin hat, was die Ukraine betrifft, seine eigene Geschichtsschreibung entwickelt, die nichts mit der Wahrheit zu tun hat. Das wiederum erinnert an den Begriff „*Alternative Fakten*.“

Wutschraubend und völlig hilflos liest man diese Berichte und hört den Diskussionen in den Talk-Shows zu, wo sich selbsternannte Militärexperten darüber streiten, mit welchen Mitteln man die Ukraine vor dem Untergang retten kann.

Wir müssen nicht bis nach Nordkorea schauen, wenn wir Beispiele dafür suchen, welche Folgen es hat, wenn Kinder zu Hass erzogen werden. „*Laut Statistischem Bundesamt waren zum Stichtag 31.12.2022 in Berlin 645 Palästinenser gemeldet. Schätzungen für Berlin gehen allerdings von 35.000 bis 45.000 Palästinenserinnen und Palästinensern aus - viele davon kamen in den 1970er Jahren aus dem Libanon nach Deutschland.*“ Hass auf alles Jüdische zu predigen, gehört in vielen palästinensischen Familien zum Alltag. Nicht anders lässt es sich erklären, wie undifferenziert propalästinensische Demonstrationen verlaufen, in denen die Hamas nicht als Terror-, sondern als Befreiungsorganisation gefeiert wird. Unser Bildungssystem hat dem offenbar nichts entgegenzusetzen.

Ed Koch

1

05) Terror lohnt sich. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 625-33

29. Mai 2024

49. Jahrgang

Terror lohnt sich

Es gibt keinen souveränen palästinensischen Staat. Chancen für eine Zweistaatenlösung gab es einige, zum Erfolg führte bislang keine. Dass von den 193 Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen seit gestern 145 Palästina (aktuell einschließlich Norwegen, Spanien und Irland), als unabhängigen Staat anerkannt haben, ist Symbolpolitik, ändert aber nichts daran, dass es gegenwärtig nicht mehr und nicht weniger als Autonomiegebiete gibt. Auch, dass am 10. Mai 2024 die UN-Generalversammlung in einer nicht bindenden Entscheidung für eine Vollmitgliedschaft Palästinas stimmte, ändert nicht am Status.

Die vielen zivilen Opfer im Gazastreifen können nicht einfach als Kollateralschaden auf die berechtigte Reaktion Israels auf den Terrorakt vom 7. Oktober 2023 hingeworfen werden. Dass in der jetzigen Situation die Hamas immer noch in der Lage ist, Raketen auf Israel abzufeuern, zeigt, dass Israel sein Ziel, die Hamas zu vernichten, längst nicht erreicht hat und auch nicht erreichen wird. Der Raketenangriff der Hamas auf Israel, der erneut Gegenschläge auslöst, macht deutlich, wie egal der Terrororganisation die eigenen Menschen sind.

Die Überlebenschancen der noch etwa 130 versteckten Geiseln schwinden von Tag zu Tag. Natürlich müssen die Palästinenser eines Tages in einem souveränen Staat leben können. Wie das allein geographisch zwischen Gaza und dem Westjordanland gelingen soll, ist kaum vorstellbar. Der spanische Ministerpräsident **Pedro Sánchez** sprach gestern von einem Korridor zwischen Gaza und Westjordanland. Ein Blick auf die Landkarte lässt Zweifel an der Umsetzbarkeit aufkommen. Auch wenn es eines Tages zwei Staaten auf diesem engen Raum gäbe, würde das nicht dazu führen, dass die Terrororganisationen ihre Aktivitäten einstellen.

In der jetzigen Situation Palästina als Staat anzuerkennen, wie es gestern Norwegen, Spanien und Irland getan haben, vermittelt den Eindruck, dass sich Terror lohne. Diese diplomatische Geste führt zu nichts. Keine Geisel kommt frei, Israel stoppt nicht seine Bodenoffensive und die Hamas feuert weiterhin Raketen auf Israel ab.

Dass sich Terror lohnt, sieht man auch in der Ukraine. Russland führt keinen Krieg gegen die Ukraine, sondern tägliche Terrorakte gegen die Zivilbevölkerung durch, die sich nicht mal mehr in einem Baumarkt sicher fühlen kann. Was soll man davon

halten, wenn **Wladimir Putin** darüber schwadroniert, den „Krieg“ sofort beenden zu wollen, wenn die durch seine Terrorangriffe eroberten Gebiete als neues russische Territorium anerkannt würden? Hat sich sein Ziel, die Ukraine vom Faschismus zu befreien damit erledigt? Reicht es ihm aus, die Krim und die Ostukraine nazifrei gebombt zu haben? Immer wenn ich sage Putin sei geisteskrank, entgegnet mir einige Leute, dass dies nicht stimme, er sei raffiniert und wisse genau, was er tue. Natürlich kann ich den medizinischen Beweis einer Geisteskrankheit Putins nicht vorlegen, deshalb mache ich es mir ganz einfach: **Wer seine eigenen Soldaten im Fleischwolfverfahren zu Zehntausenden opfert, um unschuldige Menschen in einem Nachbarland zu ermorden, kann im Kopf nicht gesund sein.**

Die Ukraine kann den „Krieg“ nicht gewinnen. Putin aber offenbar auch nicht. Irgendwann wird es zu einem Waffenstillstand kommen an dessen Ende die Ukraine Landverluste akzeptieren muss, weil sich Terror lohnt. Es ist nicht davon auszugehen, dass, wie im Falle Afghanistans, Russland nach zehn Jahren einfach das Land verlässt. Die „eroberten“ Gebiete in der Ukraine wird Putin nicht wieder hergeben. Eine Illusion ist es auch anzunehmen, dass Israel wieder eine Autonomie der Palästinenser im Gazastreifen zulassen würde. Der Gazastreifen wird dauerhaft unter israelische Kontrolle gestellt. Dazu müsste Israel aber erst einmal den Gazastreifen unter seine Kontrolle bringen, wonach es gegenwärtig nicht aussieht.

Ein ganz schwieriges Feld ist die Frage, ob, mit welchen Waffen auch immer, die Ukraine Stellungen in Russland, von denen Putins Terrorraketen abgefeuert werden, angreifen und gegeben falls vernichten darf. Die Ukraine endlich in die Lage zu versetzen, alle russischen Raketen abschießen zu können, ist dringender denn je. Den „Krieg“ auf russisches Territorium auszudehnen, halte ich für keine gute Idee.

Der Einsatz von Kampffjets in der Ukraine ist ebenso dringlich. In Brüssel wurde gestern dem ukrainischen Präsidenten **Wolodymyr Selenskyj** zugesagt, noch in diesem Jahr F-16-Kampffjets geliefert zu bekommen. „Man werde sie ‚so schnell wie möglich‘ schicken, sagte der belgische Ministerpräsident **Alexander De Croo**. Bis 2028 sollen insgesamt 30 Flugzeuge geliefert werden.“ Quelle: Handelsblatt

2028? Was für eine schreckliche Perspektive.

Ed Koch

06) Demokratie in Gefahr? Deutschlands Debatte um die Gefahr von rechts dreht sich um sich selbst. Dabei würde der Blick zu den europäischen Nachbarn helfen

Von Nils Meyer-Ohlendorf



Nils Meyer-Ohlendorf, Berlin

Dr. Nils Meyer-Ohlendorf ist Leiter des *International and European Governance Program* des *Ecologic Institute* in Berlin. Er ist Mitgründer und Gesellschafter von *Democracy Reporting International*. Schwerpunkte seiner Arbeit sind Klimaschutz, EU und Demokratie in Europa

28.05.2024



Kundgebung gegen rechts in Essen.-*picture alliance/dpa | Christoph Reichwein*

Ist die Demokratie in Deutschland bedroht? [Viele Menschen sind derzeit dieser Meinung](#). In Ostdeutschland könnte die Alternative für Deutschland (AfD) die nächsten Landtagswahlen gewinnen – eine Partei, die vom Bundesverfassungsschutz als [rechtsextremistischer Verdachtsfall geführt werden darf](#). [Ganze Landesverbände](#) der Partei sowie deren [Jugendorganisation](#) gelten als „[erwiesen extremistische Bestrebungen](#)“. Es ist nicht ausgeschlossen, dass Björn Höcke, Deutschlands bekanntester Rechtsextremist, Ministerpräsident Thüringens wird. Nach dem Überfall auf den SPD-Politiker Matthias Ecke fühlte sich die FAZ sogar an [Weimar](#) erinnert. Minister sehen sich veranlasst, vor Umsturzphantasien zu warnen. Im Europawahlkampf gehe es darum, die Demokratie zu verteidigen und Nazis abzuwehren.

Doch treffen diese Einschätzungen zu? Ein Blick über den Tellerrand hilft, die realen Gefahren für die Demokratie zu ermitteln. Bei den europäischen Nachbarn waren oder sind rechtsextreme Parteien an der Regierung – teilweise seit vielen Jahren. In Italien stellen die

„Brüder Italiens“ die Regierungschefin. In der Schweiz kommen zwei von sieben Bundesräten von der Schweizerischen Volkspartei. Die Partei Die Finnen stellt als zweitgrößter Koalitionspartner neun Ministerinnen und Minister in der neuen finnischen Regierung. In Schweden tolerieren die Schwedendemokraten eine Minderheitsregierung. Mit gut 20 Prozent der Sitze sind sie die größte Partei in dieser Formation. In den Niederlanden duldet die *Partij voor de Vrijheid* von Geert Wilders die erste Rutte-Regierung und wird nun wohl der größte Koalitionspartner der neuen Rechts-Regierung. Auch die österreichische FPÖ war zuletzt 2019 Regierungspartei.

Obwohl diese Parteien teilweise deutliche Unterschiede aufweisen, gibt es auch viele Gemeinsamkeiten – etwa ausländerfeindliche und nationalistische Rhetorik und Politik. Eine weitere Gemeinsamkeit ist, dass Regierungsbeteiligungen dieser Parteien nicht zu einem grundlegenden Demokratieabbau geführt haben. Der Kern der Demokratie – etwa freie Wahlen, eine unabhängige Justiz, freie Medien, Gewaltenteilung oder eine freie Zivilgesellschaft – ist weitgehend intakt geblieben. Einen Umsturz oder *state capture* wie in Ungarn hat es nicht gegeben. Rechtsextreme Parteien sind zwar durch Wahlen in Regierungsverantwortung gekommen, sie sind aber auch wieder abgewählt worden.

Auf dem Weg zur Macht und in Regierungen sind diese Parteien zudem oft [moderater geworden](#). Große Wählergruppen lehnen extremistische Positionen tendenziell ab. Außerdem wirken der Zwang zum Kompromiss in Koalitionen, die Grenzen von Verfassungen oder die EU-Mitgliedschaft Extremismus entgegen. Befürchtungen, die Regierung Meloni werde zu Demokratieabbau in [Italien](#) führen, haben sich nicht bewahrheitet. Das gleiche gilt für die Niederlande, die Schweiz, Finnland, Dänemark und [Schweden](#). Ebenso für Österreich, wo es in Kärnten und im Burgenland Koalitionen zwischen FPÖ und SPÖ gab.

Deutschland ist über die Jahrzehnte toleranter, emanzipierter, bunter und damit demokratischer geworden.

Die Erfahrungen der Nachbarn bedeuten jedoch nicht automatisch, dass eine starke AfD kein Demokratieproblem ist. Diese Gleichung stimmt schon deshalb nicht, weil Erfahrungen eines Landes nicht ohne Weiteres auf die eines anderen übertragen werden können. Zudem ist die AfD extremistischer als ihre europäischen Pendanten. In ihrem eigenen Umfeld gefangen, ausgegrenzt und ohne echte Machtperspektive, hat die AfD sich seit ihrer Gründung radikalisiert. Andere rechtsextreme Parteien in Europa haben sich [eher in die andere Richtung entwickelt](#). Sie halten die AfD für zu extremistisch und haben sie aus der Fraktion Identität und Demokratie (ID) im Europaparlament [ausgeschlossen](#), da sie durch den Extremismus der AfD ihre Wahlchancen gefährdet sehen. Sollte dieser Rausschmiss vor allem aus Überzeugung erfolgt sein, wäre er eine sehr gute Nachricht für die Demokratie in Europa. Eine fraktionslose und damit fast bedeutungslose AfD wäre eine weitere.

Obwohl ein Vergleich zwischen Ländern immer schwierig ist, legen die Erfahrungen der Nachbarn einen Schluss nahe: Wie gefährlich rechtsextreme Parteien für Demokratien sind, hängt vor allem von der Stärke der Demokratie selbst ab. Dieser Aspekt fehlt größtenteils in der deutschen Debatte. So sind eine starke Zivilgesellschaft, die föderale Struktur Deutschlands und die Mitgliedschaft in der EU Stärken der deutschen Demokratie. Große Mehrheiten unterstützen diese, auch wenn es viele Vorbehalte gibt, wie Demokratie im Alltag funktioniert. Deutschland ist über die Jahrzehnte toleranter, emanzipierter, bunter und damit demokratischer geworden. Trotz stärkeren Zuspruchs für die extremen Ränder ist die politische Mitte weiterhin das Kraftzentrum der deutschen Politik.

Diese Stärken dürfen jedoch nicht über die Schwächen hinwegtäuschen – etwa eine strukturelle Schwächung des professionellen Journalismus, eine stärker polarisierte Debatte, ein Mangel an Gelassenheit sowie ein weit verbreitetes Gefühl der Verunsicherung. Die unbeliebte und oft zerstrittene Bundesregierung hilft in dieser Lage nicht. Unter dem Strich bedeutet dies: Deutschland im Jahr 2024 ist eher mit Österreich, der Schweiz, Italien, den Niederlanden, Dänemark, Schweden oder Finnland zu vergleichen. Es gibt offensichtlich viel mehr Parallelen zu diesen Ländern als zu Deutschland 1933. Fast nichts spricht dafür, dass die AfD Deutschlands Demokratie umkrepeln wird.

Nichtsdestotrotz leistet sich Deutschland eine introvertierte und alarmistische Debatte. Die Erfahrungen der Nachbarn spielen in der deutschen Diskussion praktisch keine Rolle. Fast niemand will hören, wie es dort mit Rechtsextremen gehalten wird und was von den Nachbarn gelernt werden könnte. Der Rauschmiss der AfD aus der ID-Fraktion hätte eine Diskussion über die Entwicklung rechtsextremer Parteien in Europa zur Folge haben können, aber die Nachrichten an den Tagen nach dem Rauschmiss wurden vom „[Nazi-Eklat](#)“ auf Sylt dominiert. Selbst der [Bundeskanzler](#) sah sich veranlasst, das Gegröle zu kommentieren.

Fast nichts spricht dafür, dass die AfD Deutschlands Demokratie umkrepeln wird.

Die deutsche Debatte dreht sich zudem viel um die eigene Geschichte und damit um sich selbst. Es werden Vergleiche mit Weimar gezogen, egal wie haltlos sie sind. Treffen zwischen Identitären, AfD- und CDU-Politikern zu Remigration sind abscheulich, aber [offensichtlich keine „Wannseekonferenz 2.0“](#). Solche absurden Vergleiche kosten wertvolle Glaubwürdigkeit. [Sie polarisieren und schwächen die Demokratie](#).

„Wehret den Anfängen“ ist eine zentrale Einsicht aus der deutschen Geschichte, aber sie bedeutet nicht, strategielos der eigenen Empörung freien Lauf zu lassen und auf Mobilisierung im eigenen Lager zu setzen. Sie bedeutet vor allem, Moderate von Extremisten zu trennen, zu überzeugen und *neue* Mehrheiten zu gewinnen. Das ist immer schwierig. Zur Zeit fällt dies aber besonders der politischen Linken schwer.

Anstatt der Kraft der offenen Debatte und der eigenen Überzeugungskraft zu vertrauen, gibt es von links viele Rufe nach Verboten, [Polizei, Staatsanwaltschaft und Verfassungsschutz](#). Es gibt austauschbare Reden mit den üblichen *Soundbites* wie „Demokraten müssen sich unterhaken“ oder „man muss klare Kante gegen rechts zeigen“. Die Überzeugung, Rechtsextremen keine Plattform geben zu dürfen, ist vor allem im linken Meinungsspektrum weit verbreitet, obwohl die AfD damit ihre Lieblingsbühne bekommt, nämlich keine Bühne zu haben, ausgegrenzt zu werden und Opfer zu sein. Im Ergebnis wirkt Links in weiten Teilen abgekapselt, inhaltsleer und sprachlos. Für die AfD ist dies ein Geschenk.

Im selbsterzeugten Kunstnebel von Weimar fällt es zudem schwer, verständlich zu machen, wofür die AfD *konkret* steht: für antipluralistische Überzeugungen, die ihre politischen Gegner als „Alt- oder gar Systemparteien“ diffamiert, für die Diskreditierung Deutschlands als „Unrechtsstaat“, für ausländerfeindliche Politik, für verantwortungslose Klimapolitik, für Sympathien mit Putin oder für eine Politik, die Europa vom Spieler zum Spielball der Weltpolitik macht. In der aufgeheizten Debatte werden zudem Kritik an Sachpolitiken und Verteidigung von Demokratie oft vermengt. Damit wird die inhaltliche Auseinandersetzung mit der AfD schwierig, obwohl diese es ist, die [sich große Mehrheiten wünschen](#).

Seite E 48 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

Kurzum: Demokratie lässt sich besser mit Selbstbewusstsein und einer offenen Debatte verteidigen. Deutschland hat viele Gründe, in die Stärke der eigenen Demokratie zu vertrauen. In der Wagenburg „gegen rechts“ wird diese aber häufig nicht wahrgenommen.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/demokratie-und-gesellschaft/artikel/demokratie-in-gefahr-7526/?utm_campaign=de_40_20240528&utm_medium=email&utm_source=newsletter

07) Düsseldorf. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 625-32

28. Mai 2024

49. Jahrgang

Düsseldorf

Auch wenn es gestern Abend im Fußball mit der Erstklassigkeit nicht geklappt hat, so ist doch Düsseldorf eine erste Adresse, wenn es um Innovationen geht. Das weiß EUREF-Gründer **Reinhard Müller** schon seit Kindertagen, liegt doch sein Geburtsort Krefeld nur knapp 20 Kilometer von der Landeshauptstadt Nordrhein Westfalens entfernt.

Während in Berlin die allerletzte Phase der Vollen- dung des **EUREF-Campus** begonnen hat, geht es auch beim kleineren Verwandten in Düsseldorf stetig voran.



NRW-Ministerpräsident **Hendrik Wüst** besichtigte die Baustelle und nahm eine Folge der Reihe „Zu- kunftsorte“ auf, ein gemeinsamer Podcast von **Rhei- nischer Post** und **EUREF**, der am 21. Mai erschien und überall dort zu hören ist, wo es Podcasts gibt.



Im Interview mit **Helene Pawlitzki**, Projektleiterin Audio & Podcasts der Rheinischen Post, berichtete er

von der Transformation des bevölkerungsreichsten Bundeslandes zur klimaneutralen Industrieregion. Vor rund 100 Zuhörern sprach der CDU-Politiker auch über seine persönliche Zuversicht trotz vieler Krisen. Auf einer Skala von 1 bis 10 bewerte er sei- nen Optimismus so: „11! Es gibt allen Grund, opti- mistisch zu sein und nicht miesepetrig in die Welt zu schauen“. Auch deswegen seien die „Zukunftsorte“, in denen es um neue Ideen und Lösungen gehe, ein tolles Format.



Angesprochen auf die klimaneutrale thermische Ver- sorgung des EUREF-Campus über den angrenzenden Baggersee und warum das nicht an noch mehr Bagger- seen in NRW passiere, meinte Wüst: „Ich habe nichts dagegen, dass das so kommt.“ Im Bereich der erneuerbaren Energien sei NRW sehr gut aufgestellt, etwa durch 359 genehmigte Windkraftanlagen im letzten Jahr. Bayern zum Vergleiche habe „gerade 17“ genehmigt. Nicht mit Kritik sparte der Regie- rungschef allerdings an zu vielen Staatshilfen: „Ich finde, es muss auch der Anspruch sein, dass wir noch Ansiedlungen hinkriegen ohne Subventionen. Wo soll das alles herkommen?“

Nach der Podcast-Aufnahme unterzeichneten zwei weitere Unternehmen langfristige Mietverträge. **Im- plenia** und die **MOD21 GmbH** werden ab 2025 aus dem Campus ihr Geschäft vorantreiben. Partner der Community wird **Implenia**, der Generalunternehmer für den Bau des EUREF-Campus. **Dr. Matthias Jacob**, Country President von Implenia: „Implenia konnte im Großraum Düsseldorf in den letzten Jah- ren mehrere Projekte realisieren. Wir planen, unsere Projektaktivitäten in der Region ab 2025 langfristig am neuen Campus zu bündeln und für die Teams hier

1



eine moderne, attraktive Arbeitswelt zu schaffen. Das inspirierende Umfeld aus etablierten Unternehmen, Start-Ups, Wissenschaft und Forschung und die damit einhergehenden Kooperationsmöglichkeiten werden wir nutzen, um noch stärker zu innovieren und uns mit unseren Kunden und Partnern intensiver auszutauschen."



Als führender Schweizer Bau- und Immobiliendienstleister entwickelt, realisiert und bewirtschaftet Implenja Lebensräume, Arbeitswelten und Infrastruktur für künftige Generationen in der Schweiz und in Deutschland.

MOD21 entwickelt und baut Gebäude für Generationen – in nachhaltiger Holzmodulbauweise entstehen Wohnungen, Kindergärten, Schulen, Hotels oder Unterkünfte bis zu 70 Prozent schneller und wesentlich emissionsärmer verglichen mit konventionellen Bauweisen.

MOD21-Geschäftsführer **Theodor Kaczmarczyk**: *„Wir haben auf dem EUREF-Campus das perfekte Umfeld für unsere innovativen Ideen gefunden und freuen uns sehr auf den Umzug von MOD21 auf den innovativen Campus in Düsseldorf. Das grüne Konzept und die moderne Infrastruktur sind für uns ideal, um unsere Vision vom nachhaltigen Bauen weiter voranzutreiben. Durch das Netzwerk im Gebäude können wir von wertvollen Kontakten und Synergien profitieren.“*

Auch im Monat Mai hat sich wieder einiges auf der Baustelle am EUREF-Campus Düsseldorf getan. Der Fortschritt ist unübersehbar und kommt dem Ziel, ein modernes und nachhaltiges Zentrum für Innovation und Zukunftstechnologien zu schaffen, jeden Tag näher.

Der Anstrich der Außenfassade wurde begonnen und wird bald vollendet sein, sodass das Gebäude in Kürze im grünen Glanz erstrahlen wird.



Parallel dazu haben die Gerüstbauer begonnen, das umlaufende Gerüst im Innenhof rund um die EUREF-Kuppel zu demontieren.



Dies stellt einen riesigen Fortschritt und eine sichtbare Veränderung für das Atrium dar. Mit dem Abbau des Gerüsts zeigt sich erstmals die Innenfassade in vollem Umfang. Im Mittelpunkt steht die beeindruckende Kuppel, die einen Vorgeschmack auf die künftigen Events gibt, die dort stattfinden können. Auch der Einzug der ersten Mieter rückt immer näher.

Der EUREF-Campus Düsseldorf liegt direkt am Bahnhof Flughafen. Von der Halle aus hat man einen guten Blick auf das Areal. Nach Fertigstellung wird man von dort direkt in die Gebäude des Campus gelangen.

Zusammenstellung und Kommentierung: Ed Koch
Quelle: EUREF AG – Fotos: RP Andreas Bretz / EUREF AG

08) EUREF begrüßt Europa. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976

Nr. 625-31

27. Mai 2024

49. Jahrgang



EUREF begrüßt Europa

Das Europäische Energie-Forum, besser bekannt unter dem Kürzel EUREF, hatte gestern Abend Europa in Person der Kommissionspräsidentin **Ursula von der Leyen** zu Gast. Während Berlins Regierender Bürgermeister **Kai Wegner** mit Frankreichs Staatspräsidenten **Emmanuel Macron** durchs Brandenburger Tor schritt, warteten rund 150 Gäste auf dem EUREF Campus auf Frau von der Leyen und wurden derweil, offenbar unter Anspielung auf die Kommunalwahlen, mit Thüringer Bratwürsten und Kaltgetränken versorgt.



Engeladen wurden die Teilnehmenden von der Berliner CDU zu einer Dialogveranstaltung mit der Berliner Spitzenkandidatin zur Wahl des Europäischen Parlaments, **Hildegard Bentele**, die **Ursula von der Leyen** mit offenen Armen begrüßte. Die herzliche Begrüßung dankte von der Leyen Bentele, indem sie die Berlinerin als eine ihrer wichtigsten Stützen im EU-Parlament bezeichnete.



Die Vorstandssprecherin der EUREF AG, **Karin Teichmann**, begrüßte die Präsidentin, die schon sehr viel Gutes über den Campus gehört hat und sich freute, ihn endlich kennenzulernen.



Im Audimax des Campus diskutierte von der Leyen mit den Gästen die aktuellen europa- und weltpolitischen Fragen, vom Green Deal, über Migration bis zum Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine. Dabei sprach sie sich erneut für einen Beitritt des Landes in die EU aus, ohne aber ein Datum in Aussicht zu stellen. *Fotos: Ed Koch / EUREF*

Von der Leyen ist Spitzenkandidatin der Europäischen Volkspartei (EVP). 2022 kürte sie das Forbes-Magazin zur mächtigsten Frau der Welt. Die Wahlen zum Europäischen Parlament finden am Sonntag, dem 9. Juni 2024 statt.

Was die Kommunalwahl in Thüringen betrifft, so ist der AfD im ersten Wahlgang kein Durchmarsch gelungen, nicht bei den Landräten und auch nicht bei den Bürgermeistern. Das ist noch nicht beruhigend, denn im zweiten Wahlgang, der am 9. Juni, dem Europa-Wahltag, stattfindet, kann sich das Bild noch verändern. Bleibt zu hoffen, dass jetzt alle demokratischen Wähler den demokratischen Kandidaten ihre Stimme geben und die Städte und Gemeinden Thüringens nazifrei bleiben.

Die Umfragen für die Landtagswahl am 26. September sehen nach wie vor die AfD mit 30 Prozent auf dem ersten Platz, gefolgt von der CDU mit 20, der Linken und dem Wagenknecht-Bündnis mit je 16 Prozent; die SPD käme auf sieben, die Grünen auf fünf und die FDP auf zwei Prozent.

Ed Koch

1

09) KW 21 (20. bis 26.05.2024) Im Rahmen unserer Möglichkeiten.
Von Ed Koch



paperpress

seit 1976

Nr. 625-30

26. Mai 2024

49. Jahrgang



KW 21

Im Rahmen unserer Möglichkeiten

An diesem Wochenende wurde und wird noch unser Grundgesetz gefeiert, im Rahmen unserer Möglichkeiten.



Foto: Bundesregierung/Kugler

Den Staatsakt des Bundespräsidenten fand ich allein wegen des Musikprogramms gelungen, die **Berliner Philharmoniker** spielten den ersten Satz aus Beethovens Fünfter, **Katharina Thalbach**, **Andreja Schneider** und **Christoph Israel** nahmen uns mit auf eine musikalische Zeitreise durch die Jahrzehnte der Bundesrepublik und **Max Raabe** sang, begleitet von den **Berliner Philharmonikern** „Guten Tag liebes Glück.“

Militärparaden wie beispielsweise in Frankreich oder Italien, wo Kampffjets die Nationalfarben in den Himmel malen, brauchen wir nicht.



Screenshot ZDF heute-show

Drei Fallschirmspringer, die neben einer Reihe Dixieklos landen, sind aber auch nicht gerade der Hit.

Was ich Ihnen empfehlen kann, ist die **heute-show** vom Freitag, in der sich **Gernot Hassknecht** (*Hans-Joachim Heist*), im Januar auch 75 Jahre alt geworden, zum Grundgesetz äußert und meint, dass zu viel gemeckert würde. Mit Blick auf die Angstwahl in Thüringen fragt er sich, warum nicht über die 70 Prozent

der Wähler ausführlicher berichtet wird, die die AfD ablehnen.



Screenshot ZDF heute-show

Ist Ihnen eigentlich der „Verfassungskonvent von Herrenchiemsee“ bekannt? Im Alten Schloss auf der Herreninsel im Chiemsee wurde Geschichte geschrieben. Nach nur 13 Tagen, am 23. August 1948, beendete der Konvent seine Arbeit und legte einen Entwurf des Grundgesetzes mit 149 Artikeln vor. Functus am Rande: Die 33 Fachleute aus Politik, Justiz und Rechtswissenschaft erhielten für ihre Arbeit pro Tag ein Liter Bier, einen halben Liter Wein, zwölf Zigaretten oder drei Zigarren. Dafür ist das GG sehr ordentlich geworden. Quelle: Bundestag / ARD Rechtsredaktion

67 Prozent der Deutschen halten laut Statista das GG für die größte Errungenschaft Deutschlands. 15 Prozent sehen das nicht so und 19 Prozent machen keine Angaben, weil sie vermutlich noch nie etwas vom GG gehört haben. Immerhin meinen 48 Prozent, dass es überarbeitet werden müsse. Richtig. Vor allem muss die Rolle des Bundesverfassungsgerichts gestärkt werden, damit wir hier nicht Eingriffe in die Verfassung wie in Polen erleben. Und endlich gehören auch die Kinderrechte ins Grundgesetz.

Stattdessen wird der Artikel 146 des Grundgesetzes angemahnt. „Dieses Grundgesetz, das nach Vollendung der Einheit und Freiheit Deutschlands für das gesamte deutsche Volk gilt, verliert seine Gültigkeit an dem Tage, an dem eine Verfassung in Kraft tritt, die von dem deutschen Volke in freier Entscheidung beschlossen worden ist.“

In einem Gastbeitrag für die **Berliner Morgenpost** äußert sich Bundestagsvizepräsidentin **Katrin Göring-Eckardt**, 1966 im thüringischen Friedrichroda geboren, „über die verpasste Chance, im Jahr 1990 eine deutsch-deutsche Verfassung zu beschließen.“ Göring-Eckardt: „Mir ging es damals ein bisschen zu schnell.“ Vollkommen richtig. Mit den 1.000 Seiten in



45 Artikeln des Einigungsvertrages war man bereits am 31. August 1990 fertig.

Nachdem der Verfassungskonvent nur 13 Tage für den Entwurf des GG benötigte, nahm sich der Parlamentarische Rat vom 1. September 1948 bis zum 8. Mai 1949 Zeit, um das Gesetz auszuarbeiten. Das waren gerade mal acht Monate. Das hätte man auch 1989/90 mit einer neuen Verfassung hinbekommen können, die ja nicht gänzlich neu zu schreiben gewesen wäre.

Mit unserer Demokratie sind laut **Statista** acht Prozent sehr zufrieden, 54 Prozent ziemlich zufrieden, 28 Prozent nicht sehr zufrieden und acht Prozent überhaupt nicht zufrieden. Zwei Prozent können keine Angaben machen, warum auch immer, vielleicht, weil sie mit anderen Reichsbürgern in Untersuchungshaft sitzen. Ich zähle mich zu den acht Prozent sehr zufriedener Bürger und kann die anderen acht Prozent, die überhaupt nicht zufrieden sind, nicht verstehen.

In Umfragen bemängeln Ostdeutsche immer wieder, dass sie vom Westen übernommen wurden. Ein, wie man heute sagt, Narrativ, das sich hält, aber dennoch nicht der Wahrheit entspricht. Die DDR ist der BRD beigetreten, somit auch dem Grundgesetz. In den letzten 35 Jahren wäre aber viel Zeit gewesen, sich des Artikels 146 anzunähern. Von Rufen wie: „Kommt die DM bleiben wir, kommt sie nicht, gehn wir zu ihr!“ hätte man sich nicht beeindrucken lassen müssen. Zeit für eine neue Verfassung einschließlich Volksabstimmung wäre vorhanden gewesen. Ich halte diese Frage für einen Geburtsfehler des wiedervereinigten Deutschlands.

So sehr mich das Gemecker vieler Ostdeutscher nervt, so sehr habe ich Verständnis dafür, dass sie von einem Tag zum anderen in einem ganz anderen Land leben mussten/konnten/durften. Die Sprache war die gleiche, alles andere war neu. Dass sich die Bürger der DDR bei der weiteren Entwicklung des Zusammenwachsens oft untergebuttert fühlten, ist nachzuvollziehen. Die Unzufriedenheit vieler Ostdeutscher ist ein Westdeutsch gemachtes Problem. Die Dampftramme „Treuhandanstalt“ hat mehr unter sich begraben als nötig gewesen wäre. Halloren-Kugeln, Sand- und Ampelmännchen sind zu wenig, um eine in 40 Jahren gewachsene Identität zu bewahren. Dennoch: Das Grundgesetz ist ein stabiles Fundament. Gegen Steinläuse, die daran knabbern, hilft ein Willy-Brandt-Zitat: „Mehr Demokratie wagen!“

Ed Koch



Foto: Bundesregierung/Sonntag

Das Fest zum Grundgesetz findet auch heute noch rund um den Reichstag statt. Ehrengäste sind der französische Präsident **Emmanuel Macron** und seine Frau **Brigitte**, die auch vom Regierenden Bürgermeister **Kai Wegner** begrüßt werden. Das Präsidentenpaar wird sich auf dem Pariser Platz in das Goldene Buch von Berlin eintragen.

Kai Wegner: „Berlin ohne die vielfältigen französischen Einflüsse in der Kultur, Bildung oder Sprache wäre nicht Berlin. Deutschland und Frankreich haben eine lange Geschichte der Zusammenarbeit und Freundschaft. Das starke Band, das Berlin und Frankreich, insbesondere auch Berlin und seine Partnerstadt Paris verbindet, wollen wir weiter knüpfen – beim Jugend- und Studentenaustausch, in der Wirtschaft, Kultur und auch im Sport. Die Berlinerinnen und Berliner und alle Deutschen freuen sich ebenso wie die französische Nation auf die Olympischen Spiele in Paris und auf die bevorstehende Fußball-Europameisterschaft in Deutschland. Ich heiße Präsident Macron und seine Frau Brigitte in Berlin herzlich willkommen und freue mich sehr, sie auf dem Pariser Platz vor dem Brandenburger Tor zu empfangen.“

Zu Gast in Berlin ist heute auch die Präsidentin der Europäischen Kommission **Ursula von der Leyen**, die sich unter anderen mit Parteifreunden trifft und die Spitzenkandidatin der Berliner CDU, **Hildegard Bentele**, unterstützt.

10) „Keine Sonderstellung für Amtsträger“. Ex-Justizministerin Herta Däubler-Gmelin über den Haftbefehl-Antrag gegen Netanjahu, Doppelstandards und eine mögliche Verhaftung in Deutschland

Interview

Die Fragen stellten Joscha Wendland und [Nikolaos Gavalakis](#).



Herta Däubler-Gmelin, Berlin

Prof. Dr. Herta Däubler-Gmelin war von 1998 bis 2002 Bundesministerin der Justiz und saß von 1972 bis 2009 für die SPD im Deutschen Bundestag.

23.05.2024



Ausgehungert und als menschliche Schutzschilde missbraucht: In Gaza leidet vor allem die Zivilbevölkerung.- *picture alliance / Anadolu | Abed Rahim Khatib*

Die Fragen stellten Joscha Wendland und [Nikolaos Gavalakis](#).

Der Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofs, Karim Khan, hat Haftbefehle gegen drei Hamas-Führer sowie gegen den israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahu

Seite E 55 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

und seinen Verteidigungsminister Joaw Galant beantragt. Sie werden unterschiedlicher Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit beschuldigt. Was bedeutet dies und wie geht es nun weiter?

Das ist ein sehr bedeutsamer erster Schritt, um auch Verantwortliche aus Politik und Militär wegen schwerster Menschheitsverbrechen vor Gericht stellen zu können. Die Behörde des Chefanklägers des Internationalen Strafgerichtshofs ermittelt seit längerer Zeit auch in Israel und Gaza mit Unterstützung hochqualifizierter externer Völkerrechts-Experten. Beim Chefankläger selbst leitet Brenda J. Hollis, eine hervorragende US-Anwältin mit langer Militärerfahrung, die Ermittlungen. Sie macht das hier genauso qualifiziert wie im Ermittlungsverfahren gegen Präsident Putin, das ja zu einem Haftbefehl des Gerichts geführt hat.

Der Chefankläger hat seine Ermittlungsergebnisse der zuständigen richterlichen Vorprüfungskammer des Internationalen Strafgerichtshofs zugeleitet. Die ist mit Richterpersönlichkeiten besetzt, die alle vorgelegten Beweise sorgfältig prüfen und sie dann in voller Unabhängigkeit gemäß den geltenden Strafvorschriften bewerten, bevor sie über den Erlass eines Haftbefehls entscheiden. Das Verfahren entspricht also dem, das auch beim Haftbefehl gegen den russischen Präsidenten angewandt wurde.

Warum bedarf es des Internationalen Strafgerichtshofs? Ist für ein mögliches Verfahren nicht die israelische Justiz zuständig?

Natürlich muss die Zuständigkeit des Internationalen Strafgerichtshofs geklärt sein. Dazu gehört in diesem Fall, ob – bei Bestätigung der schrecklichen Verbrechensvorwürfe – auch der israelische Premierminister und sein Verteidigungsminister gegebenenfalls vor israelischen Gerichten angeklagt und von ihnen verurteilt würden. Ganz ausgeschlossen ist das nicht, trotz Netanjahus Versuchen zur Stärkung seiner politischen Macht durch die Schwächung der Justiz.

Wir alle haben die riesigen Protestdemonstrationen der mutigen israelischen Bürgerinnen und Bürger gegen diese Vorhaben noch vor Augen. Bis heute ist die „Schlacht um die Rechtsstaatlichkeit und die Gewaltenteilung“ in Israel [noch nicht zu Ende](#). Das alles werden die Richter der zuständigen Vorprüfungskammer würdigen und bewerten müssen.

Der Antrag des Chefanklägers betrifft die Führung der Hamas sowie die Führungsriege Israels. Kommt es dadurch nicht zu einer ungehörigen Gleichsetzung zwischen Mitgliedern einer durch die EU terrorgelisteten Organisation und gewählten Vertretern einer demokratischen Regierung?

Die Behauptung der Gleichsetzung ist ein unzutreffender, ein politischer Vorwurf – und um Politik geht es beim Internationalen Strafgerichtshof nicht. Dort geht es nachprüfbar um Internationales Recht. Das sollten alle – auch Regierungsstatements – berücksichtigen, es sei denn, sie wollten den Internationalen Strafgerichtshof schwächen.

Die Behauptung der Gleichsetzung ist ein unzutreffender, ein politischer Vorwurf.

Der Chefankläger hat selbstverständlich inhaltlich verschiedene Anträge mit unterschiedlichen Begründungen vorgelegt, die sich auf unterschiedliche Sachverhalte und Verbrechensvorwürfe beziehen. Bei diesen ist eine rechtliche Gleichsetzung zwischen den Führern der Hamas, also einer hochorganisierten nichtstaatlichen Terror-Gruppe, und den gewählten Amtspersonlichkeiten Israels nicht erkennbar. Manche Kommentatoren vertreten

offensichtlich die Auffassung, nur Terroristen könnten schwerste Menschheitsverbrechen begehen, nicht aber demokratisch gewählte Amtsträger. Leider zeigen zahlreiche Beispiele aus der jüngsten Vergangenheit, dass das nicht zutrifft.

Da Deutschland den Internationalen Strafgerichtshof anerkennt, müssten Netanjahu und Galant im Falle einer Anklage bei der Einreise theoretisch direkt verhaftet werden. Wie realistisch schätzen Sie dies ein?

Jeder vom Internationalen Strafgerichtshof per Haftbefehl Gesuchte, muss im Fall der Einreise in einen Mitgliedstaat verhaftet werden, weil das Römische Statut klar vorschreibt, dass Haftbefehle von den Mitgliedstaaten zu vollziehen sind. Natürlich gefällt das nicht jeder Regierung, die ihre eigene politische Agenda verfolgt. Bekanntlich hat die Öffentlichkeit bei uns mit Befremden zur Kenntnis genommen, dass die chinesische Regierung den Haftbefehl des Internationalen Strafgerichtshofs gegen Putin kritisiert und seine Immunität gefordert hat, weil dieser ein Amtsträger ist. Es kann aber keine Sonderstellung für Amtsträger geben. Das Römische Statut schließt das aus und wir in Deutschland sollten – ebenso wie rund zwei Drittel der UN-Mitgliedstaaten – den unabhängigen Internationalen Strafgerichtshof aus gutem Grund anerkennen und unterstützen.

Als rechtsstaatliche Demokratie sollten wir uns vor Doppelstandards hüten.

Als rechtsstaatliche Demokratie sollten wir uns außerdem vor Doppelstandards hüten. Wir sollten vielmehr dazu beitragen, den aus politischen Interessen geschürten Argwohn gegen die Qualifikation, die Integrität und die Unabhängigkeit des Internationalen Strafgerichtshofs, den Chefankläger und die Richterinnen und Richter auszuräumen. Der Internationale Strafgerichtshof hat seine hohe Qualifikation und seine Notwendigkeit häufig bewiesen. Es ist ärgerlich, dass unter anderem die USA, Russland, aber auch China und Indien den Gerichtshof als „Gericht für andere, nicht aber für sich selbst“ anerkennen. Das schwächt das Völkerrecht, auf das wir Deutschen ja in besonderem Maße setzen. Bekanntlich hat der Internationale Strafgerichtshof nach mehrfachen Beschlüssen und Empfehlungen der UN-Generalversammlung schon 2021 seine Zuständigkeit für die Verfolgung von Menschheitsverbrechen in Palästina und Gaza anerkannt.

Der Internationale Strafgerichtshof beruht auf dem Römischen Statut von 1998. Dieses wurde damals während Ihrer Zeit als Justizministerin und gegen immensen Druck der US-Amerikaner verabschiedet. Welche Auswirkungen hätte eine Missachtung des Verfahrens von Seiten Deutschlands und anderer Unterzeichnerstaaten auf das internationale Rechtssystem?

In der Tat ist es eine große Enttäuschung, ja ein Ärgernis, dass Staaten wie die USA sich der Mitgliedschaft entziehen und den Internationalen Strafgerichtshof geradezu bekämpfen. Zumal auch sehr gute US-Juristen gerade in der Behörde des Chefanklägers arbeiten. Ich wiederhole es gern: Die Stärkung des Internationalen Rechts und die Unterstützung des Internationalen Strafgerichtshofs gehören zusammen. Wir haben in Deutschland nicht nur das Römische Statut ratifiziert, sondern auch das Deutsche Völkerstrafgesetzbuch geschaffen, das heute im Einklang mit dem Römischen Statut den Internationalen Strafgerichtshof in geeigneten Verfahren entlastet. Wir setzen auf Internationales Recht und sollten das auch weiterhin tun. Und diese Unterstützung muss sich immer wieder bewähren.

Der Kampf gegen schwerste Menschheitsverbrechen ist heute wichtiger denn je. Es ist auch höchste Zeit, das Verbot des Angriffskriegs vollständig und auch dann der Jurisdiktion des Internationalen Strafgerichtshofs zuzuordnen, wenn „nur“ der überfallene Staat, nicht aber der Aggressor selbst zu den Mitgliedstaaten des Internationalen Strafgerichtshofs gehört.

https://www.ipg-journal.de/interviews/artikel/keine-sonderstellung-fuer-amtstraeger-7519/?utm_campaign=de_40_20240524&utm_medium=email&utm_source=newsletter

11) Die große Illusion. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 625-25

22. Mai 2024

49. Jahrgang

Die große Illusion



Ob Gerechtigkeit nur mit Links geht, darf bezweifelt werden. „In Frieden investieren“ ist richtig. Dazu gehört auch die Entwicklungshilfe, mit der wir versuchen, arme und deshalb für einfache Ideologien anfällige Länder für uns zu gewinnen, damit sie nicht den Chinesen auf den Leim gehen. Das ist in der Vergangenheit nicht besonders gut gelungen, weil China dabei ist, sich die ganze Welt zu kaufen und alles, was sich nicht bei Drei versteckt hat, am Wegesrand der Seidenstraße 2.0 aufkauft.

Die Abbildung auf dem Plakat zur Europawahl der Linken nimmt Bezug auf die Skulptur des schwedische Künstlers **Carl Fredrik Reuterswärd** und trägt den Namen „Non Violence“ (Keine Gewalt). „Seit 1988 steht sie vor dem Hauptquartier der Vereinten Nationen in New York. Kopien davon sind in 30 Städten der Welt zu finden, darunter in Los Angeles, Peking, Lausanne, Malmö und vor dem Bundeskanzleramt in Berlin.“ [Wikipedia](#)

Dass nach dem Zweiten Weltkrieg niemand auf der Welt irgendeinen Deutschen mit einer Waffe in der Hand sehen wollte, ist verständlich. Der Westen investierte in das zerstörte Land und die fleißigen Deutschen schufen das Wirtschaftswunder. Es war absehbar, dass sich eine wirtschaftlich mächtige Nation im Herzen Europas entwickeln würde. Sorgen um seine Sicherheit musste sich hierzulande niemand machen, denn die Alliierten waren unser Schutzschirm. Es war das unvermeidliche Interesse des Westens, dass Deutschland der NATO beitrete und in diesem Bündnis auch wieder mit Panzern durch die Gegend fahren soll.

Am 9. Mai 1955 unterzeichnete Bundeskanzler **Konrad Adenauer** in Paris die Beitrittsurkunde zur NATO, einen Tag nach der zehnjährigen Wiederkehr der „Kapitulation“. Seit dem 8. Mai 1985 wird dieses Datum, Dank des Bundespräsidenten **Richard von Weizsäcker**, „Tag der Befreiung“ genannt. Die NATO wurde am 4. April 1949 in Washington, D.C. gegründet. Der 12. November 1955 gilt als Tag der Gründung der Bundeswehr. Am 1. März 1956 trat in der DDR die Nationale Volksarmee ihren Dienst an. Die DDR gehörte am 14. Mai 1955 zu den Gründungsmitgliedern des Warschauer Paktes. Vom

zeitlichen Ablauf her könnten unbedarfte Zeitgenossen auf den Gedanken kommen, dass NVA und Warschauer Pakt logische Reaktionen des Ostens auf NATO und Bundeswehr waren. Wie auch immer, die Blockfrage war geklärt, die folgende Zeit hieß „Kalter Krieg“, in dem wir es uns wohliger machen konnten, denn trotz Blockade, Chruschtschow-Ultimatum, Kuba-Krise und Mauerbau, fühlten wir uns Dank der Westalliierten sicher auf unserer Insel West-Berlin im Kommunistischen Meer.

In West-Berlin gab es keine Bundeswehr. Wer keine Lust hatte, dem Einberufungsbefehl in Zeiten der Wehrpflicht zu folgen, kam zu uns. Die Sowjetunion machte sich aus dem besonderen Status Berlins, der eigentlich Militär in der Stadt verbot, herzlich wenig, sondern setzte seine Soldaten 1961 sogar zum Bau des „Antifaschistischen Schutzwalls“ ein, der vor allem Gefängnismauer für die eigene Bevölkerung war.

„Die Gründung der Bundeswehr und die Wiederbewaffnung der Bundesrepublik 1955 führten zu erheblichen innenpolitischen Auseinandersetzungen. Hauptsächlich zwischen SPD und CDU wurde die Frage diskutiert, ob es moralisch zu verantworten sei, dass Deutschland nach der Hitler-Diktatur und einem strukturell ausgeprägten inneren deutschen Militarismus jemals wieder über Streitkräfte verfügen sollte.“ [Wikipedia](#)

Anders als in anderen Demokratien, in denen sich die jeweiligen Streitkräfte einer breiten Zustimmung der Bevölkerung sicher sein können, haben sich viele Deutsche nie so richtig mit ihrer Armee angefreundet. In die Bundeswehr flossen von Anfang an Milliarden. Und dennoch deckte der **SPIEGEL** 1962 auf, dass sie nur „bedingt abwehrbereit“ sei. Daran hat sich, trotz weiterer Milliarden und Sondervermögen, bis heute nicht viel geändert.

Die große Illusion, der sich viele in diesem Land hingaben, war, dass wir gar keine Armee bräuchten. Wer sollte uns angreifen? Im Kalten Krieg beschützten uns die Alliierten, und seitdem dieser vorbei ist, vertrauen wir auf die NATO. Jahrelang haben wir uns um die Zwei-Prozent-Regel herumgedrückt, bis uns – ausgerechnet – **Donald Trump** den Mittelfinger zeigte. Nun aber geht's los.

Wenn der Verteidigungsminister hustet, bekommen Bundeskanzler und Finanzminister eine Erkältung. Wenn die Familienministerin ein paar Millionen für ihre Klientel haben möchte, wird sofort geschrien, dass endlich mal Schluss sein müsse mit den sozialen Wohltaten. Wenn das Verteidigungsministerium ein paar Milliarden mehr braucht, wird das durchgewunken.

1



Die sonnigen Zeiten sind vorbei, exakt seit dem 24. Februar 2022 mit dem Überfall Russlands auf die Ukraine. An diesem Tag endete auch die Nachkriegszeit, die Zeit des Friedens, nachdem sich doch alle vernünftigen Menschen sehnen. Leider gibt es nicht nur Gutmenschen wie uns, sondern Leute wie Putin und Konsorten. Dass die heutige Jugend Angst vor der Zukunft hat, ist verständlich, wenn uns ein Kriegstreiber aus Moskau vorrechnet, wie lange es dauert, ehe eine mit Atomwaffen bestückte Rakete von Russland nach Deutschland braucht, ohne Vorwarnzeit nicht einmal fünf Minuten.

Es gibt nur eine Möglichkeit, uns vor Angriffen zu schützen, nämlich dem Feind klarzumachen, dass ein Gegenschlag auch ihn vernichten würde. Dazu braucht es entsprechendes Drohpotenzial. Es führt also kein Weg daran vorbei, in Waffen zu investieren, denn, so widersinnig es klingen mag, nur eine starke Abwehr bewahrt den Frieden. Es wird Zeit, dass wir die Bundeswehr nicht als Fremdkörper oder notwendiges Übel ansehen, sondern als wichtigen Bestandteil unserer Friedenssicherung. Die Bundeswehr verdient Wertschätzung. Gelöbnisse von Rekruten gehören zum Ritual einer Armee, so wie alle anderen Staatsdiener auf das Grundgesetz, das morgen 75 Jahre alt wird, vereidigt werden.

Die Demonstrationen, die immer wieder bei Gelöbnissen stattfinden, widern mich an. Man kann und muss für Frieden demonstrieren, aber nicht gegen die eigene Sicherheit, die die Bundeswehr garantiert. Nicht das geringste Verständnis habe ich für nackte Menschen, die beim Gelöbnis über den Appellplatz rennen. Was für eine dümmliche Botschaft.

Am Vorabend des Grundgesetztages fand erstmals vor dem Berliner Abgeordnetenhaus ein öffentliches Gelöbnis statt. Parlamentspräsidentin **Cornelia Seibeld** hatte mit ihrer Initiative die Fraktionen im Hohen Hause überrascht, was vielleicht ganz sinnvoll war. Wäre diese Einladung erst ausführlich diskutiert worden, hätte die Zeremonie und die Bundeswehr vermutlich Schaden genommen.

Als der Termin bekannt wurde, sammelten der **Tagesspiegel** und der **rbb** Stimmen im Abgeordnetenhaus ein. „Zum öffentlichen Gelöbnis der Bundeswehr vor dem Abgeordnetenhaus am 22. Mai kommt die Politik nicht im Gleichschritt – wohl auch deshalb, weil die CDU ihren Koalitionspartner SPD offenbar nicht vorab informiert hat. Hier einige Reaktionen auf die Ankündigung von Parlamentspräsidentin **Cornelia Seibeld**.“

Torsten Schneider, parlamentarischer Geschäftsführer der SPD: „Das ist eher überraschend für uns. Der Fraktionsvorstand wird da jemanden hinschicken, und im Übrigen werden wir das den Abgeordneten überlassen.“ Gesehen wurde die stellvertretende Fraktionsvorsitzende **Melanie Kühnemann-Grunow**. SPD-Fraktionschef **Raed Saleh** sagt, es sei noch nicht klar, ob er dabei ist – er habe bereits andere Termine. CDU-Fraktionschef **Dirk Stettner** nimmt teil, weil „den jungen Menschen, die unserem Land dienen, die Ehre der Aufmerksamkeit“ gebühre: „Wir müssen unsere Verteidigungsarmee so weit wie möglich in die Gesellschaft integrieren.“ Grünen-Fraktionschefin **Bettina Jarasch** findet das Gelöbnis richtig und geht hin, ihr Vize **Werner Graf** hat wie Saleh bereits andere Termine. Linken-Fraktionschef **Carsten Schatz** bleibt der Zeremonie fern – er kritisiert die „Zurschaustellung militärischer Stärke“ als Beitrag zur „Remilitarisierung der Gesellschaft“. Es sei ein falsches Signal, dass sich das Abgeordnetenhaus am „immer lauter werdenden Säbelrasseln beteiligt“. **Alexander King** vom Bündnis Sahra Wagenknecht lehnt das Gelöbnis, die „Instrumentalisierung der Soldaten“ ab und verzichtet. AfD-Chefin **Kristin Brinker** geht hin zur Zeremonie, weil es wichtig sei, den Soldaten zu zeigen, dass die Gesellschaft hinter ihnen stehe.“ (Quelle: Tagesspiegel, rbb).

Ungern schreibe ich diese Worte, aber Herr Schatz und Herr King haben nichts begriffen. Es ist eine Illusion zu glauben, dass alles so bleiben kann, wie es ist. Die rosa Wolke der Friedensbewegung hat sich mit dem Blut der Toten aus Putins Krieg tiefrot gefärbt. Putin hat die Friedenstaube abgeschossen.



Anlässlich des 75. Jubiläums des Grundgesetzes fand heute das erste öffentliche Gelöbnis vor dem Abgeordnetenhaus von Berlin statt. Rund 30 Rekrutinnen und Rekruten des Wachbataillons beim Bundesministerium der Verteidigung legten ihren Diensteid und das Treuebekenntnis zur Rechts- und Werteordnung



der Bundesrepublik Deutschland ab und wurden damit Teil der Parlamentsarmee. Zu den circa 140 Gästen gehörten Vertreterinnen und Vertreter aus Politik, Glaubensgemeinschaften und Gesellschaft sowie Angehörige der Rekruten.



Siemtje Möller, Parlamentarische Staatssekretärin beim Bundesministerium der Verteidigung, **Kai Wegner**, Regierender Bürgermeister, und **Cornelia Seibeld**, Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin, hielten kurze Reden.



„Mit Inkrafttreten des Grundgesetzes vor 75 Jahren wurde der Grundstein für ein gelungenes deutsches Gemeinwesen gelegt. Menschenwürde, Frieden, Freiheit, Sicherheit und Demokratie sind Kernelemente des Grundgesetzes. Es ist Aufgabe der Bundeswehr, das Recht und die Freiheit der deutschen Bevölkerung vor äußeren Bedrohungen zu schützen. Unsere Soldatinnen und Soldaten sind täglich bereit, für diesen Staat und seine freiheitlich demokratische Grundordnung einzustehen. Mit dem Gelöbnis vor dem Berliner Parlament wollen wir unsere Anerkennung ausdrücken und gleichzeitig Danke für Jahrzehnte des Friedens und der Freiheit sagen. Ich wünsche viel Erfolg im Dienste der Parlamentsarmee“, sagte **Cornelia Seibeld**.

Kai Wegner: „Die Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr gehören zu Berlin. Sie sind Töchter und Söhne unserer Familien, und sie setzen sich mit Leib und Leben für unsere Freiheit, für Demokratie und Rechtsstaat, für unsere Lebensweise ein. Mit der Zeitenwende und der militärischen Aggression der Russischen Föderation wird uns bewusst, dass Verteidigung eine Lebensfrage für unser Land und für unsere westlichen Demokratien geworden ist. Deshalb ist

die Volksvertretung des Landes Berlin der richtige Ort für das Gelöbnis junger Menschen, die sich für den Dienst in unseren Streitkräften entschieden haben. Ich wünsche den Kameradinnen und Kameraden alles Gute für ihre Zeit in der Bundeswehr.“



„Für mich ist das Gelöbnis Ausdruck unserer Demokratie, so wie sie im Grundgesetz angelegt ist: lebendig und wehrhaft. Heute, in der Öffentlichkeit, zeigen die Bürgerinnen und Bürger Berlins durch ihre Teilnahme an dem Gelöbnis Wertschätzung für den Dienst der Soldatinnen und Soldaten. Weiter treten die Rekrutinnen und Rekruten bewusst in die Öffentlichkeit und leisten ihren Eid als Verpflichtung gegenüber dem Grundgesetz und in Anwesenheit der Bürgerinnen und Bürger zu deren Schutz sie sich verpflichten. Und nicht zuletzt sind wir alle gemeinsam verbunden in dem Wissen um die Notwendigkeit unserer Streitkräfte. Das Grundgesetz, das wir diese Woche feiern, schützt unsere Demokratie, so wie die Soldatinnen und Soldaten unsere Freiheit verteidigen. Dies ist in der aktuellen Sicherheitslage wichtiger denn je in den letzten 75 Jahren“, sagte **Siemtje Möller**.

Höhepunkt der Veranstaltung war das Gelöbnis der Rekruten. Einer aus ihren Reihen hielt eine kurze Rede und sprach von den vielfältigen Aufgaben, die zu erfüllen sind, wozu auch mal das Putzen der Stube gehört. Dennoch, sie hätten auch viel Spaß und lachten gern über sich und auch mal ihre Vorgesetzten.

Militär ohne Musik geht gar nicht. Hauptmann **Lisa-Marie Holzschuh** dirigierte das Stabsmusikkorps der Bundeswehr. Die „Berliner Luft“ wurde ebenso zum Besten gegeben wie der „Jäger aus Kurpfalz“, und natürlich die Nationalhymne. Auf jedem Platz lag ein kleines Büchlein mit dem Grundgesetz und der Verfassung von Berlin, geeignet, um es immer bei sich tragen zu können. Zum Schluss lud **Cornelia Seibeld** Gäste und Soldaten zu einem Empfang ins Abgeordnetenhaus ein, mit Häppchen und Currywurst.

Ed Koch

12) Das Leipzig Ritual. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 625-22

20. Mai 2024

49. Jahrgang

Das Leipzig Ritual

Pflegen auch Sie Rituale? Fahren Sie beispielsweise immer wieder an denselben Urlaubsort? Unser erster Bundeskanzler **Konrad Adenauer** reiste zweimal im Jahr ins italienische Cadenabla am Comer See. Einer seiner Nachfolger, **Helmut Kohl**, verbrachte über 30 Jahre lang seinen Sommerurlaub am Wolfgangsee. Tja, und ich bin einmal im Jahr für 24 Stunden in Leipzig, mit Übernachtung, versteht sich.

Zu diesem Ritual gehört ein festes Programm. Anreise natürlich mit der Bahn, 1:06.



Unterkunft im Motel One, direkt an der Nikolaikirche, wo 1989 alles begann, was zur Wiedervereinigung führte.



Quelle: Leipzig Live

Ursprünglich stand auf dem Grundstück des Hotels ein neoklassizistisches Gebäude, das im Zweiten Weltkrieg total zerstört wurde. Während der DDR-Zeit wurde hier das „Interpelz-Gebäude“ (rechts im Bild) errichtet, das 2008 durch das Motel ONE ersetzt

wurde. Im Hotel wird die Erinnerung an die friedliche Revolution von 1989 wachgehalten, mit zahlreichen Bildern und mit einem Zeitstrahl am Laufband, der die Geschichte von den ersten Demonstrationen bis zum Fall der Mauer zeigt. Ein eindrucksvoller Blick in die Geschichte.



Das Hotel wirbt mit dem Übernachtungspreis ab 79 Euro. Nun, der gilt natürlich nur zu bestimmten Zeiten und ist auf den Pro-Person-Preis im Doppelzimmer ausgerichtet. Einzelreisende zahlen deutlich mehr, 2023 waren es, einschließlich Frühstück, 124,90 Euro, in diesem Jahr (zur gleichen Zeit Mitte Mai) 185,50 Euro. 33

Prozent Preissteigerung von einem Jahr zum nächsten, ist schon happig. Aber, die Lage des Hotels ist das Geld wert, Mitten in der Stadt, alle Sehenswürdigkeiten sind fußläufig zu erreichen.

Zimmer einschließlich Bad sind OK, vor allem der große ganztägig geöffnete Barbereich mit seinen Designersitzmöbeln ist äußerst ansprechend. Das Frühstück ist vielfältig und ausreichend, allerdings sollte man möglichst nicht um 8:00 Uhr den Raum betreten, weil sich dort alle Gäste gleichzeitig verabreden haben. Schlafen Sie aus und gehen Sie erst um 9:00 Uhr frühstücken, oder in der Umgebung des Hotels, wo es gemütlicher zugeht, Sie aber für 16,50 Euro kaum ein Frühstück bekommen.

Also, nach dem Koffer abgeben im Hotel, einchecken ist erst ab 15:00 Uhr möglich, geht's durch die Innenstadt zum Panorama- bzw. MDR-Tower.



v.l.n.r.: Neues Gewandhaus, Panorama-Tower, Universität

142,5 Meter ist das Gebäude hoch, ganz oben befindet sich eine Aussichtsplattform, darunter ein Restaurant mit einem unvergleichlichen Blick über die Stadt. Für unter 20 Euro bekommt man hier zur Mittagszeit ein 3-Gänge-Menü, einschließlich der in Leipzig üblichen freundlichen Bedienung.

1

Impressum: paperpress – seit 1976 – paperpress ist ein Projekt des Paper Press Verein für gemeinnützige Pressearbeit in Berlin e.V.
paperpress finanziert sich zu 100 Prozent aus Spenden. Spendenkonto: IBAN DE10 1001 0010 0001 4221 01 Postbank Berlin
Vorstand Paper Press e.V.: Ed Koch – Mathias Kral – Gründer und Herausgeber: Ed Koch (verantwortlich für den Inhalt)
Postanschrift: Paper Press – Postfach 42 40 03 – 12062 Berlin – E-Mail: paperpress@berlin.de – Sponsor: PIEREG Druckcenter www.piereg.de
paperpress erscheint kostenlos – Bestellungen über www.paperpress-newsletter.de – Textarchiv: www.paperpress.org
Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir bei Personenbezeichnungen und personenbezogenen Hauptwörtern die männliche Form.
Entsprechende Begriffe gelten grundsätzlich für alle Geschlechter. Die verkürzte Sprachform beinhaltet keine Wertung.



Der Blick über die Stadt ist grandios.



Nach dem Mittagessen ist stets eine Neuerkundung eingeplant. Angeregt durch einen Beitrag im ZDF, führte uns der Weg zum Café Corso in der Brüderstraße 6. Berichtet wurde über eine Spezialität, die Leipziger Lerchen.



Es ist mehr als nur eine süße Backware. Die Vorgeschichte berichtet von einem merkwürdigen Gourmetverhalten der Leipziger. „Im Stadtgeschichtlichen Museum ist Folgendes überliefert: Im 18. Jahrhundert gehörten Feldlerchen zu den kulinarischen

Spezialitäten der Stadt. Diese Vögelchen wurden in den Auen gefangen und mit Kräutern und Eiern gebacken. Unvorstellbar, wie viele Tierchen dabei ihr Leben lassen mussten! Aus dem Jahr 1720 ist bekannt, dass allein im Monat Oktober 404.340 Lerchen gefangen wurden. Die wohlhabenden Leipziger, die dieses Festtagsgericht von den ‚Lerchenfrauen‘ im Salzgäßchen erwarben, konnten davon kaum genug bekommen. Zu Hunderten wurden sie sofort nach dem Fang gerupft, einzeln in Papier verpackt und in Spezialkisten traten sie oft eine lange Reise an. Doch bald empörten sich immer mehr Vogelfreunde über diese Gaumenfreude. Schließlich verbot der sächsische König 1876 die Lerchenjagd.

Einige schlaue Bäcker entschädigten die betrübten Gourmets darauf mit einem Leckerbissen der anderen Art. Sie kreierte eine süße Leckerei und nannten diese Lerche. Aus ofenfrischem Mürbteig, Mandeln, Nüssen und Erdbeerkonfitüre bereiteten sie ein Gebäck, dessen Duft allein alles überbot. Sie ahmten auch die Form der Vögelchen nach, selbst die Kreuzbänder zum Zubinden der gefüllten Tiere wurden aus Teig gefertigt. Die Leipziger Lerche war geboren.“ In dem Gebäck befindet sich Persipan, eine dem Marzipan ähnliche Süßware, die aus Pfirsich- oder Aprikosenkernen hergestellt wird und leicht herb-bitter schmeckt. Quelle: Café Corso

Nach Mittagessen und Dessert, empfiehlt sich natürlich ein Spaziergang. Wer zu faul ist, ruft ein Taxi, wird aber vom wahren Leben bestraft. So lange habe ich noch nie in einer Warteschleife festgehangen. Taxis scheinen Mangelware in Leipzig zu sein, auch an den Halteplätzen. Letztlich machten wir uns zu Fuß auf den Weg. Eine halbe Stunde nach dem Anruf in der Taxizentrale und kurz vor Erreichen des Hotels klingelt das Handy und ein freundlicher Fahrer teilt mit, dass er jetzt da sei. Tja, wir auch, aber am Zielort.



Höhepunkt jeden Leipzig-Aufenthalts ist der abendliche Besuch in Auerbachs Keller, wo **Johann Wolfgang von Goethe** Teile seines „Faust“ geschrieben haben soll, in dem das Lokal erwähnt wird. Während seines Studiums in Leipzig von 1765 bis 1768 weilte Goethe oft in Auerbachs Keller. Fragt man die Kellner, wo denn Goethe immer gegessen hat, lautet die Antwort, „Mal hier, mal da, überall mal.“



Die Gaststätte wurde umgebaut und erweitert, so dass Goethes Stammplatz verschwunden ist. Verschwunden ist aber nicht unser Lieblingsgericht, das seit Jahren angeboten wird und immer wieder ausgezeichnet schmeckt: Wildschweinbraten mit Champignonrahm, hausgemachtem Rotkohl und Kartoffelklößen.



Und wenn man Glück hat, erscheint einem Mephisto persönlich, dessen Trinkgelagen mit Studenten legendär sind. Bei einem dieser Gelage „gibt Mephisto seine Zauberkunst zum Besten und vollbringt das Weinwunder. Er bohrt vier Löcher in den Tisch und verstopft sie mit Wachs. Beim Herausziehen der Pfropfen spritzt für jeden Studenten sein Lieblingswein heraus.“ Nun, darauf hat diesmal Mephisto verzichtet, auch ist er nicht auf einem Fass aus dem Keller geritten.

Weder ich noch mein sowohl ältester als auch gleichaltriger Kumpel **Eckhard Hohn**, mit dem ich 1965 gemeinsam eine Handelsschule besuchte, ritten auf einem Fass aus dem Keller. Eckhard Hohn war in den damals Schlagzeuger der Band „The Selected Four“, die ich die Ehre hatte, managen zu dürfen. Das Leipzig-Ritual pflegen wir seit vielen Jahren.



Nicht fehlen darf auch ein Besuch am Schwanenteich, hinter der Oper gelegen. Nur wenige Meter

vom Hauptbahnhof entfernt, böte der Platz Ruhe und Entspannung, wenn es die Fahrradfahrer nicht gäbe, die mit dem berühmten Affenzahn den Park durchqueren. Weniger nervig hingegen ein Ehepaar mit Kinderwagen, das immer wieder um den Teich läuft, in dem sich viele Enten, aber keine Schwäne befinden. Nach jedem Rundgang schaut die Frau auf ihr Handy. Irgendwann scheinen die 10.000 Schritte absolviert worden zu sein und sie verlassen den Park.

So oder so. Leipzig lohnt immer. Und da ich zum Geburtstag eine großzügige Reisespende von meinen Freunden erhalten habe, ist das Hotel für das nächste Jahr schon gebucht.



Die Chancen, dass ich die nächste Reise nach Leipzig noch erlebe, sind durch dieses Plakat für die Europawahl der „Partei für schulmedizinische Verjüngungsforschung“ gestiegen. Hoffentlich kommt das für mich nicht zu spät, denn es ist von „typisch 60-jährigen“ die Rede, die 20 Jahre länger leben können. Da bleiben ja noch

fünf Reisen nach Leipzig offen.



Und welche Erkenntnis nehmen wir mit nach Hause? Den Spruch vom Krochhochhaus am Augustusplatz: „omnia vincit labor“, „Arbeit besiegt alles.“ Vor allem Langeweile. In diesem Sinne: Fröhliche Restpfingsten. Fotos: Ed Koch

Ed Koch

13) KW 20 (13. bis 19.05.2024) – De-Risking. Von Ed Koch



KW 20 – De-Risking

Beim De-Risking geht es um die Verringerung von Abhängigkeiten in kritischen Bereichen wie Gesundheit, Energie oder technologischer Innovationen. So wie sich die einst führenden Politiker unseres Landes um die Abhängigkeit von Russland begeben haben, so bestehen vielfältige Abhängigkeiten gegenüber China nach wie vor und werden sich nur schwer verringern lassen.



In einem Beitrag für die **Berliner Zeitung** vom 17. Mai, erklärte uns der Botschafter der so genannten „Volksrepublik“ China, **Wu Ken**, die Welt.

China ist hinter den USA die größte Volkswirtschaft. Laut eines Berichts des **deutschlandfunks** vom 15.02.2024 hat Deutschland Japan überholt und liegt wieder auf dem dritten Platz, was dem widerspricht, was über unsere Wirtschaftskraft derzeit kommuniziert wird.

to: china-embassy.gov.com

Es ist vorstellbar, dass nur Länder mit einer demokratischen Struktur untereinander Handel treiben? Meine Antwort: Nein. Zu attraktiv ist der chinesische Absatzmarkt. Ob alle technologischen Errungenschaften Chinas das Gütesiegel „erfunden in China“ tragen dürfen, kann bezweifelt werden. China übertrifft uns mit seinen hoch subventionierten Elektroautos, während Tesla auf seinen Beständen sitzen bleibt und Arbeiter entlassen muss. Nur eine Erleichterung auf höhere Einfuhrzölle sorgt bei den Chinesen schon für schlechte Laune und sie drohen ungenutzte, unsere Exporte ebenfalls höher zu bepreisen.

Die Förderung für Elektroautos ist in Deutschland ausgetrocknet, was die Bereitschaft, sich ein umweltfreundliches Auto zu kaufen, sinken ließ. Bemerkenswert ist übrigens, dass es als sicher scheint, „dass viele gewiefte Käufer den Umweltbonus kassiert und das geförderte Fahrzeug schnell weiterverkauft haben – in Märkte, wo die Preise höher waren, auch aufgrund geringerer oder gar keiner Förderung.“ Die Zulassungszahlen in Deutschland sind höher als der Bestand. „Besonders heftig zeigt sich das ‚Spiel‘ bei Tesla: Mehr als 18.000 Elektroautos der US-Marke verschwanden vom deutschen Markt.“ Quelle: Auto BILD

Der chinesische Botschafter schreibt: „Vor gut zwei Jahren habe ich an dieser Stelle schon einmal einen Beitrag verfasst. Damals warnte ich vor einer

unsichtbaren Berliner Mauer in den internationalen Beziehungen, mahnte, dass die globalisierte Welt mehr Brücken statt Mauerbauer braucht.“ „Die Stimmen der Vernunft in Europa, die sich gegen ideologische Konfrontation und Entkopplung und für eine Zusammenarbeit Deutschlands und Europas mit China aussprechen, werden derzeit immer lauter.“, meint **Wu Ken**.

„Unsere Welt ist gerade in eine neue Phase der Turbulenzen und des Wandels eingetreten. Vor diesem Hintergrund sollten China und die EU an ihrer Positionierung als Partner sowie an Dialog und Zusammenarbeit festhalten, sollten einander fördern und gemeinsame Entwicklung suchen.“, rät uns der chinesische Chefdiplomat.

Glücklicherweise bin ich kein Diplomat, deshalb darf mir richtig schlecht werden, wenn ich diese Aussagen lese. Turbulenzen? In Europa findet ein Krieg statt, Herr Botschafter, angezettelt von ihrem Kumpel Putin, den ihr Chef tatkräftig unterstützt. Und Sie „müssen“ in ihrem Artikel „leider zugeben“, dass sich „seit gut zwei Jahren die internationale Lage immer unübersichtlicher und vertrackter gestaltet.“ In welcher Dunstwolke leben diese Diplomaten eigentlich? Ursache und Wirkung werden mal wieder verwechselt. Es gab keinen Grund für Putin die Ukraine anzugreifen, außer dem krankhaften Wahn, die Sowjetunion wieder entstehen zu lassen. Putin will die Ukraine vom Faschismus befreien und übersieht großzügig, dass sein Land und das Land seines Kumpeles Xi per Definition faschistische Diktaturen sind: „nach dem Führerprinzip organisiert, nationalistisch und antidemokratisch.“

„Einige Vertreter politischer Eliten in bestimmten westlichen Ländern klammern sich in diesen Zeiten an ideologische Konfrontation und das Denken des Kalten Krieges.“, schreibt uns jammern der Botschafter ins Poesie-Album. Frei nach **Max Liebermann**: „Man kann nicht so viel lesen, wie man kotzen möchte.“ Im weiteren Verlauf des Artikels beschreibt der Botschafter die Wichtigkeit der wirtschaftlichen Beziehungen. „Meines Erachtens verbinden China, Deutschland und Europa letztlich das gemeinsame Interesse und die gemeinsame Verantwortung, eine gleichberechtigte und geordnete multipolare Welt und eine integrative Globalisierung zu schaffen.“, ja, sicher, aber auf Grundlage der UN-Menschenrechtskonvention.

Die Ausführungen des Botschafters werden immer unerträglicher: „Die Ukrainekrise hat dem europäischen Sicherheitsverständnis einen schweren Schlag



versetzt. Diese Tragödie sollte Europa und die Welt wachrütteln, weitere geopolitische Konflikte zu entschärfen und zu vermeiden, statt bei geopolitischen Spannungen künstlich Öl ins Feuer zu gießen." Na klar, die Militärhilfen für die Ukraine einstellen und dafür Sorge zu tragen, dass aus diesem Land das wird, was Putin ihm heute vorwirft.

Natürlich äußert sich **Wu Ken** auch zu Taiwan und wiederholt die sattsam Bekannten Thesen. „Einige politische Akteure mit Hintergedanken befeuern ... das Narrativ ‚Heute die Ukraine, morgen Taiwan‘ und führen dabei nichts Gutes im Schilde. Vorgeblich geht es ihnen darum, die Stabilität in der Taiwanstraße zu wahren und eine Änderung des Status quo zu verhindern. Doch der tatsächliche Status quo in der Taiwanfrage ist, dass beide Seiten der Meerenge zu ein und demselben China gehören. Taiwan war nie ein unabhängiges Land. Mit der Beibehaltung des Status quo meinen solche Leute am Ende nichts anderes als die Aufrechterhaltung der Teilung Chinas. Die Souveränität und territoriale Integrität Chinas waren nie geteilt, auch wenn Chinas vollständige Wiedervereinigung noch ausstehen mag.“

Wenn man sich die Entwicklung der Republik China (Taiwan) seit Gründung am 1. Januar 1912 anschaut, kann man die Anspruchshaltung der so genannten „Volksrepublik China“ nicht vollständig nachvollziehen. „In dem technisch hochentwickelten Industriestaat, aus dem deutlich mehr als die Hälfte aller weltweit hergestellten Halbleiter-Bauteile kommen, hat eine Bevölkerung von rund 23,5 Millionen Menschen.“ Und diese leben in einer funktionierenden Demokratie. Morgen, am 20. Mai, tritt der neue Staatspräsident von Taiwan, **Dr. Lai Ching-te** sein Amt an.

„Der Ausgang der Wahlen in Taiwan hat nichts an der Tatsache geändert, dass Taiwan ein Teil Chinas ist und es nur ein einziges China auf der Welt gibt. Es ändert auch nichts am Ein-China-Prinzip als allgemeinem internationalen Konsens, und erst recht nichts am historischen Entwicklungstrend, der auf eine Wiedervereinigung Chinas hinausläuft.“, schreibt der chinesische Botschafter in der **Berliner Zeitung**. Nur China sieht diesen Trend.

Ja, auch in Deutschland gilt das so genannte „Ein-China-Prinzip“. Dennoch gibt zwei Chinas, eine Diktatur und eine Demokratie. Und es ist die Aufgabe der freien Welt, diese Demokratie zu schützen. Beim Lesen des Artikels des Botschafters ist mir mehrfach übel geworden, gerade bei Sätzen wie diesen, wenn er eine „friedliche Wiedervereinigung des Vaterlan-

des anstrebt“. „Um die Unabhängigkeitsbestrebungen Taiwans und Einmischungen von außen zu unterbinden, werden wir auch nie versprechen, auf Gewalt als letztes Mittel für den Schutz unserer territorialen Integrität und Souveränität zu verzichten, so dass die friedliche Wiedervereinigung zu einer realen Möglichkeit wird.“

China ist vom Konstrukt her kein friedliches Land, es verfolgt und tötet Angehörige von Minderheiten, unterdrückt jede Form von demokratischen Bestrebungen und hat einen Überwachungsstaat mit einem „Sozialkredit-System“ installiert, das Punkte für gutes Verhalten vergibt und Zuwiderhandlungen bestraft. Die volle Härte der faschistischen Ideologie Chinas würde Taiwan treffen und 23,5 Millionen Menschen unterdrücken. Man muss sich nur in Erinnerung rufen, wie China mit Hong Kong umgegangen ist. Das würde auch Taiwan blühen.

Der Botschafter mahnt und droht, dass Deutschland und Europa an der Ein-China-Politik festhalten müssen. „In diesem Zusammenhang möchte ich auch einzelnen deutschen Politikern raten, nicht so naiv zu sein zu glauben, dass Chinas Wiedervereinigungsprozess sich durch die Entsendung einiger Kriegsschiffe durch die Meerenge ausbremsen ließe.“



Foto: Ed Koch

Echte Lebensfreude ist hingegen nur in einer Demokratie möglich. **Prof. Dr. Shieh Jhy-Wey**, der sich nur Repräsentant, aber nicht Botschafter von Taiwan nennen darf, obwohl ihn jeder als Herr Botschafter anspricht, lud Freitag Abend in das Konzerthaus am Gendarmenmarkt zu einem Konzert unter dem Titel „Schulterschluss der Demokratien“ ein, an dem auch zahlreiche Bundestagsabgeordnete teilnahmen.

Das international besetzte Amadeus Kammerorchester unter Leitung von **Chih-Ying Huang-Niemand** und das Blasorchester des Musikvereins Dietmanns aus Schwaben präsentierten eine bunte Mischung traditioneller klassischer und moderner Musik. Botschafter Shieh ist bekannt für seine analytische Betrachtung der deutschen Sprache. „Schade, dass Xi und Putin keine Musiker sind“, sagte er, „sie könnten sonst flöten gehen.“

Ed Koch

14) Hauptsache, der Hintern ist sauber. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 625-10

10. Mai 2024

49. Jahrgang

Hauptsache, der Hintern ist sauber

Wer sich gestern auch nur auszugsweise die Rede des (*de jure mutmaßlichen*) russischen Kriegsverbrechers **Wladimir Putin** zum 79sten Jahrestages des Sieges über Nazi-Deutschland angehört hat, erlebte erneut, wie sich auch ohne KI die Geschichte anpassen lässt. Russland kann keineswegs diesen Sieg allein für sich in Anspruch nehmen. Auf dem Weg nach Moskau, der am 22. Juni 1941 begann, verwüstete Hitlers Kriegsmaschine zuerst das Baltikum, Weißrussland und die Ukraine.

In der Roten Armee waren natürlich auch Soldaten aus diesen Ländern im Einsatz. Sie können sich ebenso auf das Siegertreppchen stellen, das Putin nun für sich allein in Anspruch nimmt. Anmerkung zur Vollständigkeit: ohne die massive militärische Unterstützung, vor allem aus den USA, hätte Stalin den Krieg nicht gewinnen können. Die Westalliierten wurden von Putin gestern nicht erwähnt.

Der Begriff Narrativ, der heute so gern verwendet wird, leitet sich von „erzählen“ ab. Bei Putin hat man eher den Eindruck, dass der „Narr“ Pate stand. „Anstatt Nächstenliebe zu üben, frönt er ganz und gar der Eigenliebe, ja leugnet gar die Existenz Gottes (Psalm 53,1: „Der Narr spricht in seinem Herzen: Es ist kein Gott!“). Auch wenn sich Putin ständig von seinem korrupten Chefgeistlichen und ehemaligen KGB-Kumpel **Kyryll** heiligsprechen lässt, ändert es nichts an der Gottlosigkeit des Kreml-Diktators.

Seit Jahren gibt es immer wieder Gerüchte um einen **Mega-Palast am Schwarzen Meer**, dessen Besitzverhältnisse nicht ganz klar zu sein scheinen, aber auf Putin als Hausherrn hinweisen. Ein Palast, der an Größenwahn den Anwesen von **Nicolae Ceaușescu** und **Adolf Hitler** in nichts nachsteht.

In der **Berliner Morgenpost** war gestern ein Bericht zu lesen, der sich mit dem Objekt beschäftigt. „Heimlich gemachte Aufnahmen zeigen das Luxus-Anwesen in all seiner überbordenden Pracht. Dem Kremlikritiker **Alexei Nawalny** ist im Tode noch ein letzter Husarenstreich gelungen: Nawalyns Team veröffentlichte sieben Wochen nach dessen Tod ein Video, das die Inneneinrichtung des Mega-Palastes zeigen soll. In den heimlich gemachten Aufnahmen wird den Zuschauern das Luxus-Leben des Diktators in allen Einzelheiten vorgeführt – von unzähligen Schlafzimmern über Luxus-Saunas, einem eigenen

Theater bis hin zu Putins Privat-Kapelle.“ Wer jeden Tag für den Tod von so vielen Menschen verantwortlich ist, braucht natürlich eine eigene Kapelle.

„Russische Offizielle und Putin selbst bestritten bisher, dass es sich dabei um den Privatbesitz des russischen Präsidenten handelt. Doch in dem insgesamt 41-minütigen YouTube-Video will Nawalyns Team das Gegenteil beweisen: Hier hat sich Putin sein 17.691 Quadratmeter großes Traumhaus gebaut. Trotz des Krieges in der Ukraine, trotz der unzähligen Sanktionen gegen Russland.“

Die Ausstattung des Palastes lässt keine Wünsche offen, so auch eine Swimmingpool-Disco samt Spa-Bereich. Spa-Bereich? Nie gehört. „Spa-Bereiche bezeichnen Wellness- und Gesundheitseinrichtungen wie Pools, Saunen und Fitnessbereiche sowie die Räumlichkeiten für Massagen und Beauty-Anwendungen.“ Die Beauty-Anwendungen haben bislang nichts gebracht, wenn man sich Putins aufgedunsenes Gesicht anschaut.

Auch das Wort Jacuzzi war für mich neu. Es handelt sich um eine spezielle Dusche für Liegen, ab 8.980 Euro im Whirlpool-Center erhältlich. Das Herzstück in Putins Wellnessbereich ist eine Po-Dusche. Wer so viel Scheiße produziert, muss natürlich auf einen sauberen Hintern achten. Eine gründliche Kopfwäsche mit Gehirnspülung wäre sinnvoller. Mein Favorit ist jedoch die Cryosauna, in der sich Putin „auf minus 100 Grad runterkühlen lassen kann, eine Technik, die das Leben verlängern soll.“ Wozu? Wenn sich schon nicht der Krieg gegen die Ukraine einfrieren lässt, könnte man doch bei Putin anfangen. Funfact: „Das luxuriöse Dusch-Equipment stammt dabei häufig aus den USA. Auf den Bildern sind noch die amerikanischen Logos auf den Gerätschaften zu erkennen.“ Was würde man nur ohne den Klassenfeind machen.

Was noch? Ein Privat-Theater mit Logen, ein Fitnessstudio und ein vollausgestattetes Eishockey-Stadion mit VIP-Lounge, an die auch eine Sauna und ein Haar-Salon angeschlossen sind. Für welche Haare? Das gesamte Anwesen soll eine Milliarde Euro gekostet haben, Peanuts im Gegensatz zu dem, was Verteidigungsminister **Boris Pistorius** beim Kriegsgeräte-Einkaufsbummel in den USA in seiner Brieftasche hat. Es ist mal wieder sehr hilfreich für den russischen Geheimdienst, die Einkaufsliste zu veröffentlichen. Lieferung mit DHL (*dauert halt länger*) oder wird beim Nachbarn abgegeben.

Ed Koch

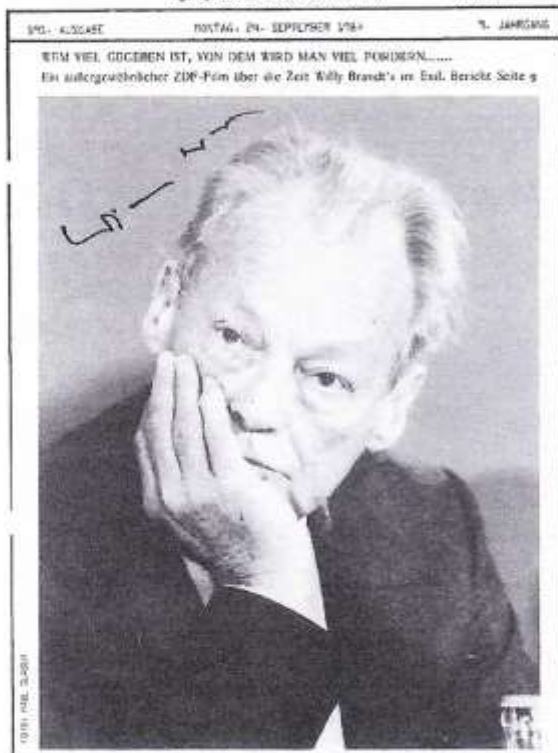
1

15) Willy. Von Ed Koch



Willy PAPER PRESS

Jugendpolitischer Pressedienst Berlin • 7.A.1976



Es gibt viele Filme, die sich mit dem Leben und Wirken von **Willy Brandt** beschäftigen, Dokumentationen und Spielfilme. „*Kampfname Willy Brandt*“ hieß eine beeindruckende Dokumentation von **Heinrich Breloer**, die 1984 im ZDF ausgestrahlt wurde. Sie veranlasste uns zu der Titelgeschichte „*Wem viel gegeben ist, von dem wird man viel fordern*“, angelehnt an den Bibelvers Lukas 12,48.

„*Im Schatten der Macht*“ ist ein 2003 von der ARD produzierter Spielfilm, „*der die letzten 14 Tage vor dem Rücktritt des Bundeskanzlers Willy Brandt in teilweise fiktionaler Aufbereitung darstellt.*“ Bemerkenswert ist nicht nur die Darstellung **Willy Brandts** durch **Michael Mendl**, sondern, dass **Matthias Brandt**, jüngster Sohn von **Willy** und **Rut Brandt** **Günter Guillaume** spielte, jener Spion, den das

Ministerium für Staatssicherheit der DDR in das Wohnzimmer des Bundeskanzlers platzieren konnte. „*Verrat am Kanzler*“ ist der Titel einer Dokumentation, die in dieser Woche in der ARD zu sehen war und in der Mediathek verfügbar ist. Für Geschichtsinteressierte ein Muss. Die Geschichte der größten Spionageaffäre wird aus der Sicht von Frauen erzählt.

Es ist bis heute nicht zu glauben, was sich Anfang der 1970 Jahre in Bonn abspielte. Hinweise auf die Spionagetätigkeit **Guillaumes** gab es sehr früh, ohne Konsequenzen. Bundesnachrichtendienst und Innenminister **Hans-Dietrich Genscher** ließen den Spion an Brandts Seite, selbst bei einer Urlaubsreise nach Norwegen, wo **Guillaume** jeden Tag die vertraulichen Fernschreiben bearbeitete. Alles, was für den Kanzler bestimmt war, trug die Aufschrift: „*Für den Bundeskanzler über Günter Guillaume.*“

Es ist auch nicht zu verstehen, dass einerseits die Staatssicherheit der DDR 1972 durch den Kauf von zwei Stimmen aus der CDU/CSU-Fraktion, für jeweils 50.000 DM, das Misstrauensvotum gegen Brandt scheitern ließ, ihn aber zwei Jahre später durch die Festnahme **Guillaumes** zum Rücktritt zwang. **Guillaume** bezeichnete sich selbst in der Dokumentation als „*Knüppel, der Brandt aus dem Amt warf.*“

Die viel zu späte öffentliche Enttarnung des Spions löste erwartungsgemäß eine Medienkampagne aus. In dieser ging es aber zunehmend kaum um den Spion, sondern vielmehr um Brandts Privatleben und sein Verhältnis zu Frauen. Darin konnten sich die Medien natürlich besser suhlen als in einer langweiligen Agentengeschichte. In der Dokumentation, in der die Vertraute Brandts und Journalistin **Heli Ihlefeld**, die DDR-Spionin **Lilli Pöttrich**, die Autorin **Yasmine M'Barek**, die Journalistin **Eva-Maria Lemke**, **Katja Ebstein** und **Christel Guillaume**, die Frau des Spions, zu Wort kommen, geht es um den Verrat am Kanzler. Wer sich den Film aufmerksam anschaut, gelangt schnell zu der Erkenntnis, dass nicht allein **Guillaume** den Kanzler verraten hat. **Hans-Dietrich Genscher** spielte eine nicht unwesentliche Rolle in dem Drama. Er, als Chef der Geheimdienste, hätte frühzeitig den Spion neutralisieren müssen. Für mich ist auch **Genscher** ein Verräter. Zehn Jahre nach dem gescheiterten Misstrauensvotum gegen Brandt, wechselte **Genschers** FDP 1982 die Seite zur Union, und verriet Bundeskanzler **Helmut Schmidt** mit einem, diesmal erfolgreichen Misstrauensvotum. Das war der Beginn von 16 Jahren **Helmut Kohl**. Die Rolle des SPD-Fraktionsvorsitzenden **Herbert Wehner** in der Affäre grenzt auch an Verrat.

16) Blitzableiter. Die Klimabewegung schießt sich auf Elon Musk und Tesla ein. Bei der deutschen Autoindustrie, die weiter auf Verbrenner setzt, knallen die Sektkorken

Von Timo Daum & Andreas Knie



Timo Daum

Timo Daum ist Sachbuchautor und wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsgruppe „Digitale Mobilität und gesellschaftliche Differenzierung“ am Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB).

08.05.2024



Polarisieren ist sein Hobby: Elon Musk bei der Eröffnung der Gigafactory.- *picture alliance / Reuters | Pool New*

Stellen wir uns vor, die Klimabewegung, die bis vor Kurzem noch massenhaft gegen die fossile Industrie mobilisierte und vehement für einen schnellen Ausstieg aus der Kohleverstromung eingetreten ist, würde nun stattdessen gegen den Bau von Windkraftanlagen, Solarkollektoren und Stromtrassen demonstrieren. Unvorstellbar? Tatsächlich passiert gerade etwas Vergleichbares. Nicht mehr die fossile Autoindustrie mit ihren Diesel- und Benzin-verfeuernden SUVs, sondern ausgerechnet E-Auto-Pionier Tesla und sein Chef Elon Musk sind zum Ziel von Protesten und Kampagnen geworden. Wie kam es dazu?

Vor ein paar Jahren wandte sich die Klimabewegung zu Recht dem Verkehrssektor zu, wo in den letzten Jahren praktisch kein CO₂ eingespart wurde – in erster Linie wegen des Benzin- und Dieserverbrauchs von Pkw und Lkw. Verkehrswende-Initiativen schlossen sich zusammen und entwickelten einen Plan für eine ökologische Alternative: Ein möglichst schneller Ausstieg aus dem fossilen Verbrenner, weniger Autos und weniger Autoverkehr,

Seite E 69 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

dafür mehr Sharing, mehr Busse und Bahnen, mehr Rad- und Fußverkehr waren die Eckpfeiler. Ein erster Erfolg des neuen Bündnisses stellte sich 2019 ein, als es gelang, die Internationale Automobilausstellung aus Frankfurt zu vertreiben und die Autoindustrie insgesamt in die Defensive zu drängen.

Das Elektroauto und insbesondere Tesla werden zum Ziel von Kritik und Mobilisierung.

Das hat sich anscheinend geändert. Das Elektroauto und insbesondere Tesla werden zum Ziel von Kritik und Mobilisierung. Beim [Demaufwurf von Ende Gelände](#), einer Initiative, die durch Aktionen zivilen Ungehorsams und Tagebau-Besetzungen vor ein paar Jahren sehr öffentlichkeitswirksam gegen die Kohleindustrie vorging, heißt es nun: „Das Elektroauto soll sich als ‚grüne‘ Alternative zum Verbrennungsmotor etablieren.“ Es sei jedoch vielmehr „die Fortsetzung des Individualverkehrswahns mit anderen Mitteln, aber weder nachhaltig noch sozial verträglich. Und deswegen alle ... gegen TESLA und die Werkserweiterung der Gigafactory in Grünheide.“ Auch die für den Brandanschlag auf die Stromversorgung in der Gemeinde Grünheide [verantwortlich zeichnende Gruppe argumentiert](#), Tesla sei „ein Symbol für grünen Kapitalismus“, deren Autoproduktion das „Grundwasser verseucht“. Und: „Jeder Tesla, der brennt, sabotiert die imperiale Lebensweise“; Tesla-Chef Elon Musk sei ein „Technofaschist“; und die „komplette Zerstörung der Gigafactory“ sei das Ziel. Auf einer Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung wird ein drohender „[Teslismus](#)“ heraufbeschworen. Es drohe nicht nur eine „Endstufe des Kapitalismus“, sondern auch gleich ein Ende der Demokratie. Bald könne es vorbei sein mit „lokaler und betrieblicher Demokratie“. Hintergrund war die Abstimmung in der Gemeinde Grünheide, die sich mehrheitlich gegen eine Erweiterung des Werksgebietes ausgesprochen hatte.

Im Prinzip ist es natürlich richtig, gegen den automobilen Konsens vorzugehen, der – zunächst unabhängig vom Antrieb – die massenhafte Individualmotorisierung als Grundrecht des Globalen Nordens betrachtet. Und dass E-Autos keine Lösung für die Probleme der autozentrierten Gesellschaft sind, ist auch unzweifelhaft. Aber warum dann Tesla angehen und nicht Volkswagen, Daimler und BMW? Sollte nicht das Verursacherprinzip gelten? In der Vergangenheit hatte sich die Klimabewegung unter anderem RWE als Gegner ausgesucht, den Kohle-Giganten, und nicht zum Beispiel einen Windradhersteller. Und das Pendant zu RWE im Verkehr ist Volkswagen. Allein zwei Prozent der weltweiten CO₂-Emissionen gingen im Jahr 2019 auf das Konto des Wolfsburger Konzerns.

Die Klimaziele werden ohne ein Hochlaufen der E-Fahrzeuge nicht erreicht.

Auch sind nicht E-Autos verantwortlich für die Klimaerwärmung, sondern das akkumulierte Kohlendioxid, das aus dem jahrhundertlang andauernden Verbrennen von fossilen Brennstoffen vor allem in den Industrieländern stammt. Das größte Wirtschafts- und Umweltverbrechen der Nachkriegszeit, der Skandal um manipulierte Abgaswerte, geht auf das Konto von VW, BMW und Daimler. Bis heute arbeiten diese Hersteller mit unlauteren Methoden. Immer noch verbrauchen Neuwagen im Realbetrieb deutlich mehr Diesel und Benzin, als von den Herstellern angegeben, [berichtet Der Spiegel](#). Im Gegensatz dazu steht Tesla für ein Start-up aus dem Silicon Valley, das die etablierte fossile Auto- und Ölindustrie zu einer ungeliebten Elektrifizierung treibt, die wiederum dringend notwendig ist, um die Klimakatastrophe abzuwenden. Die Klimaziele werden jedenfalls ohne ein Hochlaufen der E-Fahrzeuge nicht erreicht.

Auch beim Thema Wasser ist eine seltsame Schiefelage in der Argumentation erkennbar. Tesla hat eine Genehmigung für 1,8 Millionen Kubikmeter jährlich erhalten und steht dafür massiv in der Kritik, für die *taz* ist Elon Musk gar ein „Ökoterrorist“. Allerdings verbraucht

Seite E 70 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

Tesla derzeit nur 0,5 Millionen Kubikmeter. Doch nicht Tesla ist der größte Wasserverbraucher in Brandenburg, sondern das Braunkohleunternehmen LEAG mit sage und schreibe 100 Millionen Kubikmetern. Das fossile Unternehmen verantwortet tatsächlich Umweltverbrechen: 2020 ließ das Unternehmen im mittlerweile geschlossenen Tagebau Jänschwalde laut einem Urteil des Verwaltungsgerichts Cottbus rund 114 Millionen Kubikmeter Grundwasser fördern, obwohl nur 42 Millionen gestattet waren.

Der Rest der Klimaschutz-bewegten Welt und auch die Mobilitätsforschung sind sich dahingehend einig, dass Elektroautos nötig sind, um die Klimaziele zu erreichen. Die „Antriebswende“ wird als notwendiger, wenn auch bei weitem nicht hinreichender Bestandteil der Verkehrswende angesehen. In Holland macht die Klimabewegung gegen die fossile Industrie und fossile Subventionen mobil, Greta Thunberg war dabei und wurde Anfang April gleich zweimal in Gewahrsam genommen. Ähnlich in Frankreich: In Arcachon stemmt sich die Bewegung gegen eine geplante Ölbohrung, die Organisatoren von der Gruppe *Stop Petrole Bassin d’Arcachon* erklären, der Ausstieg aus fossilen Brennstoffen müsse jetzt mit der Ablehnung dieses Projekts beginnen. Auch in Spanien geht die Bewegung unter der Parole „¡Descarbonización ya!“ („Dekarbonisierung sofort!“) auf die Straße und fordert schnelle Dekarbonisierung und Klimagerechtigkeit. Die Aktionen richten sich „gegen die Industrie für fossile Brennstoffe, die auf Kosten der Weltbevölkerung, der Artenvielfalt und eines sicheren und lebenswerten Klimas unzünftige Gewinne gemacht hat“. [Sie fordern](#) ein Ende des Ausbaus fossiler Brennstoffe und Subventionen.

Anfang des Jahrtausends sah es ja tatsächlich so aus, als würden bei uns die Weichen in Richtung ökologischer Modernisierung, Energiewende und E-Mobilität gestellt.

Anfang des Jahrtausends sah es ja tatsächlich so aus, als würden bei uns die Weichen in Richtung ökologischer Modernisierung, Energiewende und E-Mobilität gestellt. Die Europäische Union rief den *Green New Deal* aus. Der damalige CSU-Generalsekretär Markus Söder forderte ein [Verbot von Autos mit Verbrennungsmotoren](#) ab 2020. Ein ökologisches Update kapitalistischer Wachstumsdynamiken schien zum hegemonialen Projekt zu werden, mit der Elektromobilität als zentralem Bestandteil einer „Ökologisierung der Automobilität“ – so drückten es damals die Autoren Ulrich Brand und Markus Wissen in ihrem viel diskutierten Buch [Imperiale Lebensweise](#) aus.

Was ist daraus geworden? Noch immer sind circa 90 Prozent aller in Deutschland hergestellten Autos mit einem klimaschädlichen Verbrenner ausgestattet – bei Volkswagen waren es 2022 sogar 93 Prozent. Ohne den Druck durch die neue Konkurrenz von Tesla hätten die deutschen Autobauer nicht einmal die bisherigen E-Fahrzeuge gebaut. Der für 2035 geplante Ausstieg aus dem Verbrenner in der EU wackelt. Beim Kohleausstieg ist Deutschland mit 2038 Schlusslicht in Europa. Der Wirtschaftsgeograf Christoph Zeller schreibt daher, „die Hypothese eines ‚grünen Akkumulationsregimes‘ verliere jede Grundlage“. Alles deute demgegenüber darauf hin, dass der fossile Kapitalismus „auch in den kommenden Jahrzehnten zwingend auf fossilen Energieträgern beruhen wird“. Auch der Wiener Politikwissenschaftler Ulrich Brand hält den „grünen Kapitalismus“ mittlerweile für gescheitert, er sei als hegemoniales Projekt in der Defensive: Das „fossile Kapital bleibt am Drücker“.

Auch die politische Stimmung ist gekippt, anstelle eines alternativlos erscheinenden ökologischen Umbaus sind in den letzten Jahren verstärkt [fossil-bewahrende Hegemonieprojekte](#) entstanden, wie Henrik Sander aufzeigt. Nicht nur die AfD, die von einer drohenden „Öko-Diktatur“ fantasiert, stemmt sich gegen jedwede sozial-ökologische Transformation. FDP und CDU machen Stimmung für eine Verzögerung des ökologischen

Umbaus und die Ampel-Koalition hat bereits für E-Fuels eine Ausnahme durchsetzen können. Nach der Union und der FDP spricht sich auch das Bündnis Sahra Wagenknecht (BSW) gegen den Verbrennerausstieg in der EU im Jahre 2035 aus und schließt hier argumentativ genau an die AfD an. Das für 2035 geplante Verbrenner-Aus sei „ein schwerer wirtschaftspolitischer Fehler, der eine Schlüsselindustrie und viel Wohlstand in Deutschland vernichten wird“, so Parteigründerin Sahra Wagenknecht. Denn die deutsche Autoindustrie sei beim Verbrenner Weltklasse.

Deutet sich hier eine – von der Klimabewegung sicher nicht gewollte – Querfront zur Verhinderung der Elektromobilität an? Wenn sie sich auf das kleinere Übel Elektroautos einschießt und sich das Unternehmen als Hauptfeind aussucht, das die deutsche Verbrennerliebe aufgeknackt hat – Tesla –, dann gerät sie in eine ungewollte Rolle: Die Klimabewegung könnte zur links-alternativen Flanke werden, die den Rückzug der deutschen Autoindustrie aus der Elektromobilität deckt. Als in Grünheide der Wald besetzt wurde, dürften in Wolfsburg, Stuttgart und München die Sektkorken geknallt haben.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/wirtschaft-und-oekologie/artikel/blitzableiter-7496/?utm_campaign=de_40_20240508&utm_medium=email&utm_source=newsletter

17) Befreiung aus der Schockstarre. Millionen Menschen gehen nach der Correctiv-Veröffentlichung „Geheimplan gegen Deutschland“ auf die Straße. Es ist Zeit, andere Fragen zu stellen

Von Justus von Daniels



Justus von Daniels, Berlin

Justus von Daniels ist seit 2019 Chefredakteur von CORRECTIV

07.05.2024



Eine Investigativ-Recherche deckt einen Versuch auf, die Gesellschaft zu spalten. Wie gehen wir damit um? - *picture alliance / Zumapress*

Seite E 72 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.

Schon kurz nach Veröffentlichung der Recherche „Geheimplan gegen Deutschland“ gab es allerlei Mutmaßungen darüber, warum dieser Text so eine enorme Wirkung hat. Es war auch für *Correctiv* eine überwältigende Situation, dass über Wochen so viele Menschen auf die Straßen gingen. Erst Zehntausende, dann Hunderttausende, jedes Wochenende, in hunderten kleinen und großen Städten. Es gab etliche Reaktionen aus der Politik; Unternehmen und Wirtschaftsverbände nahmen öffentlich Stellung gegen Rechtsextremismus. Eine bizarre Reaktion kam aus Paris: Marine Le Pen zog die Zusammenarbeit mit der AfD in Zweifel, die ihr offenbar zu radikal zu werden drohte. Nach zwei Monaten hatten aufmerksame Demo-Protokollierende über drei Millionen Menschen gezählt. Was war da los?

Krude Erklärungsversuche kamen zunächst von weit rechts: Eine geplante Kampagne des Verfassungsschutzes sei das, sagten die einen. Andere meinten, die Recherche sei von oberster Stelle geplant gewesen, um die Bauernproteste aus den Medien verschwinden zu lassen, die zu derselben Zeit stattfanden. Sie sei von der Regierung bewusst gesteuert gewesen, also eine Art *deep state*-Aktion, die dann auch Millionen Menschen motiviert habe, auf die Straße zu gehen. Diese Erklärungen finden sich auf Blogs oder in den sogenannten Sozialen Netzwerken, sie waren einfach nur wirr und hilflos.

Natürlich hat die große gesellschaftliche Bewegung auch die *Correctiv*-Redaktion überwältigt. Als Journalistin oder Journalist ist man zwar darauf gefasst, dass eine eigene investigative Recherche auch eine unmittelbare Wirkung haben kann, etwa eine politische Untersuchung, die Änderung eines Gesetzes oder persönliche Konsequenzen bei einem Fehlverhalten. Aber so eine gesamtgesellschaftliche Bewegung, quer durch die Republik, in dieser Klarheit? Das hatte es in der Geschichte der Bundesrepublik aufgrund einer Recherche noch nicht gegeben.

Selbst die französische Spitzenpolitikerin Marine Le Pen hat klargestellt, dass in ihrer europäischen Parteienfamilie der rechten Parteien ein Konzept der „Remigration“ keinen Platz habe.

Eine der unmittelbaren Wirkungen war die Entlassung von Roland Hartwig, dem ehemaligen Bundestagsabgeordneten und engen Mitarbeiter der AfD-Parteichefin Alice Weidel, einige Tage nach der Veröffentlichung. Er war einer der Teilnehmer des Treffens in Potsdam und hatte sich dort aktiv an den Diskussionen beteiligt. Es gab zudem etliche Distanzierungen von Vereinen oder Verbänden, in denen einige Teilnehmer Mitglied waren. Selbst die französische Spitzenpolitikerin Marine Le Pen hat klargestellt, dass in ihrer europäischen Parteienfamilie der rechten Parteien ein Konzept der „Remigration“ keinen Platz habe. AfD-Chefin Weidel schrieb einen Brief und fuhr nach Paris, um Le Pen bei einem Mittagessen zu erklären, dass das Treffen nichts mit AfD-Politik zu tun habe. Die offene Kritik der prominenten Führungsfigur der französischen Rechtspopulisten war ein höchst ungewöhnlicher Schritt, der einen Riss innerhalb der europäischen rechtsradikalen Parteien zum Ausdruck bringt, der auch in der aktuellen Berichterstattung über den AfD-Spitzenkandidaten Maximilian Krah weiter Nahrung erhält.

Es folgten in der öffentlichen Debatte Versuche, dem Phänomen der „Geheimplan“-Recherche nahezukommen. Denn es gibt fast keine Beispiele einer Recherche in Deutschland, die so viele Demonstrationen in ganz Deutschland ausgelöst hat. Demonstrationen, bei denen immer wieder Menschen zitiert wurden, die noch nie vorher auf einer Demo gewesen waren, es aber jetzt zum ersten Mal für notwendig hielten. Eine These stach dabei heraus. Im *IPG-Journal* schrieb die Autorin Maria-Sibylla Lotter in ihrem Beitrag [„Verteidigung der Demokratie“](#), sie verstehe den Bericht von *Correctiv* als Versuch, eine von den beteiligten Journalistinnen und Journalisten vermutlich als durchaus real eingeschätzte

Seite E 73 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.

Gefahr von rechts „mit einem [Nazi-Illusionstheater](#) zu bekämpfen, weil man die Bevölkerung nicht für schlau oder mündig genug hält, diese Gefahr selbst zu erkennen“. Die Recherche wird in dem Text ganz explizit in die Nähe eines „staatsdienlichen Märchens“ nach dem Vorbild Platons gesetzt, das „Revolten im Staat“ vorbeugen soll. Und Lotter schreibt explizit, solche Märchen seien „Lüge oder irreführende Rede“.

Das Treffen von Potsdam als „Illusionstheater“ zu bezeichnen, ist nichts anderes, als eine investigative Recherche zu diskreditieren, um eine These zu füttern, die erklären will, warum die Veröffentlichung Auslöser für eine gesellschaftliche Bewegung war. Bemerkenswert ist es deshalb, weil einem Rechercheteam die innere Motivation unterstellt wird, bewusst Illusionen verbreiten zu wollen. Ihr Erklärungsversuch, weshalb so viele Menschen plötzlich auf die Straße gingen, bedient sich dabei ähnlichen Mustern, die auch von rechts gesponnen wurden, unsere Recherche basiere nur auf Werturteilen.

Bei *Correctiv* geht es um investigativen Journalismus. Das Medienhaus deckt Missstände auf: ob der milliardenschwere Steuerraub CumEx, die russische Einflussnahme auf die deutsche Gasabhängigkeit oder die Vertuschung des sexuellen Missbrauchs in der katholischen Kirche. *Correctiv* recherchiert zu strukturellen Problemen wie dem Kitanotstand, zum intransparenten Immobilienmarkt oder zu häuslicher Gewalt. Wir gehen ungewöhnliche Wege, mal verdeckt, mal gemeinsam mit tausenden Bürgerinnen und Bürgern. Das Ergebnis jeder Recherche wird dabei präzise und an den Erkenntnissen entlang formuliert. Das gebietet die journalistische Sorgfalt.

Bei dem Treffen in Potsdam haben wir die brisanten Passagen aus den Gesprächen zitiert, die so auch nicht infrage gestellt wurden. Im Gegenteil: Kurz nach der Recherche hatten uns AfD-Politiker „Stasi-Methoden“ vorgeworfen, offenbar weil den Beteiligten klar war, dass die zitierten Sätze so gefallen waren. Nun haben vor allem einige Teilnehmer eingewendet, dass es sich ja um ein privates Treffen gehandelt habe, es kein AfD-Treffen gewesen sei und es demnach auch nicht sonderlich relevant für die Öffentlichkeit sei. Ein von einem rechtsradikalen Zahnarzt in Potsdam organisiertes Treffen, an dem 20 bis 25 Personen teilnahmen und bei dem Martin Sellner von der österreichischen Identitären Bewegung über das Thema „Remigration“ referierte, könne „nüchtern betrachtet“ wohl keine allzu große Relevanz für das politische Geschehen in Deutschland haben, heißt es bei Lotter. Alles nichts Neues?

Wir haben die Situation deutlich anders beobachtet: Das Treffen und gerade die Zusammensetzung der Teilnehmer waren zu diesem Zeitpunkt höchst brisant. Ein notorischer Rassist, Gernot Mörig, lud den österreichischen Rassisten Martin Sellner ein, auf Grundlage seines rassistischen Buches einen Masterplan zur Rettung Deutschlands vorzustellen. „Masterplan“ ist nicht unser Begriff, sondern der des Einladenden Gernot Mörig. Sellner spricht von millionenfacher Remigration, auch von „nicht-assimilierten Staatsbürgern“ und einem „Jahrzehnteprojekt“. Er will dies durch „Anpassungsdruck“ und „maßgeschneiderte Gesetze“ erreichen. Bis zu zwei Millionen Menschen könne man an einen Ort in Nordafrika „bewegen“. Eine Expertenkommission solle das nach den Worten Mörigs nach „rechtlichen, moralischen und logistischen Gesichtspunkten“ vorbereiten, damit etwas in der Schublade liege. In den Vorträgen ging es auch darum, wie das politische Vorfeld für diese Vertreibungspläne werben könnte: mit Influencern in sozialen Netzwerken; und es ging darum, wie die Gesellschaft für eine solche Politik vorbereitet werden könnte: durch Delegitimierung der Wahlen und des öffentlich-rechtlichen Rundfunks.

Aus einer kruden rechtsextremen Idee soll hier eine politisch umzusetzende Planung werden.

Seite E 74 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.

Aus einer kruden rechtsextremen Idee soll hier eine politisch umzusetzende Planung werden. Roland Hartwig war im November 2023 noch ein enger Mitarbeiter der AfD-Parteichefin Alice Weidel. Auf dem Treffen erweckte er mit einem eigenen Vortrag den Eindruck, er könne Ideen aus der Veranstaltung in den Bundesvorstand der Partei hineinragen. Anwesend bei dem Treffen war auch ein Fraktionsvorsitzender der AfD, Ulrich Siegmund, und zwar aus dem als gesichert rechtsextrem eingestuftem Landesverband Sachsen-Anhalt. Er äußerte sich in seinem Vortrag explizit dazu, wie in seinem Bundesland eine Atmosphäre geschaffen werden könne, um Menschen aus dem Land zu drängen. Dabei war auch eine AfD-Bundestagsabgeordnete. Sie diskutierten mit Martin Sellner; sie alle kamen auf Einladung eines bekannten Rechtsextremen, der seit Jahrzehnten in der westdeutschen rechtsradikalen Szene verankert ist. Auf dem Treffen waren zudem auch mögliche Geldgeber, die das nötige Kapital aufbringen sollen, um den Plänen zur Geltung zu verhelfen.

Zudem war der Zeitpunkt brisant: Die AfD steht in Umfragen so gut da, dass die Chance besteht, in Thüringen oder Sachsen stärkste politische Kraft zu werden. Es besteht damit eine unmittelbare Machtperspektive. In Potsdam wurde plötzlich greifbar, was viele latent wussten, aber nur in Einzelteilen beobachtet hatten. In diesem vertraulichen Kreis wurde offen darüber gesprochen, wie man Menschen in Deutschland loswerden will. Nicht im Rahmen eines abstrakten Symposiums, sondern mit der klaren Zielsetzung, Ideengeber, Spender und politische Akteure zu verzahnen. Es ging nicht um Änderungen von Asylgesetzen, es ging um ein völkisch geprägtes Verständnis, das im Volk eine ethnische Identität sieht. Sellner selbst sprach über „ethnische Wahl“, ein Begriff aus der rechtsvölkischen Szene, der darauf baut, dass Menschen mit Migrationshintergrund vor allem „migrationsfreundliche“ Parteien wählen.

Der Vorwurf des „Illusionstheaters“ wird vor allem an einem Absatz der Recherche festgemacht, in dem die Wannsee-Konferenz erwähnt wird. Das Treffen war in der Nähe von Potsdam in einem Hotel mit Blick auf den Lehnitzsee, nicht weit von dem Ort, an dem die Wannsee-Konferenz stattfand. Wir haben die örtliche Nähe ein einziges Mal erwähnt. Nicht weil die Ereignisse vergleichbar wären, aber die Idee eines ethnisch geprägten Volksbegriffs führte auf dem Treffen zu den Plänen, wie man Millionen Menschen, die man als ethnisch nicht-zugehörig einstuft, loswerden kann. Der Organisator Gernot Mörig spricht von einem Expertengremium, das die Pläne ausarbeiten solle. Und zwar unter „ethischen, juristischen und logistischen Gesichtspunkten“. Es geht ihm und der Runde offensichtlich darum, etwas in der Schublade zu haben, wenn eine rechte Partei an die Macht kommen sollte. Lotter schreibt dazu, dass aus unserer Erwähnung die Behauptung „abgeleitet worden sei“, dass dies „nicht zufällig in räumlicher Nähe zur historischen Wannseekonferenz geplant worden sei“. Sie erläutert dabei nicht, wer diese Behauptung aufgestellt hat. In unserem Text steht das jedenfalls nicht. Es hilft nicht weiter, einer Recherche die innere Motivation einer Märchenerzählung zu unterstellen, wenn es doch darum geht, die äußere Wirkung der Recherche auf Millionen Menschen zu ergründen.

So greifbar wie hier war es bisher nicht.

Die Redaktion von *Correctiv* hat noch keine abschließende Antwort darauf, was so viele Menschen so unmittelbar dazu gebracht haben könnte, sich auf Demonstrationen und in Aufrufen gegen dieses Weltbild zu stemmen. Selbst im Ausland wurden die Versammlungen in vielen Medien überrascht aufgenommen und dann als starkes Zeichen für die Offenheit dieses Landes gesehen. Für uns zeigte das Treffen so klar wie nie zuvor, dass im Jahr 2023 tatsächlich ein einflussreicher Kreis bis in die Spitze der AfD hinein konkrete Pläne bespricht, wie man Menschen aus Deutschland treiben kann, und dass er dafür Geldgeber sucht.

Seite E 75 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.

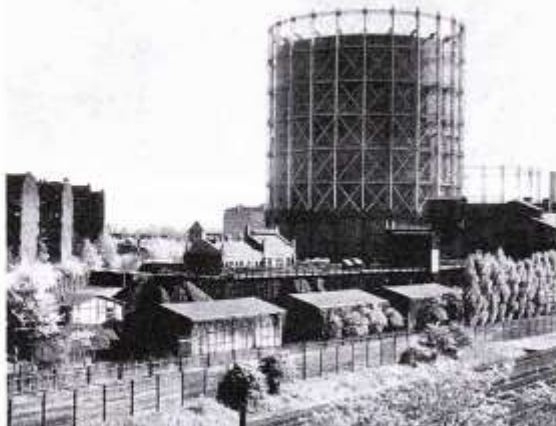
Was wir erfahren und recherchiert haben, haben wir aufgeschrieben. *Correctiv* hatte die Möglichkeit, sehr nah dran zu sein, weil die Redaktion rechtzeitig Hinweise auf das Treffen hatte. Und in dem Treffen kam tatsächlich vieles zusammen, was zuvor in Einzelteilen schon berichtet worden war. Aber so greifbar wie hier war es bisher nicht gewesen. Vielleicht haben es die Menschen genauso verstanden, die Dringlichkeit gesehen und sich entschieden, dagegen ein klares Zeichen zu setzen.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/demokratie-und-gesellschaft/artikel/befreiung-aus-der-schockstarre-7493/?utm_campaign=de_40_20240507&utm_medium=email&utm_source=newsletter



KW 45 2008 – KW 22 2024 Die Vollendung

Fünfzehn Jahre sind eine lange Zeit. Schaut man sich allerdings an, was in diesen vielen Kalenderwochen rund um den Schöneberger Gasometer entstanden ist, dann relativiert es sich ein wenig. Dennoch hätte die Vollendung des EUREF-Campus früher gefeiert werden können, wenn er nicht in Berlin entstanden wäre. Hier dauert eben alles ein wenig länger. Wer mit der Berliner Verwaltung zu tun haben muss, braucht Ausdauer und gute Nerven. Die ganze Geschichte ist bei paperpress.org nachzulesen. Wir haben seit der KW 45 2008 das Projekt durchgängig begleitet.



Quelle: Werner Lindner, „Die Ingenieurbauten in ihrer guten Gestaltung“, Berlin 1923, Wasmuth Verlag.

Am 1. Juni war es nun endlich so weit, denn mit der Eröffnung des Gebäudes im Gasometer ist der EUREF-Campus Berlin vollendet. Rund 400 Gäste versammelten sich im neuen Innenleben des Gasometers. Darunter viele, die dem Vorhaben sehr skeptisch gegenüberstanden, andere, die nie geglaubt haben, dass daraus etwas werden könnte, aber auch einige Optimisten, für die nie in Frage stand, dass an dieser Stelle, Mitten in Schöneberg, Mitten in Berlin, ein weltweit beachtetes und geschätztes Reallabor der Energiewende entstehen würde, mit rund 150 Unternehmen und über 7.000 Beschäftigten.

Den Autor dieses und aller anderen 485 Newsletter, die seit der KW 45 2008 erschienen sind, erfüllt es mit einer gewissen Genugtuung, dass er zu denen

gehörte, die an das Projekt von Anfang an geglaubt haben, allen Widerständen, zum Trotz.



Der Gasometer am 1. Juni 2024



Bei der Eröffnung am 1. Juni 2024: **Reinhard Müller** und sein langjähriger Freund und Unterstützer **Eckart John von Freyend**, Ehrenaufsichtsratsvorsitzender der EUREF-AG, der 1942 in Schöneberg zur Welt kam und länger als alle anderen den Gasometer kennt.

Als ich **Reinhard Müller** am 5. November 2008 das erste Mal bei der Präsentation seines Projektes im Rathaus Schöneberg erlebt habe, war ich überzeugt davon, dass hier kein Fantast oder Scharlatan am Werke ist, sondern ein Mann, der nicht wegen seiner Visionen zum Arzt gehen muss, sondern in der Lage ist, eine Vision aus der rosa Wolke heraus auf den Boden zu stellen.

Dass **Frank-Walter Steinmeier** und **Sigmar Gabriel** zu den Gästen der Veranstaltung gehörten, hat mich weniger beeindruckt als das, was Müller plante. Nicht jedes Detail konnte 1:1 umgesetzt werden, was keinem Bauvorhaben jemals gelungen ist. Was aber entstanden ist, deckt sich mit der Vision. Ich hatte zuvor von **Reinhard Müller** noch nie etwas gehört. Wikipedia teilte mit, dass er Architekt sei und 1999 die Stiftung Denkmalschutz gegründet habe,



die sich um die Sanierung des Brandenburger Tors und des Strandbades Wannsee gekümmert hat. Der EUREF-Campus ist allerdings ein paar Nummern größer.

Ich habe Müller in den letzten 15 Jahren aus nächster Nähe erlebt. Direkt in seinem Umfeld zu arbeiten, verlangt den Betroffenen vieles ab. Ständig hat er neue Ideen und schickt seine Leute in die Spur. Er fördert, aber fordert viel von denen, die „unter ihm“ tätig sind. Ich habe etliche kommen und gehen, aber viele auch bleiben gesehen.



Natürlich ist der Gasometer ein Müller-Denkmal für die Ewigkeit. Er vergisst aber nie, darauf hinzuweisen, dass die Realisierung des Campus vor allem eine Teamleistung war. Es ist sicherlich ungerecht den anderen gegenüber, aus dem großen Team einzelne Namen hervorzuheben, zwei müssen aber genannt werden, Chefarchitekt **Johannes Tücks** (links), der mit seinem Team die Gebäude kreierte, und Oberbauleiter **Heribert Günther**, der mit seinen Leuten die Gebäude errichtete. Mit beiden arbeitet Müller seit Jahrzehnten zusammen, ihr Anteil am Gelingen ist immens.

In der nächsten Woche sind wir mit **Reinhard Müller** zum finalen Interview über den EUREF-Campus Berlin verabredet. Mal hören, wie er die letzten 15 Jahre betrachtet.

Die Eröffnungsfeier fand im neuen Forum des Gasometers statt, dort, wo einst die WM-Kuppel aus dem Jahre 2006 stand, die nun im EUREF-Campus Düsseldorf zu neuem Leben erweckt wird. **Jörg Thadeusz** führte durchs Programm, der Regierende Bürgermeister **Kai Wegner** hielt in Anwesenheit seiner Vorgänger **Michael Müller**, **Klaus Wowereit** und **Franziska Giffey** ein Grußwort, dann talkten der Aufsichtsratsvorsitzende der EUREF-AG **Rüdiger Grube**, **Klaus Wowereit**, **Joschka Fischer** und die

Vorstandssprecherin der EUREF AG, **Karin Teichmann**, zum Thema „Vom Gas-Tank zum Think-Tank“, klimaneutral, versteht sich.



Der Künstler **Stephan Hann** präsentierte anschließend on the top des Gasometers eine Live-Performance unter dem Titel „Recycling Couture“. Kleider aus recycelten Materialien. EUREF-Vorständin **Sarah-Maria Ameler** stellte sich als Model zur Verfügung und präsentierte eine Jacke, gefertigt aus Fotonegativstreifen.



Herzstück des Gebäudes ist der große Saal, der durch seine Wandlungsfähigkeit besticht, Terrassenförmige Sitzreihen oder ebenerdiger Bankettsaal.



Nach Talk und Kultur bekamen die Gäste auch etwas zu essen, natürlich präsentiert vom Chef-Gastronom des Campus, **Thomas Kammeier & Friends**.

Der Regierende Bürgermeister **Kai Wegner** lobte, wie alle anderen Redner auch, **Reinhard Müller** für sein Werk. Müller ließ es über sich ergehen, wenn gleich er nicht gern großes Aufheben um sich macht. Als ich



Reinhard Müller einmal meine Bewunderung darüber zum Ausdruck brachte, wie es ihm gelingt, die vielen Fäden des Großprojektes zusammenzuhalten, entgegnete er trocken: „Das ist nichts anderes, als wenn Sie den **ROCKTREFF** organisieren.“



Müller überlässt das Reden und den ersten Platz in der Reihe immer häufiger der Vorstandssprecherin der EUREF AG, **Karin Teichmann**, auf dem Foto mit Wirtschaftssenatorin **Franziska Giffey**.

Reinhard Müller ist ein großer Kunstliebhaber, weiße Wände sind für ihn ein Gräuel. In den Gebäuden hängen große Gemälde berühmter Künstler und auf dem Areal stehen beeindruckende Skulpturen. Nicht nur wegen der gelungenen Architektur, sondern auch wegen der Kunstwerke lohnt sich ein Besuch auf dem EUREF-Campus, der dazu mit seinen zahlreichen Restaurants zum Verweilen einlädt, aber nur werktags zwischen 11:00 und 16:00 Uhr.



Im Eingangsbereich hängen drei große Werke mit Szenen aus Schöneberg des Künstlers **Jonas Hödicke**, Sohn des berühmten Malers **Karl Horst Hödicke**, der Anfang Februar verstorben ist.



Im wahrsten Sinne des Wortes ist das Highlight des Gasometers die Sky-Lounge, auf deren Terrasse man den einmaligen 360-Grad-Blick über Berlin genießen kann. Trotz schlechter Wetterprognose fand die Eröffnung bei strahlendem Sonnenschein statt.



Ein bisschen Aberglauben gehört dazu, die letzte Niete in einer Stahlkonstruktion ist aus Gold und normalerweise nicht sichtbar. Anders beim Gasometer.

Berührt man sie, ist man sich des künftigen Glücks sicher. Ein weiterer Grund für einen Besuch auf dem Campus. Mit der Eröffnung endet die Geschichtsschreibung nicht, hunderte neuer Gäste haben sich angesagt und ebenso viele Veranstaltungen sind geplant. Es geht also weiter.

Ed Koch

02) Der SPD ist nichts peinlich. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 625-29

25. Mai 2024

49. Jahrgang

Der SPD ist nichts peinlich



Nun sind **Nicola Böcker-Giannini** und **Martin Hikel** auch offiziell die neuen Landesvorsitzenden der SPD. Böcker-Giannini erhielt 67,56 Prozent der Parteitage delegierten Stimmen, Hikel 65,5 Prozent. Das ist immerhin ein Hauch besser als **Michael Müller** bei seiner Wiederwahl 2018 erhielt, nämlich 64,9 Prozent, es ist aber genauso peinlich, nicht so sehr für die Kandidaten als vielmehr für die Partei, die nichts begriffen hat und nichts begreift. Das soll ein Neuanfang sein, der Geschlossenheit demonstriert?

Besonders schlaue war es, dass die neuen Parteichefs kurz vor ihrer Wahl der **B.Z.** ein paar Wahrheiten aus ihrer Sicht erzählten. „Die Partei braucht einen vernünftigen Aufbau, weil wir inhaltlich ziemlich tot sind. Uns geht es darum, sie wiederzubeleben. Wir müssen unbequeme Diskussionen führen, die wir bisher gemieden haben.“ Hikel ergänzt: „Jetzt müssen die Senatsmitglieder der SPD liefern, sonst steht wieder das Thema Transferliste an.“ Bei aller angebrachten und notwendigen Kritik an der Berliner SPD, kann ich mich der Einschätzung der beiden nicht anschließen, dass die Partei „inhaltlich ziemlich tot“ sei. Ich hätte nach dieser Aussage die beiden auch nicht gewählt. Hikel und Böcker-Giannini sind innerparteilich schon erledigt, bevor sie richtig angefangen haben.

In **rbb24** wird der neue Parteichef wie folgt zitiert: „Hikel sieht ‚Übermaß an Selbstgefälligkeit‘. Er sagte, es müsse Schluss sein mit ‚innerparteilichen Beschimpfungen, Lästerereien und einem Übermaß an Selbstgefälligkeit‘. Die SPD müsse sich wieder auf das Wesentliche konzentrieren. ‚Denn es geht bei all dem, was wir hier machen, nicht nur um unsere SPD, es geht um diese Stadt, um unser Land, um die Menschen, für die wir Verantwortung tragen.‘ ‚Lasst uns in den kommenden Jahren solidarisch sein und

zusammenhalten. Schaffen wir das nicht, droht die Berliner SPD für lange Zeit ins Abseits zu geraten“, sagte die früher Sport-Staatssekretärin Böcker-Giannini am Samstag auf einem Parteitag. Fehlte nur noch die Ergänzung, „und lasst uns auferstehen von den Toten!“



Für die scheidenden Landesvorsitzenden **Raed Saleh** und **Franziska Giffey** gab es kleine Abschiedsgeschenke, ein Brandenburger Tor als Briefbeschwerer fürs Büro.



Den Altvorderen der Partei sieht man die Begeisterung an; v.l.n.r.: Bausenator **Christian Gaebler**, Ex-Parlamentspräsident **Ralf Wieland**, der frühere Regierende Bürgermeister und Parlamentspräsident **Walter Momper** und der ehemalige Parteichef und Bausenator **Peter Strieder**. Fotos: Andreas Dorfmann

Böcker-Giannini: „Wir beide haben richtig Lust, gemeinsam mit euch die SPD in die Zukunft zu führen.“ Hikel gab das Ziel für die nächsten Wahlen vor: „2026 soll das Rote Rathaus auch innen wieder rot werden“, sagte der Neuköllner Bürgermeister, „dafür kämpfen wir“. Quelle: Berliner Morgenpost

Wie sagte schon der Philosoph **Frank Lüdecke?** „Träumt weiter!“ **Ed Koch**

1



Wahlergebnis im Einzelnen:

Nicola Böcker-Giannini: 177 Stimmen (67,56 %)

Abgegebene Stimme: 262

Davon gültige Stimmen: 262

Martin Hikel: 171 Stimmen (65,52 %)

Abgegebene Stimme: 262

Davon gültige Stimmen: 261

Neben den beiden Landesvorsitzenden Nicola Böcker-Giannini und Martin Hikel gehören dem geschäftsführenden Landesvorstand der Berliner SPD vier stellvertretende Landesvorsitzende sowie der Landeskassierer an. Auf dem heutigen Landespartei-tag wurden gewählt:

Stellvertretende Landesvorsitzende:

Cansel Kızıltepe

Mathias Schulz

Sinem Taşan-Funke

Rona Tietje

Landeskassierer:

Fabian Fischer

03) Doppelspitze, ja aber



paperpress

seit 1976



Nr. 625-24

21. Mai 2024

49. Jahrgang

Doppelspitze, ja aber

„Showdown mit Saleh“ titelte heute Morgen der **Tagesspiegel** Newsletter **Checkpoint**. „Für die Berliner SPD hat eine schicksalsschwere Woche begonnen.“, heißt es weiter. Heute fand die Wahl des Fraktionsvorstands statt und am Samstag sollen die beiden neuen Landesvorsitzenden beim Parteitag offiziell bestätigt werden.

Im ersten Teil des Dramas wurde **Raed Saleh** heute Nachmittag mit 25 Stimmen wiedergewählt, sein Gegenkandidat **Matthias Kollatz** erhielt acht Stimmen. Der Parlamentarische Geschäftsführer **Torsten Schneider** hatte zwar eine Satzungsänderung mit Doppelspitze empfohlen, der auch mehrheitlich angenommen wurde, aber erst bei der nächsten Wahl in zwei Jahren gelten soll. Nur zehn Abgeordnete stimmten für eine Doppelspitze ab heute. *Quelle: rbb24*

In der Fraktion hat sich **Raed Saleh** als Allein-Chef durchgesetzt, mal wieder, wie seit 2011. Am Pfingstsonntag schrieb noch die **Berliner Zeitung**, „Jetzt wird's richtig eng für Raed Saleh“, in der Fraktion drohe ein Aufstand. Das Ergebnis ist alles andere als eng und einen Aufstand gab es auch nicht.

Dass Saleh seine Wahl nicht nur vorgezogen, sondern sich auch durchgesetzt hat, stößt auf Kritik. „Das ist genau der Stil, den viele Mitglieder dieser Partei nicht mehr wollen“, sagte der im Rennen um den Landesvorsitz unterlegene **Kian Niroomand** im Gespräch mit der **Berliner Zeitung** und schob nach: „Es ist natürlich Sache der Fraktion. Aber ich appelliere auch in Richtung der Fraktion: Das klare Votum aus der Partei für einen Neustart sollte auch dort nicht ignoriert werden.“ Der Appel verhallte, Saleh zeigte sich als beratungsresistent. Da half auch nicht der Hinweis des designierten Parteichefs **Martin Hikel**, „Ich würde eine Strukturveränderung in der Fraktion gut finden.“

Anstatt gleich eine Doppelspitze in der Fraktion zu installieren, wird jetzt erst einmal „eine Arbeitsgruppe zur verbesserten Erreichung der Geschlechterparität eingerichtet.“ In einem Jahr „könnten dann Vorschläge vorgelegt werden.“ Für Hikel ist das nicht mehr als eine Hinhaltenaktik. Der Tempelhof-Schöneberger Abgeordnete **Lars Rauchfuß** drückt das gegenüber der **Berliner Zeitung** schärfer aus: „Die Arbeitsgruppe hält er für eine Mischung aus ‚Publikumsverachtung und intellektueller Beleidigung‘“. Dem **Tagesspiegel** gegenüber sagte **Martin Hikel** auf die Frage, „Würde es Ihre Position als Landesvor-

sitzende und die SPD in der Koalition nicht schwächen, falls keiner von Ihnen in der Regierung sitzt?“ Hikel: „Die Partei gibt so oder so den Rahmen vor, in dem die Senatsmitglieder und Abgeordneten arbeiten.“ Wie heißt nochmal das neue Kabarettprogramm von **Frank Lüdecke**? „Träumt weiter!“

Zweifelsohne ist **Raed Saleh** ein kluger Kopf und großer Stratege. Sein Nachteil ist jedoch, nicht akzeptieren zu wollen, dass er weder in der Partei noch in der Bevölkerung mehrheitsfähig ist, um eines Tages Regierender Bürgermeister zu werden, was sein Traumziel bleibt. Er hat sich bei der Abstimmung gegen **Michael Müller** eine blutige Nase geholt und jetzt erneut bei einer Mitgliederbefragung. Der **Tagesspiegel** verspottet ihn als „Mister 15 Prozent!“

Seit 1951 hatte die SPD-Fraktion 14 Vorsitzende. Durchschnittliche Verweildauer in diesem Amt sind 5,4 Jahre, **Klaus Riebschläger** und **Alexander Longolius** waren es nur wenige Monate. Spitzenreiter sind der erste Vorsitzende **Franz Neumann** mit neun Jahren, **Alexander Voelker** mit 15 Jahren, **Michael Müller** mit zehn Jahren und **Raed Saleh** seit 13 Jahren. Politische Ämter sind „Macht“ auf Zeit. Irgendetwas muss daran so toll sein, dass man sie nicht abgeben kann. Das Schicksal der SPD wird letztlich aber nicht von ihren Vorsitzenden abhängen.

Die Partei-Doppelspitze **Nicola Böcker-Giannini** und **Martin Hikel**, die dem so genannten „rechten Lager“ zugerechnet werden, brauchen am Samstag ein deutliches Ergebnis als Zeichen, dass es die gesamte Partei mit dem Neuanfang ernst meint, auch der mehrheitlich „links gestrickte“ Parteitag. Schon bei anderen Mitgliederbefragungen hat sich gezeigt, dass sich Basis und Delegierte nicht auf derselben Wellenlänge befinden. So wäre ohne Mitgliedervotum **Michael Müller** niemals Regierender Bürgermeister geworden, die Delegierten hätten sich vermutlich für **Jan Stöß** ausgesprochen, aber nicht für **Raed Saleh**. Fraktion und Parteitag sind nicht kompatibel, und beide nicht mit der Basis. Das ist wahrlich eine schwierige Ausgangslage.

Elmar Schütze geht in der **Berliner Zeitung** der Frage nach, „...was bedeutet in der Berliner SPD ‚zusammen‘?“ Nach dem Erfolg bei der Mitgliederbefragung feierten Hikel und Böcker-Giannini im „Vereinsheim eines Fußballclubs in Gesundbrunnen“, berichtet die **Berliner Zeitung**. Eingeladen waren auch alle 34 Mitglieder der Abgeordnetenhausfraktion. „Gekommen sind etwa ein halbes Dutzend.“, berichtet die **Berliner Zeitung**. Das ist kein gutes Zeichen.

1

04) Strömungen. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 625-26

23. Mai 2024

49. Jahrgang

Strömungen

Eigentlich könnten wir diesen Artikel auch „Die Große Illusion 2. Teil“ nennen. Diesmal geht es nicht um die Illusion, dass wir ohne verteidigungsfähige Armee im Ernstfall nicht überleben könnten, sondern um die irri-ge Illusion, dass die Berliner SPD zu einer Gemein-samkeit findet. Schon vor der Wiederwahl von **Raed Saleh** wurde angekündigt, dass sich eine Strömung in der Fraktion gründen werde. Nachdem die Doppel-spitze auf 2026 verschoben wurde, haben jene acht Abgeordneten, die nicht für Saleh, sondern für **Matthias Kollatz** stimmten, eine Fraktion in der Fraktion gegründet.

In einem Schreiben an die „Lieben Genossinnen und Genossen“ der Fraktion, das zeitgleich auch die Me-dien erhielten, heißt es:

„Als Ergebnis der gestrigen Sitzung und der zurück-liegenden Wochen möchten wir einen grundlegenden Blick auf die Zukunft unserer Fraktionsarbeit werfen und über die anstehende Gründung einer Strömung informieren.“

*Unser Name ‚links und frei‘ ist inspiriert von der Au-tobiografie **Willy Brandts**, aber auch ein program-matischer Hinweis. Die Strömung versteht sich als links, frei und sozial-ökologisch. Wir möchten über weitere Schritte gemeinsam beraten. Herzlich einge-laden sind Mitglieder der Fraktion, die mit uns ge-meinsam die Regierungs- und Fraktionsarbeit kri-tisch konstruktiv begleiten möchten, Meinungsviel-falt als einen Mehrwert für politische Diskurse ver-standen und den Anspruch teilen, dass die Glaubhaf-tigkeit unseres Handelns von der Partei, ihren Statu-ten und Beschlüssen getragen wird.“*

Ander als der **Tagesspiegel Checkpoint** berichtet, endet das Schreiben nicht mit „Liebe Grüße von...“, sondern mit „solidarischen Grüßen“, **Matthias Kol-latz, Maja Lasić, Tamara Lüdke, Martin Matz, Wiebke Neumann, Lars Rauchfuß, Mathias Schulz, Linda Vierecke**.

Die Strömung trifft sich heute Abend zu ihrer ersten Sitzung im Abgeordnetenhaus. Ob mehr als die acht Unterzeichner teilnehmen werden, wird sich zeigen.

Erinnern Sie sich noch an den „Offenen Brief“ vom 8. November 2017, in dem **Rad Saleh** heftig kritisiert wurde. Wir haben Ihnen diesen als Anhang beige-fügt. Damals unterzeichneten ihn 14 Abgeordnete. Wenn wir uns nicht vertan haben, sind zehn der Un-terzeichner heute nicht mehr Mitglieder des Abge-

ordnetenhauses, aus unterschiedlichen Gründen, teils gingen sie freiwillig, teils wurde ein wenig, auf zulässigem demokratischen Wege, nachgeholfen. Noch dabei sind **Maja Lasić**, die auch den neuen Brief unterschrieben hat und als Kandidatin für den Vorsitz in einer Doppelspitze gilt, **Ina Czyborra**, heute Senatorin für Wissenschaft, Gesundheit und Pflege, **Tino Schopf**, war von 2021 bis 2023 Staats-sekretär in der Berliner Senatsverwaltung für Wirt-schaft, Energie und Betriebe, und **Melanie Kühne-mann-Grunow**, heute stellvertretende Fraktions-vorsitzende.

Es gibt offenbar zwei Möglichkeiten, wenn man **Raed Saleh** kritisiert, entweder geht die politische Karri-ere bald zu Ende, oder es steht eine Beförderung ins Haus.

Heute sollten wir aber den Geburtstag unseres Grundgesetzes feiern. Wenn Sie Zeit haben, schauen Sie ab 11:45 Uhr auf Phoenix dem Staatsakt zu. Vom 24. bis zum 26. Mai 2024 wird in Berlin das Grund-gesetz und damit die Gründung der Bundesrepublik Deutschland gefeiert.

Auch interessant, ab 15:00 Uhr bei Phoenix eine Dis-kussionsrunde der Spitzenkandidaten für die Wahl zum Europäischen Parlament am 9. Juni.

Ed Koch

05) Größter Vorsitzender aller Zeiten. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 625-20

18. Mai 2024

49. Jahrgang

Größter Vorsitzender aller Zeiten

Neukölln ist etwas ganz Besonderes, zum Glück aber nicht, wie einst von Bürgermeister **Heinz Buschkowsky** behauptet, überall. Aus der Bezirksbürgermeisterin **Franziska Giffey** wurde die Bundesjugendministerin, Regierende Bürgermeisterin und aktuell Wirtschaftssenatorin. Ihr Nachfolger **Martin Hikel** wird nun SPD-Vorsitzender in Berlin, und wer weiß, wie es auf der Karriereleiter weiter geht.



Foto: Johannes Jost



Apropos Leiter. Es war eine schlaue Idee von Fotograf **Johannes Jost**, die künftige Co-Vorsitzende **Nicola Böcker-Giannini** auf eine Leiter zu stellen, um den Höhenunterschied zum 189 Zentimeter großen **Martin Hikel** zu kaschieren. Der Abstand zu den beiden Konkurrenten **Jana Bertels** und **Kian Niroomand** beträgt 1.564 Stimmen bzw. 16,9

Prozent. Das ist ein deutliches Ergebnis.

Am 25. Mai findet ein Landesparteitag statt, auf dem die neuen Vorsitzenden formell gewählt werden müssen. Interessant dürfte das Ergebnis sein, denn, soweit wir wissen, können nicht beide, wie bei der Mitgliederbefragung, im Paket gewählt werden, sondern jede/r einzeln. Das Ergebnis dürfte Aufschluss darüber geben, wie geschlossen der mehrheitlich links gestrickte Landesparteitag hinter den neuen Chef steht.

Der Parteitag beginnt mit der Begrüßung durch die Berliner EU-Spitzenkandidatin **Gaby Bischoff** und einem Grußwortes des Spitzenkandidaten der

Sozialdemokratischen Partei Europas (SPE) für die Europawahl, **Nicolas Schmit**. Der Luxemburger Schmit, seit 2019 Mitglied der EU-Kommission, tritt gegen seine Präsidentin **Ursula von der Leyen** an, Spitzenkandidatin der Europäischen Volkspartei (EVP), zu der auch CDU und CSU gehören und dessen Fraktionsvorsitzender der Niederbayer **Manfred Weber** ist. 2019 war Weber Spitzenkandidat, gewann zwar die Wahl, aber der französische Präsident **Emmanuel Macron** zog die Blondine aus Niedersachsen dem Mann aus Bayern vor, und setzte sich damit durch. Das Parlament schäumte, ließ es aber mit sich geschehen.



Auch ein netter Versuch, die beiden neuen Parteichefs auf Augenhöhe zu bringen. Fotos: Andreas Dorfmann

Nach den Grußworten sprechen die scheidenden Vorsitzenden **Raed Saleh** und **Franziska Giffey**. Bisher sind die Ex-Vorsitzenden mit lustigen Geschenken bedacht worden. Als **Jan Stöß** 2016 den Vorsitz an seinen Vorgänger **Michael Müller** abgeben musste, gegen den er 2013 gewann, bekam er einen Lastenanhänger für sein Fahrrad geschenkt. Welche Botschaft mag da dringesteckt haben.

Wenn alle Reden gehalten sind, haben die Parteitagsdelegierten am 25. Mai viel zu wählen. Die beiden Vorsitzenden, vier Stellvertreter, einen Landeskassierer und zwischen acht und zwölf Beisitzer. Die Zusammensetzung des Vorstands wird die eigentlich spannende Frage sein, wieviel rechts, wie viel links und wie viele dazwischen.

„Wir streben einen ‚inhaltlichen, kulturellen und personellen‘ Neustart der SPD an, sagte **Nicola Böcker-Giannini** heute für das Gewinnerteam. Inhaltlich gehe es nun darum, die Realitäten der Stadt



abzubilden. Die SPD müsse ihre Standpunkte an die breite Mitte der Gesellschaft adressieren. Dann habe man eine reale Chance, die SPD aus dem historischen Umfragetief zu führen." *Berliner Morgenpost*

„Es sei ein ‚starkes Mitgliedervotum‘, sagte Martin Hikel. ‚Dieses Ergebnis muss sich bei allen künftigen Entscheidungen widerspiegeln, sowohl bei personellen als auch inhaltlichen.‘ Das Ergebnis müsse nun in praktische Politik münden. Es brauche ein gemeinsames Angebot, das von allen in der Partei getragen werde – auch von jenen, die sich bei der Abstimmung anders entschieden haben, sagte Hikel.“ *Tagesspiegel*

„Im Anschluss an die Verkündung der Abstimmungsergebnisse waren sich die Politiker einig, man müsse nun zusammenarbeiten. Niroomand und Giffey sagten, das Zeichen der Erneuerung sollte sich auch bei der Abstimmung am Dienstag bemerkbar machen. Dann wählt die SPD einen neuen Fraktionsvorsitz. Niroomand fügte hinzu: ‚Das klare Votum in der Partei für einen Neustart darf nicht ignoriert werden.‘ Bisher war Saleh stets alleiniger Fraktionschef. Bei der Sitzung am Dienstag wollen sich Kritiker jedoch dafür starkmachen, dass die Satzung Richtung Doppelspitze bestehend aus einem Mann und einer Frau geändert wird.“ *Berliner Zeitung*

„Hikel und Böcker-Giannini werden innerhalb der SPD dem konservativ-pragmatischen Parteiflügel zugerechnet, während Niroomand und Bertels als Parteilinke gelten. Inwieweit mit der Entscheidung über die neuen Vorsitzenden auch eine inhaltliche Neuausrichtung verbunden ist, wird sich frühestens auf dem Parteitag in einer Woche entscheiden. Neben der Doppelspitze werden auch die anderen Ämter im Landesvorstand neu besetzt.“ *rbb24*

Martin Hikel (*30. April 1986 in Friedrichshain). Er ist seit dem 21. März 2018 Bezirksbürgermeister von Neukölln. Zuvor war er von 2016 bis 2018 SPD-Fraktionsvorsitzender in der Bezirksverordnetenversammlung von Neukölln. 2005 Abitur an der Albert-Einstein-Oberschule in Britz (Bezirk Neukölln), anschließend Zivildienst in einem Wohnheim für geistig behinderte Menschen. 2006 begann Hikel an der Freien Universität Berlin ein Studium der Politikwissenschaften und der Mathematik auf Lehramt, das er 2013 mit dem akademischen Grad Master of Education abschloss.

Nach einer Tätigkeit als pädagogischer Mitarbeiter im Anton-Schmaus-Haus, einer Kinder- und Jugendeinrichtung der SJD – Die Falken in Britz, absolvierte Hikel von 2014 bis 2016 ein Lehramtsreferendariat an einer Berliner Schule. Anschließend war er bis zu seiner Wahl zum Bezirksbürgermeister im März 2018 Politik- und Mathematiklehrer an der John-F.-Kennedy-Schule in Berlin-Zehlendorf.

Hikel trat 2005 in die SPD ein und ist seit 2008 Mitglied des geschäftsführenden Vorstands der SPD-Abteilung Rudow. Zwischen 2009 und 2013 war er Vorsitzender des Jungsozialisten-Kreisverbands Neukölln. Bei den Berliner Wahlen 2011 wurde Hikel in die Bezirksverordnetenversammlung von Berlin-Neukölln gewählt, wo er Mitglied in den Ausschüssen Verkehr und Tiefbau, Verwaltung und Gleichstellung sowie Jugendhilfe wurde.

2016 wählte ihn die SPD-Fraktion der Bezirksverordnetenversammlung zum neuen Fraktionsvorsitzenden. Bei den Berliner Wahlen 2016 kandidierte Hikel im Wahlkreis Neukölln 7 auch für das Abgeordnetenhaus von Berlin, verpasste jedoch den Einzug. Nachdem die bisherige Bezirksbürgermeisterin **Franziska Giffey** als neue Bundesfamilienministerin in die Bundesregierung gewechselt war, schlug die SPD-Fraktion Hikel am 16. März 2018 offiziell als Nachfolger vor.

Am 21. März 2018 wählte ihn die Bezirksverordnetenversammlung von Berlin-Neukölln mit den Stimmen der SPD und von Bündnis 90/Die Grünen mit breiter Mehrheit zum neuen Bezirksbürgermeister. Er war bei seinem Amtsantritt der jüngste Bürgermeister in Berlin. *Quelle: Wikipedia*

Nicola Böcker-Giannini (*1975 in Ratingen) studierte Sportwissenschaften und promovierte an der Universität zu Köln im Fach Heilpädagogik und Rehabilitationswissenschaften. Sie arbeitet als selbstständige Bildungsberaterin.

1998 trat Böcker-Giannini der SPD bei. Im Folgejahr wurde sie Vorsitzende der Jusos in Hürth. Nach ihrem Umzug nach Berlin war sie von 2011 bis 2016 Mitglied der Bezirksverordnetenversammlung von Neukölln. Bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin 2016 kandidierte sie zunächst erfolglos für das Direktmandat im Wahlkreis Neukölln 1. Sie erreichte 22,2 % der Stimmen und unterlag **Anja Kofbinger** von Bündnis 90/Die Grünen.

Nach dem Mandatsverzicht von **Karin Korte** infolge ihrer Wahl in das Neuköllner Bezirksamt rückte Böcker-Giannini am 6. März 2018 über die Bezirksliste ins Parlament nach. Bei der Wahl zum Abgeordnetenhaus von Berlin 2021 bewarb sich Böcker-Giannini vergeblich um das Direktmandat im Wahlkreis Reinickendorf 3. Auch über die Bezirksliste der SPD Reinickendorf verfehlte sie den Wiedereinzug und schied am 4. November 2021 aus dem Abgeordnetenhaus aus.

Im Dezember 2021 wurde sie zur Staatssekretärin für Sport in der Berliner Senatsverwaltung für Inneres, Digitalisierung und Sport ernannt. Am 17. Oktober 2023 wurde sie in den einstweiligen Ruhestand versetzt. Ihr folgte **Franziska Becker** nach. *Quelle: Wikipedia*

Zusammenstellung und Kommentierung: Ed Koch

06) Jetzt geht's los!!! Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 625-19

18. Mai 2024

49. Jahrgang

Jetzt geht's los!!!

Am 18. April gaben wir eine Prognose über die Mitgliederbefragung der SPD ab: „1. Wahlgang: Bestplatzierte **Jana Bertels** und **Kian Niroomand**, **Nicola Böcker-Giannini** und **Martin Hikel**. **Luise Lehmann** und **Raed Saleh** scheiden aus. Stichwahl: Sieger: **Nicola Böcker-Giannini** und **Martin Hikel**." Genauso ist es gekommen. Das Ergebnis: Bertels/Niroomand: 3.844 Stimmen (41,55%) - Böcker-Giannini/Hikel: 5.408 Stimmen (58,45%). Wahlbeteiligung: 52,46%. Knapp der Hälfte der SPD-Mitglieder ist es also egal, wer den Vorsitz hat.

Für diejenigen, die einigermaßen die Berliner SPD kennen, bedurfte unsere Prognose keiner besonderen hellseherischen Fähigkeit. Jetzt geht's also wieder mal los in der SPD. Wir erinnern uns an diesen berühmten Satz von **Rudolf Scharping**: „Am 13. Juni 1993 lässt die SPD, als erste Partei in Deutschland, ihren Vorsitzenden durch eine Mitgliederbefragung wählen. Neuer SPD-Chef wird **Rudolf Scharping**. Er bekommt mehr Stimmen als seine Konkurrenten **Gerhard Schröder** und **Heidemarie Wieczorek-Zeul**." Wie die Sache weiter- und letztlich ausging, wissen wir.

Ausgerechnet das SPD-Urgestein **Hans-Georg Lorenz** hat sich an der Abstimmung im zweiten Wahlgang nicht beteiligt. Kurz vor der Auszählung der Stimmen begründete er den Genossinnen und Genossen seine Verweigerung.

„85 Prozent derjenigen von Euch, die an der ersten Wahl für ein Führungsduo der Berliner SPD teilnahmen, haben deutlich gemacht, dass das Duo Saleh/Lehmann die Berliner SPD nicht führen soll. Damit ist dasjenige Duo aus dem Wettbewerb ausgeschieden, das eine eigenständige sozialdemokratische Position vertreten hat und eine gewisse Garantie bot, diese auch zu verwirklichen. **Raed Saleh** hat bewiesen, dass er sozialdemokratische Politik betreibt und Fehler der SPD aus früheren Zeiten korrigieren kann, Lehmann hat deutlich gezeigt, dass ihr die Emanzipation Benachteiligter eine tief empfundene Aufgabe ist. Hinter solchen Menschen also stehen 15 Prozent der SPD-Mitglieder!

Die restlichen 85 Prozent Genossinnen und Genossen wollen entweder eine an den Zielen der Grünen orientierte Politik oder wünschen sich eine ‚sozialere und vor allem bessere‘ CDU-Politik. (War das nicht der Slogan der CDU in den letzten Wahlen: Alles gleich, nur besser?) Beide Positionen laufen auf eine

Politik der ‚Mitte‘ hinaus, sind also im Kern bürgerlich. Die Grünen bekennen ihre bürgerliche Position täglich und deutlich. Die Berliner CDU gibt sich in Berlin – durch Teile ihrer Mitgliedschaft gezwungen – proletarisch-volksnah, hat aber – natürlich – keinen Sinn für emanzipatorische Politik und entgleitet leicht in populistische Positionen. Ja, auch ich hatte Zweifel, dass Saleh/Lehmann ihr sozialdemokratisches Profil offensiver darstellen würden als bisher. Sozialdemokratische Positionen durchzusetzen, wenn sie von der ‚Mitte der Gesellschaft‘ nicht akzeptiert werden, ist schwer. Aber die Chance emanzipatorische Politik bekennend zu vertreten, bestand nur bei diesem Duo.

Mir ist angesichts dieser Situation gleichgültig, welches der beiden Duos das Rennen macht. Wenn Bertels/Niroomand gewinnen, wird es mit der SPD schneller bergab gehen als mit Hikel/Böcker-Giannini. Sozialdemokratische Politik können beide Duos nicht, weder theoretisch noch rhetorisch noch praktisch.

Was Hikel in Neukölln macht, ist solides politisches Handwerk. Und auch seine Partnerin beherrscht dieses Metier. Aber, das kann jeder gute CDU-Politiker auch – wobei die Berliner SPD das Glück und die Stadt das Pech hat, dass es die in der Berliner CDU nicht mehr gibt. Bertels/Niroomand sind ohnehin politische Dilettanten.

Angesichts der in der Abstimmung deutlich gewordenen Mehrheiten macht es keinen Sinn, sich einzubilden, eine - zugegeben traditionelle - sozialdemokratische Emanzipationspolitik erfolgreich vertreten zu können. Der Kampf der SPD spielt sich im bürgerlichen Milieu ab – und ist deshalb auch keine Auseinandersetzung zwischen ‚links‘ und ‚rechts‘. Es geht eben nicht um Positionen in der Gesellschaftspolitik, sondern um die digitale Zukunft und den Klimawandel – und die Interessen derjenigen, die nicht der Schicht des Geld- und Bildungsbürgertums angehören, spielen dabei eine Nebenrolle.

Die SPD hat Vorsorge getroffen, dass sich daran auch bei ihr nichts ändert: Ich war mehr als 50 Jahre ununterbrochen Landesparteitagsdelegierter. Ich habe erlebt, wie Parteitage durch die Diskussion ‚gedreht‘ wurden. Das wird unter dem Zeichen der ‚Demokratisierung‘ nicht mehr zugelassen: Gedanken und Positionen, die nicht in zwei Minuten erschöpfend dargestellt werden können, werden ausgesperrt – eine tiefe Verbeugung an die detailverliebten Geisteszwerg mit ihren meist persönlich geprägten Problemchen. Und natürlich ist die Unmöglichkeit,

1



grundsätzliche gesellschaftliche Probleme zu erörtern, bezwecktes Hauptprodukt.

Das schadet der Heftigkeit der Auseinandersetzungen nicht: „Erst wenn es um unbedeutenden Kleinkram geht, werden Auseinandersetzungen wirklich bitter.“ (Kissinger). Ich lasse mir auch angesichts dieser Hoffnungslosigkeit dennoch nicht nehmen, wengleich unbedeutende Versuche zu unternehmen, der Partei sozialdemokratische Positionen zu offerieren, damit sie zu ihrer Stärke zurückfindet.“

Einleitend stand in der Mail von H.-G. Lorenz an mich: „Lieber Ed, ein Artikel, der Dir vielleicht nicht gefällt!“ Doch, er gefällt mir. Das, was ich über die Kandidaten im zweiten Wahlgang wusste, und über das Siegerpaar weiß, löst bei mir keine Begeisterung aus. Das neue Vorsitzendenpaar wird es bei den überwiegend links gestrickten Parteitagsdelegierten allerdings sehr schwer haben, ihre Projekte durchzusetzen.

Ob **Raed Saleh** der richtige Vorsitzende ist und wäre, glaube ich nicht. Inhaltlich trifft alles zu, was Lorenz über Saleh schreibt. Das ist aber nur die eine Seite der Medaille. Sehr lange, und das ist die andere Seite, habe ich seine innerparteilichen Trickereien beobachtet und mich immer wieder darüber aufregen müssen, wie er mit Parteifreunden umgeht, die nicht auf seiner Linie sind. Außerdem ist Saleh, das muss auch Lorenz nach mehreren Niederlagen zur Kenntnis nehmen, nicht mehrheitsfähig, nicht in der Partei und erst recht nicht bei den Wählerinnen und Wählern. Den prozentualen Absturz der SPD in Berlin seit 2011 hat auch Saleh in vorderster Linie zu verantworten. Wowerit, Müller und Giffey haben ihre Konsequenzen gezogen. Saleh ist dazu nicht, noch nicht bereit, ganz im Gegenteil.

Die **Berliner Morgenpost** berichtete, dass sich Saleh bereits am kommenden Dienstag, dem 21. Mai, im Amt des Fraktionsvorsitzenden bestätigen lassen will. Ursprünglich war das im Juni geplant, also nach dem Landesparteitag am 25. Mai, auf dem das neue Vorsitzenden-Duo offiziell gewählt werden soll. „Nicola Böcker-Giannini und Martin Hikel kritisieren das Vorgehen offen.“, berichtet der **Tagesspiegel**. „Es stelle sich die Frage, ob der Zeitpunkt für die Wahl so klug ist“, erklärten beide.

„Darüber hinaus machten Böcker-Giannini und Hikel deutlich, dass eine Wiederwahl zum Fraktionschef nur dann erfolgen sollte, wenn Saleh künftig eine Partnerin zur Seite gestellt wird. „Es ist kein Geheimnis, dass wir – nicht zuletzt aus

gleichstellungspolitischen Gründen – eine Doppelspitze auch für die Fraktion richtig finden. Ob die Fraktion das auch so sieht, müssen die Fraktionsmitglieder entscheiden.“

„Nach Tagesspiegel-Informationen ist die Einführung einer Doppelspitze zumindest zunächst nicht geplant.“ Unabhängig davon, wer die Fraktion demnächst anführen wird, vertritt der Autor dieses Beitrages seine mehrfach an dieser Stelle geäußerte „Highlander-Formel“: „Es kann nur eine(n) geben!“ Oft bin ich es leid, bei Pressemitteilungen der Parteien, die über eine Doppelspitze verfügen, immer die Ansichten beider Vorsitzender lesen zu müssen. Das fand ich schon bei Saleh/Giffey anstrengend. Warum Saleh die Wahl des Fraktionsvorsitzenden vorziehen will, bleibt wohl sein Geheimnis. Klug ist es wirklich nicht, weil selbst bei „vielen Mitgliedern des linken Parteiflügels ... Saleh mittlerweile jeden Rückhalt verloren“ hat, weiß der **Tagesspiegel** zu berichten.

Die **Berliner Morgenpost** meldet heute: „In der Sitzung des erweiterten Fraktionsvorstandes am Dienstag wurde von der Lichtenberger Kreisvorsitzenden **Tamara Lüdke** ein Antrag eingereicht, der mit sofortiger Wirkung eine Satzungsänderung in Richtung Doppelspitze bedeutet hätte. Doch einzig die Antragstellerin selbst stimmte demnach für ihren Antrag.“

Das beste Mittel, um ein unliebsames Thema abzuräumen, ist die alte Formel, „wenn niemand mehr weiterweiß, gründen wir einen Arbeitskreis.“ Und so hat der Fraktionsvorstand „einstimmig entschieden, eine Arbeitsgruppe einzusetzen, die sich um das Thema Parität kümmern soll. Bis Sommer 2025 sollen Vorschläge erarbeitet werden, wie mehr Geschlechtergleichheit innerhalb der Fraktion hergestellt werden kann.“ So etwas nennt man in Fachkreisen eine Beisetzung erster Klasse.

Saleh hat die Mehrheit der Fraktion hinter sich und wird mit ziemlicher Sicherheit wieder zum alleinigen Chef gewählt. Bei der grundsätzlichen Frage, wer der richtige Parteichef oder die richtige Parteichefin oder der oder die richtige Fraktionsvorsitzende sein sollte, fielen mir schon ein paar Namen ein. Diejenigen, die ich meine, kennen ihr Potenzial. Was noch fehlt, ist das nötige Selbstvertrauen, oder, um es in meinen Worten zu sagen, den entsprechend großen Arsch in der Hose.

Ed Koch

07) Holz, Ziegel, Lehm



paperpress

seit 1976

Nr. 625-18

18. Mai 2024

49. Jahrgang



Holz, Ziegel, Lehm

Am 15. Mai 2024 erhielt das kommunale Wohnungsbaunternehmen **STADT UND LAND** den Klimaschutzpartner-Preis „Projekte öffentlicher Einrichtungen“ für ihr nachhaltiges „Holz Ziegel Lehm-Pilotprojekt Nachhaltiger Geschosswohnungsbau Berlin“.



v.l.n.r.: Frank Hadamczik (STADT UND LAND, Leiter Unternehmenskommunikation), Jan Schreiber (ZRS), Alexander Stolzenberg (STADT UND LAND, Bereichsleiter Technik) und Britta Behrendt, Staatssekretärin für Klimaschutz und Umwelt in der Senatsverwaltung für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt. Foto: Ines Hasenau-IRK

Die Preisverleihung fand im Rahmen der Berliner Energietage statt und wurde von den Klimaschutzpartnern Berlin, einem Bündnis aus neun Kammern und Verbänden, verliehen.

Das Projekt „Holz, Ziegel, Lehm“, das die STADT UND LAND Wohnbauten-Gesellschaft mbH seit 2022 in Alt-Britz realisiert, zählt zu den innovativsten Bauvorhaben des städtischen Wohnungsbaunternehmens. Gemeinsam mit dem Generalplanungsteam von ZRS-Architekten und Bruno Fioretti Marquez errichtet die STADT UND LAND zwei Gebäude, deren Ausrichtungen, Grundrisse, Gestalt und Geschossigkeit gleich sind – einmal in Ziegel-Holzbauweise und einmal als Holz-Lehm-Bau. Fotos Projektbilder: Arge ZRS Architekten GvA mbH und Bruno Fioretti Marquez GmbH



Die verschiedenen Bauweisen Holz-Lehm- und monolithische Ziegel-Bauweise sollen unter Reallabor-Bedingungen verglichen werden. Ziel ist es, die CO₂-

Emissionen, um mindestens 50 Prozent durch den Einsatz nachwachsender Rohstoffe in der Gebäudehülle zu reduzieren und die ökologische Bilanz der beiden Bauweisen untereinander, aber auch mit der herkömmlichen Standardbauweise in der Nachbarschaft vergleichen zu können.



Staatssekretärin **Britta Behrendt**: „Das Preisträgerprojekt unterstützt in vorbildhafter Weise den von Berlin beschrittenen Weg zur Klimaneutralität, Ressourcenschonung und Kreislaufwirtschaft. Es zeigt, dass sich die Berliner Landeswohnbaugesellschaften nicht nur ihrer sozialen Verantwortung bewusst, sondern auch gewillt sind, ihren Beitrag zum Klimaschutz und Umweltschutz zu leisten. So gehen sie als Vorreiter im klimagerechten und nachhaltigen Bauen voran. Und ganz nebenbei unterstützen sie die zukunftsfähige Ausbildung künftiger Architekten an den Hochschulen.“

Ingo Malter, Geschäftsführer der STADT UND LAND: „Angesichts immer knapper werdender Ressourcen wollen wir mit dem Vorhaben Antworten finden: Welche materiellen Ressourcen führen zu einer weiteren signifikanten CO₂-Einsparung? Wieviel CO₂ kann durch die Verwendung von ökologischen Baustoffen wie Holz, Zellulose und Recycling-Material im Vergleich zu konventionellen Materialien eingespart werden? Kann ein ökologisch vorteilhafter Geschosswohnungsbau auch wirtschaftlich konkurrenzfähig sein? Lohnen sich höhere Baukosten langfristig gesehen ökologisch wie wirtschaftlich? Wir freuen uns deshalb sehr, dass die Anstrengungen und Aktivitäten der STADT UND LAND erneut mit dem Klimaschutzpreis ausgezeichnet wurden.“

Die beiden Gebäude fügen sich städtebaulich in die Umgebung ein. Sie verfügen über 36 Mietwohnun-



gen, 18 davon sind barrierefrei und sechs werden für die Vermietung an Inhaber eines Wohnberechtigungsscheins gefördert. Baustart war im September 2023, mit dem Hochbau wurde Anfang des Jahres 2024 begonnen. Das hintere Haus auf dem Grundstück wird klassisch gemauert, während das vordere Haus als Holzbau errichtet und in großen Teilen in der Werkstatt vorgefertigt wird. Anschließend werden die Holzelemente auf die Baustelle geliefert und vor Ort zusammengesetzt. Derzeit geht das kommunale Wohnungsbaunehmen von einer Fertigstellung des Bauvorhabens voraussichtlich im Verlauf des 2. Quartals 2025 aus.

Unterstützt wird das Projekt durch die Berliner Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher- und Klimaschutz und durch die Deutsche Bundesstiftung Umwelt. **Prof. Elisabeth Endres** vom Institut für Bauklimatik und Energie der Architektur an der TU Braunschweig, **Prof. Eike Roswag-Klinge** vom Natural Building Lab der TU Berlin und **Prof. Piero Bruno** vom Institut Wohnen und Entwerfen der Universität Stuttgart begleiten das Forschungsprojekt wissenschaftlich. Sie beobachten, messen, bewerten und vergleichen die Gebäude bei ihrer Errichtung und ihrem anschließenden Betrieb.

Quelle: Unikat PR GmbH



Renderings: baillinger fehling architekten

Am südlichen Stadtrand Berlins, im Bezirk Neukölln, entsteht auf den ehemaligen Buckower Feldern ein attraktives, lebendiges Stadtquartier mit rund 900 Wohnungen, einem Ärztehaus, einer Kita und Jugendfreizeiteinrichtung sowie einer Mobilitätsstation. Die ersten 270 Wohnungen werden voraussichtlich vom 01.07.2024 bis zum 01.10.2024 bezugsfertig. STADT UND LAND bewirbt diese Wohnungen mit einer Anzeige im **Tagesspiegel**.

https://stadtundland.de/buckowerfelder?mtm_campaign=tagesspiegelbuckowerfelder



08) Besuch aus Israel. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 625-17

17. Mai 2024

49. Jahrgang

Besuch aus Israel

Die nordisraelische Stadt Nahariya, nach der eine Straße und eine Grundschule in Lichtenrade benannt sind, gehört zu den Partnergemeinden des Bezirks Tempelhof-Schöneberg. Sie liegt unweit der libanesischen Grenze und ist zum Glück bislang vom Krieg verschont geblieben. Im Gegensatz zu anderen nordisraelischen Städten wurde Nahariya nicht evakuiert.

Derzeit sind mehr als 200 Jugendliche aus den Partnerkommunen zu Gast im Bezirk. Was alle bei diesem Besuch verbindet, ist der Fußball. „Freundschaft durch Fußball!“ – ist deshalb das Motto des internationalen Jugendturniers, zu dem Bezirksbürgermeister **Jörn Oltmann** Teams aus den 14 Partnerstädten des Bezirks Tempelhof-Schöneberg eingeladen hat. Der erste Anpfiff ertönt am Samstag um 10:00 Uhr auf dem Dominicus-Sportplatz am Priesterweg. Bis 16:45 Uhr finden am Samstag die Gruppen- und am Pfingstsonntag die Finalsplele statt.

Bezirksbürgermeister **Jörn Oltmann**: „Zum ersten Mal haben wir Jugendliche aus allen unseren Partnerstädten zu einem großen Turnier eingeladen. Jede Partnerstadt war eingeladen, mit jeweils einem Mädchen- und einem Jungenteam anzutreten. Wir wollen die gemeinsamen Tage aber auch nutzen, um miteinander ins Gespräch zu kommen, uns kennenzulernen, neue Freundschaften zu schließen und bestehende zu vertiefen.“

Aus zwölf der 14 Partnergemeinden kommen die Jugendlichen, Ahlen (NRW), Amstelveen (Niederlande), Bad Kreuznach, Barnet (London), Koszalin (Polen), Levallois-Perret (Frankreich), Nahariya (Israel), Landkreis Paderborn (NRW), Penzberg (Bayern), Landkreis Teltow-Fläming (Brandenburg), Werra-Meißner-Kreis (Hessen), Wuppertal (NRW). Mezitli-Mersin (Türkei) und Charenton-le-Pont (Paris) konnten keine Fußballer nach Berlin schicken.

Den Abschluss des Turnierwochenendes am Sonntag bildet das zusätzliche Spiel „Tempelhof-Schöneberg gegen Tempelhof-Schöneberg Friends“ zwischen Vertretern aus Politik und Verwaltung Tempelhof-Schönebergs und den offiziellen Gästen aus den Partnerstädten. Für Tempelhof-Schöneberg spielen neben anderen Bezirksbürgermeister **Jörn Oltmann**, **Tobias Dollase**, Bezirksstadtrat für Schule, Sport, Weiterbildung und Kultur, und **Stefan Böltes**, Vorsteher der Bezirksverordnetenversammlung.

Mit Unterstützung des Bezirkssportbundes, des evangelischen Kirchenkreises Tempelhof-Schöne-

berg, des FC Internationale, des TSV Mariendorf, der DLRG Tempelhof sowie des Sportamts, des Ehrenamtsbüros und der Wirtschaftsförderung Tempelhof-Schöneberg wird das Pfingstturnier dazu beitragen, die Zusammenarbeit der Städtepartner zu vertiefen und weiterzuentwickeln.



Ely Oknin, Mirka Schuster, Karin Teichmann, Ronen Marely, Yanif Kriaf, Tal Amogg, v.l.n.r.

Im Rahmen des Besuchs sind auch der Bürgermeister von Nahariya **Ronen Marely**, **Tal Amogg** und **Yanif Kriaf** sowie **Ely Oknin**, der lange Zeit in Berlin lebte, viel für den Jugendaustausch beider Kommunen getan hat und in Schöneberg ein Reisebüro betrieb, zu Gast. Begleitet wurde die Gruppe von **Mirka Schuster**, die im Bezirk für die Partnergemeinden zuständig ist.

Gestern besuchte die Delegation aus Nahariya den **EUREF-Campus** und wurde von der Vorstandssprecherin der EUREF-AG, **Karin Teichmann**, in Empfang genommen.



Die Gäste aus Israel informierten sich bei **ubitricity** über die Landinfrastruktur für Elektrofahrzeuge in



Berlin und bei **garamantis** über interaktive Projektionen und immersive Räume. Durch eine Brille schauend, ist man plötzlich in einer anderen Welt beziehungsweise auf einer anderen Ebene. Man steht zwar sicher auf dem Boden, hat aber das Gefühl, auf dem Gasometer zu sein, wo es links und rechts ziemlich weit runtergeht. Eine Herausforderung, die Bürgermeister Marelly nicht ganz geheuer war.



Der reale Blick vom Gasometer war dann schon angenehmer.



Am Ende des Rundgangs begrüßte EUREF-Gründer **Reinhard Müller** Bürgermeister **Ronen Marelly** und die Mitglieder seiner Delegation. Müller wünschte den Gästen aus Israel alles Gute und vor allem, dass der Krieg bald vorüber sein möge und die Geiseln befreit werden können. *Fotos: Ed Koch*

Anmerkungen:

Obwohl es 52 Jahre her ist, dass ich Nahariya besuchte und eine Rundreise durch Israel bis zum ägyptischen Scharm El-Scheich, an der Südspitze Sinais gelegen, das nach dem Sechstagekrieg von 1967 bis 1982 von Israel besetzt war, unternahm, erinnere ich mich gut an dieses blühende Land, eine

Oase in der arabischen Wüste. Was für unglaublich beeindruckende Städte, Jerusalem und Tel Aviv, und dieses Urlaubsparadies Nahariya, wo sich viele deutsche Juden angesiedelt haben.

Nahariya hat viel Freunde in der Welt, in Liberec, Tschechien; Issy-les-Moulineaux, Frankreich; Miami Beach, USA; Delray Beach, Florida, USA; Kecskemét, Bács-Kiskun, Ungarn; und fünf in Deutschland, Alzey, Rheinland-Pfalz; Darmstadt, Hessen; Paderborn und Bielefeld, NRW; und Tempelhof-Schöneberg.

Seit der Gründung des Staates Israel 1948 durch die Vereinten Nationen, gegen den Willen der Palästinenser, gab und gibt es dort immer wieder Kriege. Es ist der Weltgemeinschaft nicht gelungen, das Gebiet zu befrieden. Ob dies gelungen wäre, wenn man auch einen souveränen Staat Palästina gegründet hätte, weiß ich nicht. Die Zwei-Staaten-Lösung ist gegenwärtig weit weg, auch wenn das Projekt immer wieder diskutiert wird.

Wie Israel den Krieg in Gaza führt, womit auch ein Großteil der Bevölkerung nicht einverstanden ist, muss kritisch betrachtet werden können, ohne sich gleich des Antisemitismus-Vorwurfs ausgesetzt zu sehen. Die Zivilbevölkerung wird nicht in dem Maße verschont, wie es erforderlich wäre. Zur Kenntnis nehmen muss man aber auch, dass die Terrororganisation Hamas einen Krieg nicht nur gegen Israel, sondern auch gegen die eigenen Menschen führt. Die Hamas ist keine Befreiungs-, sondern eine Terrororganisation. Das sollten diejenigen, die mit Palästinenserflaggen brüllend durch die Straßen laufen, endlich akzeptieren.

Auch wenn es schon zigmal geschrieben und gesagt wurde, der Krieg würde sofort sein Ende finden, wenn die Hamas die Geiseln freiläße. Israels Ziel, die Hamas zu vernichten, wird ebenso wenig gelingen, wie ein Krebsgeschwür zu beseitigen. Dass Israel nach diesem Krieg den Gaza-Streifen nicht wieder der Hamas als Herd immer weiterer Terrorangriffe überlassen kann, sollte jedem klar sein, der sich die Bilder vom 7. Oktober 2023 ins Gedächtnis zurückeruft. Welche Zukunft haben die rund zwei Millionen Palästinenser im Gaza-Streifen? Welche Zukunft die 2,5 Millionen Palästinenser im Westjordanland, wo sie nicht konfliktfrei mit knapp 430.000 jüdischen Siedlern leben.

Wer für dieses Problem eine Lösung findet, dem steht der nächste Friedensnobelpreis zu.

Ed Koch

09) Moralspektakel. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 625-16

16. Mai 2024

49. Jahrgang

Moralspektakel

Meine Kindheit war unbeschwert von moralischen Konflikten, wie sie heute ausgetragen werden. In den Kindertagesstätten wurden wir von „Tanten“ betreut, in den Schulen gab es Lehrer und Schüler, wenn mir meine Eltern eine Freunde bereiten wollten, schenkten sie mir ein paar Negerküsse und am Sonntag blieb auch mal die heimische Küche kalt und wir gingen in ein Restaurant und bestellten Zigeunerschnitzel. Beim Fasching in der Kita verkleideten mich meine Eltern als Cowboy, ein Indianerkostüm wollte niemand tragen, weil man schon frühzeitig wusste, dass diese immer das Nachsehen gegenüber den besser bewaffneten Rinderhirten hatten.

Heute arbeiten in den Kitas Erzieher*innen, in den Schulen sind Schüler*innen und Lehrer*innen tätig, die Kits verspelen Schokoküsse und im Restaurant bestellen wir uns ein Puszta Schnitzel. Übrigens: unbeeindruckt bietet **Ültye** nach wie vor Studentenfutter an, was heute eigentlich Studierendenfutter heißen müsste. Welche Kostüme Kinder jetzt beim Fasching tragen, weiß ich nicht.

Im Wahlkampf 2021 hatte die damalige Spitzenkandidatin der Grünen, **Bettina Jarasch**, erklärt, dass sie als Kind gern Indianerhäuptling werden wollte. Das löste in ihrer Partei ein „**Moralspektakel**“ aus und empörte viele ihrer Parteianhänger, pardon: Parteifreund*innen. Anstatt Haltung zu zeigen, entschuldigte sie sich für ihre „unreflektierten Kindheits-erinnerungen“. Den Zeit-Redakteur **Ijoma Mangold** stößt dieses „*BuBritual*“ ab und er vergleicht es mit der Selbstkritik „*In sozialistischen Staaten, wo man einräumt, mit seinem Bewusstsein nicht auf der Höhe der Zeit zu sein, aber die Bereitschaft bekunde, an sich zu arbeiten. Von unreflektierten Kindheits-erinnerungen zu sprechen, hält er außerdem für eine ‚merkwürdige Selbstdistanzierung‘*“.

Für den Kabarettisten **Frank Lüdecke** war Jarasch damit als Kandidatin für das Amt der Regierenden Bürgermeisterin untragbar geworden, sagte er gestern Abend in der neuesten Ausgabe der Reihe „*Achtung! Wortwechsel*“ bei den **Stachelschweinen**. Zu Gast war diesmal der Bestsellerautor und Philosoph **Philipp Hübl**. Sein neuestes Buch heißt „*Moralspektakel, wie die richtige Haltung zum Statussymbol wurde und warum das die Welt nicht besser macht.*“ Einen breiten Raum in der rund 90-minütigen Diskussion unter Einbeziehung des Publikums nahm das Thema Gendern ein. Die Welt ist eine andere, aber

nicht bessere geworden, wenn wir ein Puszta Schnitzel essen oder Bürger_innen sagen, eine andere schon.



Frank Lüdecke und Philipp Hübl. Foto: Ed Koch

„*Moral als Show: Wenn es wichtiger ist die richtige Haltung zu zeigen, als sie zu haben - und warum das ein Problem ist. Wir wollen gute Menschen sein, aber das allen anderen auch zeigen. Denn unser moralischer Charakter verschafft uns Anerkennung und Attraktivität. Doch durch den Einfluss der digitalen Medien wird Moral immer mehr zum Statussymbol und die öffentliche Diskussion zu einem Moralspektakel. Mit negativen Folgen, denn die inszenierte Moral führt zu Populismus, Symbolpolitik, verzerrter Forschung und wirkungslosen Maßnahmen gegen Diskriminierung. Statt uns in Schaukämpfen zu profilieren, zeigt uns **Philipp Hübl**, wie wir einer universellen Ethik folgen können, um reale Missstände zu beseitigen – einer Ethik, in der weder autoritäres Denken noch Opfergruppen im Mittelpunkt stehen, sondern der selbstbestimmte Mensch.*“ Quelle: Siedler Verlag

Was hat das Gendern der Mehrheitsgesellschaft, den Frauen (50,7 Prozent weiblich und 49,3 Prozent männlich) gebracht? Außer erwähnt zu werden, wenig. Ersparen wir uns die Liste mit den Ungerechtigkeiten allein im Berufsleben gegenüber Frauen. Über gleichen Lohn für gleiche Arbeit würden sich die Frauen mehr freuen, als mit einem Sternchen bedacht zu werden. (Laut dem Statistischen Bundesamt haben Frauen im Jahr 2023 in Deutschland pro Stunde durchschnittlich 18 Prozent weniger Lohn erhalten als Männer).

Eine Diskussion über Moral, wie sie gestern bei den Stachelschweinen stattfand, kann offen nur in einem demokratischen Staat ausgetragen werden. Wir können darüber streiten, während in Diktaturen von oben herab bestimmt wird, welcher moralischen Staatsdoktrin sich die Bürger unterzuordnen haben. Aber auch bei uns sind viele Mitmenschen unterwegs, die ihre Moral für das Maß aller Dinge halten. Natürlich gibt es moralische Leitplanken. Ob man gläubig ist oder nicht, geben uns die zehn Gebote

1



vor, was wir zu lassen haben, um in einer humanen Welt leben zu können. Höchst problematisch ist es jedoch, wenn Religionen für sich in Anspruch nehmen, die einzig wahre Moral zu vertreten und alle andersdenken Menschen als Ungläubige diffamieren, die es zu bekämpfen gilt, notfalls bis zum Tod.

Immer wieder ist zu hören, dass man bei uns nicht mehr alles sagen kann. Diese Diskussion führe ich mit einem Freund seit Jahren. Den Hinweis, dass das Strafgesetzbuch die Grenze des Sagbaren beschreibt, lässt er nicht gelten. Wenn ein Geschichtslehrer eine verbotene Naziparole verwendet, muss er sich nicht wundern, wenn er vor Gericht zu erscheinen hat. Darüber, was man in diesem Land allerdings sagen und über die asozialen Medien verbreiten kann, könnte **Renate Künast**, die den unglaublichsten Verleumdungen ausgesetzt war und vermutlich ist, lange Vorträge halten. Durch die Meinungsfreiheit sind auch Formulierungen gedeckt, die auszusprechen einem Übelkeit bereitet.

Tatsache ist aber, dass wir in einem der demokratischsten Länder der Welt leben, auch wenn wir im Ranking der Pressefreiheit 2022 nur auf Platz 16 (2021: Platz 13), knapp vor Osttimor und Namibia stehen. Die ersten drei Plätze belegen die skandinavischen Länder Norwegen, Dänemark und Schweden. Die großen Demokratien USA und Großbritannien erreichen nur die Plätze 42 und 24. Wohin es führen kann, wenn systematisch der öffentlich-rechtliche Rundfunk drangsaliert wird, sehen wir in Ungarn (85) und Polen (66). Noch liegen die Niederlande auf Platz 28. Die neue Rechtskoalition hat jedoch schon angekündigt, dem ÖRR Millionenbeträge streichen zu wollen. Quelle: Reporter ohne Grenzen



In die Signatur schrieb mir **Philipp Hübl** „als kleiner Ratgeber für entspannte Gespräche“. Ratgeber Ja, ob die Gespräche über Moral immer entspannt verlaufen können, ist eine andere Frage.

Das Buch kostet 26 Euro. Man kann sich schon mal unter dem angegebenen Link in das Buch reinlesen. „Dieses Buch hat zwei Teile. Im ersten geht es um die Frage,

wie das Moralspektakel entstehen konnte, wie es unser Handeln und die Gesellschaft verändert, wie das moralische Statusspiel gespielt wird und warum man moralisches Prestige als Kapital ansehen kann, das man vermehren, investieren, aber auch inflationär

verwenden und fälschen kann. Dieser Teil analysiert die aktuelle Situation und ist daher ein Projekt in deskriptiver Ethik, das anhand der empirischen Forschung beschreibt und erklärt, wie Menschen tatsächlich moralisch handeln.

Der zweite, kritische Teil gehört zum Bereich der normativen Ethik, ist also wertend und nicht nur beschreibend. Darin geht es um die negativen Seiten des Moralspektakels, die Frage, was passiert, wenn man im hohen Ton über Moral redet, statt soziale Konflikte zu lösen und reale Missstände zu bekämpfen. Und zum Schluss folgen acht Vorschläge, was man gegen das Moralspektakel tun kann, um sich für eine universelle Ethik und für echte Gerechtigkeit einzusetzen.“, heißt es in der Beschreibung im Klappentext des Buches.

<https://www.google.de/books/edition/Moralspektakel/0i7hEAAAQBAJ?hl=de&gbpv=1&pg=PT5&printsec=frontcover>

Philipp Hübl ist Philosoph und hat Theoretische Philosophie an der RWTH Aachen, der Humboldt-Universität Berlin und als Juniorprofessor an der Universität Stuttgart gelehrt. Danach war er Gastprofessor für Philosophie und Kulturwissenschaft an der Universität der Künste Berlin. Er ist Autor des Bestsellers »Folge dem weißen Kaninchen« (2012), der Bücher »Der Untergrund des Denkens« (2015), »Bullshit-Resistenz« (2018) und »Die aufgeregte Gesellschaft« (2019) sowie von Beiträgen unter anderem in der Zeit, FAZ, taz, NZZ, Welt, FR, im Standard, Deutschlandradio und Philosophie Magazin. Hübl hat Philosophie und Sprachwissenschaft in Berlin, Berkeley, New York und Oxford studiert.

Die acht Vorschläge, was man gegen das Moralspektakel tun kann, sind wertvolle Ratgeber, deren Überschriften schon verraten, wohin man sich orientieren sollte:

1. Gemeinsamkeiten statt Unterschiede
2. Universalismus statt Relativismus
3. Fakten statt Ideologie
4. Taten statt Symbole
5. Gerechtigkeit statt Identität
6. Diskussionskultur statt Einschüchterungskultur
7. Vernunftmoral statt Moralinstinkt
8. Demokratie statt Spektakel

Im gegenwärtigen, fast unerträglichen Haushaltsstreit der Ampel, wäre es wünschenswert, wenn sich die Protagonisten die Zeit nähmen, das Buch zu lesen; mehr Vernunft, weniger Spektakel.

Ed Koch

10) Versteckte Helden. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 625-12

12. Mai 2024

49. Jahrgang

Versteckte Helden

Natürlich ist es ungerecht, wenn sich historische Ereignisse häufig auf nur eine Person konzentrieren. Den Fall der Mauer haben Millionen Menschen herbeigeführt, wenn aber an den denkwürdigen Tag, den 9. November 1989, erinnert wird, fällt zuerst der Name **Günter Schabowski**. Er war nicht mehr als der Sekretär für Informationswesen des SED-Politbüros und verkündete etwas ungenau die neuen Reisefreiheiten für DDR-Bürger, die „sofort und unverzüglich“ in Kraft träten. Die Mauer war gefallen.

Wenn wir über die Berlin-Blockade reden, deren Ende heute feierlich am Platz der Luftbrücke und im ehemaligen Flughafengebäude Tempelhof begangen wurde, fällt zuerst der Name **Gail Halvorsen**. Er war einer von Hunderten, die die Luftbrücke organisierten und elf Monate lang die gut zwei Millionen West-Berliner am Leben hielt.

Die Luftbrücke war zweifelsohne spektakulär, sorgte aber weltweit für kein anhaltendes Medieninteresse. Was dem Projekt fehlte, war das, was man „*human touch*“ nennt. Nicht kalkuliert und erst recht nicht auf Schlagzeilen schielend, sorgte der US-Pilot **Gail Halvorsen** einen knappen Monat nach Beginn der Luftbrücke, für jene Beigabe, die das Ereignis in der Welt berühmt machte. Die ausgemergelten Berliner Gören standen am Rande des Tempelhofer Feldes und schauten den landenden Flugzeugen zu. Eine persönliche Begegnung zwischen Halvorsen und den Kindern, bei der er ein paar Kaugummis verteilte, brachte ihn auf die Idee, worüber sich die Kids am meisten freuen würden. Süßigkeiten! Und so bastelte er kleine Fallschirme, an denen er Schokolade befestigte und im Landeanflug abwarf. Das war der Beginn der „*Operation Little Vittles*“.

Von da an war **Gail Halvorsen** der „*Candy Pilot*“, den immer mehr Menschen unterstützten. Viele bastelten nun die kleinen Fallschirme, und Schokolade wurde von allen möglichen Seiten gespendet. Halvorsens Verdienst ist es, aus der Luftbrücke mehr als ein Versorgungshuttleprojekt gemacht zu haben. Noch vor **Ernst Reuters** historischer Rede vor dem Reichstag schaute die Welt auf diese Stadt und auf die Kinder, die sich auf Schokolade freuten, die vom Himmel auf sie herabregnete.

Mehr als die meisten anderen Piloten blieb Halvorsen Berlin nach dem Ende der Blockade treu. Von 1970 bis 1974 war er sogar Kommandant des Flughafens Tempelhof. **Mercedes Wild** war ein kleines in

Friedenau lebendes Mädchen, die keine Chance gegen die Jungs hatte, etwas abzubekommen. So schrieb sie an Halvorsen und schilderte ihm ihr Problem. Sie hat nicht damit gerechnet, ein Päckchen mit Süßigkeiten zu bekommen. Aber es kam tatsächlich mit einem freundlichen Anschreiben von Halvorsen. Als sie ihn viele Jahre später persönlich begegnete, zeigte sie ihm seinen Brief.



Foto: Lothar Duclos

Und, wie im Märchen, daraus erwuchs eine jahrzehntelange Freundschaft, die auch nach Halvorsens Tod am 16. Februar 2022 nicht endete.

Heute nun wurde am Ehrenhof im Eingangsbereich des Besucherzentrums eine Gedenktafel enthüllt, die an die geniale Idee von **Gail Halvorsen** erinnert. In den Reden wurden auch alle anderen Piloten würdigend mit einbezogen, vor allem diejenigen, die trotz ihres hohen Alters den weiten Weg nach Berlin auf sich genommen haben, um heute dabei zu sein. Der Regierende Bürgermeister **Kai Wegner** nannte sie Helden, die in Berlin jederzeit willkommen sind.

Die Idee, **Gail Halvorsen** eine besondere Ehre zuteilwerden zu lassen, entstand sofort nach seinem Tod. Ein Gedanke war, eine Statue an der Einflugschneise zum Flughafen am Tempelhofer Damm aufzustellen. Große Begeisterung löste das bei den zuständigen Stellen im Senat nicht aus. Aber, hier zwei Zitate aus **paperpress** Nr. 600 vom 5. April 2022, die wir der **B.Z.** entnommen hatten: „*Unterstützung gibt es von CDU-Chef Kai Wegner, der sagte: ‚Dieser große Freund Berlins hat eine dauerhafte Ehrung im Stadtbild verdient. Eine lebensgroße Statue am Platz der Luftbrücke wäre ein starkes Zeichen der Dankbarkeit!‘ Und der SPD-Partei- und Fraktionsvorsitzende Raed Saleh sagte: ‚Damit das Andenken an diesen großen Freund Berlins und seiner Menschen auch für kommende Generationen wachgehalten*



wird, halte ich die Errichtung eines Gedenkortes am ehemaligen Flughafen Tempelhof für eine gute und unterstützenswerte Initiative.“



Nun, geworden ist daraus eine „Berliner Gedenktafel“, immerhin, die **Kai Wegner** und **Gail Halvorsens Tochter Denise Williams** heute enthüllten.



Töchter, Söhne und Enkel sind nach Berlin gekommen, um an der Enthüllung der Gedenktafel dabei zu sein, Bildmitte: Mercedes Wild.

Der Autor dieses Beitrages will seine Unzufriedenheit über den Standort der Tafel nicht verhehlen. Wer läuft an dieser Gedenktafel denn schon vorbei? Ein sichtbarer Platz wäre angebracht gewesen, warum nicht am Zugang zum Tempelhofer Feld, der Einflugschneise, wo tausende von Menschen vorbeikommen?

Als jemand, der seit Jahrzehnten über die Berlin-Blockade und die Luftbrücke schreibt, muss ich zu meiner Schande gestehen, nie zuvor etwas von **Rex Waite** gehört zu haben. Wir haben gestern ausführlich über ihn berichtet. Im ehemaligen Rathaus Wilmersdorf wurde gestern eine Gedenktafel für den Mann angebracht, den man zurecht als Architekten der Luftbrücke bezeichnen kann, aber jahrelang vergessen hatte, nun aber zum Glück wiederentdeckte. Die Gedenktafel für **Rex Waite** befindet ein paar

Meter links von der Pförtnerloge, auch nicht gerade ein Platz mit hoher Publikumsdichte. Berlin versteckt seine Helden, das ist schade und, ehrlich gesagt, auch unwürdig. Die vielen guten und richtigen Worte, die gestern und heute gesagt wurden, stehen in einem gewissen Widerspruch zur sichtbaren Würdigung.

Zum Schluss noch ein Blick auf die heute Gedenkstunde am Luftbrückendenkmal.



Die Feierstunde folgt einem seit Jahren gleichem Ablauf. Nach dem Abzug der Alliierten aus Berlin sorgt das Stabmusikkorps der Bundeswehr für den musikalischen Teil und beginnt mit „Nun danket alle Gott“, gefolgt vom Gebet des Evangelischen Militärbischofs. Der jeweilige Regierende Bürgermeister hält dann eine Rede. Zum Jubiläum gab es heute eine zweite Ansprache, und zwar von Bundesverteidigungsminister **Boris Pistorius**.

Schülerinnen und Schüler der Gail S. Halvorsen-Schule lockern die Veranstaltung mit einer Tanzperformance auf. Anschließend: Kranzniederlegung, Gedenkminute, instrumental das Lied „Der gute Kamerad“ und das Abspielen der Nationalhymnen der USA, Großbritanniens, Frankreichs und Deutschlands. Ende der Veranstaltung. Heute, zum 75sten Jahrestag, lud **Kai Wegner** die Gäste in die alte Abfertigungshalle des Flughafens Tempelhof zu einem Empfang mit Spargel, Zanderfilet und Roastbeef ein.

Boris Pistorius zog in seiner Rede Parallelen zum heutigen Umgang mit der Ukraine. „Die Luftbrücke hat gezeigt, wie wichtig es ist, das Richtige zu tun. Wenn unsere Partner nur mit den Schultern gezuckt hätten oder sich darauf berufen hätten, dass die Kosten zu hoch, die Risiken zu hoch seien, wäre Berlin sehr wahrscheinlich am Ende gewesen“, sagte Pistorius. „So selbstverständlich sich unsere Verbündeten damals für uns stark gemacht haben, so klar müssen auch wir heute für unsere internationale Ordnung,



für Frieden und Freiheit eintreten", sagte er weiter. „Wir können nicht zusehen, wenn das Völkerrecht, unsere Ordnung und unsere Werte mit Füßen getreten werden.“ Das gelte weltweit - in Afrika, im Nahen Osten und im Indopazifik und vor allem in der Ukraine. Zudem erinnerte Pistorius an den Wert der internationalen Zusammenarbeit. *Quelle: rbb24*

Ein Hinweis sei noch gestattet. Die Berlin-Blockade endete heute vor 75 Jahren, nicht aber die Luftbrücke. „Diese wurde bis zum 30. September 1949 fortgeführt, um die Lagerbestände weiter aufzufüllen. Der letzte ‚Rosinenbomber‘ hatte zehn Tonnen Kohle an Bord und landete in Tempelhof.“ *rbb*



Die Gedenkfeier zum Ende der Berlin-Blockade ist nie ausgefallen. Auch nicht während der Corona-Pandemie. Am 12. Mai 2021 war der damalige Regierende Bürgermeister **Michael Müller** recht allein auf dem großen Platz. Nahmen heute mehrere Hundert Gäste an der Feier teil, waren es damals etwa 20, die meisten davon Journalisten.

Beim heutigen Empfang glänzte **Michael Müller** mit einer Wissensfrage. Was machte den Flughafen Tempelhof weltweit einzigartig? Man konnte mit dem Taxi vorfahren und musste nur geradeaus durch die Halle bis zum Flugzeug laufen. Das waren noch Zeiten.

Zusammenstellung, Kommentierung und Fotos: Ed Koch

11) Die Stunden Null. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 625-11

11. Mai 2024

49. Jahrgang

Die Stunden Null

„Der Begriff Stunde Null wurde auf den 8. Mai 1945 und den frühesten Abschnitt der unmittelbaren Nachkriegszeit in Deutschland angewandt. Er bezieht sich auf die bedingungslose Kapitulation der Wehrmacht und den vollständigen Zusammenbruch des NS-Staates und impliziert die Chance zu einem voraussetzungslosen Neuanfang.“ Wikipedia

So weit, so richtig. Was Berlin betrifft, so gab es mehrere Stunden Null. Vor allem der freie Westteil der Stadt sah sich ständiger Bedrohungen durch die Sowjetunion ausgesetzt, die stets erfolgreich von den Westalliierten USA, Großbritannien und Frankreich abgewehrt wurden. Natürlich ist der Fall der Mauer und die Wiedervereinigung Berlins die erfreulichste Stunde Null der Stadt. Bis dahin wäre es aber erst gar nicht gekommen, wenn Stalins Berlin-Blockade vom 24. Juni 1948 bis 12. Mai 1949 Erfolg gehabt hätte. Dann nämlich wäre eine Wiedervereinigung der beiden Stadthälften überflüssig geworden, weil es nur noch ein kommunistisches Berlin gegeben hätte. Was absurd klingt, war damals tatsächlich in Überlegung, nämlich Berlin neu in der Lüneburger Heide entstehen zu lassen.

„CDU-Minister **Gerhard Schröder** (1953 bis 1961 Bundesminister des Innern, 1961 bis 1966 des Auswärtigen und 1966 bis 1969 der Verteidigung) hegte den Plan ebenso wie Jahre später der junge Bonner Ministeriale **Thilo Sarrazin**: West-Berlin sollte in die Lüneburger Heide umziehen. Lange Zeit galt die geteilte Stadt als politischer Brennpunkt, an dem sich ein dritter Weltkrieg entzünden könnte. Die gescheiterte Berlin-Blockade 1948/49 und Chruschtschows Berlin-Ultimatum rund zehn Jahre später, mit dem er Amerikaner, Engländer und Franzosen zum Abzug aus dem Westteil der Stadt zwingen wollte, führten damals zu verschiedensten Krisenszenarien.

Wie aus einem Artikel des **Spiegel** von 1960 hervorgeht, befasste sich um die Jahreswende 1958/59 eine deutsch-alliierte Arbeitsgruppe mit der Frage, ob die Berliner im Falle einer neuerlichen sowjetischen Blockade der Stadt wenigstens teilweise evakuiert werden sollten. Die Idee: Ausgeflogene Berliner könnten zweckmäßigerweise in vorhandenen Truppenunterkünften untergebracht werden. Als Auffanggebiet hatten die Strategen dabei das Gebiet der Lüneburger Heide im Blick.

Berlins damaliger Regierender Bürgermeister **Willy Brandt** (SPD) entgegnete frei nach **Hermann Löns**: „Es ist eine herrliche Sache, dass die Lüneburger Heide Naturschutzgebiet ist. Dabei sollte es auch bleiben.“ Quelle: Volksstimme

Und dabei blieb es auch. Bemerkenswert: **Thilo Sarrazin** fiel schon damals unangenehm auf.

Am 12. Mai 1949 beendete Stalin die Berlin-Blockade, in der die Stadt von den Westalliierten aus der Luft versorgt wurde. Morgen jährt sich diese Stunde Null zum 75sten Male. Der bekannteste Luftbrückenpilot war **Gail Halvorsen**, weil er beim Anflug auf Berlin Süßigkeiten an kleinen Fallschirmen für die am Rande des Tempelhofer Flughafens wartenden Kinder abwarf.

Natürlich war Halvorsen, der von 1970 bis 1974 Kommandant des Flughafens Tempelhof war, nicht allein in Aktion. Deshalb ist es gut, auch an die vielen anderen zu erinnern, die unter Einsatz ihres Lebens die Stadt versorgten.

Auf dem Höhepunkt der Luftbrücke erreichte alle dreißig Sekunden ein Flugzeug Westberlin. Insgesamt wurden bei den Lufttransportoperationen 101 Todesopfer registriert, darunter 40 Briten und 31 Amerikaner. Während des Einsatzes stürzten 17 amerikanische und acht britische Flugzeuge ab und forderten die meisten Todesopfer. Wikipedia



Foto: Ed Koch

Im ehemaligen Rathaus Wilmersdorf am Fehrbellener Platz 4 wurde heute eine Gedenktafel für **Reginald Newnham Waite**, in Anwesenheit seiner Tochter **Romilly Waite**, durch den Regierenden Bürgermeister **Kai Wegner** enthüllt.

Das Gebäude Fehrbellener Platz 4 wurde bis zum Kriegsende durch eine Wehrmacht-Verwaltungsstelle des Oberkommandos des Heeres genutzt. Von 1945 bis 1953 war es als Lancaster House das Hauptquartier der britischen Besatzungsmacht. Am 1. April 1954 wurde das Gebäude dem Bezirk Wilmersdorf als Rathaus übereignet. Wegen der hohen Immobilienkosten hat das Bezirksamt im Januar 2012 beschlossen, das Rathaus Wilmersdorf als Verwaltungsgelände des Bezirks aufzugeben. Derzeit befindet sich die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung in dem Gebäude. Wikipedia

Reginald Newnham Waite, genannt **Rex Waite** (1901-1975) war ein britischer Offizier und Air Com-



modore der Royal Air Force. Von 1947 bis 1949 war er Chef der britischen Luftwaffenverbände in Berlin. Er gilt als einer der Väter der beiden Berliner Luftbrücken, deren Durchführung er logistisch vorbereitete.

Am 16. Juni 1945, kurz nach Ende des Zweiten Weltkriegs, wurde Reginald Waite nach Berlin versetzt, wo er die Stelle des Oberbefehlshabers der kombinierten Streitkräfte der Control Commission Germany übernahm. 1947 wurde er schließlich zum Chef der Verbände der Royal Air Force im durch die USA, die UdSSR, Großbritannien und Frankreich besetzten Berlin ernannt, womit er seinen Sitz am Militärflughafen Gatow einnahm.

Am 3. April 1948 riegelte die Sowjetunion die Transit- und Versorgungslandwege der USA und Großbritanniens von und nach West-Berlin ab. Aus dieser Situation heraus, erarbeitete Waite für die West-Alliierten erstmals logistische Pläne, wonach die Versorgung der Militärangehörigen aus der Luft gewährleistet wurde.

Hierbei machte sich Waite die am 30. November 1945 den westlichen Stadtkommandanten zugesicherten drei Luftkorridore zu eigen, die jeweils eine 32-Kilometer-Breite zwischen den in West-Deutschland befindlichen Besatzungszonen und West-Berlin aufwiesen.



Die von Waite ausgearbeiteten Pläne stellten sich als ein logistisches Meisterwerk dar. Die Versorgung der amerikanischen und britischen Truppenteile über die westlichen Luftkorridore stand innerhalb kürzester Zeit und verlief nahezu reibungslos, woraufhin

die Sowjetunion ihre Blockade nach nur zwei Tagen wieder einstellte. Foto: Julia & Keld

Auch nach dem Ende der ersten Luftbrücke führte Waite seine logistische Ausarbeitung weiter fort, da er fest davon überzeugt war, dass sich die Spannungen zwischen der Sowjetunion und den West-Alliierten wiederholen würden. In seine weiteren Überlegungen plante er nunmehr auch die Luftversorgung der gesamten Bevölkerung West-Berlins mit ein, was zunächst ein theoretischer Plan blieb und lediglich für kurze Zeit umsetzbar schien.

Gegen den Protest der Sowjetunion wurde im Juni 1948 die Währungsreform in den Westsektoren umgesetzt, woraufhin die Sowjets sämtliche Verkehrswege von und nach West-Berlin blockierten. Sie gestaltete sich somit umfassender und gravierender als die erste Sperrung im April, da nunmehr die gesamte West-Berliner Bevölkerung, die etwa 2,2 Millionen Menschen zählte, von sämtlicher Versorgung abgeschottet wurden.

Angetan von den Plänen Waites, beauftragte ihn der US-amerikanische Militärgouverneur **Lucius D. Clay** mit der Durchführung einer Machbarkeitsstudie hinsichtlich einer Versorgung der west-alliierten Truppenteile und der gesamten Bevölkerung West-Berlins über die Luftkorridore. Prominente Politiker, allen voran US-Präsident **Harry S. Truman** und der Berliner Oberbürgermeister **Ernst Reuter**, begrüßten die neue Berliner Luftbrücke zwar, zweifelten jedoch daran, dass eine langfristig ausgerichtete Versorgung von mehr als 2 Millionen Menschen aus der Luft, tatsächlich möglich wäre.

Schließlich startete die zweite Luftbrücke am 24. Juni 1948. **Rex Waite** befehligte während der Luftbrücke die Verbände der Royal Air Force, die auch durch Einheiten Australiens, Kanadas und Neuseelands unterstützt wurden. Als ehemaliger Flugboot-Pilot war es auch Waites Verdienst, dass die Briten in Berlin Flugboote des Typs Sunderland einsetzten, die schwierige Wasserungen auf dem Großen Wannsee und der Havel sowie im Raum Hamburg zu absolvieren hatten.

Am 12. Mai 1949 gaben die Sowjets schließlich die Blockade wieder auf. Insgesamt leisteten die West-Alliierten 280.000 Flüge. **Rex Waite**, der bereits am 1. Januar 1949 zum Air Commodore befördert wurde, blieb zunächst auch nach dem Ende der Luftbrücke als Chef der Royal Air Force in Berlin. Am 6. August 1950 verließ Waite Berlin wieder und wurde Chef der Versorgungsabteilung im Hauptquartier der Royal Air Force. Wikipedia

Nicht nur Historiker bewerten Waite klar als einen der „Väter der Berliner Luftbrücke“. Am 15. August 2000 wurde in Berlin-Kladow, unweit des früheren Militärflughafens Gatow, die Rex-Waite-Straße eingeweiht. Teilbereiche einer Dauerausstellung des Alliierten Museums in Berlin sind bis heute **Rex Waite** gewidmet.

Zusammenstellung und Kommentierung: Ed Koch

12) Als der Strom nach Berlin kam. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 625-07

8. Mai 2024

49. Jahrgang

Als der Strom nach Berlin kam

Es gibt Tage in den Chroniken, an denen sich die historischen Ereignisse häufen. So ein Tag ist der 8. Mai. Der 8. Mai 1945 markiert das Ende des Zweiten Weltkriegs mit der bedingungslosen Kapitulation Deutschlands.



In Berlin endete im Haus Schulenburg-Ring 2 in Tempelhof der Krieg bereits am 2. Mai 1945. Hier unterzeichnete General **Helmuth Weidling** den Kapitulationsbefehl für die in Berliner

noch kämpfenden Truppen. Die Erinnerung daran halten das im Haus lebende Ehepaar **Brigitte** und **Joachim Dillinger** wach. In diesem Jahr nahm an der Feierstunde die Ehrenbürgerin Berlins, **Margot Friedländer** teil. Foto: Marlies Königsberg

1984, in seiner Rede zum 40sten Jahrestag, nannte Bundespräsident **Richard von Weizsäcker** den 8. Mai 1945 erstmals den „Tag der Befreiung“. „Viele Völker gedenken heute des Tages, an dem der Zweite Weltkrieg in Europa zu Ende ging. Seinem Schicksal gemäß hat jedes Volk dabei seine eigenen Gefühle. Sieg oder Niederlage, Befreiung von Unrecht und Fremdherrschaft oder Übergang zu neuer Abhängigkeit, Teilung, neue Bündnisse, gewaltige Machtverschiebungen - der 8. Mai 1945 ist ein Datum von entscheidender historischer Bedeutung in Europa. Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.“, so **Richard von Weizsäcker**.

Nur vier Jahre später, am 8. Mai 1949, wurde „nach zum Teil heftigen Debatten über die Lehren, die aus dem Scheitern der Weimarer Republik, dem Dritten Reich und dem Zweiten Weltkrieg zu ziehen seien, der Entwurf des Grundgesetzes für die neue Bundesrepublik Deutschland vom Parlamentarischen Rat, der seit September 1948 in Bonn tagte, mit 53 gegen 12 Stimmen angenommen.“ Am 23. Mai 1949 trat das Grundgesetz in Kraft.

Aber auch schon 1884 verschaffte sich der 8. Mai einen Platz in den Geschichtsbüchern Berlins mit einem erfreulichen Ereignis, ohne das wir heute nicht

lebensfähig wären und ohne das dieser Beitrag nicht hätte geschrieben und versandt werden können. Geradezu poetisch beginnt eine gemeinsame Pressemitteilung der **Stromnetz Berlin GmbH** und der **Berliner Energie und Wärme AG**. Die Energieversorgung lag in städtischer Hand, verbrachte dann viele Jahre beim schwedischen Staatskonzern **Vattenfall** und befinden sich nun wieder im Eigentum Berlins.

„Es ist ein schöner Frühlingsdonnerstag in Berlin, der 8. Mai 1884. An diesem Tag beginnt mit der Gründung der ersten Elektrizitätsgesellschaft die Strom-Erfolgsgeschichte der Hauptstadt, die nun schon 140 Jahre andauert.“



Erst vor wenigen Tagen, am 3. Mai, fand ein Festakt zur Rekommunalisierung des Fernwärmenetzes statt. In gleicher Besetzung mit dem Regierenden Bürgermeister **Kai Wegner**, Bürgermeisterin und Wirtschaftssenatorin **Franziska Giffey** und Bürgermeister und Finanzsenator **Stefan Evers**, findet heute ein weiterer Festakt anlässlich des 140jährigen Energiejubiläums statt.

Ob **Franziska Giffey**, die gestern bei einer Attacke am Kopf verletzt wurde, teilnehmen wird, stand bis Redaktionsschluss noch nicht fest. Auf jeden Fall wird dieser schändliche Vorgang die Feierlaune heute trüben. Der Angriff auf Giffey reiht sich ein in viele weitere körperliche und verbale Attacken auf Politiker, die am 3. Mai in Dresden auf den Europa-Abgeordneten **Matthias Ecke**, bei dem er brutal zusammengeschlagen wurde, einen neuen Höhepunkt erreicht haben.

Lassen Sie uns trotz der schlimmen Vorgänge noch einmal auf die Energieversorgung unserer Stadt zurückkommen. **Christian Feuerherd**, Vorstandsvorsitzender der BEW Berliner Energie und Wärme AG, äußert sich in einer Pressemitteilung wie folgt: „Die



heutige Feier zum 140. Jahrestag der Berliner Energieversorgung steht unter einem ganz besonderen Zeichen: Seit einer Woche ist die BEW Berliner Energie und Wärme ein kommunales Unternehmen, wie auch die Stromnetz Berlin bereits seit 2021.

1894 als Städtische Elektrizitätswerke gegründet, führen die Biografien beider Unternehmen quer durch die Berliner Stadtgeschichte und vereinen sich heute wieder unter einem Dach, in der Familie der landeseigenen Unternehmen. Die Berliner Energie- und Wärmewende ist eine große Gemeinschaftsaufgabe.



Aus einer Hand lassen sich die komplexen Infrastrukturvorhaben zur Erreichung von Berlins Klimazielen besser planen und umsetzen. Im Energiebereich heißt das konkret, dass die Transformation des Fernwärmesystems eng mit dem Ausbau des Stromnetzes zusammenhängt."



Dr. Erik Landeck, Geschäftsführer der Stromnetz Berlin GmbH: „Es ist enorm, wie sich die Stromversorgung in den vergangenen 140 Jahren entwickelt hat. Von einem einzelnen Kunden hin zu Strom in allen Haushalten und einem mehr als 35.700 Kilometer langen Stromnetz – fast einmal um den Äquator.

Und die Wachstumsgeschichte geht weiter. Wir sehen in den kommenden zehn Jahren eine Verdoppelung der benötigten Netzkapazität von 2,2 auf mindestens 4,1 Gigawatt – unter anderem zur Dekarbonisierung der Wärmeversorgung in der Stadt. Strom wird bei der Wärmeversorgung eine immer größere Rolle spielen. Und darauf sind wir besonders stolz: Nicht nur die Leistungsfähigkeit unseres Stromnetzes steigt, sondern auch die Anzahl der Mitarbei-

tenden, die rund um die Uhr für eine sichere Stromversorgung der Hauptstadt als Experten im Einsatz sind. In diesem Jahr werden wir erstmals die Zahl von 2.000 Mitarbeitenden überschreiten."



Die Stromnetz Berlin GmbH und die BEW Berliner Energie und Wärme AG stehen in der Tradition der **Bewag**, dem einstigen städtischen Berliner Energieversorgungsunternehmen, das Ende der 1990er-Jahre privatisiert und 2005 vom schwedischen Vattenfall-Konzern übernommen wurde. Seit 2021 gehört Stromnetz Berlin wieder dem Land Berlin, seit Anfang Mai 2024 ist auch die BEW ein Landesunternehmen.

Apropos Tradition. Der Autor dieses Beitrages hat die Beschriftung des Ordners mit den Stromabrechnungen in seinem Aktenschrank in den vergangenen Jahrzehnten nie geändert. Bewag bleibt Bewag. Jetzt, wo alles wieder unter einem Dach ist, hätte man doch zur alten Bezeichnung zurückkehren können. Zum Schluss noch ein Ausflug in die Geschichte. Die **Berliner Städtische Elektrizitätswerke AG** versorgte ab 1884, zunächst als privates Unternehmen, die Stadt mit Strom. 1915 übernahm Berlin das Unternehmen, das bis 1931 in ihrem alleinigen Eigentum blieb. Auf dem Höhepunkt der Weltwirtschaftskrise verkaufte die Stadt Berlin im Mai 1931 in einer akuten Haushaltsnotlage das hochprofitable Energieversorgungsunternehmen an ein Konsortium privater und öffentlicher Investoren. (Woran erinnert das?)

Mit der Spaltung Berlins wurde 1948 auch die Bewag geteilt. Die Bewag im Westteil Berlins blieb eine Aktiengesellschaft, an der die Stadt eine knappe Mehrheit der Anteile hielt. Nach dem Ende der DDR übernahm die Bewag zum 1. Januar 1993 das Energiekombinat Berlin im Ostteil der Stadt. Zu Beginn des 21. Jahrhunderts wurde das Unternehmen in mehreren Schritten an den Vattenfall-Konzern verkauft. Unter dem Namen Vattenfall Europe Berlin führte die Vattenfall Europe AG zwischen 2006 und 2009 das operative Geschäft der früheren Bewag fort, bevor das Unternehmen aufgeteilt und dann aus dem Handelsregister gelöscht wurde.

Zusammenstellung, Kommentierung und Fotos: Ed Koch
Quellen: Wikipedia, Stromnetz Berlin GmbH, BEW AG

13) KW 18 (19.04. bis 05.05.2024) – Verkehrsrückwende. Von Ed Koch



KW 18 – Verkehrsrückwende

Wer in Berlin unterwegs ist, kann sich jeden Tag an den Errungenschaften grüner Verkehrspolitik erfreuen. Die Stadt ist zugepflastert mit rot-weißen Pollern. In Kreuzberg gibt es Exemplare in grün. Und damit alles ordentlich aussieht, haben die Poller unterschiedliche Größen und Formen, mal rund, mal flach. Unbestreitbar führen die Grünen einen Kampf gegen die Autofahrer und trennen weite Streifen der Fahrbahnen für die Radler ab.

Die drangsalierten Autofahrer lassen sich von der grünen Verkehrspolitik, die, das gehört zur Wahrheit dazu, immer von der SPD mitgetragen wurde, nicht beeindrucken. „Rekordwert beim Bestand von Personenkraftwagen in Berlin – in der Hauptstadt waren zum Stichtag am 1. Januar 2024 insgesamt rund 1,24 Millionen Pkw zugelassen. Die Anzahl der registrierten Pkw ist im Bundesland Berlin im Verlauf der vergangenen zehn Jahre kontinuierlich angestiegen.“ Quelle: Statista

„Laut Daten automatischer Zählstellen: In Berlin wurde 2023 weniger Fahrrad gefahren. Fast 30 Jahre lang nahm der Radverkehr in der Stadt stark zu. Nach vorläufigen Daten gilt das fürs vergangene Jahr nicht.“ Quelle: Tagesspiegel

Wie viele Fahrräder es genau in Berlin gibt, weiß kein Mensch, weil sie leider nicht registriert werden müssen. Fahrradfahren kann jeder ohne Qualifikation und ohne wissen zu müssen, was rechts vor links bedeutet, und dass man bei rot anzuhalten habe. Immerhin befinden sich sieben deutsche Städte im Ranking der 20 fahrradfreundlichsten Städte der Welt. Das niederländische Utrecht liegt auf Platz 1, gefolgt von Münster auf dem zweiten Platz. Bremen (9), Hannover (10), Hamburg (13), Leipzig (14), Nürnberg (17) liegen vor Berlin (19).

Die Politik sollte sich mit den Tatsachen abfinden und handeln. Das Autofahren haben die Grünen den Berlinern nicht abgewöhnen können. Autos und Fahrräder müssen ihren Platz im Straßenverkehr haben. Schädlich ist es jedoch, wenn diese Frage ideologisch und nicht technisch machbar beantwortet wird.

Seit 1951 gab es zehn Verkehrsressortsenatoren der SPD, drei der FDP und fünf der CDU. Zwei grüne Verkehrsressortsenatorinnen, von 2016 bis 2021, haben ausgeübt, um Berlin so aussehen zu lassen, wie die Stadt heute aussieht. Größter Fehler sozialdemokratischer Verkehrspolitik war das Abschaffen der Straßenbahn. Am 2. Oktober 1967 fuhr die letzte Bahn durch Berlin und wich einem Bus. Was für ein

Schwachsinn. Verantwortlich war damals Verkehrsressortsenator **Rolf Schwedler**, der den Spitznamen „Blaulichtsenator“ trug, weil er sich offenbar angetrunken in einen Funkwagen gesetzt haben soll. Weder in der Hauptstadt der DDR, noch in Leipzig, Wien oder Prag wäre jemand auf die Idee gekommen, die Straßenbahnen abzuschaffen und dafür Busse fahren zu lassen.

2023 übernahm nach 27 Jahren wieder die CDU das Verkehrsressort. Die Verkehrsrückwende hätte beginnen können. **Manja Schreiner** hat sich sehr darum bemüht, musste aber schnell erkennen, dass sie gegen acht Verkehrsstadträte in den Bezirken nicht viel ausrichten kann. In Tempelhof-Schöneberg haben die Grünen erst gar keinen Hehl daraus gemacht, was sie politisch wollen. „Sie hat keine Verwaltungserfahrung, sondern ist von der Radfahrerlobby ADFC direkt ins Bezirksamt gewechselt. Sie will sich dafür einsetzen, dass graue Straßen begrünt werden. Sie hat den Auftrag (von wem?), in Parkzonen die Zahl der Autostellplätze um zehn Prozent zu verringern, und sie hält höhere Anwohnerparkgebühren für SUV für sinnvoll.“ **Saskia Ellenbeck** steht für einen neuen Typ verkehrspolitischer Akteure in Berlin. Verkehrsstadträtin zu sein: „Das bedeutet, dicke Bretter zu bohren.“ Quelle: Berliner Zeitung

Nicht dicke Bretter bohren, sondern Straßen aufzureißen und Fahrradbahnen anzulegen, ist das Geschäft der Stadträtin. Als Referenzstrecke empfehlen wir eine Fahrt über den Tempelhofer und Mariendorfer Damm von Alt-Tempelhof bis Alt-Mariendorf. Ab Alt-Mariendorf kann man sehen, wie es auch geht.



Manja Schreiner, Kai Wegner, Andreas Schwager (DHL) und Bürgermeister Frank Bewig am Spandauer Hafen.

Manja Schreiner ist, wie schon so viele andere Politikerinnen und Politiker über ihre Doktorarbeit gestrauchelt. In beachtlichen drei Tagen, vom Rücktritt Schreiners am Dienstag, bis zur Verkündung der Nachfolgerin am Freitag vergingen gerade mal 70 Stunden. Funfact am Rande: Am Freitag war die



Landespolitikpresse am Kraftwerk Mitte beim Festakt zur Übernahme des Fernwärmenetzes von Vattenfall an Berlin versammelt. Erst kurz nachdem alle die Heimreise in ihre Redaktionen angetreten hatten, meldete das Senatspresseamt, das VBB-Chefin **Ute Bonde** neue Verkehrssenatorin werden soll. Bonde war im Wahlkampf Wegners erste Wahl als Verkehrssenatorin. Als es dann allerdings so weit war, dass er sie hätte berufen können, hatte sie schon den Job beim VBB angetreten. Die Plagiatsvorwürfe gegen Schreiner wurden erst öffentlich, als sie schon Senatorin war.

Dass sich CDU und SPD positiv über die Personalie Bonde äußern, ist verständlich, das Statement des Grünen Fraktionsvorsitzenden **Werner Graf** ist zumindest beachtlich: „Es ist gut, dass die Stelle der Verkehrssenatorin schnell nachbesetzt wurde. Als Geschäftsführerin des Verkehrsverbund Berlin-Brandenburg ist Frau Bondes Expertise für die Stelle ist unbestreitbar und auch ihre Erfahrungen Mobilität über die Grenzen Berlins hinaus zu denken ist ein großer Vorteil. Sie muss jetzt zeigen, dass sie die vielen Baustellen ihrer Vorgängerin anpackt und den Verkehrswendestopp beendet, die Probleme der BVG angeht und die riesigen Einsparungen im Haus mit minimalen Schaden umsetzt. Statt Haushaltsmittel in Luftschlösser wie Flugdrohnen und Magnetschwebbahnen zu versenken, muss sie nun endlich in Verkehrssicherheit investieren und für ein Ende der BVG-Krise sorgen.“

Schauen wir mal. Wenn es ihr gelänge, den Berliner ÖPNV auf Vorderfrau zu bringen, wäre schon viel gewonnen. Wer als Autofahrer dann doch mal Bus oder Bahn fahren muss, freut sich darauf, endlich wieder hinter seinem Lenkrad sitzen zu können. Vielleicht gelingt es der neuen Senatorin für einen Gleichklang aller Verkehrsteilnehmer zu sorgen.

Die Stolperfälle

Es ist einfach nicht zu begreifen, warum so viele nur einen Sinn in ihrem Leben sehen, wenn vor dem Namen das Dr.-Kürzel steht. Ist es wirklich so, dass man als Promovierter bessere Berufschancen hat? Eher einen Führungsposten in Industrie und Wirtschaft bekommt? Eher in einer Partei nominiert wird? Bei medizinischen Berufen oder in Forschung und Wissenschaft mag allein das Verfassen einer Dissertation ein besonderer Qualitätsfaktor sein. Ich habe einen wunderbaren Zahnarzt ohne Dokortitel und hatte eine großartige Hausärztin ohne Dr. am Türschild, und lebe immer noch.

Ein Journalist sprach den früheren Bundeskanzler mit „Herr Kohl“ an, der harsch mit „Dr. Kohl, bitte.“, reagierte. Ich habe mehrere Politiker kennengelernt, die nicht während ihres Studiums als krönenden Abschluss eine Doktorarbeit verfassten, sondern erst im gesetzten Alter. Warum? Wozu?

In den letzten Jahren hat sich eine neue Berufsgruppe gebildet. Leute, die nichts Besseres zu tun haben, als Dissertationen auf mögliche Plagiate oder fehlende Quellenangaben zu untersuchen. Immer wieder sind sie fündig geworden. Vor allem haben sie Politiker im Fokus. Die Untersuchungsergebnisse werden an die Medien durchgestochen und die Reaktionen der Politiker sind immer die gleichen, wie aus einer Anleitung abgelesen, „nach bestem Wissen und Gewissen gearbeitet“, „keiner Schuld bewusst“ und „nicht vorsätzlich betrogen zu haben.“

Der Club der Ex-Doktoranten liest sich wie ein Who-is-Who der Politik: **Bijan Djir-Sarai**, Generalsekretär der FDP, **Franziska Giffey** (SPD), als Bundesjugendministerin zurückgetreten, später Regierende Bürgermeisterin, heute Wirtschaftsministerin, **Florian Graf** (CDU), heute Chef der Senatskanzlei Berlin, **Karl-Theodor zu Guttenberg**, zurückgetreten als Verteidigungsminister, hat 2018 als einer der wenigen eine neue, unbeanstandete Doktorarbeit verfasst, **Silvana Koch-Mehrin** (FDP), zurückgetreten als Vize-Präsidentin des EU-Parlaments, **Annette Schavan** (CDU), zurückgetreten als Bundesbildungsministerin, später Botschafterin beim „Heiligen Stuhl“, und **Frank Steffel** (CDU), heute Präsident des Sportvereins Fuchse Berlin Reinickendorf.

„Der Fakultätsrat der Juristischen Fakultät hat nach intensiver Prüfung der Dissertation von Frau **Manja Schreiner** den Beschluss gefasst, den im Jahre 2007 verliehenen Dokortitel wieder zu entziehen.“

Quelle: Universität Rostock

Werden Dissertationen denn nicht „intensiv“ geprüft, bevor der Dokortitel verliehen wird? Bedarf es Enttüllungsplattformen, um Plagiate zu entdecken? Welchen Job schwänzen die Universitäten eigentlich? Zitate und Bezugnahmen sind in Dissertationen ausdrücklich erlaubt. Warum kennzeichnet man diese nicht entsprechend?

Der Eindruck lässt sich nicht vom Tisch wischen, dass hier schludrig gearbeitet wird, von den Doktoranten, den so genannten Doktorvätern und vor allem den Universitäten.

Ed Koch

14) Wohnen statt parken. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 626-05

5. Juni 2024

49. Jahrgang

Wohnen statt parken

Bauen in Berlin ist kein Zuckerschlecken für Investoren. An den für Baugenehmigungen zuständigen Büros in den Rathäusern hängen keine Schilder mit „Herzlich Willkommen.“ Dennoch werden in Berlin immer wieder Bauvorhaben realisiert, vor allem durch die städtischen Unternehmen. In unregelmäßigen Abständen berichten wir am Beispiel von STADT UND LAND, dass es hier und da gelingt, dringende benötigte Wohnungen zu bauen.



Visualisierung Rabensteiner Straße, © Kondor Wes-sels Bouw Berlin GmbH

Heute wurde in Marzahn-Hellersdorf Richtfest für 137 bezahlbare Mietwohnungen gefeiert. Die rund 4.240 Quadratmeter Betonfläche an der Rabensteiner Straße, die früher als Parkplatz diente, erwacht zu neuem Leben. Hier entsteht direkt gegenüber der Grünanlage „Eichepark“ ein elfgeschossiges Mehrfamilienhaus mit Ein- bis Fünf-Zimmer-Mietwohnungen und einem Staffelgeschoss.

Jede Wohnung verfügt über einen Balkon oder eine Terrasse. Im Außenbereich laden zwei getrennte Spielplätze, von denen sich einer an kleinere und der zweite an ältere Kinder richtet, zum Verweilen ein. Den Mieterinnen und Mietern stehen insgesamt 48 PKW-Stellplätze, zum Teil mit E-Ladestation ausgestattet, sowie ausreichend Abstellmöglichkeiten für Fahrräder zur Verfügung. Umgesetzt wird das Neubauvorhaben in Zusammenarbeit mit Kondor Wes-sels Bouw Berlin. Die Gesamtfertigstellung inklusive der Außenanlagen ist für das dritte Quartal 2025 geplant.

Christian Gaebler (SPD), Senator für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen, sagte beim Richtfest: „Berlin benötigt dringend bezahlbaren Wohnraum. Auch hier in Marzahn-Hellersdorf setzen wir das konsequent um. Von den 137 Wohnungen, die entstehen, sind 122 gefördert, das ist ein Förderanteil von

fast 90%. Mit Blick auf unser Ziel der Netto-Null-Versiegelung ist dies ein vorbildhaftes Projekt. Auf einem ehemals ungenutzten, bereits versiegelten Parkplatz entsteht neuer Wohnraum im großen Stil. Indem wir entsprechend hoch bauen, minimieren wir den Flächenverbrauch.“



Christian Gaebler (l.), Nadja Zivkovic (2.v.r.), Bezirksbürgermeisterin von Marzahn-Hellersdorf, und die Geschäftsführer von STADT UND LAND, Natascha Klimek und Ingo Malter. Foto: Christian Kruppa

Bezirksbürgermeisterin **Nadja Zivkovic** (CDU): „Marzahn-Hellersdorf wächst kontinuierlich. Neben der guten Infrastruktur mit direkter Anbindung an die Innenstadt und den vielfältigen Angeboten und Aktivitäten in den verschiedenen Ortszentren trägt vor allem bezahlbarer Wohnraum zur Attraktivität des Bezirks bei.“

Natascha Klimek: „Bei dem Neubauprojekt nutzt die STADT UND LAND erstmalig die neue Förderung nach den Wohnungsbauförderungsbestimmungen 2023. Damit werden neben den bewährten Förderungen erstmalig auch Wohnungen gefördert, die von Haushalten mit mittlerem Einkommen bezogen werden können. Hierdurch können 122 der insgesamt 137 Wohnungen zu Anfangsmieten zwischen 7,00 EUR und 11,50 EUR an Inhaber eines entsprechenden Wohnberechtigungsscheins vergeben werden.“

Ingo Malter: „Im Jahr 2014 startete der Konzern - mit einem Wohnungsbestand von 39.370 Einheiten - seine Wachstumsstrategie. Aktuell verfügen wir über 52.500 Wohnungen, was einer Steigerung von etwa 33 Prozent entspricht. Bis 2033 soll dieser Bestand durch Ankauf und Neubau auf 56.254 Wohnungen erweitert werden. Von 2024 bis 2033 ist der Baubeginn für weitere 3.854 Wohnungen vorgesehen sowie ein Investitionsvolumen von rund einer Milliarde Euro für den Ankauf und den Neubau bezahlbaren Wohnraums.“

Zusammenstellung und Kommentierung: Ed Koch
Quelle: STADT UND LAND

15) Wärmer geht's nicht. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 625-04

3. Mai 2024

49. Jahrgang

Wärmer geht's nicht

Am Ende hatte Vattenfall einfach genug von dem ständigen links-grünen Rekommunalisierungs-Gedöns. Ziemlich entnervt hat es 2021 das Stromnetz an Berlin für gut zwei Milliarden Euro verkauft. **Königin Silvia von Schweden** hat sich über das gute Geschäft sicherlich gefreut. Und nun kommen noch einmal 1,39 Milliarden Euro, wie Finanzsenator **Stefan Evers** heute vorrechnete, in die schwedische Staatskasse nach dem Verkauf des Fernwärmenetzes. Was kauft Berlin als Nächstes? Die Vattenfall-Anteile an der GASAG. Wenn man 62,591 Milliarden Schulden hat, kommt es auf ein paar Milliarden mehr auch nicht mehr an.

Das Motto des heutigen „Festaktes“ zur Rekommunalisierung des Fernwärmenetzes stand unter dem Motto „Wir holen die Wärme nach Hause!“ Bei mir zu Hause war es in den letzten Jahren Dank oder trotz Vattenfall immer ausreichend warm. So zu tun, als werde nun alles besser, weil das Land Berlin alles wieder in seiner Hand hat, ist etwas vermessen.

Um nicht missverstanden zu werden. Ich war immer strikt gegen das Verscherbeln landeseigener Unternehmen. Ein Vorgang, bei dem sich vor allem die SPD große „Verdienste“ erworben hat. Als 1999 die Wasserwerke teilprivatisiert wurden, gab es lediglich zwei SPD-Abgeordnete, die nicht zustimmten, **Gerlinde Schermer** und **Michael Müller**.



Franziska Giffey, die heute trotz ihres Geburtstages am Festakt teilnahm, erinnerte in ihrer Rede an die Zwänge der damals Verantwortlichen. Berlin ging es finanziell schlecht, das Tafelsilber wurde veräußert. Es mag damals richtig gewesen sein, sagte

die Wirtschaftsministerin, am Ende aber siegte die Einsicht, dass die Unternehmen der Daseinsvorsorge in das Eigentum der Stadt gehören. Das habe ich nie anders gesehen. Die Frage ist nur, ob es ein Gewinn ist, alles zurückzukaufen. Die Gebühren für den Endkunden werden kaum sinken. Man kann zufrieden sein, wenn sie nicht höher steigen, als es bei einem privaten Versorger der Fall wäre. Wie viele Generationen braucht es, bis sich die Investitionen amortisiert haben? Man kann über Vattenfall sagen, was

man will, die Strom- und Wärmeversorgung hat hervorragend funktioniert. Der schwedische Staatskonzern Vattenfall ist wahrlich keine Heuschrecke.

Aber gut, lassen wir das. Alles gehört jetzt wieder allen. Hoffen wir, dass es nie wieder eine Situation gibt, in der über erneute Verkäufe nachgedacht werden wird oder muss.

Stefan Evers, Berlins Finanzsenator, brach in seiner Rede eine Lanze für die Staatsbetriebe. „Es muss nicht schlecht sein, wenn der Staat Unternehmer ist.“ Die Zeit, wo Posten in diesen Betrieben nach Parteibuch vergeben wurden, sei vorbei. Anmerkung, heute ist es eher hinderlich, ein Parteibuch zu besitzen, wenn man Chef eines städtischen Betriebes werden will.



Als der Regierende Bürgermeister **Kai Wegner** heute um 09:00 Uhr den Festakt eröffnete, hielten sich er, Giffey und Evers und auch Senatssprecherin **Christine Richter** bedeckt bei der Frage bezüglich der Nachfolge von **Manja Schreiner**. Um

11:01 Uhr, als alle schon das Gelände des Kraftwerks Mitte, wo der Festakt stattfand, verlassen hatten, meldete das Senatspresseamt, dass nun doch **Ute Bonde**, Chefin des VBB, neue Senatorin für Mobilität, Verkehr, Klimaschutz und Umwelt werden soll. Das Rätselraten hat ein Ende.

Zurück zum Festakt. Alter und neuer Chef der Berliner Fernwärme ist **Christian Feuerherd**. Sein Name sei Programm, stellte **Franziska Giffey** fest. Für die Quelle, die heute das Festzelt erwärmte, war jedoch nicht das neue Landesunternehmen **Berliner Energie und Wärme AG BEW** verantwortlich, sondern eine von der Erde 149.597.870 Kilometer entfernte Quelle, die Sonne. Feuerherd erinnerte daran, dass am 8. Mai 1884 die Berliner Energieversorgung ihren Gründungstag hatte. Das 140ste Jubiläum wird in einem weiteren Festakt gefeiert.



1



Blick zurück: Im Jahr 1997 verkaufte das Land Berlin in einer wirtschaftlich schwierigen Lage seine Anteile an der damaligen BEWAG (kurz für: Berliner Städtische Elektrizitätswerke Akt.-Ges.) an private Investoren. Später wurde die BEWAG an den Vattenfall-Konzern weiterveräußert. Über zwanzig Jahre lang hat sich Vattenfall mit Engagement für die Energie- und Wärmeversorgung in Berlin eingesetzt und bis zuletzt ambitionierte Transformationsprozesse verfolgt. Im Mai 2022 kündigte Vattenfall die strategische Überprüfung und Neubewertung ihres Wärmegeschäftes an. Es folgten ein internationales Bieterverfahren und Verhandlungen mit dem Land Berlin. Mit dem Vollzug der Transaktion geht dieser Prozess nun erfolgreich zu Ende. Der heutige Tag ist das Ergebnis einer engagierten zweijährigen Zusammenarbeit über Ressortgrenzen hinaus. Der Ankauf wird auch im Abgeordnetenhaus über die Fraktionsgrenzen hinweg getragen.

Wissenswert: Das Berliner Fernwärmenetz ist mit rund 2.023 Kilometern Länge das größte Westeuropas. Als Berlins größtes Fernwärme-System versorgt es etwa ein Drittel der Berliner Haushalte mit Wärme.

Christian Feuerherd ließ in seiner Rede nicht unerwähnt, dass die Heizperiode noch nie so früh endete wie in diesem Jahr, nämlich Ende März. „Der Senat“, sagte Feuerherd lobend über seinen neuen Arbeitgeber, „beweist mit der Rekommunalisierung Handlungsfähigkeit, Weitsicht und Mut.“

Auch **Kai Wegner** freute sich „wahnsinnig“. „Was für ein schöner Tag für Berlin.“ Wegner begrüßte die rund 2.000 Beschäftigten von Vattenfall bei ihrem neuen Arbeitgeber. „Der heutige Tag ist ein wichtiger, ja ein historischer Tag für Berlin.“, sagte Wegner. Mehr Euphorie geht nicht.

Franziska Giffey erinnert daran, dass während der Verhandlungen mit Vattenfall ein „kleiner Regierungswechsel“ stattgefunden habe. Dieser hätte zu einer Rückwende bei der Rekommunalisierung führen können. Die CDU war nie ein großer Freund der Rekommunalisierung. Weder mit der SPD und erst recht nicht mit den Grünen wäre die Rückwende möglich gewesen. „Mit dem Rückkauf der Fernwärme in Landeshand ist uns die größte energiepolitische Weichenstellung dieses Jahrzehnts gelungen.“, sagte Giffey.

Stefan Evers, der Wert darauf legt, dass der Kaufpreis 1,39 und nicht 1,4 Milliarden Euro beträgt, sagte ergänzend: „Der Rückkauf wurde aus Darlehen der IBB und aus Haushaltsmitteln des Landes finanziert. Besonders wichtig sind uns auch die Beschäftigten der BEW. Wir freuen uns, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern eine gute und sichere Perspektive bieten zu können.“



Jedes ordentliche Unternehmen braucht ein Log. Es ist ein stilisierter Wassertropfen in den Farben der Wärme und Kälte. Der weiße Blitz gehört nicht dazu, er ist lediglich ein Sonnenstrahl.



Ein Politiker darf nicht unerwähnt bleiben, wenn es um Rekommunalisierung geht. Verbissen, zielstrebig und unbeirrbar kämpft **Jörg Stroedter** seit vielen Jahren dafür, dass alle privatisierten Unternehmen der Daseinsvorsorge wieder „nach Hause“ geholt werden. „Ich freue mich, dass es uns gelungen ist, das Fernwärmenetz der Hauptstadt vom schwedischen Energieversorger Vattenfall zurückzukaufen und endlich den Privatisierungsfehler der Vergangenheit zu heilen. Dass es uns auch gelungen ist, neben dem Rückkauf der Kraftwerke, Netze und Tochtergesellschaften auch den Beschäftigten eine gute Perspektive im öffentlichen Dienst anzubieten, ist ein zusätzlicher Grund sich mit den Belegschaften zu freuen.“, erklärte Stroedter in einer Pressemitteilung.

„Heute ist tatsächlich ein historischer Tag für Berlin! Endlich erhalten wir die Spielräume, die wir dringend für die Steuerung der notwendigen Wärmewende benötigen. Wir wollen nun das Wärmenetz nutzen, um schnell den Ausstieg aus dem fossilen Zeitalter zu gestalten und notwendige Klimaschutzmaßnahmen direkt und wirkungsvoll einzuleiten. Wir wollen das Berliner Fernwärmenetz schnell klimaneutral umbauen. Dass Berlin bereits 2017 aus der Braunkohle-energieversorgung ausgestiegen ist, war schneller als erwartet. Wir wollen auch beim Ausstieg aus der Steinkohle schneller sein als gesetzlich vorgeschrieben.“

Ed Koch
(auch Fotos)

16) Grüner geht's nicht. Von Ed Koch



paperpress

seit 1976



Nr. 625-03

3. Mai 2024

49. Jahrgang

Grüner geht's nicht

Die Vorstandssprecherin der **EUREF-AG**, **Karin Teichmann**, begrüßte gestern Politiker von Bündnis 90 / Die Grünen auf dem Campus. Bezirksbürgermeister **Jörn Oltmann** hat schon viele Male den EUREF-Campus besucht, aber nie Zeit gehabt, sich einzelne Projekte genauer anzuschauen. In Begleitung des Bundestagsabgeordneter **Andreas Audretsch**, der Vorsitzenden und der Kreisgeschäftsführerin der Bezirksgrünen von Tempelhof-Schöneberg, **Katharina Hild** und **Malin Muser**, sowie der stellvertretenden Vorsteherin der Bezirksverordnetenversammlung **Martina Zander-Rade** und den Bezirksverordneten **Elias Joswich** und **Inge Hofer** ließen sich die Grünen Mandatsträger über die Umsetzung der Energiewende im Reallabor des EUREF-Campus informieren.



Zu Beginn des knapp dreistündigen Rundgangs stärkten sich die Politiker erst einmal mit Köstlichkeiten aus **Thomas Kammeiers** Küche. Linsen Moussaka,

rote und schwarze Linsen, Aubergine, Tomate, Frühlingsalat, ebenso lecker wie gesund, und zur Abrundung noch ein paar Kalorien, Schokoladenkuchen mit frischen Erdbeeren und Vanillesauce.

Anschließend führte **GASAG**-Chef **Georg Friedrichs** die Gäste durch die Energiewerkstatt, ein Projekt der **GASAG Solution Plus**, wo zusammen mit innovativen und renommierten Traditionsunternehmen mit neuen Ideen, neuen Konzepten und neuen Technologien die konkrete Um-



setzung der Energiewende vorangetrieben wird. In der EUREF-Energiewerkstatt werden schon jetzt die Klimaschutzziele von 2045 erreicht – zu den Kosten einer konventionellen Versorgung.



Stefan Grund von **Schneider Electric** begrüßte die Gruppe an der **zeemobase**, dem Ort, an dem Mobilität und Energie zusammenlaufen und sowohl physisch als auch digital vernetzt werden. Strom wird hier aus erneuerbaren Energiequellen gewonnen, lokal gespeichert und in Mobilität umgesetzt. Die zeemobase geht aus einer langen Geschichte diverser Forschungsprojekte und Investoren hervor. Sie dient aktuell als Showroom für **Schneider Electric** und die **DB E.C.O. Group** – beides Gesellschafter des Joint Venture **inno2grid**.



Ein Stopp an der berühmtesten Laterne Berlins darf bei keinem Rundgang auf dem Campus fehlen. ubi-

1



tricity sorgt mit seinen Ladelösungen für immer mehr Laternen im Stadtraum, an denen Elektrofahrzeuge aufgeladen werden können. **Philipp Sindberg** berichtete über die rasante Entwicklung seines Unternehmens. Der Name ubitricity leitet sich von „ubiquitous electricity“ (allgegenwärtige Elektrizität) ab, was genau das das Ziel beschreibt, überall erreichbare Lademöglichkeiten anzubieten.



So sehr sich die Besucher des EUREF-Campus für die Errungenschaften der Energiewende interessieren, so sehr freuen sie sich auch auf den letzten und in jeder Hinsicht Höhepunkt der Tour, dem 360-Grad-Ausblick über Berlin vom Gasometer. Noch wird überall gewerkelt, aber schon in einem Monat wird das Gebäude in der historischen Hülle des Gasspeichers vollendet sein und Berlin ein neues Wahrzeichen haben.

Die Politiker der Grünen, die in den letzten 15 Jahren dem EUREF-Campus immer wieder auch mal kritisch gegenüberstanden, zeigten sich beeindruckt von dem, was im Herzen Schönebergs entstanden ist.

Ed Koch
(auch Fotos)

T s c h e c h i e n (Seite E 107)

01) Minderheitensprache(n) fördern

Das **Bildungs- und Medienangebot** in **deutscher Sprache** soll in den grenznahen Regionen Tschechiens ausgebaut werden, berichtet der *Deutschlandfunk* über Pläne der tschechischen Behörden. Die Bemühungen sind Teil des Aktionsplans zur **Förderung der Minderheitensprachen** im Land. Neben dem Deutschen gehören Mährisch-Kroatisch, Polnisch, Romani und Slowakisch zu den Minderheitensprachen. In den Schulen werde neben der Landessprache (*Anm.: seit der Vertreibung*) nur Polnisch als Unterrichtssprache zugelassen. Deutsch gebe es nur als Fremdsprachenunterricht. (deutschlandfunkkultur.de)

Sudetendeutscher Pressedienst (SdP) Österreich, Nr. 36, 2024

Wien, am 29. Mai 2024

Ungarn (Seiten E 108 – E 111)

01) Exportschlager „illiberale Demokratie“. Viktor Orbáns Ungarn bietet der radikalen Rechten weltweit nicht nur eine Blaupause für den Staatsumbau. Es treibt auch ihre Vernetzung voran

Von Thomas Greven



Thomas Greven, Berlin

Dr. Thomas Greven ist Privatdozent für Politikwissenschaft am Kennedy-Institut der FU Berlin und selbstständiger Autor und Politikberater.

03.05.2024



Vorbild der Rechten weltweit: Ungarns Premierminister Viktor Orbán.- *picture alliance / Associated Press/ Virginia Mayo*

Für die weltweite radikale Rechte bietet Viktor Orbáns Ungarn nicht nur einen Exportschlager: die „illiberale Demokratie“. Der ungarische Premierminister spielt auch eine Rolle bei der transnationalen Vernetzung rechter Akteure. Ersteres konnte gut bei der diesjährigen *Conservative Political Action Conference* (CPAC) nahe Washington, D.C. beobachtet werden. Zwar war Orbán selbst nicht anwesend. Doch das Interesse an seinem Staatsmodell war mit Händen zu greifen: Die *Heritage Foundation* hatte einen eigenen Stand, an dem ihr 920-Seiten-Programm für eine zweite Trump-Präsidentschaft beworben wurde. Über 100 Stiftungen, Thinktanks und Institute der amerikanischen Rechten sind an dem *Project 2025* beteiligt, dessen Umsetzung eine regelrechte „Orbánisierung“ der USA bedeuten würde. Und ein ums andere Mal wurde in den Reden der ultrakonservativen

Republikaner und anderer Rechtsaußen auf Orbáns erfolgreich umgesetzte hegemoniale Strategie Bezug genommen. Wer die im hohen Maße um sich selbst kreisenden US-Amerikaner kennt, weiß, wie bemerkenswert das ist – eigentlich will man ja immer selbst leuchtendes Vorbild und Modell für andere sein.

Zweiteres wurde bereits auf der CPAC in Washington beworben: das *Center for Fundamental Rights* – angesichts seiner illiberalen Agenda eine kreative Namensgebung – annoncierte die dritte Auflage der CPAC Ungarn. Die Konferenz vom 25. bis 26. April in Budapest wartete, wie ihr amerikanisches Pendant, mit illustrier internationaler Beteiligung auf: Geert Wilders aus den Niederlanden, Mateusz Morawiecki aus Polen, José Antonio Kast aus Chile und auch Hans-Georg Maaßen von der Werteunion waren unter den Rednern. Es gibt also neben dem gezielten Import von Konzepten, Strategien und Taktiken der radikalen Rechten wie beim *Project 2025* auch deren Export.

Die grenzüberschreitenden Vernetzungen von Rechtspopulisten und „radikalisierten Konservativen“ sind mehr als nur Fototerminen narzisstischer Egomane wie Donald Trump, Javier Milei oder eben Orbán.

Wie weit reicht diese transnationale Vernetzung? Einerseits darf man das Narrativ der Akteure, dass sie nämlich eine weltweite, geschlossene Bewegung des „richtigen Volkes“ gegen die „Eliten“ des „Globalismus“ und „Wokeismus“ darstellen, nicht einfach für bare Münze nehmen. Doch andererseits sind die grenzüberschreitenden Vernetzungen von Rechtspopulisten und „radikalisierten Konservativen“ mehr als nur Fototerminen narzisstischer Egomane wie Donald Trump, Javier Milei oder eben Orbán. Wieviel mehr genau konnte man allerdings nicht bei der CPAC in Budapest herausfinden – das ging nur mit exklusiver Einladung. Sich unerkannt unter die Teilnehmer zu mischen, mag in den liberalen USA noch gehen, in Orbáns Ungarn aber nicht. Er selbst, so hört man, tritt ohnehin stets nur vor loyalen Fußvolk auf. Journalisten, die sich um Einlass bemühten, wurde vom CPAC-Veranstalter höhnisch die Akkreditierung verweigert: „CPAC is a NO WOKE ZONE.“ Ob sich dennoch investigative Journalisten einschleichen konnten? Oder ob sich Insider unter den rechten Revolutionären irgendwann zum Reden entschließen? Und zwar zum Reden jenseits des Nachbetens vorgestanzter Propaganda oder hochfliegender Pläne ohne Realitätsbezug à la Steve Bannon? Abwarten. Im letzten Jahr jedenfalls wurde eine Journalistin des *Guardian* recht rabiät von Sicherheitskräften nach draußen befördert.

Das ungarische Exportprodukt vertreiben neben dem CPAC-Veranstalter auch das *Mathias Corvinus Collegium* (MCC) und das *Danube Institute*. Beide werden finanziell großzügig vom Staat gefördert, um dem hegemonialen Projekt einen intellektuellen Anstrich zu verschaffen, beispielsweise mit Stipendiaten aus den USA und im Fall des MCC mit Büros in Belgien, Rumänien und der Slowakei. Auch die ungarischen Botschaften mischen weltweit, aber vor allem in Zentral- und Osteuropa mit. Dass das ungarische Modell bei Rechtsaußen so beliebt ist, lässt sich leicht erklären – es hat sich schließlich im Heimatland bereits bewährt. Auch wenn Orbán und seine regierende *Fidesz* wegen Korruptionsvorwürfen erheblich unter Druck geraten sind, ist die Opposition doch weiterhin fragmentiert. Die Machtposition der auf allen Ebenen mit dem Staat, den Medien und der Wirtschaft verschmolzenen *Fidesz* scheint unangefochten. Orbáns Wahlkampfstrategen erklären alle Gegner zu Vasallen Ursula von der Leyens und machen Brüssel und seine Institutionen zum Buhmann, vor dem Ungarns Souveränität geschützt werden müsse: an der Grenze gegen Migranten und kulturell gegen eine angebliche LGBTQI-Agenda.

Vor der Wahl zum Europaparlament Anfang Juni sehen Prognosen die radikale Rechte nahezu überall im Aufwind.

Vor der Wahl zum Europaparlament Anfang Juni sehen Prognosen die radikale Rechte nahezu überall im Aufwind – kein Wunder, wenn in Deutschland nicht einmal mutmaßlicher Vaterlandsverrat die AfD mehr als ein, zwei Prozentpunkte kostet. Doch es ist nicht alles Gold, was glänzt. Die Ähnlichkeiten der anti-globalistischen und kulturkämpferischen Narrative der radikalen Rechten sind zwar nicht zufällig, sondern Ergebnis grenzüberschreitender Austausche, gar des Voneinander-Lernens – für gegenseitige Inspiration reichen vielleicht schon die Auftritte von internationalen Stars der radikalen Rechten bei der CPAC oder bei der kürzlich vorübergehend von der Polizei unterbrochenen „National Conservatism“-Konferenz in Brüssel. Sie vermitteln den Zuhörern das Gefühl, Teil eines größeren Ganzen zu sein, nämlich einer Bewegung überwiegend weißer Christen gegen alles, was aus ihrer Sicht für apokalyptische Albträume sorgt. Auch Techniken der Propaganda, der Desinformation und der Auftritte in den sozialen Medien werden grenzüberschreitend scharf gemacht: Man schaut ganz genau, was funktioniert, und versucht dann, es im eigenen Kontext anzuwenden. Aber es funktioniert eben bei Weitem nicht alles. Finanzielle Hilfen aus Ungarn werden vor Wahlen immer gerne angenommen, aber die polnische PiS gibt inzwischen den ungarischen Wahlkampfhelfern die Schuld für ihre [Niederlage gegen Donald Tusks Bündnis](#).

„All politics is local“, sagte Tip O’Neill, legendärer Speaker des US-Repräsentantenhauses: Man muss die lokalen Gegebenheiten sehr gut kennen, um zu gewinnen, und das ist eine hohe Hürde. Und so wird man sehen, ob es zu effektiver operativer Kooperation kommt. Ob beispielsweise Steve Bannon, der vergleichsweise ausgefeilte Vorstellungen einer globalen Bewegung zur Überwindung der angeblichen linksliberalen Hegemonie hat, tatsächlich einmal erfolgreiche Operationen in Europa durchführen kann – wie sein Projekt eines deutschsprachigen *War Room*, seiner Talkshow.

Große Hürden für eine organisierte Kooperation gibt es bekanntlich auch im Europäischen Parlament, wo es gleich zwei Rechtsaußen-Fraktionen gibt, Europäische Konservative und Reformer (EKR) und Identität und Demokratie (ID), die immerhin stabiler sind als noch vor wenigen Jahren. Orbáns *Fidesz* gehört bisher keiner dieser Fraktionen an. Die Partei hat im März 2021 die christdemokratische Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) verlassen, nur ganz kurz bevor man sie herausgeschmissen hätte. Nun wartet man wohl auf das Ergebnis der Wahl im Juni. *Fidesz* ist weder bei ID noch bei EKR unumstritten, und auch umgekehrt gibt es Bedenken. Dabei geht es einerseits um den völkischen Nationalismus, der sich beim ID-Mitglied AfD durchzusetzen scheint und der nicht nur Marine Le Pen und ihr *Rassemblement National* verstört, sondern dem auch Orbán sich nicht ohne Weiteres annähern kann. Zu abhängig ist Ungarn immer noch von guten wirtschaftlichen – und damit auch politischen – Beziehungen zu Deutschland. Zum anderen geht es um das Verhältnis zu Russland und die Positionierung zum Krieg in der Ukraine.

Orbán steckt gewissermaßen in einer autokratischen Falle.

Vor allem Italiens Ministerpräsidentin Georgia Meloni (*Fratelli d’Italia*), die sich – an dieser Stelle vielleicht cleverer als Orbán – mit einem dezidiert pro-ukrainischen Kurs den Rücken in der EU freihält für ihren radikalen Umbau Italiens, stellt Bedingungen für die Mitgliedschaft von *Fidesz* in der Fraktion EKR: Zumindest müssten die Freundlichkeiten Richtung Putin deutlich abgeschwächt werden. Aber Orbán steckt gewissermaßen in einer autokratischen Falle. Da er die Abhängigkeit Ungarns von Russland nicht rechtzeitig reduziert hat und die ökonomischen Beziehungen zu China sogar ausgebaut hat, um sich vom Westen Europas (und insbesondere von Deutschland) freizuschwimmen, fiele ein Rückzug nun umso schwerer.

Doch auch wenn die Kooperation bei der „rechten Internationalen“ nicht überall so effektiv funktioniert wie ihre Protagonisten behaupten: Es geht in der heutigen Hyperpolitik vorrangig um Emotionen, lokal wie national wie europäisch wie global. Und dabei hat die radikale Rechte die Nase vorn. Dies gilt sowohl bei der Mobilisierung einer zunehmend demokratie- und bürokratiemüden und von der Polykrise überforderten Wählerschaft durch Angst und Wut als – auch bei der Organisation des vorpolitischen Raums nach dem Motto „wir gegen sie“, national wie international. Dabei ist die angebotene Politikalternative mehr als tückisch: Denn wenn alle auf „mein Land *first*“ setzen, kommt eben kein harmonisches Konzert wieder glücklich souveräner Nationen dabei heraus, sondern schärfste Interessenkonflikte, die nicht länger über langweilig-technokratische Institutionen globaler und europäischer Governance abgefedert und vermittelt werden. Immerhin: In der nächsten Runde wird dann vielleicht auch das langweilig gewordene europäische Friedensprojekt wieder interessant. Auferstanden aus Ruinen?

https://www.ipg-journal.de/rubriken/demokratie-und-gesellschaft/artikel/exportschlager-illiberale-demokratie-7485/?utm_campaign=de_40_20240503&utm_medium=email&utm_source=newsletter

Ukraine (Seiten E 112 – E 122)

01) Das Lego-Prinzip. Vom Krieg hart getroffen, braucht die Ukraine Zukunftsperspektiven. Beim Wiederaufbau sollten vier Aspekte besonders im Fokus stehen

Von Svenja Schulze



Svenja Schulze

Berlin

Svenja Schulze ist seit Dezember 2021 Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung. Zuvor war sie Bundesministerin für Umwelt

06.06.2024



Ein Mann reinigt nach russischem Beschuss eine zerstörte Wohnung in Nikopol.- *picture alliance / AP | Kostiantyn Liberov*

Bei Lego-Steinen ist das Prinzip, dass einzelne Bausteine nahtlos ineinandergreifen und aufeinander aufbauen. Und so lässt sich auch Entwicklungszusammenarbeit beschreiben. Mit diesem Bausteinprinzip wird Deutschland zusammen mit der Ukraine und weiteren Geberländern am 11. und 12. Juni die *Ukraine Recovery-Konferenz* (URC) in Berlin angehen. Um den Wiederaufbau im Land voranzutreiben, setzen wir gemeinsam auf vier Bausteine: Kommunen, kleine und mittelständische Unternehmen (KMU), Fachkräfte sowie Frauen.

Unser Ziel: Zukunftsperspektiven für die Ukrainerinnen und Ukrainer. Und zwar nicht erst nach dem Ende des brutalen russischen Angriffskrieges, sondern bereits jetzt. Damit diese

Seite E 113 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

Zukunftsperspektiven nachhaltig und widerstandsfähig sind, bauen sie inhaltlich aufeinander auf. Die Basis des „Bauplans“ bilden die Kommunen. Sie kennen die Bedarfe ihrer Bürgerinnen und Bürger am besten und sind dafür verantwortlich, dass bei ihnen wieder Strom und Wasser fließen. Dass Wohnhäuser, Straßen und Schulen repariert werden. Und dass das, was zerstört wurde, besser und nachhaltiger wiederaufgebaut wird.

Dafür brauchen Kommunen drei Dinge. Erstens mehr Entscheidungsspielraum – Stichwort kommunale Selbstverwaltung. Zweitens mehr Kooperationen – also Partnerschaften, beispielsweise mit der Zivilgesellschaft, den internationalen Partnerkommunen und privaten Unternehmen. Dass solche Partnerschaften eine Win-Win-Lösung sind, zeigt das Beispiel von Lwiw und Freiburg.

Lwiw liegt nur rund 80 Kilometer von der EU-Grenze entfernt. Bürgermeister Andrij Sadovyj hat mir dort kürzlich das Rehasentrum *Unbroken* gezeigt. In dem Zentrum arbeiten Psychologen, Ärztinnen, Orthopäden und Physiotherapeutinnen Hand in Hand. Sie statten Menschen mit Prothesen aus und richten sie wieder auf. Sie richten damit auch ein Stück Ukraine wieder auf und spenden Hoffnung in schwierigsten Zeiten. Freiburg hat sich gemeinsam mit seiner Partnergemeinde Lwiw für den Aufbau des Rehasentrums eingesetzt, direkt mit finanzieller Unterstützung und über die vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) geförderte kommunale Zusammenarbeit.

Seit Anfang 2022 konnten mit deutscher Unterstützung rund 40 000 Unternehmen auf dem Markt bestehen und Arbeitsplätze sichern.

Um solche Projekte umzusetzen, brauchen Kommunen – drittens – mehr Geld. Deshalb soll die URC ukrainischen Kommunen den Zugang zu internationalen Finanzmitteln erleichtern. Apropos Unternehmen und Geld. Der zweite Baustein der Wiederaufbau-Strategie sind kleine und mittelständische Unternehmen. So wie auch hier in Deutschland sind diese das wirtschaftliche Rückgrat der ukrainischen Gesellschaft. Deshalb wird Deutschland mit der Ukraine eine Allianz für KMU aufsetzen, um diese besser und nachhaltiger zu finanzieren. Das passende Instrument dafür ist der *Business Development Fund* (BDF), den wir mit der Ukraine nach dem Vorbild der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) umbauen wollen. Der BDF soll in der Zukunft zu einer starken Förderinstitution nach den besten internationalen Standards ausgebaut werden.

Dabei holt der BDF die Mittel zur KMU-Finanzierung nicht nur vom Staat und von Gebern, sondern auch auf dem lokalen Kapitalmarkt. Den Unternehmen bietet er dadurch passgenaue Finanzierungen: Kredite, Garantien und Zinsverbilligungen. Dass Deutschland und die Ukraine damit gemeinsam richtig etwas bewegen können, zeigen die Zahlen: Seit Anfang 2022 konnten mit deutscher Unterstützung rund 40 000 Unternehmen auf dem Markt bestehen und Arbeitsplätze sichern. Dank schneller und zinsgünstiger Kredite können beispielsweise landwirtschaftliche Betriebe wieder Ackerbau betreiben und das verarbeitende Gewerbe Maschinen beschaffen, die sie zur Produktion benötigen. Es ist wichtig, dass Wiederaufbau auch in dieser wirtschaftlichen Dimension gedacht wird.

Das findet auch Svitlana. Sie hatte vor dem Angriff auf Mykolajiw dort das Trinkwasserunternehmen *Chista Voda* geleitet. Nachdem sie neun Monate als Binnenvertriebene gelebt hatte, konnte sie wieder in ihre Heimatstadt zurückkehren. Dabei hatte sie ein Ziel: die Wasserversorgung für alle schnell wiederherstellen. Aber das war schwierig, denn die Hälfte ihrer 50 Angestellten kämpfte an der Front und es fehlte an Geld, um Treibstoff für den Wassertransport zu kaufen. Außerdem waren die Trinkwasserleitungen durch den Angriff auf die Stadt weitgehend zerstört worden.

Der Wiederaufbau braucht fähige und motivierte Menschen.

Svitlana hat sich daraufhin auf das *EU4Business*-Programm beworben und finanzielle Unterstützung erhalten. Davon konnte sie neue Wassertanks und Benzin kaufen. Sie begann wieder mit der Trinkwassergewinnung und versorgte die Menschen in den Gemeinden Cherson und Mykolajiw so lange kostenlos mit Wasser, wie das öffentliche System zusammengebrochen war. Seitdem hat Svitlana Verträge mit zwei Hilfsorganisationen abgeschlossen, die das Trinkwasser kaufen und verteilen. Durch die Einnahmen steht Svitlanas Unternehmen wieder auf sicheren Füßen und sie konnte die Zahl ihrer Mitarbeitenden auf 30 erhöhen. Außerdem wurde in Mykolajiw mit deutscher Unterstützung eine solarbetriebene Trinkwasserentsalzungsanlage gebaut, die die Bevölkerung mit frischem Trinkwasser versorgen wird. Svitlanas Geschichte zeigt ganz klar: Der Wiederaufbau braucht fähige und motivierte Menschen.

Der dritte Baustein ist die *WoMen-Power* in Form von Fachkräften. Denn auch mit Strom produzieren Fabriken nichts ohne Menschen, die die Maschinen bedienen. Auch Straßen und Häuser bauen sich nicht von alleine wieder auf. Und je neuer die Technik, die die Ukraine installiert, desto mehr Expertinnen und Experten werden dafür gebraucht. Auch im Privatsektor ist die Nachfrage nach Fachkräften in den Bereichen Bau, Logistik, Agrarwirtschaft größer als das Angebot. Deswegen gibt es im Rahmen der URC eine Ausbildungsoffensive. Diese richtet sich insbesondere an ukrainische Jugendliche und Binnenvertriebene. Denn eine (neue) berufliche Zukunft ist ganz wesentlich, um Hoffnung zu schöpfen. Außerdem muss es für Ukrainerinnen und Ukrainer leichter werden, ihre Abschlüsse in der EU anerkannt zu bekommen, um dort in gleichwertigen Jobs arbeiten zu können. Aber bei dem Thema Arbeitskräfte geht es nicht nur um viele helfende Hände. Es geht vor allem auch um deren Köpfe. Um neue Ideen, wie besser wiederaufgebaut werden kann. Um Problemlösung und Kreativität, um den anhaltenden Angriffen zu trotzen. All das bringen viele Menschen in der Ukraine bereits mit.

Gleichwertigkeit ist auch das große Motto für Baustein Nummer vier: Frauen. Frauen wie Tetyana, deren Mann an der Front kämpfte und die nicht nur aus ihrer Heimat fliehen, sondern ihre Kinder plötzlich alleine versorgen musste. Sie bildete sich in einer vom BMZ finanzierten Berufsschule weiter und arbeitet inzwischen als Buchhalterin für einen kleinen Supermarkt. Das ist nicht nur gut für sie, weil sie nun wirtschaftlich unabhängig ist, sondern auch gut für die Gemeinde, der Fachkräfte fehlen.

Frauen wie Tetyana sind diejenigen, die die Gesellschaft am Laufen halten. Die schwere Aufgaben übernehmen und neue Berufe erlernen müssen. Das ist eine große Herausforderung und Chance zugleich. Denn auch bei den Frauen bleibt das neue Wissen, die neuen Fähigkeiten und das neue Selbstbewusstsein nach dem Krieg bestehen. Und hilft ihnen dabei, sich für gleiche Rechte, Ressourcen und politische Teilhabe starkzumachen. Menschen wie Svitlana und Tetyana zeigen, dass die deutsche Unterstützung in der Ukraine wirkt. Dass sie den Wiederaufbau spürbar voranbringt. Deshalb setzt die deutsche Bundesregierung mit ihren ukrainischen Partnerinnen und Partnern auf das bewährte Lego-Prinzip – bis alle Bausteine sicher aufeinander stehen.

https://www.ipg-journal.de/regionen/global/artikel/das-lego-prinzip-7553/?utm_campaign=de_40_20240606&utm_medium=email&utm_source=newsletter

02) Gebot der Realpolitik. Wer derzeit für Frieden plädiert, wird oft attackiert. Doch die Suche nach Wegen, den Krieg in der Ukraine zu beenden, erfordert eine breite Debatte

Von Frank Hoffer



Frank Hoffer

Dr. Frank Hoffer ist ehemaliger Mitarbeiter der Internationalen Arbeitsorganisation ILO und *Associate Fellow* an der *Global Labour University Online Academy*. Zuvor war er als Sozialreferent in der Deutschen Botschaft in Moskau und Minsk sowie als Geschäftsführer der Initiative ACT tätig, die sich für existenzsichernde Löhne in der Textilindustrie einsetzt.

22.05.2024



Graffiti in Butcha: Wie kann Frieden gelingen?- *picture alliance / AA / Oleksii Chumachenko*

Die Ukraine braucht dringend Waffen und Unterstützung, um den russischen Angriff zum Stehen zu bringen. Russland darf nicht gewinnen. Jedoch wurde General Skibizki, der stellvertretende Chef des ukrainischen Militärsicherheitsdienstes vor ein paar Tagen in einem Interview im *Economist* zitiert, er sehe keine Möglichkeit für die Ukraine, den Krieg allein auf dem Schlachtfeld zu gewinnen. Selbst wenn es der Ukraine gelänge – eine Aussicht, die in immer weitere Ferne rücke –, die russischen Streitkräfte an die Grenzen zurückzudrängen, würde das den Krieg nicht beenden: „Solche Kriege können nur durch Verträge beendet werden“ und „gegenwärtig ringen beide Seiten um die ‚günstigste Position‘ im Vorfeld möglicher Gespräche“.

Seite E 116 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

„Es wäre naiv zu glauben, dass die Ukraine in absehbarer Zeit vollständig die Kontrolle über ihr Territorium zurückgewinnen könnte“, sagte der tschechische Präsident und entschiedene Ukraineunterstützer Pjotr Pavel dem Sender *Sky News*. Russland werde die besetzten Gebiete nicht aufgeben: „Was wir tun müssen, ist, den Krieg zu stoppen.“

Angesichts des unendlichen Leids und der vielen Toten nach Wegen zu suchen, wie der Krieg gestoppt werden kann, statt wider die Faktenlage an der Hoffnung eines militärischen Sieges als der einzig annehmbaren Option festzuhalten, ist ein Gebot moralischer Realpolitik. Als Rolf Mützenich im März im Parlament die Frage stellte, ob nicht parallel zur entschlossenen Waffenhilfe an die Ukraine auch über Wege zum [Einfrieren des Krieges](#) diskutiert werden sollte, brach ein Sturm der Entrüstung los.

„Naive Appeasementpolitik gegenüber Russland“, verlautbarten unisono Ricarda Lang und Marie-Agnes Strack-Zimmermann. Überlegungen über das Einfrieren eines Konflikts bei gleichzeitiger entschlossener militärischer, politischer und humanitärer Unterstützung mit München 1938 gleichzusetzen, zeugt von geschichtlicher Unkenntnis oder Unehrllichkeit. Damals entschieden europäische Großmächte über den Kopf der Tschechen hinweg, einen Teil ihres Landes kampflos Hitlerdeutschland auszuliefern. Mit wahrheitswidrigen Gleichsetzungen wird versucht, eine ungelegene Frage von vornherein zu desavouieren.

Es braucht eine offene Debatte darüber, dass ukrainische und deutsche Interessen zwar in wichtigen Fragen in die gleiche Richtung gehen, aber nicht deckungsgleich sind.

Dabei müssen Fragen der Lastenverteilung für die Aufnahme und Integration von 1,2 Millionen Ukrainerinnen und Ukrainern ebenso wie die Steigerung der Verteidigungsausgaben diskutiert werden. Insbesondere da der Wortwechsel von der „Verteidigungsfähigkeit“ hin [zur „Kriegstüchtigkeit“](#) in diesem Zusammenhang keine semantische Petitesse ist, sondern der Zeitenwende einen bewusst bellizistischen Akzent verleiht. Es braucht eine offene Debatte darüber, dass ukrainische und deutsche Interessen zwar in wichtigen Fragen in die gleiche Richtung gehen, aber nicht deckungsgleich sind. Je intensiver die NATO sich mit Material und Menschen an dem Krieg beteiligt, desto sicherer dürfte sich die Ukraine fühlen. Gleichzeitig lehnen in Deutschland laut einer [Meinungsumfrage](#) 72 Prozent die Entsendung von Soldaten, 58 Prozent die Bereitstellung der Marschflugkörper Taurus und 31 Prozent überhaupt Waffenlieferungen an die Ukraine ab.

Eine Verengung der Debatte auf einen militärischen Sieg der Ukraine als einzig akzeptable Option wirft in der Konsequenz die Frage auf, was getan werden soll, wenn sich dieser Erfolg nicht einstellt. Soll Russland auf dem Schlachtfeld besiegt und aus den besetzten Gebieten vertrieben werden, wird dies ohne massive weitere Eskalation – einschließlich des zumindest indirekten Einsatzes von Soldaten aus NATO-Ländern – nicht gelingen. Sie wäre mit langandauernden Kämpfen, hohen ukrainischen Verlusten und – bei erfolgreichen Geländegewinnen – mit dem Risiko einer russischen Waffenescalation verbunden.

Das tausendfache Sterben gebietet mehr als alles andere die Suche nach Wegen, den Krieg zu beenden, ohne dass die Ukraine verliert und ohne dass Russland gewinnt. Mützenichs Aufforderung, neben dem kleinteiligen Streit über einzelne zu liefernde Waffen auch darüber nachzudenken, ob außer einem kriegsentscheidenden militärischen Erfolg der Ukraine auch andere Wege zur Beendigung des Krieges führen könnten, ist kein Verrat an der ukrainischen Sache. Solche Überlegungen sind Teil einer unbedingt erforderlichen demokratischen Debatte, um auch weiterhin eine Mehrheit der deutschen Bevölkerung für die Unterstützung der Ukraine zu gewinnen.

Seite E 117 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

Die Gesellschaft darf die Friedensdiskussion nicht der AfD oder Sahra Wagenknecht überlassen.

Menschen verlieren das Vertrauen in Politik, die Opfer für unrealistische Ziele verlangt. Wenn ein vollständiger Sieg über Russland unerreichbar ist, dann ist ein bitterer Kompromiss, bei dem die Ukraine – unterstützt und abgesichert durch westliche Militär- und Wirtschaftshilfen – ihre Freiheit behält, aber Territorium verliert, möglicherweise eher ein Ziel, für das die langfristige Zustimmung der Bevölkerung gewonnen werden kann. Der russische Völkerrechtsbruch bleibt dabei fortbestehendes Unrecht. Wer die Debatte um solche imperfekten, aber dafür eventuell möglichen Lösungen aus dem Parlament und dem Meinungsmainstream empört verbannen möchte, wird erleben, wie sie sich umso mehr in sich selbst verstärkenden Blasen entfalten, wo dann auch die abwegigsten Ideen noch angeklickt, geliked und geteilt werden.

Alle Überlegungen zu Verhandlungslösungen bleiben allerdings abstrakt-hypothetisch, solange Russland nicht ernsthaft zu Verhandlungen bereit ist. Putin wird nicht freiwillig von seinen erklärten Zielen ablassen, die sich grob wie folgt zusammenfassen lassen: erstens Grenzverschiebung und Annektierung der Krim und der Ostukraine, zweitens ein Regimewechsel in Kiew und drittens die Errichtung eines demilitarisierten Vasallenstaates à la Belarus in der Restukraine. Russische Verhandlungsbereitschaft wird sich ergeben, wenn sich in Russland der Eindruck verstärkt, dass die Zeit militärisch, wirtschaftlich sowie innen- und außenpolitisch gegen Russland arbeite und die Punkte 2 und 3 unerreichbar seien.

Ergänzend zu den Waffenlieferungen an die Ukraine und den Sanktionen gegen Russland bedarf es zusätzlicher Bemühungen, um zu Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen zu kommen.

Ergänzend zu den Waffenlieferungen an die Ukraine und den Sanktionen gegen Russland bedarf es zusätzlicher Bemühungen, um zu Waffenstillstands- und Friedensverhandlungen zu kommen. Die [von der Schweiz organisierte Friedenskonferenz](#) Mitte Juni, auf der erst einmal „nur“ über nukleare Sicherheit, humanitäre Aspekte wie die Rückführung von verschleppten Kindern und die Sicherheit von Nahrungsmitteltransporten unter Beteiligung möglichst vieler Länder gesprochen werden soll, ist hier ein wichtiges Bemühen, das unbedingt unterstützt werden sollte. Die interne Opposition gegen Putin – so schwach sie im Moment auch erscheint – gilt es zu ermutigen. Dazu gehören die Hilfe für Exilmedien und Exilorganisationen, das Angebot politischen Asyls für russische Kriegsdienstverweigerer und Deserteure, aber auch die Botschaft, dass es für ein Russland, das sich von Putin befreit, einen Weg zurück nach Europa gibt.

Außenpolitisch müssen Länder außerhalb der NATO-Strukturen gewonnen werden, sich für eine Lösung des Konflikts zu engagieren. Dass diese Länder sich bisher wenig bis gar nicht engagieren, liegt daran, dass ihre [nationalen Interessen und Prioritäten](#) andere sind als die westlichen. Ein [flammender Appell](#) der Bundesaußenministerin Annalena Baerbock wird hier zu keinem Umdenken führen. Insbesondere wenn sich deutsche Außenpolitik in anderen Fällen von überwältigenden Mehrheitsentscheidungen der Völkergemeinschaft unbeeindruckt zeigt.

Um Länder des Globalen Südens für eine Unterstützung der Ukraine zu gewinnen, muss es eine westliche Bereitschaft geben, deren Interessen zu verstehen.

Um Länder des Globalen Südens für eine Unterstützung der Ukraine zu gewinnen, muss es eine westliche Bereitschaft geben, deren Interessen zu verstehen. Ohne den Willen der

reichen Länder, die in vielfacher Weise in die regelgebundene internationale Ordnung eingewobenen strukturellen Ungerechtigkeiten zu überwinden, wird es nicht gelingen, den Globalen Süden im Namen der regelgebundenen internationalen Weltordnung von der Solidarität mit der Ukraine zu überzeugen.

Ob Deutschland und die EU China bewegen können, im Sinne des Friedens auf Russland einzuwirken, erscheint zweifelhaft; die Volksrepublik ist bisher sowohl wirtschaftlich als auch geopolitisch der große Gewinner dieses Konflikts. Dass es hier dennoch Möglichkeiten gibt, zeigt die Erklärung von Xi Jinping gegen den [Einsatz von Nuklearwaffen](#) im Krieg in der Ukraine während des Besuchs von Bundeskanzler Olaf Scholz in Peking im Herbst 2022. Auch wenn es bisher trotz intensiver Bemühungen nicht gelungen ist, China davon abzubringen, de facto an der Seite Russlands zu stehen, bleibt es wichtig, China glaubhaft zu verdeutlichen, dass sich ein chinesischer Beitrag zur Lösung der Krise positiv auf die chinesisch-europäischen Beziehungen auswirken würde.

Als zweitwichtigster Waffenlieferant der Ukraine kann Deutschland in vertraulichen Gesprächen mit Kiew und den Verbündeten Initiativen jenseits eines langanhaltenden Abnutzungskrieges ausloten. Wäre möglicherweise ein ukrainischer Vorschlag vorstellbar, der in keiner Weise die russischen Annektierungen anerkennt, aber einen Verzicht auf die militärische Rückeroberung der besetzten Gebiete anbietet, wenn Russland gleichzeitig eine NATO-Mitgliedschaft oder äquivalente westliche Sicherheitsgarantien für die freie Ukraine hinnimmt und einer Volksabstimmung unter UN-Kontrolle in den besetzten Gebieten über die Zugehörigkeit zu Russland oder zur Ukraine zustimmt? Solche oder ähnliche Überlegungen könnten Russland diplomatisch unter Zugzwang setzen und der Weltöffentlichkeit zeigen, dass die Ukraine – trotz der völkerrechtlich eindeutigen Lage – bereit ist, mit dem Aggressor über Wege zum Frieden zu verhandeln. Diplomatisch muss es um Initiativen und Lösungsvorschläge gehen, die Russland mehr als bisher international isolieren und den weltweiten Druck auf Russland erhöhen, die Kriegshandlungen einzustellen.

Die reale Macht, wirklich abschreckend zu eskalieren, haben militärisch sowieso nur die USA.

Westliche militärische [Eskalationsbereitschaft](#) ist eine andere Option, um den Verhandlungsdruck auf Russland zu erhöhen. Allerdings ist Eskalation immer ein Spiel mit dem Feuer. Die reale Macht, wirklich abschreckend zu eskalieren, haben militärisch nur die USA. Dass die USA bisher nur zurückhaltend eskalieren, dürfte daran liegen, dass sie die Ukraine zwar aus geopolitischen Gründen und aus westlichem Werteverständnis schützen wollen, aber gleichzeitig die Gefahr einer Ausweitung des Krieges und eine mögliche Nukleareskalation verhindern wollen. Diese vorsichtige Entschlossenheit, die auch von der Bundesregierung verfolgt wird, als ängstliches Zaudern zu kritisieren, wird dem Ernst der Lage nicht gerecht.

Die Freigabe des 60-Milliarden-US-Dollar-Pakets durch den US-Kongress und die massive europäische und insbesondere deutsche Unterstützung werden, so ist zu hoffen, die Front stabilisieren, Russland die Hoffnung auf eine „günstigere Position“ nehmen und dort die Bereitschaft erhöhen, nach Lösungen auf der Grundlage eines militärischen Patts zu suchen.

Wie man möglicherweise als ersten Schritt auf dem Weg zum Frieden den Konflikt einfrieren kann, ist eine legitime und notwendige Frage. Wenn diese nicht abstrakt-hypothetisch bleiben soll, muss der Frage eine Antwort folgen, durch welche Kombination von politischem Druck, militärischer Unterstützung, diplomatischen Allianzen, Verhandlungsrahmen und

Kompromissvorschlägen der Weg zum Einfrieren und Beenden des Krieges begonnen werden könnte. Dies erfordert vertrauliche Diplomatie – und öffentliche Debatte.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/gebote-der-realpolitik-7506/?utm_campaign=de_40_20240522&utm_medium=email&utm_source=newsletter

03) Eine Frage der Existenz. Die ukrainische Armee braucht neue Soldaten. Doch die Maßnahmen der Regierung sind wenig erfolgversprechend und drohen, die Gesellschaft zu spalten

Von Anastasia Magazowa



Anastasia Magazowa, Berlin

Anastasia Magazowa ist eine ukrainische Journalistin und Politikwissenschaftlerin, die seit 2013 als Korrespondentin für verschiedene deutsche Medien über die Ukraine schreibt, darunter die *Deutsche Welle* und die *tageszeitung*.

07.05.2024



Rekrutierung von Freiwilligen in der Ukraine: Wer will noch an die Front? *picture alliance / Sipa USA Sopa Images.*

Die militärische und politische Führung der Ukraine klagt schon seit Langem über akuten Soldatenmangel. Offizielle Verlautbarungen zu ihren Verlusten an der Front gibt es von ukrainischer Seite nicht, aber nach verschiedenen Schätzungen geht die Zahl der Getöteten und Verletzten in die Zehntausende. Diese Verluste müssen aufgefangen werden. Zudem brauchen die Kämpfenden nach über zwei Jahren Fronteinsatz Entlastung durch Rotation.

Seite E 120 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

Die ukrainische Regierung sucht nach möglichen Lösungen für das Problem. Eine davon besteht darin, die Männer zurückzuholen, die sich außer Landes aufhalten.

Mitte April [erklärte](#) Außenminister Dmytro Kuleba, sein Ministerium arbeite an einer Strategie für den Umgang mit Ukrainern, die im Ausland leben. Der Außenamtschef ist überzeugt: Wenn die Ukraine mit diesen Staatsbürgern nicht anders verfährt als bisher, werden sie sich in ihren Aufenthaltsländern sehr schnell assimilieren – wobei er offen zugab, dass er Zweifel hat, ob die ausgereisten Ukrainer dem Wunsch ihres Landes nachkommen und wirklich in ihre Heimat zurückkehren werden. Die neue Strategie, so betont das Außenministerium, solle bewirken, dass diese Menschen – zumindest mental – Ukrainer bleiben und in ihren neuen Ländern zu Anwälten der Ukraine werden können.

Die jüngsten Schritte des Außenministeriums widersprechen allerdings nicht nur den Absichtserklärungen der Regierung, sondern stießen bei den Ukrainerinnen und Ukrainern, die sich vorübergehend oder dauerhaft außerhalb der Ukraine aufhalten, auf heftige Kritik.

Am 23. April wurden auf einmal die Konsulardienste für ukrainische Männer im wehrfähigen Alter eingestellt, wobei es keine Rolle spielt, seit wann und mit welchem Status sie sich im Ausland aufhalten. Vor allem geht es um die Ausstellung oder Verlängerung von Personalausweisen und Reisepässen. Später teilte das Außenministerium mit, diese Dokumente würden nicht mehr ins Ausland übersendet und dort ausgehändigt, sondern nur noch auf ukrainischem Staatsgebiet ausgestellt und ausgegeben. Das Außenamt spricht von einer vorübergehenden Maßnahme; angeblich werden die Abläufe für das Erbringen von Konsulardiensten vorerst nicht mit dem neuen Mobilmachungsgesetz in Einklang gebracht, das am 18. Mai 2024 in Kraft treten soll. Mit diesem Gesetz werden nicht nur die wesentlichen Aspekte der Mobilmachung für die ukrainische Armee geregelt, sondern auch Beschränkungen für Wehrpflichtige eingeführt, die sich im Ausland aufhalten und ihre Daten nicht fristgerecht an die Wehrbehörden gemeldet haben. Nach dem [neuen Gesetz](#) dürfen Konsulardienste für Männer zwischen 18 und 60 Jahren nur noch erbracht werden, wenn sie ihre personenbezogenen Daten auf den aktuellen Stand gebracht haben.

Bürgerrechtler und Juristen kritisierten diesen Beschluss der Regierung als diskriminierend und verfassungswidrig.

Diese Aktualisierung muss innerhalb von 60 Tagen nach Inkrafttreten des Gesetzes erfolgen – also bis Mitte Juli. Doch die konsularischen Dienstleistungen für Männer im wehrfähigen Alter wurden schon vor Inkrafttreten des Gesetzes eingestellt. Die offizielle Begründung: Das Außenministerium schaffe es nicht, die eingegangenen Anträge zu bearbeiten, bevor das Gesetz in Kraft tritt.

Bürgerrechtler und Juristen kritisierten diesen Beschluss der Regierung als diskriminierend und verfassungswidrig. Doch das Außenministerium hält unbeirrt an seiner Position fest: „Ein Mann, der im wehrfähigen Alter ins Ausland gegangen ist, hat seinem Land damit signalisiert, dass es ihm egal ist, ob dieses Land überlebt. Und dann kommt er und will von diesem Staat Leistungen erhalten. So geht das nicht. Unser Land befindet sich im Krieg“, kommentierte Minister Kuleba seine Entscheidung. Es gehe um die Wiederherstellung der Gerechtigkeit zwischen den Wehrpflichtigen in der Ukraine und den Wehrpflichtigen im Ausland, denn ein Auslandsaufenthalt entbinde die Staatsbürger nicht von ihren Pflichten gegenüber ihrem Heimatland.

Einige europäische Länder haben sich bereiterklärt, der Ukraine bei der Rückholung ukrainischer Männer in die Ukraine behilflich zu sein. Ohne ins Detail zu gehen, erklärte

Seite E 121 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

Polens Verteidigungsminister Władysław Kosiniak-Kamysz, sein Land sei bereit, der Ukraine in jeder Weise in diesem Prozess zu helfen, und habe dies zuvor schon von sich aus angeboten. Auch sein litauischer Amtskollege Laurynas Kasčiūnas meint, man müsse darüber nachdenken, wie man der Ukraine bei der Rückholung der Männer im wehrfähigen Alter helfen könne.

Bislang ist allerdings nicht klar, wen die europäischen Verteidigungsminister mit „Männer im wehrfähigen Alter“ genau meinen: Geflüchtete? Oder jene, die widerrechtlich ausgereist sind, um ihrer Einberufung zu entgehen? Oder alle Männer, die einen ukrainischen Pass haben und sich – egal seit wann – außer Landes aufhalten?

Es scheint allerdings wenig wahrscheinlich, dass die europäischen Regierungen in Aktion treten und diese Männer zur Ausreise zwingen werden.

Da die Beschränkungen ohne Ausnahme für alle ukrainischen Männer gelten, geht es der ukrainischen Regierung offenbar darum, sich ein vollständiges Bild von ihren potenziellen Mobilmachungsressourcen zu machen. Eurostat schätzt die Zahl der ukrainischen Staatsbürger, die sich im Januar 2024 in den Ländern der EU aufhielten, auf 4,3 Millionen, davon 860 000 Männer. Es scheint allerdings wenig wahrscheinlich, dass die europäischen Regierungen in Aktion treten und diese Männer zur Ausreise zwingen werden.

In Berlin heißt es gar, die Entscheidung des ukrainischen Außenministeriums, die Konsulardienste einzustellen, habe keinen Einfluss auf den Flüchtlingsstatus ukrainischer Männer. Das Berliner Landesamt für Flüchtlingsangelegenheiten kann in besonderen Fällen sogar einen Passersatz in Form eines Reiseausweises ausstellen, wenn das ukrainische Konsulat einem Mann keinen Pass ausstellt, weil er sich weigert, Militärdienst zu leisten.

Der dringende Ruf nach Gerechtigkeit wird in der ausgelaugten ukrainischen Bevölkerung immer lauter.

Der Erlass des ukrainischen Außenministeriums sorgte nicht nur für Kritik und Unmut bei den unmittelbar Betroffenen, sondern auch für erbitterte Diskussionen in der Ukraine selbst. Der dringende Ruf nach Gerechtigkeit wird in der ausgelaugten ukrainischen Bevölkerung immer lauter. Die Ehefrauen, Mütter und Töchter derer, die an der Front kämpfen, schauen verständnislos zu, wie ukrainische Männer im wehrfähigen Alter unbehelligt durch Europas Städte spazieren. Sie fragen sich, was diese Leute dort machen – und immer mehr Frontkämpfer fragen sich angesichts solcher Bilder, warum die einen im Ausland sind und die anderen im Schützengraben, wo russische Fliegerbomben einschlagen.

Andererseits wird der Beschluss der ukrainischen Regierung dem dringenden Wunsch nach Gerechtigkeit wohl kaum gerecht werden können. Er wird in erster Linie dazu führen, dass die Auslandsukrainer sich noch stärker von ihrem Staat entfremden, und die Polarisierung zwischen Ausgereisten und Daheimgebliebenen verstärken. Abgesehen vom moralischen Aspekt des Problems und von der komplett desaströsen Kommunikation der ukrainischen Regierung mit ihren Landsleuten im Ausland, wird die Ukraine wohl auch kaum in der Lage sein, einen effektiven Mechanismus für die Rückholung der Männer ins Land zu entwickeln und dafür zu sorgen, dass mehr Ukrainer sich den Streitkräften anschließen. Auch werden die illegal aus der Ukraine Ausgereisten vermutlich kaum zurückkommen, um sich Ausweise ausstellen zu lassen oder ihre personenbezogenen Daten zu aktualisieren. Die meisten, die aus patriotischen Motiven zurückkehren und ihr Heimatland verteidigen wollen, haben das bereits getan – und für diejenigen, die seit Langem im Ausland leben und ihren ukrainischen Pass behalten haben, ist die neue Regelung ein Anstoß, schneller die Staatsbürgerschaft in ihrem Aufenthaltsstaat zu erlangen.

Seite E 122 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

Die ukrainische Regierung sollte ihre Energie nicht darauf verwenden, gegenüber den Auslandsukrainern diskriminierende Regelungen zu beschließen.

Dass man nicht an der Front kämpfen will, ist ebenso nachvollziehbar und offensichtlich wie die Tatsache, dass die Ukraine einen existenzbedrohenden Krieg gegen einen um ein Vielfaches stärkeren Feind führt. Die Ukraine braucht schlicht und einfach Menschen, die die Technik bedienen können, um deren Lieferung das Land seine Partner seit Langem inständig bittet. Doch der Überlebenskampf, der schon genug schwere moralische Zielkonflikte mit sich bringt, darf nicht mit schlecht durchdachten und kurzsichtigen Entscheidungen belastet werden, die am Ende das Gegenteil dessen bewirken, was erreicht werden soll.

Die ukrainische Regierung sollte ihre Energie nicht darauf verwenden, gegenüber den Auslandsukrainern diskriminierende Regelungen zu beschließen, sondern die Voraussetzungen für ein nachvollziehbares und transparentes Mobilmachungsverfahren schaffen. Als Erstes könnte sie den Bürgerinnen und Bürgern die unpopulären Entscheidungen, die die Kriegssituation gebietet, besser vermitteln und erklären. Zwei Jahre nach Beginn der russischen Großinvasion ist die Motivation der Ukrainer, sich freiwillig für die militärische Verteidigung des Landes mobilisieren zu lassen, erheblich gesunken. Daran wird sich erst etwas ändern, wenn die Arbeitsweise der Wehrämter sich nicht nur auf dem Papier, sondern tatsächlich qualitativ verbessert, genauso wie auch die Informationsarbeit gegenüber der Bevölkerung. Dadurch würde das Bewusstsein dafür, dass der ukrainische Staat in seiner Existenz bedroht ist, wieder geschärft und die Motivation der Menschen, ihn zu verteidigen, erhöht.

Aus dem Russischen von Andreas Bredenfeld

https://www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/eine-frage-der-existenz-7494/?utm_campaign=de_40_20240507&utm_medium=email&utm_source=newsletter

R u s s l a n d (Seiten E 123 – E 140)

01) Atmosphäre der Angst. Jeder denunziert jeden: In Russland nehmen „Bürgerbeschwerden“ stark zu. Die Gesellschaft nimmt den Rückfall in den Stalinismus stoisch hin

Von Daria Boll-Palievskaya



Daria Boll-Palievskaya

Düsseldorf

Daria Boll-Palievskaya ist freie Journalistin und Autorin. Sie ist Redakteurin der unabhängigen Online-Zeitung *rusland.NEWS* und schreibt u.a. für *Zeit Online* und den MDR.

27.05.2024



Der russische Künstler Vasily Slonov posiert 2013 mit einem Ausstellungsstück seines Projektes „Die Geschichte Russlands im 20. Jahrhundert: Von Lenin zu Putin“.-
picture alliance / Reuters / Ilya Naymushin

Die rhetorische Frage des Exilschriftstellers Sergej Dowlatow (1941–1990) über die stalinistischen Repressionen klingt im heutigen Russland beängstigend aktuell: „Ich frage mich: Wer hat vier Millionen Denunziationen geschrieben?“ Anschwärmungen hat es schon immer in allen Gesellschaften gegeben. Mit dem Beginn der sogenannten militärischen Spezialoperation hat sich in Russland jedoch ein regelrechter Boom des gegenseitigen Meldens entwickelt, den der russische Journalist Alexander Pluschew als „Meisterschaft des Denunzierens“ bezeichnete. Jeder denunziert jeden: Abgeordnete der Staatsduma die Journalisten, Lehrer ihre Schüler, Eltern die Lehrer, Gläubige ihre Priester, Studenten ihre Professoren, Patienten ihre Ärzte, Zuschauer die Schauspieler und alles umgekehrt: „Wachsamer Bürger“ denunzieren ihre Mitbürger.

Fast täglich berichten russische Exilmedien über neue Fälle von Denunziationen, die von absurd bis schrecklich reichen. Eine junge Frau wurde angezeigt, weil ihre Ohrringe die Farben der ukrainischen Flagge hatten, und eine weitere, weil sie sich in einer gelben Jacke vor einem blauen Himmel fotografieren ließ. Diese Fälle wären fast amüsant, hätten sie nicht teils schwerwiegende strafrechtliche Folgen für die Betroffenen. So wurde beispielsweise ein Strafverfahren gegen die Kinderärztin Nadeschda Bujanowa wegen des Verbreitens von Fake News über die russische Armee eingeleitet. Die Ärztin soll unangemessene Bemerkungen über den in der Ukraine gefallenen Mann einer Patientin gemacht haben, die sie sofort anzeigte. Die Polizei durchsuchte daraufhin die Wohnung der 67-jährigen Ärztin, beschädigte ihre Möbel und entfernte sogar Tapeten.

Ein gewisser Juri Samojlow wurde außerdem von einem Moskauer Gericht für 14 Tage wegen der Verbreitung „extremistischer Materialien“ festgehalten: Ein Passagier in der U-Bahn hatte ihn gemeldet, weil er auf seinem Smartphone etwas gesehen haben will, was die russische Armee „diskreditiert“ haben soll. Nur wenige Stationen später wurde Samojlow von der Polizei festgenommen.

Im Russischen werden Denunzianten verächtlich „Stukači“ („Klopfer“) genannt, ein Begriff aus dem Gefängnisjargon. In Putins Russland gibt es eine ganze Reihe professioneller „Klopfer“, die mit Freude ihrer Tätigkeit nachgehen. Eine Denunziantin wurde bekannt, weil sie sich auf einen Schriftwechsel mit der Anthropologin [Alexandra Archipowa](#) einließ. Sie nennt sich Anna Korobkowa und hat im Laufe des Krieges 1 300 Meldungen bei den Behörden gemacht, acht davon gegen Archipowa. Korobkowa versteht sich als „professionelle, unbezahlte Denunziantin“ und berichtet stolz, dass sie den Behörden neben „ausländischen Agenten“ auch Anti-Kriegs-Graffiti an öffentlichen Plätzen meldet. Ihre Motivation erklärt sie damit, im Falle einer Niederlage Russlands mit ihren Steuern keine Reparationszahlungen an die Ukraine leisten zu wollen.

Seit Beginn des Krieges in der Ukraine wurden Dutzende russische Künstler, Blogger und TikToker zu „ausländischen Agenten“ erklärt.

Während Anna Korobkowa sich hinter ihrer Anonymität versteckt (es gibt Spekulationen, dass sie ein Troll sein könnte), betreiben viele andere das Denunzieren völlig offen. So wie Jekaterina Mizulina, Chefin der sogenannten *Safe Internet League*, die sich für Zensur im Internet einsetzt. Durch ihr Wirken wurden seit Beginn des Krieges in der Ukraine Dutzende russische Künstler, Blogger und TikToker zu „ausländischen Agenten“ erklärt. Im April 2022 forderte Mizulina, deren Mutter Senatorin ist, die Generalstaatsanwaltschaft dazu auf, Wikipedia auf den Straftatbestand der Verbreitung falscher Informationen über den Einmarsch Russlands in der Ukraine hin zu überprüfen. Aufgrund der „Cyber-Klopferin“, wie sie gerne von Journalisten genannt wird, werden Konzerte abgesagt, Strafverfahren eröffnet und Leben ruiniert. Die selbstproklamierte Patriotin mit dem Aussehen einer Barbiepuppe ist ein Internetstar, besonders beliebt bei den jungen Russen. *Reels* mit ihr auf TikTok werden millionenfach aufgerufen. „Eine Streamerin aus Krasnodar, die die Armee in ihren Livestreams diskreditierte, wurde festgenommen. Sie entschuldigt sich für ihre Handlungen“ – mit solchen Meldungen betreibt Mizulina ihren Telegram-Kanal, der rund 700 000 Follower hat. Seit Jahresbeginn tourt sie durch Russland und tritt an Universitäten auf. In den russischen sozialen Netzwerken verbreitete sich ein Video, auf dem sie bei einem Auftritt in Jekaterinburg einem Studenten mit einem Strafverfahren wegen „Diskreditierung der Armee“ droht, weil dieser die Notwendigkeit des Militärdienstes infrage gestellt hatte.

Das alarmierende Problem ist jedoch nicht Mizulina selbst, sondern die Tatsache, dass solche Informanten reale Macht ausüben und sich als Entscheider über menschliche

Schicksale aufführen. Sie brauchen nur jemanden zu tadeln – schon entschuldigt sich die Person demütig. Sie schreiben an die Generalstaatsanwaltschaft – sofort wird diese tätig.

In stalinistischen Zeiten wurde Denunziation regelrecht gefördert. So [erklärte Stalin](#) im Jahr 1937: „Jedes Parteimitglied, jeder ehrliche Parteilose, jeder Bürger der UdSSR hat nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, über Missstände, die er bemerkt, zu berichten.“ Dabei wird die Zahl aus dem berühmten Dowlatow-Zitat nicht bestätigt – es gibt keine Studien darüber, wie viele Denunziationen tatsächlich erfolgt sind. Aber selbst wenn der Schriftsteller Recht hatte, wäre die Zahl von vier Millionen in einem Land mit einer Bevölkerung von 162 Millionen nicht besonders hoch. Dabei war das Denunzieren während des Großen Terrors eine Art „Informationshintergrund“, da in sowjetischen Zeitungen ständig Enthüllungsartikel über „Volksfeinde“ veröffentlicht wurden.

In stalinistischen Zeiten wurde Denunziation regelrecht gefördert.

Wie sehr die Anzahl der Meldungen seit dem 24. Februar 2022 zugenommen hat, ist ebenfalls nicht bekannt. Die [letzten Daten](#) der russischen Medienaufsichtsbehörde *Roskomnadzor* stammen vom ersten Halbjahr 2022, als 144 835 „Bürgerbeschwerden“ registriert wurden – 25,5 Prozent mehr als im gleichen Zeitraum des Jahres 2021. Laut *Roskomnadzor* ging es bei den meisten dieser „Bürgeranfragen“ um die „Verbreitung von Fake News“ über Handlungen der russischen Armee oder um „pro-ukrainische Propaganda“. Doch kann man die zunehmend vergiftete Atmosphäre überhaupt anhand solcher Zahlen darstellen? Der Strom von Anzeigen an die Strafverfolgungsbehörden ist jedenfalls inzwischen so groß, dass die Duma-Abgeordneten der Partei „Neue Leute“ [einen Gesetzentwurf](#) zur Bestrafung von Serien-Denunziationen eingebracht haben. Der Vorsitzende der Partei, Wladislaw Dawankow, schlug vor, das Gesetz „Mizulina-Gesetz“ zu nennen. Sie habe bewiesen, dass es Zeit sei, den Anzeigenwellen ein Ende zu setzen, schrieb er in seinem Telegram-Kanal. Der Gesetzestext wurde bereits im Februar der Regierung vorgelegt. Seitdem hat man jedoch nichts mehr davon gehört.

Laut einer im April dieses Jahres von der [Nowaja Gaseta](#) durchgeführten Umfrage stehen 38 Prozent der Russen dem Denunziantentum sehr negativ gegenüber, 17 Prozent sind gleichgültig und nur fünf Prozent befürworten es. Die Zahlen scheinen eher zu beruhigen als zu alarmieren. Jedoch machen die Autoren der Studie darauf aufmerksam, dass unter den Studenten nur 24 Prozent eine stark ablehnende Haltung gegenüber Denunziationen haben und 41 Prozent ihnen gleichgültig gegenüberstehen. Hierfür gibt es mehrere Erklärungen. Zum Beispiel, dass die junge Generation, die es gewohnt ist, ständig Online-Bewertungen über verschiedene Produkte und Dienstleistungen zu verfassen, eher nicht darüber nachdenkt, welche Konsequenzen das Anschwärzen hat.

Die *Nowaja Gaseta* hebt jedoch noch einen anderen Aspekt hervor: „Fast alle Befragten neigen dazu, die Anpassung an die Erfordernisse der Zeit für eine durchaus akzeptable Verhaltensnorm zu halten.“ In der russischen Gesellschaft, die bereits vor dem Krieg stark zersplittert war, entsteht zunehmend eine Atmosphäre von Argwohn und Angst. Wie zu Sowjetzeiten überlegen die Menschen genau, wem sie wo was sagen können. Viele wählen den Weg der Anpassung.

Eins steht fest: Der Staat trägt maßgeblich zu der neuen Ära der Denunziation bei. Durch die Verabschiedung immer neuer Gesetze, die die Meinungsfreiheit einschränken und die Strafverfolgung von vermeintlichen Fake News über die Armee ermöglichen, entsteht ein Klima der Angst und des Misstrauens in der Gesellschaft. Wie vor fast 90 Jahren ist die Suche nach „inneren Feinden“ eröffnet, und die Machthaber erheben das Denunziantentum

zu einer gesellschaftlichen Norm. Und genau wie damals ist das Anschwärzen ein Werkzeug der politischen Repression. Dowlatow beantwortete seine Frage nach den Urhebern der Millionen von Denunziationen selbst: „Sie wurden von einfachen sowjetischen Menschen geschrieben. Bedeutet das, dass die Russen eine Nation von Denunzianten und Spitzeln sind? Ganz und gar nicht. Es waren bloß Tendenzen des historischen Moments.“ Sein trauriges Fazit scheint sich heute wieder zu bestätigen.

https://www.ipg-journal.de/regionen/europa/artikel/atmosphaere-der-angst-1-7525/?utm_campaign=de_40_20240528&utm_medium=email&utm_source=newsletter

02) Russische Zwickmühle. Mit der Eröffnung einer neuen Front setzt Moskau die Ukraine unter Druck. Eine Besserung der Lage ist erst 2025 zu erwarten

Von Michael Kofman & Rob Lee



Michael Kofman, Washington

Michael Kofman ist seit 2023 *Senior Fellow* des Programms zu Russland und Eurasien am *Carnegie Endowment for International Peace* mit Fokus auf Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Zuvor war er unter anderem Leiter des Programms zu Studien über Russland am *Center for Naval Analyses*. Dort forschte er zu den Fähigkeiten und Strategien des russischen Militärs



Rob Lee

Rob Lee ist *Senior Fellow* des Programms zu Eurasien am *Foreign Policy Research Institute*. Zuvor war er unter anderem *Visiting Fellow* am *Centre for Analysis of Strategies and Technologies*, einer russischen Denkfabrik mit Fokus auf Verteidigungspolitik

24.05.2024



Die Ukraine ist in der Defensive. Eine Besserung der Lage ist erst ab dem kommenden Jahr zu erwarten.

Die russischen Streitkräfte haben bei ihrem Angriff auf die Ukraine eine [neue Front](#) eröffnet. Bei ihrer Offensive in der Region Charkiw rückten die russischen Streitkräfte seit Mitte Mai rasch um mehrere Kilometer vor. Sie konnten einige Dörfer zurückerobern, die während der erfolgreichen ukrainischen Gegenoffensive im September 2022 bereits befreit worden waren. Die Hauptverteidigungslinie im Osten der Stadt haben sie allerdings noch nicht erreicht, die von besser ausgerüsteten und erfahreneren Brigaden gehalten wird. Aber die Lage ist ernst.

Mit der Bedrohung der zweitgrößten Stadt der Ukraine hofft Russland, die ukrainischen Streitkräfte im Osten zu binden und die Front an anderer Stelle zu entblößen. Für die Ukraine gilt es nun, schnellstmöglich die Front zu stabilisieren und einen größeren Durchbruch zu verhindern, zu dem die russischen Truppen möglicherweise in der Lage wären. Doch das angegriffene Land sieht sich gleichzeitig mit einer ganzen Reihe von Herausforderungen konfrontiert, die sich seit dem letzten Jahr aufgestaut haben und nicht leicht zu lösen sind. Obwohl mit der Verabschiedung des [Hilfsprogramms](#) im US-Kongress kürzlich Milliarden zur Unterstützung für Kiew freigegeben wurden, wird sich die Lage zunächst verschlechtern. Eine Besserung ist erst langfristig möglich.

Russlands Ziel ist nicht die Eroberung von Charkiw, sondern die Bedrohung der Stadt durch den Vormarsch seiner Truppen und deren Artilleriebeschuss. Da die russische Armee gar nicht über genügend Soldaten verfügt, um die Stadt selbst anzugreifen, zielt die Operation darauf, die Ukraine in eine Zwickmühle zu bringen. Die ukrainischen Verteidigungslinien sind jetzt schon relativ dünn besetzt. Wenn die russische Attacke kampferprobte ukrainische Truppen und Reserven zur Verteidigung nach Charkiw lenkt, schwächt sie damit andere Teile der Front. Russland fokussiert sich nämlich weiterhin darauf, den Rest des Donbass im Osten der Ukraine zu erobern und dort strategische Knotenpunkte und größere Städte einzunehmen.

Die russische Offensive erwischt die Ukraine in einer Zeit der Schwäche.

In den vergangenen Tagen wurden bereits einige ukrainische Einheiten vom Donbass nach Charkiw verlegt, und offenbar setzt die Militärführung auch einzelne Bataillone ein, um andere Teile der Front zu verstärken. Damit geht sie das Risiko ein, dass ihre Truppen im Donbass noch verletzlicher dastehen, sollte Russland seine Reserven in diese Richtung lenken. Die russischen Streitkräfte üben zudem Druck auf Kupiansk im Osten von Charkiw

Seite E 128 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

aus, ebenso wie auf die Region Saporischschja im Süden. Möglicherweise stehen auch Vorstöße entlang der Grenze im Norden in die Regionen Sumy und Tschernihiw bevor.

Die russische Offensive erwischt die Ukraine in einer Zeit der Schwäche. Seit dem letzten Herbst sieht sich das Land vor drei eng miteinander verknüpfte Probleme gestellt: Es fehlt an Munition, Soldaten und Befestigungsanlagen. Bei der Befestigung der Verteidigungslinien hat das Militär im Frühjahr Fortschritte gemacht, und das Hilfspaket aus den USA sollte dem Munitionsmangel abhelfen. Doch die Zahl der Soldaten sinkt weiterhin, vor allem an entscheidender Stelle: in der Infanterie.

Die Gegenoffensive der Ukraine im vergangenen Sommer endete vor allem aufgrund der Abnutzung der Infanterie, und seitdem ist es nicht gelungen, diese Verluste zu ersetzen. Das bedeutet in der Praxis, dass die Schützengräben oft zu knapp besetzt sind und es nicht genügend Infanteristen gibt, um für regelmäßige Ablösung zu sorgen, so dass Erschöpfung vorprogrammiert ist. Das hat auch die gefährliche Folge, dass sich die ukrainischen Männer nicht mehr freiwillig melden. Viele Brigaden sind unterbesetzt und zahlreiche Soldaten bereits über 40 Jahre alt.

Die aktuelle Situation ist die Folge politischer Entscheidungen, eines löchrigen Mobilisierungssystems und vieler Monate politischen Stillstands.

Natürlich fehlt es der Ukraine nicht an Männern. Die aktuelle Situation ist die Folge politischer Entscheidungen, eines löchrigen Mobilisierungssystems und vieler Monate politischen Stillstands. Erst vor Kurzem wurde [eine Reihe von Mobilisierungsgesetzen](#) erlassen, um das Rekrutierungspotenzial zu erhöhen. [Das Wehralter](#) wurde gesenkt, [Strafen für Kriegsdienstflüchtige](#) eingeführt; [manchen Straftätern](#) wurde der Dienst an der Waffe gestattet und weitere Anreize für Freiwillige wurden geschaffen. Diese Maßnahmen haben durchaus das Potenzial, die Personalprobleme der ukrainischen Armee zu lösen, doch es kommt auf ihre tatsächliche Durchsetzung an. In jedem Fall wird es Monate dauern, bis sich die Lage verbessert.

Da das ukrainische Militär nicht über genügend Soldaten und Munition verfügt, reagiert es auf die russischen Durchbrüche, indem es die besten Brigaden und Eliteeinheiten an die jeweils betroffenen Frontabschnitte verlegt. Dieser Feuerwehr-Ansatz, der bereits in den Schlachten um Bachmut und Awdijiwka erprobt wurde, bedeutet aber auch, dass die besten Einheiten nicht genug Zeit bekommen, sich auszuruhen und zu regenerieren. Die Militärführung greift auch zu dem Mittel, einzelne Bataillone unsystematisch ohne den Rest ihrer Brigade zu verlegen, um bestimmte Frontabschnitte zu verstärken. Das sind kurzfristige Lösungen mit langfristigen Folgen, da sich diese Einheiten im Lauf der Zeit stark abnutzen.

Auf der anderen Seite ist es Russland gelungen, seine Personalprobleme vom letzten Jahr zu beheben. Derzeit werden pro Monat etwa [30 000 Mann](#) rekrutiert. Viele dieser Rekruten sind nicht unbedingt ideale Soldaten und ebenfalls um die 40 Jahre alt. Doch seine zahlenmäßige Überlegenheit, verbunden mit verstärktem Artillerie- und Drohnenbeschuss sowie Gleitbomben, hat Russland einen quantitativen Vorteil beschert.

Die derzeitige russische Überlegenheit ist nicht unbedingt kriegsentscheidend.

Trotzdem ist die derzeitige russische Überlegenheit nicht unbedingt kriegsentscheidend. Die mangelnde Qualität seiner Truppen und der Verlust vieler Führungskräfte haben die Fähigkeit des russischen Militärs eingeschränkt, groß angelegte Operationen durchzuführen. Deshalb fällt es den russischen Streitkräften derzeit auch schwer, ihre

Vorstöße zu Durchbrüchen auszuweiten, und bis jetzt konnten sie keine bedeutenderen Fortschritte verzeichnen. Zudem verheizt Russland derzeit Ausrüstung, die vor allem aus Lagerbeständen stammt, und wird 2025 mit Materialmangel rechnen müssen.

Trotz der Verabschiedung des US-Hilfspakets steht der Ukraine ein schwieriges Jahr bevor. Die amerikanische Unterstützung hat der Ukraine zeitlichen Spielraum verschafft und deutlich gemacht, welche Mittel zur Verfügung stehen. Diese Gelder könnten ausreichen, damit die Ukraine standhalten und im besten Fall das Angriffspotenzial ihrer Streitkräfte wiederherstellen kann. Das ist eine Chance. Doch die Zukunft hängt davon ab, wie der Westen – der bei Training, Aufklärung und weiterer Unterstützung eine zentrale Rolle spielt – und die Ukraine diese Chance nutzen können.

Wenn es der Ukraine in diesem Jahr gelingt, die russischen Vorstöße auf bescheidene Gebietsgewinne zu beschränken, dann wird sich das Gelegenheitsfenster für Moskau voraussichtlich schließen und Russlands relative Überlegenheit ab 2025 abnehmen. Doch es geht nicht allein darum, dass das ukrainische Militär Munition und Waffen aus dem Westen bekommt, sondern es muss auch seine Truppen effizient verwalten und die Dauerprobleme des Personalmangels und der Befestigung der Verteidigungsanlagen angehen. Während die Ukraine sich weiterhin selbst verteidigt, muss sie zur selben Zeit daran arbeiten, ihre Streitkräfte neu aufzubauen. In den kommenden Monaten steht viel auf dem Spiel.

Dieser Artikel erschien zuerst in der [New York Times](#).

Aus dem Englischen von Sabine Jainski

https://www.ipg-journal.de/rubriken/aussen-und-sicherheitspolitik/artikel/russische-zwickmuehle-7520/?utm_campaign=de_40_20240524&utm_medium=email&utm_source=newsletter

03) Experiment ohne Erfolgsgarantie. Putin kann mit seiner Kabinettsumbildung zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen. Ein Außenseiter wird überraschend neuer Verteidigungsminister

Von Tatiana Stanovaya



Tatiana Stanovaya, Berlin

Tatiana Stanovaya ist *Senior Fellow* am *Carnegie Russia Eurasia Center*. Sie ist außerdem Gründerin des politischen Analyseunternehmens *R.Politik. Reality of Russian Politics* und Mitglied der französisch-russischen Handelskammer.

17.05.2024



Neue Amtszeit, neue Regierung: Wladimir Putin will die Kriegswirtschaft optimieren.-
picture alliance / Associated Press / Sergei Bobylev

Wladimir Putins erste Personalentscheidung nach der offiziellen Einführung in seine [fünfte Amtszeit als Präsident](#) war die erneute Nominierung von Michail Mischustin als Ministerpräsident – die russische Verfassung schreibt vor, dass vor der Amtseinführung des Präsidenten die Regierung zurücktreten muss. Auch die meisten Minister werden ihre bisherigen Ressorts behalten. Eine Überraschung hatte Putin allerdings doch auf Lager: Der Wirtschaftsfachmann Andrej Beloussow, bisher stellvertretender Ministerpräsident, wird Verteidigungsminister. Sein Amtsvorgänger Sergej Schoigu rückt an die Spitze des Sicherheitsrats und löst dort den mächtigen Nikolaj Patruschew ab.

Die Ersetzung Schoigus durch Beloussow ist die entscheidende Veränderung im neuen Kabinett Putins. Alle anderen Umbesetzungen dienen nur dazu, für die durch diese Änderung ausgetauschten Personen neue Posten zu finden. Putin konnte mit dem Stühlerücken zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen: Er entledigt sich des unpopulären Schoigu und beauftragt Beloussow mit der Optimierung der Kriegswirtschaft.

Schoigus Entlassung ging ein Konflikt zwischen Verteidigungsministerium und militärisch-industriellem Komplex voraus, der immer weitere Kreise zog. Generäle der Armee klagen über schleppende Produktion, Qualitätsmängel bei Waffen und Ausrüstung sowie über Schwierigkeiten bei der Wartung und Instandhaltung. Die Chefs der Rüstungsindustrie wiederum werfen der Armee vor, sie sei korrupt und habe unrealistische Erwartungen. In solchen Streitigkeiten schlägt Putin sich ungern auf eine Seite und versucht stattdessen, die Beziehungen neu auszutarieren und die Beteiligten mit Macht dazu zu bringen, dass sie produktiver zusammenarbeiten.

Beloussows Nominierung hat ganz offenbar eine gewisse Logik, dürfte aber gleichwohl ein Experiment sein.

Beloussow, der bis dahin für „technologische Souveränität“, Innovation und die Beaufsichtigung der Drohnenproduktion zuständig war, rückt nun in den Fokus. Von ihm weiß man, dass er nicht nur ein erfahrener Ökonom, sondern auch – ungewöhnlich für einen Wirtschaftstechnokraten – tief religiös ist. Zudem ist er bekannt für seinen Patriotismus (2014 war er einer der wenigen öffentlichen Figuren, die die Annexion der Krim sofort unterstützten) und seine Loyalität. Aus langjähriger Erfahrung weiß er, wie es ist, mit Putin

Seite E 131 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

zu arbeiten. Seine Nominierung hat ganz offenbar eine gewisse Logik, dürfte aber gleichwohl ein Experiment sein. Nun muss Beloussow unter Beweis stellen, dass er zu Recht nominiert wurde.

Beloussows Beförderung als kompetentem Aufstieg zu werten, wäre allerdings übertrieben. Sie ist nicht zwangsläufig ein Beweis, dass Putin ihm vertraut, sondern hat mit seiner Außenseiterrolle im bisherigen Kabinett zu tun. Er ist seit dem Großangriff auf die Ukraine 2022 nicht der erste Wirtschaftstechnokrat, der aufgestiegen ist: Dmitri Patruschew (Sohn des bisherigen Sekretärs des Sicherheitsrats) wurde Landwirtschaftsminister; Finanzminister Anton Siluanow verdankte seinen Aufstieg dem Exodus westlicher Unternehmen; und Handels- und Industrieminister Denis Manturow rückte zum stellvertretenden Ministerpräsidenten auf. Beloussow hingegen war bis jetzt eine Randfigur. Seine staatszentrierte Vorstellung von Wirtschaft passt eigentlich nicht zu dem in Russland eingeführten Kriegswirtschaftsmodell, das auf Krisenbekämpfung ausgerichtet ist.

Dass die Wahl zum neuen Verteidigungsminister auf Beloussow fiel, gibt allerhand Rätsel auf. Er wird nicht dafür zuständig sein, die Wirtschaft mobilzumachen und zu militarisieren. Sich erfolgreich in die Bedürfnisse der Armee hineinzudenken, wird für ihn keine leichte Aufgabe, denn er bringt keine Militärerfahrung mit. Das Militär wird mit Skepsis registrieren, dass ein Wirtschaftsfachmann die Zuständigkeit für die Verteidigung übernimmt, und ablehnend reagieren, sobald er ihnen verstärkt auf die Finger schaut, sie kontrolliert und personelle Veränderungen vornimmt. Hinzu kommt Beloussows eher angespanntes Verhältnis zu den oft instinktiv liberal eingestellten Ministern, die in der Regierung für Wirtschaft und Finanzen zuständig sind.

Klar ist: Putin will deutlich machen, dass er einen pragmatischeren und professionelleren, weniger korrupten Umgang mit den Bedürfnissen der Streitkräfte braucht. Doch sein Schritt ist ein Experiment ohne Erfolgsgarantie.

Durch Schoigus Entlassung hat Putin sich allerdings selbst unter Zugzwang gesetzt.

Besonders erstaunlich ist, dass Patruschew durch Schoigu ersetzt wird. Durch dessen Entlassung hat Putin sich allerdings selbst unter Zugzwang gesetzt. Hätte er Schoigu einen allzu nachrangigen neuen Job gegeben, wäre dies eine Demütigung gewesen und hätte die Kritik am scheidenden Minister so laut werden lassen, dass die Schwachpunkte der Armee in den Fokus gerückt wären – was es in Kriegszeiten zu vermeiden gilt.

Entsprechend wichtig war ein ehrenvoller Abgang für Schoigu. Putin machte ihn nicht nur zum Sekretär des Sicherheitsrats, sondern auch zu seinem eigenen Stellvertreter in der Kommission für Rüstungsfragen (als Putins erster Stellvertreter fungiert in diesem Organ Ex-Präsident Dmitri Medwedew). Zugleich übernimmt Schoigu die Aufsicht über den Föderalen Dienst für militärtechnische Zusammenarbeit, der informell vom staatlichen Rüstungskonzern Rostech kontrolliert wird und inzwischen nicht mehr dem Verteidigungsministerium, sondern dem Präsidenten unterstellt ist.

Dennoch ist klar, dass die Versetzung für Schoigu zweifellos eine Degradierung und keine Beförderung ist. Als Sekretär des Sicherheitsrats hat er weder großes administratives Gewicht noch eine üppige Personalausstattung und auch keine Exekutivbefugnisse. Gesetzesinitiativen kann er ebenfalls nicht auf den Weg bringen. Wie viel Einfluss ein Sicherheitsratschef entfaltet, hängt vom Amtsinhaber selbst ab.

Unter Putin gab es zwei Sicherheitsratschefs, die großen Einfluss hatten: Sergej Iwanow, der das Amt von 1999 bis 2001 ausübte und anschließend Verteidigungsminister wurde,

und Nikolai Patruschew. Anders als bei Schoigu gab es zwischen Patruschew und Putin jedoch immer eine große Nähe, was an ihren ideologischen Übereinstimmungen und ihrer gemeinsamen Arbeit lag. Als früherer Chef des Inlandsgeheimdienstes FSB unterhält Patruschew nach wie vor enge Beziehungen zum Sicherheitsapparat. Zudem übernahm Patruschew für Putin wichtige diplomatische Missionen und war für das Regime sowohl ideologisch als auch außenpolitisch eine prägende Figur.

In den zwei Jahren seit Beginn des Großangriffs auf die Ukraine ist Schoigu für Russlands Führungsriege regelrecht zum roten Tuch geworden.

Schoigu hat keinen dieser Pluspunkte. Er gehörte im Grunde nie zu Putins engstem Umfeld und wurde zu keinem Zeitpunkt in Ideologiefragen eingebunden. Stattdessen hat er es geschafft, sich bei weiten Teilen der Elite unbeliebt zu machen, vor allem beim Sicherheitsapparat und den Armeegenerälen. In den zwei Jahren seit Beginn des Großangriffs auf die Ukraine ist Schoigu für Russlands Führungsriege regelrecht zum roten Tuch geworden. Dementsprechend wird er sich wohl nicht zu einem zweiten Patruschew entwickeln; und die Funktion als Sekretär des Sicherheitsrats ist für ihn kaum mehr als ein Versorgungsposten. Ähnlich erging es Dmitri Medwedew 2020, als Putin ihn aus dem Amt des Ministerpräsidenten entfernte.

Patruschew indessen wurde von Putin zum Präsidentenberater ernannt. Er ist allerdings so altgedient, dass er beinahe gar keinen Posten braucht. Sein ideologischer Einfluss und seine wichtige außenpolitische Rolle sind garantiert und hängen nicht davon ab, welche Funktion er offiziell bekleidet.

Alles in allem wirkt Putins Stühlerücken wie eine gezielte Optimierungsmaßnahme. Seine Entscheidungen lassen alle darauf schließen, dass er mit der derzeitigen Machtkonfiguration zufrieden ist und an der Regierungsmannschaft auch in Zukunft nur dann etwas ändern wird, wenn er will, dass sie effizienter arbeitet. An großen Veränderungen ist er nicht interessiert.

Die [englische Originalversion](#) des Artikels erschien zuerst bei Carnegie Politika.

Aus dem Englischen von Andreas Bredenfeld

https://www.ipg-journal.de/regionen/europa/artikel/experiment-ohne-erfolgsgarantie-7510/?utm_campaign=de_40_20240517&utm_medium=email&utm_source=newsletter

04) Im Kreuzfeuer. Russland rekrutiert junge Nepalesen für den Krieg in der Ukraine. Angehörige fordern ein Einschreiten von ihrer Regierung

Von Kamal Dev Bhattarai



Kamal Dev Bhattarai, Kathmandu

Kamal Dev Bhattarai ist ein in Kathmandu ansässiger Journalist und ist zurzeit Redaktionsassistent bei *Annapurna Express*. Er schreibt über geopolitische Themen mit Schwerpunkt auf der südasiatischen Region und der Außenpolitik Nepals

08.05.2024



Angehörige gedenken eines im Einsatz für die russische Armee in der Ukraine gestorbenen Nepalesen. -*picture alliance / NurPhoto | Sanjit Pariyar*

Russland rekrutiert für seine Armee junge Nepalesen, ohne dass es entsprechende bilaterale Vereinbarungen gäbe, und informiert Nepals Regierung nicht einmal. Das sorgt in Kathmandu für große Aufregung. Bis zur zweiten Aprilwoche dieses Jahres [starben mehr als 21 Nepalesen](#), Dutzende sitzen im fortdauernden russisch-ukrainischen Krieg fest, und [rund 300 junge Erwachsene](#) haben dauerhaft keinen Kontakt zu ihren Familienangehörigen. Fünf Nepalesen, [die sich zurzeit in ukrainischer Gefangenschaft befinden](#), warten auf eine vorzeitige Rückführung in ihre Heimat. Wie viele Nepalesen zum jetzigen Zeitpunkt in der russischen Armee dienen, weiß die nepalesische Regierung nicht genau. Ein informelles Netzwerk von Familien, deren Angehörige für die russischen Armee angeworben wurden, erhebt die Daten. Nach einer aktuellen Schätzung sind rund 2 000 Familien betroffen.

Fehlende Arbeitsplätze im eigenen Land, die Aussicht auf ein lukratives Einkommen und unzureichende Informationen über die Art der Tätigkeit dürften einige der Gründe sein, warum junge Nepalesen sich für einen dermaßen gefahrvollen Job entscheiden. Auch der

Wunsch, sich schon nach kurzer Zeit Land, ein Haus und ein luxuriöses Leben leisten zu können, bringt viele dazu, jedes Risiko einzugehen, um an Geld zu kommen. Die Kombination aus dauerhafter politischer Instabilität und wirtschaftlicher Rezession, die Auswirkungen der Coronapandemie und der geringe Zustrom ausländischer Investitionen führen dazu, dass es in Nepal immer weniger Erwerbchancen gibt. Die Jugend sieht für sich in ihrer Heimat keine Zukunft mehr. Einer der Hauptgründe für diese Grundstimmung ist der Mangel an Arbeitsmöglichkeiten in Nepal. In letzter Zeit [stieg](#) die Zahl der nepalesischen Erwerbstätigen mit einer Bewilligung für eine Auslandsbeschäftigung. Auch die Zahl der Menschen, die sich auf Dauer außerhalb Nepals niederlassen wollen, nimmt zu. Im Fiskaljahr 2022/23 haben sich nach offiziellen Angaben der Regierung [70 915 nepalesische Staatsangehörige](#) entschieden, dauerhaft im Ausland zu leben. Täglich gehen mehr als [3 000 junge Menschen](#) ins Ausland, um dort zu studieren oder zu arbeiten.

Die meisten ungelernten und angelernten Arbeitsmigranten gehen in die Golfstaaten, wobei Saudi-Arabien, Katar, die Vereinigten Arabischen Emirate, Oman und Bahrain ganz oben auf der Wunschliste stehen. Viele junge Menschen reisen auch mit einem Studentenvisum nach Europa, in die USA, Großbritannien, Australien und andere Länder, weil sie dort in gewissem Umfang sowohl studieren als auch ein Einkommen erzielen können. Früher rekrutierten Indien und das Vereinigte Königreich im Rahmen bilateraler Vereinbarungen nepalesische Staatsangehörige für ihre Armee. Doch diese Länder sind dabei, ihre Quoten zu senken, sodass die jungen Nepalesen nach Alternativen suchen und sich der russischen Armee anschließen.

Die Art und Weise, wie die Rekrutierungen vor sich gehen, lässt auf geheime Absprachen zwischen den Arbeitsagenturen schließen – mit verdeckter Unterstützung seitens russischer Stellen und nepalesischer Regierungsbehörden. In einer Zeit, in der junge Leute in Nepal verzweifelt nach Arbeit suchen, kommt Russland mit einem [lukrativen Jobangebot](#) auf sie zu. Viele Arbeitsvermittler, die nepalesische Arbeitskräfte entsenden, locken mit einem monatlichen Gehalt von 300 000 NPR (rund 2 000 Euro) und der russischen Staatsbürgerschaft für Ehepartner und Kinder nach einem Jahr ab Vertragsunterzeichnung. Um weitere ausländische Staatsangehörige anzulocken, unterzeichnete der russische Präsident Wladimir Putin im Januar dieses Jahres [ein Dekret zur beschleunigten Einbürgerung](#) von Ausländern, die sich in Russland zum Militärdienst melden.

In Nepal oder selbst in anderen Industrieländern ein so hohes Einkommen zu erzielen, ist für die nepalesische Bevölkerung schlicht unmöglich. Viele junge Nepalesen lassen sich daher trotz der bestehenden Risiken dazu verleiten, einen solchen Job anzunehmen. Ein weiterer Köder der Arbeitsvermittler ist neben dem monatlichen Gehalt die Zusage einer lebenslangen Rente und einer dauerhaften Aufenthaltsgenehmigung. Nachdem bekannt wurde, dass viele junge Beschäftigte der nepalesischen Sicherheitsbehörden und der nepalesischen Armee ihren Job aufgaben, um sich der russischen Armee anzuschließen, nahm die nepalesische Regierung sich des Problems an – zumal einheimische Medien Meldungen über den Tod von nepalesischen Staatsangehörigen verbreitet und den Druck somit erhöht hatten. [Die Berichte derjenigen, denen es gelang, aus dem Kriegsgebiet zu fliehen](#) und nach Nepal zurückzukehren, lassen eindeutig darauf schließen, dass die jungen Nepalesen sich der Gefahren nicht bewusst sind, denen sie im Kriegsgebiet ausgesetzt sind.

Nepal ersucht Russland, seine bereits in der dortigen Armee dienenden Bürger zurückzuschicken und ihre Verträge aufzuheben. Dem hält Russland entgegen, die Nepalesen wollten gar nicht zurück.

Laut der einheimischen Berichterstattung sind die Todesfälle vor allem darauf zurückzuführen, dass die Nepalesen ohne entsprechende Ausbildung an der [Kriegsfront](#) eingesetzt werden. Viele von ihnen sterben, weil sie die Befehle der russischen Kommandeure nicht verstehen – die Sprache ist ein Kommunikationshindernis.

Nepal versucht mit einer Reihe von Maßnahmen, die Rekrutierung seiner Staatsbürger für die russische Armee zu stoppen, und stellt zum Beispiel keine Arbeitserlaubnisse mehr für die Ausreise nach Russland aus. Um den Reiseverkehr nach Russland einzuschränken, hat die Regierung eine neue Bestimmung eingeführt, nach der bei Flügen von Indien und den Golfstaaten nach Russland – die Routen werden oft von jungen Menschen genutzt – eine [gesonderte Einreisegenehmigung](#) vorgelegt werden muss. Seit Inkrafttreten dieser Bestimmungen ist die Zahl der jungen Nepalesen, die sich der russischen Armee anschließen, nach Behördenangaben zwar erheblich zurückgegangen, aber nicht auf Null. Die diplomatischen Bemühungen Nepals, dieses Problem zu lösen, bleiben wirkungslos.

Nepal hat Russland mehrfach aufgefordert, die Anwerbung nepalesischer Staatsangehöriger einzustellen, doch trotz regelmäßiger Proteste vor der russischen Botschaft in Kathmandu hat sich Moskau nicht öffentlich zu diesem Schritt verpflichtet. Auch in der Frage der Entschädigung der Familienangehörigen und der Rückführung der Leichen gibt es keinerlei Fortschritte. Nepal ersucht Russland, seine bereits in der dortigen Armee dienenden Bürger zurückzuschicken und ihre Verträge aufzulösen, aber Russland hält entgegen, die Nepalesen wollten gar nicht zurück. Entkommen konnten der russischen Armee nur wenige. Russland arbeitet weiterhin mit der nepalesischen Regierung zusammen, um sie zu besänftigen. Mitten im Krieg hat Russland neue Vorschläge zur Zusammenarbeit unterbreitet – offenbar mit dem Ziel, die Öffentlichkeit von den Rekrutierungen abzulenken. Der Präsident der Nationalversammlung, Ganesh Prasad Timalsina, reiste zu einem Besuch nach Russland, und auch darüber hinaus befinden sich beide Länder im Austausch. Moskau hat dem nepalesischen Außenministerium ein Angebot zur Intensivierung der Zusammenarbeit unterbreitet. Bisher sind diesem Vorschlag jedoch noch keine Taten gefolgt.

Die amtierende Regierung sympathisiert offenbar mit Russland und betont dessen legitime Sicherheitsinteressen. Deshalb ist nicht zu erwarten, dass sie den Druck auf Russland aufrechterhalten wird.

Nepal liegt zwischen Indien und China. Es stimmte für die Resolution des UN-Sicherheitsrats zur Verurteilung der russischen Invasion. Sowohl China als auch Indien, die bei der Abstimmung nicht anwesend waren, setzen ihre regulären Geschäftsbeziehungen mit Russland fort. Dass Nepal einerseits seine Bürger zum Dienst in der russischen Armee entsendet und andererseits die Invasion verurteilt, ist ein Widerspruch. Die neue Regierung in Kathmandu, der überwiegend kommunistische Parteien angehören, verfolgt mit Blick auf den Krieg zwischen Russland und der Ukraine einen wohl etwas anderen Kurs, und es ist durchaus möglich, dass dieser Kurs nicht die Ergebnisse liefert, die ein Großteil der nepalesischen Bevölkerung erwartet.

Die amtierende Regierung sympathisiert offenbar mit Russland und betont dessen legitime Sicherheitsinteressen. Deshalb ist nicht zu erwarten, dass sie den Druck auf Russland aufrechterhalten wird. Entsprechend gering sind die Aussichten auf eine baldige Lösung. Wenn es der Regierung jedoch nicht gelingt, das Problem so schnell wie möglich zu lösen, könnte dies zu sozialen Unruhen führen. Denn die Familienangehörigen mobilisieren inzwischen immer mehr ihre Kräfte, um auf die Straße zu gehen. Auf lange Sicht gibt es aus der jetzigen Situation nur einen Ausweg: In Nepal müssen Arbeitsplätze geschaffen werden.

Aus dem Englischen von Christine Hardung

https://www.ipg-journal.de/regionen/asien/artikel/im-kreuzfeuer-7489/?utm_campaign=de_40_20240508&utm_medium=email&utm_source=newsletter

05) Im Osten nichts Neues. Sowjetnostalgie und antiwestliche Stimmungsmache: Putin setzt unbeirrbar auf alte Grundpfeiler russischer Politik. Europa muss sich warm anziehen

Von Cord Jakobeit & Dmytro Mykhailychenko



Cord Jakobeit, Hamburg

Cord Jakobeit ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Hamburg. Er arbeitet zusammen mit Dmytro Mykhailychenko am *Hamburg Institute of Advanced Study* (HIAS) zur russischen Außenpolitik



Dmytro Mykhailychenko, Hamburg / Kharkiv

Dmytro Mykhailychenko ist *Associate Professor* für Internationale Beziehungen und Politikwissenschaft an der *Simon Kuznets National Economic University* in Kharkiv, Ukraine. Er arbeitet zusammen mit Cord Jakobeit am *Hamburg Institute of Advanced Study* (HIAS) zur russischen Außenpolitik

02.05.2024 |



Marina Lystseva Kontinuität der russischen Außenpolitik: Putin träumt vom einstigen Imperium.- *picture alliance / Reuters*

Nach monatelangen Verzögerungen haben die beiden Häuser des US-Kongresses endlich die neue Militärhilfe für die Ukraine verabschiedet. Während dies für Kiew einen dringend benötigten Rettungsring und neue moralische Motivation bedeutet, zeigte sich Moskau vorhersehbar unbeeindruckt. Man berief sich implizit auf den angeblichen Vorteil auf dem Schlachtfeld: kein Waffenstillstand, keine Teilnahme an der geplanten Friedenskonferenz in der Schweiz und kein Abrücken von der Zielsetzung, die Ukraine vollständig in die russische Einflussphäre zurückzuholen.

Was wünschen sich Wladimir Putin und seine Landsleute, die ihn bei den letzten Präsidentschaftswahlen unterstützt haben, langfristig wirklich? Und welche Art von Frieden oder Friedensgesprächen kann mit Russland erreicht werden?

Der Verlauf der russischen Präsidentschaftswahlen im März war das Gegenteil von frei und fair. An der Wiederwahl Putins gab es nie einen Zweifel. In einem autoritären System, das sich immer mehr einer totalitären Diktatur annähert, hat weder die Opposition – wenn es denn eine gibt – eine echte Chance, noch ist den endgültigen Wahlergebnissen zu trauen. Dennoch sollte man sich davor hüten, sie nur als „Farce“ oder „Täuschung“ zu bezeichnen. Putin hat bekommen, was er wollte: [Die Botschaft an das interne und externe Publikum](#), dass die überwältigende Mehrheit der russischen Wählerinnen und Wähler seine Politik unterstützt, insbesondere die „militärische Spezialoperation“ in der Ukraine. Sein [Umgang mit dem Terroranschlag nahe Moskau](#) Ende März zeigte denselben Ansatz. Ungeachtet der westlichen Warnungen und der überwältigenden Beweise für die Urheberchaft einer Terrorgruppe des Islamischen Staates nutzte das Regime auch diese Gelegenheit, mit dem Finger auf Kiew zu zeigen.

Es wäre ein Fehler zu glauben, dass Putins Macht ausschließlich auf autoritären Mitteln, medialer Gehirnwäsche, polizeilicher Repression und politischem Mord beruht.

In den vergangenen zwei Jahrzehnten hat Putin das System der persönlichen Macht systematisch gestärkt, die Kontrolle über die Massenmedien in seinen Händen konzentriert und seine einflussreichsten Konkurrenten ausgeschaltet. Die Lebenserwartung von Verrätern und offenkundigen Gegnern, ob vermeintlich oder tatsächlich, ist sehr kurz geworden. Wenn von der Opposition in Russland die Rede ist, beziehen sich Beobachter in der Regel auf ihre liberalen und demokratischen Teile. Putin sieht sich jedoch mit einer anderen Art von interner Opposition konfrontiert, die seine Außenpolitik nicht aggressiv oder entschlossen genug findet und der Meinung ist, dass Russland zu viel Demokratie und Freiheit für redselige Liberale und versteckte Verräterinnen und Verräter bereithält. Es wäre ein Fehler zu glauben, dass Putins Macht ausschließlich auf autoritären Mitteln, medialer Gehirnwäsche, polizeilicher Repression und politischem Mord beruht. Die wahre Logik des russischen Autoritarismus liegt nicht so sehr in der Repression als vielmehr in der geschickten Aufrechterhaltung eines gewissen gesellschaftlichen Konsenses.

Die russische Gesellschaft will weder eine Rückkehr zu den Schrecken der kommunistischen Revolution von 1917 noch zum Chaos und zu den Reformen der „wildem 1990er“. Darin sind sich sowohl regierungsnahen Geschäftsleute und Beamte, die eine Enteignung fürchten, als auch die Masse der Bevölkerung mit Putin-freundlichen Einstellungen einig. Putin teilt seine besondere Weltanschauung mit der unterstützenden Mehrheit der heutigen russischen Gesellschaft. Insgesamt sind es drei eng miteinander verflochtene Hauptnarrative: [Sowjetnostalgie, Revisionismus und antiwestliche Stimmungsmache](#).

Seit Ende der 1990er Jahre dominiert in der russischen Gesellschaft die [Sehnsucht nach den glorreichen Sowjetzeiten](#) und der „großen sowjetischen Zivilisation“. Bei dieser Stimmung geht es nicht um die Sehnsucht nach den sozialen Vorteilen des entwickelten Sozialismus. Begünstigt durch den Öl- und Gas-Boom leben die Russinnen und Russen heute deutlich besser als je zuvor. Die zahlreichen Fernsehserien über die geschönte sowjetische Vergangenheit erinnern sie nicht an Warteschlangen für Wurst oder an leere Regale. Stattdessen wird die UdSSR im russischen Fernsehen vor allem als eine weltweit respektierte und gefürchtete Großmacht dargestellt. Der Rekurs auf den „Großen Vaterländischen Krieg“ mit dem Sieg über den Faschismus wird nicht nur an jedem 9. Mai betont. Dagegen löst der Verlust des sowjetischen Großmachtstatus – in Putins Worten „die größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts“ – bei der Pro-Putin-Mehrheit fast körperliches Unbehagen aus.

Selbst nach drei Jahrzehnten ist die russische Gesellschaft nicht bereit, das Selbstbestimmungsrecht anderer und die Souveränitätsansprüche postsowjetischer Staaten zu akzeptieren.

Die imperialistische territoriale Expansion, die seit der vorsowjetischen Zeit tief in der russischen Kultur verwurzelt ist, wird als eindeutiger Wert angesehen, der Verlust von Territorien dagegen als nationale Katastrophe. Selbst nach drei Jahrzehnten ist die russische Gesellschaft nicht bereit, das Selbstbestimmungsrecht anderer und die Souveränitätsansprüche postsowjetischer Staaten zu akzeptieren. Das Konzept der Wiedervereinigung ehemaliger sowjetischer Gebiete unter den Fittichen Russlands stößt auf breite nationale Zustimmung. Zudem bezieht sich dieser Revisionismus nicht nur auf die europäische Ordnung nach 1991, sondern auch auf die Errungenschaften der Entspannungspolitik und auf die nach 1945 geschaffene internationale Ordnung.

Wenn Russland durch Putin und seine Anhänger fordert, dass die NATO die Ukraine nicht aufnehmen und die Grenzen des Bündnisses wieder nach Westen verschieben solle, wie soll man diese Forderung verstehen? Hat Putin wirklich Angst vor einem sofortigen Angriff der NATO? Ist Nähe eine militärische Bedrohung? Warum protestiert Russland dann nicht noch stärker gegen die NATO-Mitgliedschaft Finnlands und Schwedens? Hier liegt die eigentliche Sorge Russlands: Die Mitgliedschaft der Ukraine und der osteuropäischen Länder in der NATO macht es unmöglich, sich diese Länder gewaltsam einzuverleiben und die gewünschte „Einflusssphäre“ wiederaufzubauen.

Lange vor Putin hat Russland seine Identität in Opposition zum Westen aufgebaut.

All dies ist durchdrungen von tief verwurzelten antiwestlichen Motiven in der russischen Kultur, die an die offiziellen Doktrinen der Zarenzeit, die Debatte zwischen Westlern und Slawophilen im 19. Jahrhundert, anknüpfen. Der Satz über den „verfaulten Westen“, der Russland mit seinen giftigen Ausdünstungen infiltriere, wurde erstmals 1841 geäußert und verkörpert ein dauerhaftes Narrativ. Lange vor Putin hat Russland seine Identität in Opposition zum Westen aufgebaut und einen kulturellen und politischen Mythos konstruiert, in dem der Westen fast alle moralischen Übel verkörpert, im krassen Gegensatz zu Russlands dargestellter Spiritualität, Solidarität und Reinheit. Aus dieser Perspektive erhält Putins Krieg eine existenzielle Dimension.

Es wäre eine grobe Vereinfachung zu glauben, dass Putin diese Gefühle zynisch ausnutze, um seine Macht zu festigen. Im Gegenteil, er teilt diese Gefühle aufrichtig. Auf dieser Welle reitend, kombiniert Putin technokratisch effektives Wirtschaftsmanagement, autoritäre Macht und sowjetische Rhetorik.

Man kann nicht behaupten, dass diese Situation für Russland etwas Neues sei. Russische Oppositionskommentatoren vergleichen Putin ganz offen mit einer anderen, ähnlichen historischen Figur – mit Zar Nikolaus I. In der Tat gibt es zu viele Ähnlichkeiten zwischen diesen historisch weit entfernten Episoden: erstickende Verfolgung, Ausnutzung militärischer Siege und ideologische Konfrontation mit Europa. Das autoritäre System von Nikolaus I., das unzerstörbar schien, zerfiel jedoch nach der Niederlage Russlands im Krimkrieg (1853–1856), in dem die geopolitischen Ambitionen des Zaren mit der geeinten Haltung der europäischen Länder kollidierten.

Die tiefe Verankerung der drei zentralen Narrative in der russischen Außenpolitik legt nahe, dass der Eroberungs- und Abnutzungskrieg weitergehen wird.

Im Angesicht der Niederlage änderte Russland seinen politischen Kurs drastisch, und es folgten für das Land liberale Reformen, die in Tiefe und Umfang beispiellos waren. Die Niederlage im Russisch-Japanischen Krieg 1904/1905 zwang Nikolaus II. dazu, politische Freiheiten zu gewähren und zu einer parlamentarischen Regierung überzugehen. Der äußerst erfolglose Krieg in Afghanistan in den 1980er Jahren erleichterte Michail Gorbatschows Übergang zu einem neuen politischen Denken, zu Glasnost und Perestroika. Wie es in der russischen Geschichtsschreibung üblich geworden ist, offenbarten diese militärischen Niederlagen die „Fäulnis des Regimes“. Sie weckten auch den Wunsch nach Reformen, sowohl in der Elite als auch in der breiten Masse.

Was heißt das für die aktuelle Situation und für die Perspektiven in der Ukraine? So wichtig die Offenheit für Friedenssignale und Verhandlungsbereitschaft sein mögen, legt die tiefe Verankerung der drei zentralen Narrative in der russischen Außenpolitik nahe, dass der Eroberungs- und Abnutzungskrieg weitergehen wird. Wenn es nicht gelingt, Russland von seinen Macht- und Territorialansprüchen in der Ukraine abzubringen, muss sich Europa auf anhaltenden Druck einstellen, dessen Ziele Putin seit Langem skizziert hat: die Wiederherstellung der Grenzen der UdSSR und des sowjetischen Einflussbereichs auf dem Kontinent.

https://www.ipg-journal.de/regionen/europa/artikel/im-osten-nichts-neues-1-7481/?utm_campaign=de_40_20240503&utm_medium=email&utm_source=newsletter

Georgien (Seiten E 141 bis E 144)

01) Schwieriger Balanceakt. Das Gesetz gegen ausländische Einflussnahme in Georgien bietet Anlass zur Sorge. Allerdings sollte sich der Westen aus den Protesten heraushalten

Von Artin DerSimonian & Anatol Lieven



Artin DerSimonian

Artin DerSimonian ist *Junior Research Fellow* im Eurasia-Programm des *Quincy Institute for Responsible Statecraft* in Washington, DC. Zuvor erwarb er 2022 einen Master in Russischen, Osteuropäischen und Eurasischen Studien an der *University of Glasgow*.



Anatol Lieven, Washington, DC

Anatol Lieven ist *Senior Research Fellow* für Russland und Europa am *Quincy Institute for Responsible Statecraft* in Washington, DC. Zuvor war er Professor an der *Georgetown University* in Katar und *Visiting Professor* am *Department of War Studies* des *King's College* in London.

17.05.2024



Proteste gegen das umstrittene Gesetz gegen ausländische Einflussnahme in Georgiens Hauptstadt.- *picture alliance / Anadolu | Davit Kachkachishvili*

In Georgien halten die Massenproteste an. Zehntausende gehen weiterhin gegen ein von der Regierung vorgeschlagenes Gesetz über „ausländische Einflussnahme“ auf die Straße. Dadurch hat sich die angespannte Lage in der ohnehin schon polarisierten georgischen Gesellschaft weiter verschärft. Der [Gesetzentwurf wurde am Dienstag nach Tumulten verabschiedet](#), bei denen es sogar zu Handgreiflichkeiten zwischen Gesetzgebern im Parlament kam.

Das Gesetz sieht vor, dass sich Nichtregierungsorganisationen, Medienorganisationen und Gewerkschaften, die mehr als 20 Prozent ihrer Einnahmen aus ausländischen Quellen beziehen, als „Organisationen, die den Interessen einer ausländischen Macht dienen“, registrieren lassen müssen. Das georgische Justizministerium soll diese Organisationen dann überwachen.

Aus den USA meldete sich der nationale Sicherheitsberater Jake Sullivan zu Wort und [erklärte am Samstag auf X](#), die Proteste der vergangenen Woche hätten die Haltung der georgischen Bevölkerung deutlich gezeigt: „Unbeeindruckt von Einschüchterungstaktiken haben heute zehntausende friedliche Demonstranten im regnerischen Tiflis gefordert, dass der Georgische Traum das Gesetz zurückzieht.“

Das georgische Parlament hatte [im vergangenen Jahr bereits einen fast identischen Gesetzentwurf eingebracht](#), ihn aber unter nationalem und internationalem Druck zurückgezogen. Die Regierungspartei, der Georgische Traum, betonte damals jedoch, dass dieser Rückzug nur vorübergehend sei. Viele der georgischen Nichtregierungsorganisationen erhalten den Hauptteil ihrer finanziellen Unterstützung aus westlichen Zuschüssen (oft von Organisationen, die direkt oder indirekt von der Europäischen Union, den USA und anderen westlichen Staaten finanziert werden). Obwohl diese offiziell unpolitisch sind, gehören viele der Organisationen der politischen Opposition an. Dies erklärt natürlich den Wunsch der Regierung, deren Einfluss zu begrenzen.

Das Gesetz und die anhaltenden Proteste sind Teil des sich verschärfenden Kalten Krieges zwischen Russland und dem Westen.

Das Gesetz und die anhaltenden Proteste sind Teil des sich verschärfenden Kalten Krieges zwischen Russland und dem Westen sowie der zunehmend prekären Stellung Georgiens in diesem Konflikt. Einerseits strebt die georgische Regierung, die seit zwölf Jahren an der Macht ist, aktiv die Mitgliedschaft in der EU und etwas weniger entschlossen auch in der NATO an. Im Dezember 2023 gewährte die EU Georgien den Status eines Beitrittskandidaten. [Eine große Mehrheit der georgischen Bevölkerung befürwortet die Integration in die EU](#) sowie, in geringerem Maße, in die NATO. Diese beiden Ziele sind so auch in der 2018 überarbeiteten Verfassung des Landes verankert. Die Regierung hat außerdem die russische Invasion in der Ukraine verurteilt und humanitäre Hilfe für die ukrainische Bevölkerung bereitgestellt.

Dennoch behauptet die Opposition, die Regierung sei kaum mehr als eine Handlangerin Moskaus, die sich heimlich gegen den westlichen Weg Georgiens stelle. Die Opposition bezeichnet den Gesetzentwurf als „russisches Gesetz“, und die Präsidentin Georgiens Salome Surabischwili – eine in Frankreich geborene frühere Verbündete der Regierung, die jetzt auf der Seite der Opposition steht – [beschuldigt die Regierung](#), „unseren Weg (nach Europa) und unsere Zukunft zu sabotieren“.

Die georgische Regierung sowie viele Georgierinnen und Georgier erinnern sich jedoch noch lebhaft an den georgisch-russischen Krieg von 2008, als eine Schlacht um das separatistische Gebiet Südossetien zu einer vernichtenden Niederlage Georgiens führte.

Man erinnert sich auch daran, dass sich die USA trotz überschwänglicher Freundschafts-, Unterstützungs- und Partnerschaftsbekundungen weigerten, zur Rettung Georgiens einzugreifen. Die Regierung ist daher seitdem entschlossen, einen neuen Konflikt mit Russland zu vermeiden. Aus diesem Grund fordern die Oppositionsmitglieder auch nicht, dass Georgien in den Krieg gegen Russland eintritt, obwohl sie die Regierung beschuldigen, sich auf die Seite des Kremls zu stellen. Dies scheint auch die Haltung der meisten Georgierinnen und Georgier widerzuspiegeln, die einen neuen Konflikt zutiefst ablehnen.

Georgien hat sich dem Großteil der [westlichen Sanktionen gegen Moskau nicht angeschlossen](#) und profitiert daher in hohem Maße von einer Zunahme des Handels mit Russland. Tiflis bemüht sich zudem, seine wirtschaftlichen Möglichkeiten über das weitgehend binäre West-Russland-Format hinaus zu erweitern, indem es seine Handels- und Investitionsbeziehungen mit der Türkei ausbaut und 2023 sogar [eine neue strategische Partnerschaft mit Peking](#) einging.

Es überrascht nicht, dass westliche NGOs und Regierungen das Gesetz scharf kritisieren.

In der Zwischenzeit hat die georgische Regierung, ähnlich wie populistische Parteien in Europa und Nordamerika, die Feindseligkeit konservativer Teile der georgischen Gesellschaft gegenüber der kulturellen Agenda der EU, insbesondere in Bezug auf LGBTQ-Themen, kanalisiert.

Im Jahr 2012 [erklärte der Milliardär Bidzina Iwanischwili](#) – der ursprünglich die Koalition zwischen dem Georgischen Traum und dem Demokratischen Georgien zum Sieg geführt hatte und seither als Geldgeber und graue Eminenz der Partei fungiert –, dass die Partei die Rhetorik des Kalten Krieges gegen Russland aufgeben und gleichzeitig die wahren Ursachen der explosiven Situation in der Region besser bekämpfen werde. Iwanischwili, der sein Vermögen in den 1990er Jahren in Russland gemacht hat, bevor er es in den Westen und nach Georgien transferierte, betonte die Verpflichtung des Georgischen Traums, „ein integraler Bestandteil der europäischen und atlantischen Institutionen zu werden“, unterstrich aber auch die Notwendigkeit, „die Möglichkeiten Georgiens realistisch einzuschätzen“ und „das Säbelrasseln“ gegenüber Russland einzustellen. Diese Ziele haben die Politik der Partei bis heute geprägt.

Es überrascht nicht, dass westliche NGOs und Regierungen das Gesetz scharf kritisieren, da es ihrer Meinung nach mit Georgiens europäischem Weg unvereinbar sei und sowohl von wachsendem Autoritarismus als auch von Moskaus Einfluss zeuge. Als Reaktion darauf hat wiederum der Georgische Traum die Einmischung des Westens scharf kritisiert (zu Recht oder zu Unrecht), die seiner Ansicht nach darauf abzielt, die georgische Opposition zu unterstützen, um die Regierung durch Proteste zu stürzen.

Iwanischwili [beschuldigte](#) eine „globale Kriegspartei“, die Georgier als „Kanonenfutter“ benutzen zu wollen, um sie in einen katastrophalen neuen Konflikt mit Moskau hineinzuziehen: „Die Finanzierung von NGOs, die sich als Hilfe für uns ausgibt, dient in Wirklichkeit dazu, (ausländische) Geheimdienste zu stärken und an die Macht zu bringen.“

Georgien wurde nach seiner Unabhängigkeit von der Sowjetunion immer wieder von Unruhen heimgesucht.

In dieser angespannten Lage sollte jeder, der Georgien auf dem Weg in die EU Erfolg wünscht, ein Interesse am Abbau der derzeitigen Spannungen haben. Der Westen kritisiert das bereits verabschiedete Gesetz zwar zu Recht. Dennoch sollten wir uns auch vor Augen führen, dass die meisten unserer Bürgerinnen und Bürger es für absolut untragbar hielten,

Seite E 144 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

wenn ausländische Institutionen, insbesondere solche, die mit ausländischen Staaten verbunden sind, die Hauptrolle bei der Finanzierung de facto politischer Gruppen hierzulande spielen würden.

Westliche Regierungen und Nichtregierungsorganisationen sollten sich davor hüten, die Verurteilung des Gesetzes und die Sympathie für die Proteste zu einer Unterstützung von Bestrebungen auszuweiten, die auf den Sturz der gewählten georgischen Regierung abzielen. Eine solche Strategie würde das Engagement des Westens für die Demokratie verraten und jede Regierung in der Welt, die sich westlicher Kritik ausgesetzt sieht, dazu ermutigen, zunehmend autoritäre Mittel zur Unterdrückung abweichender Meinungen einzusetzen.

Im Oktober stehen in Georgien Wahlen an und der Westen sollte natürlich alles tun, um sicherzustellen, dass sie frei und fair sind. Wir dürfen nicht vergessen, dass sich Georgien in einer prekären Lage befindet – sowohl in sicherheitspolitischer als auch in wirtschaftlicher Hinsicht – und dass es nur klug ist, bei seinen Annäherungen an Russland Vorsicht walten zu lassen, ein Land, welches sich in der unmittelbaren Nachbarschaft befindet, während die EU und die USA weit weg sind. Wir sollten uns auch in Erinnerung rufen, dass der einzige legitime Weg, eine gewählte Regierung abzusetzen, über Wahlen führt. Daher sollten wir versuchen sicherzustellen, dass eine Mehrheit der Georgierinnen und Georgier im Oktober die Möglichkeit hat, ihre Meinung – nicht unsere – über ihre Regierung zum Ausdruck zu bringen.

Georgien wurde nach seiner Unabhängigkeit von der Sowjetunion immer wieder von Unruhen heimgesucht, die in den 1990er Jahren sogar in einen Bürgerkrieg ausarteten. Dies hat Georgien auf seinem Weg nach Europa nicht geholfen – und würde es auch ein wiederholtes Mal nicht tun.

Die [englische Originalversion](#) des Artikels erschien zuerst bei Responsible Statecraft.

https://www.ipg-journal.de/rubriken/demokratie-und-gesellschaft/artikel/schwieriger-balanceakt-7509/?utm_campaign=de_40_20240517&utm_medium=email&utm_source=newsletter

Keine Berichte

Frankreich (Seiten E 146 bis E 149)

01) Glücksman. In Frankreich führt der Spitzenkandidat die Sozialisten zu neuen Höhenflügen. Doch die Europawahl könnte auch Le Pen einen gewaltigen Schub geben

Von Adrienne Woltersdorf



Adrienne Woltersdorf, Paris

Adrienne Woltersdorf leitet das Büro der Friedrich-Ebert-Stiftung in Paris. Sie war Leiterin der Stabsstelle Kommunikation der FES und des Büros für Regionale Kooperation in Asien mit Sitz in Singapur sowie des FES-Büros in Afghanistan. Vorher hatte sie acht Jahre lang für die *taz* aus Washington und Berlin berichtet.

17.05.2024



Kann er sogar die Macron-Partei einholen? Raphael Glucksmann ist in Frankreich die Überraschung des EU-Wahlkampfes.- *picture alliance / Le Tellec Stephane/ABACA*

Wann hat es das zuletzt gegeben? „Phänomenal“ und „unglaublich“ – Worte, die gegenwärtig den Umfragen-Höhenflug des Spitzenkandidaten der französischen Sozialisten im Europawahlkampf beschreiben. Raphael Glucksmann ist die Überraschung des EU-Wahlkampfes schlechthin. Ein Außenseiter, der die einst mächtige, 2017 unter Francois Hollande brutal abgestürzte *Parti Socialiste* wieder träumen lässt.

Was ist passiert? Auch im Lager des französischen Präsidenten Emanuel Macron kratzt man sich die Köpfe. Woche für Woche robbt sich Glucksmann in den Umfragen an die

Seite E 147 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

Kandidatin des Präsidentenlagers, die Abgeordnete des Europaparlaments Valérie Hayer, heran. Wie zwei kommunizierende Röhren: Der Gewinn des einen ist der Verlust der anderen.

Während Demoskopien Glucksmann noch im Februar zwischen neun und zehn Prozent sahen, galten rund 20 Prozent plus für Hayer zunächst als sicher. Seitdem fällt Macrons Kandidatin Schritt für Schritt zurück. Ende Februar knapp 17 Prozent, Anfang Mai wurde sie von Harris interactive nur noch bei 15 Prozent gesehen. Glucksmann steigt unterdessen stetig in der Wählergunst auf und liegt nun mit 14,5 Prozent beinahe gleichauf.

Die Europawahlen könnten für die zerstrittene französische Linke durchaus Weichen stellen. Brice Teinturier, stellvertretender Generaldirektor des Marktforschungsinstituts Ipsos, ist sich sicher, dass „sich in der Linken etwas tut“. Die guten Umfragewerte für die Liste PS-PP – die die Sozialistische Partei (PS) und Glucksmanns eigene Bewegung *Place publique* (PP) vereint – zeigten, dass „die sozialdemokratische Sensibilität nicht verschwunden ist“, so der Meinungsforscher.

In der Parti Socialiste kann man das Glück kaum fassen, dass es tatsächlich gelingt, verlorene Wähler zurückzuholen.

In der *Parti Socialiste* kann man das Glück kaum fassen, dass es tatsächlich gelingt, verlorene Wähler zurückzuholen. Auf der einen Seite sind dies vom linken Volkstribun Jean-Luc Mélenchon und seiner Ultraradikalisierung Verprellte. Auf der anderen Seite von Macrons Rechtsdrall empörte Wählerinnen und Wähler. Die effiziente Kampagne Glucksmanns – der übrigens kein Mitglied der PS ist – sägt gegenwärtig vor allem an Mélenchons Führungsanspruch innerhalb der kurzlebigen linken Allianz, der *Nouvelle Union populaire écologique et sociale* (Nupes). In dieser war die PS hinter der linken *La France insoumise* (LFI) von Mélenchon und den Grünen sogar auf den dritten Platz verwiesen worden. Und nun diese Wende. LFI, ursprünglich auf rund zehn Prozent geschätzt, ist seither abgestürzt und liegt nur noch bei knapp über sieben Prozent. Die Grünen, *Europe Ecologie-Les Verts* (EELV), dümpeln bei unter sechs Prozent.

Für die Linke wird am Tag nach der Wahl eine Schlacht um die Deutungshoheit der Ergebnisse einsetzen. Die Kritiker des PS-Parteichefs Olivier Faure werden vermutlich die Wiederauferstehung der sozialdemokratischen Linken feiern und sich darin bestätigt sehen, dass Nupes Gift für die PS sei. Andere werden versuchen, eine Neuauflage der Nupes unter PS-Führung zu entwerfen. Bei LFI behauptet man trotzig, dass die Europawahlen keinen Einfluss auf die Neuformierung der Linken haben würden und dass Mélenchon seine Führung in den Umfragen wiedererlangen werde, je näher das Jahr 2027 und die nächsten Präsidentschaftswahlen rücken.

Für die Französisinnen und Franzosen sind die Wahlen zum Europaparlament die erste nationale Wahl seit 2022, seit der Wiederwahl Macrons, und die letzte vor 2027. Es ist daher nicht überraschend, dass der Europawahlkampf im Nachbarland, anders als in Deutschland, bereits seit Macrons Regierungsumbildung Mitte Januar an Fahrt aufgenommen hatte. Nicht wenige Parteien, darunter die linkspopulistische LFI, erklären die Europawahl unermüdlich zum nationalen Referendum. Und haben damit nicht einmal Unrecht.

Der sich zuspitzende Wettlauf der Mitte macht in Paris allerdings fast vergessen, dass das wahre Drama anderswo spielt: der uneinholbare Abstand beider Mitte-Parteien zur rechtsextremen Partei *Rassemblement National* (RN). Die von dem 28-jährigen Spitzenkandidaten Jordan Bardella angeführte Liste könnte laut YouGov an die 33 Prozent einfahren. 30 Prozent zumindest gelten für den RN als sicher.

Floppt Macrons Last-Minute-Strategie, droht ihm auch parteiintern Gegenwind.

Damit wächst der Druck auf die eher unbekanntere Valérie Hayer ins Unermessliche. „Macrons Autoritätskapital, über das [er] in der Folgezeit noch verfügen kann, hängt vom Wahlergebnis ab“, sagt Jérôme Fourquet vom französischen Meinungsforschungsinstitut IFOP. Schneidet Hayer besser ab als angenommen, kann Macron hoffen, noch eine Weile Herr der Lage zu bleiben. Vor allem in der eigenen Partei. Wird Hayer jedoch von Glucksmann ein- oder sogar überholt, „wird jeder verstehen, dass es mit Macron vorbei ist,“ so Fourquet. Qua Verfassung darf Macron 2027 nach zwei Amtszeiten ohnehin nicht mehr kandidieren.

Den Außenseiter Glucksmann, so viel ist klar, hatte in Macrons Wahlkampfteam niemand auf dem Schirm. Nun macht sich, angesichts des drohenden Fiaskos am 9. Juni, Panik breit. Der Präsident stürzt sich in den Wahlkampf. Spricht in einer Neuauflage seiner großen Sorbonne-Europa-Reden von der gemeinsamen Verteidigung, der Stärkung der EU gegenüber China oder den USA und über die Ukraine. Er gibt Interviews und zeigt sich. Doch die Zustimmungswerte sinken. Die französischen Wählerinnen und Wähler sorgen sich laut Umfragen eher um die Migration nach Europa (42 Prozent), den Klimawandel (36 Prozent), und die Zukunft der Landwirtschaft (35 Prozent).

Macron, der seine Spitzenkandidatin Valérie Hayer aufgegeben zu haben scheint, schickt nun seinen jungen Premier ins Rennen. Das heiß diskutierte Fernsehduell zwischen *Renaissance* und RN soll nun wenige Tage vor den Wahlen, am 23. Mai, Gabriel Attal gegen Jordan Bardella bestreiten. Marine Le Pen stichelt unterdessen genüsslich, dass das Macron-Lager seit Beginn der Kampagne „darum kämpft, aus diesen Wahlen kein Referendum für oder gegen Emmanuel Macron“ zu machen.

Floppt Macrons Last-Minute-Strategie, droht ihm auch parteiintern Gegenwind. Die Anhänger des linken Flügels, die sich um den Vorsitzenden des Gesetzausschusses in der Nationalversammlung, Sacha Houlié, versammeln, werden die Schlappe als Strafe für Macrons Rechtsruck deuten. Der Präsident hatte im Januar mit der Kabinettsumbildung und der Ernennung des jungen Gabriel Attal zum neuen Premier einen rechtspopulistischen Weg eingeschlagen. Mit einem Ergebnis um die 15 Prozent erhalte der linke Flügel Argumente, um sich einer möglichen künftigen Koalition mit den rechtslastigen Republikanern zu widersetzen.

Stufe um Stufe erklimmt Marine Le Pen den Elysée-Palast.

Genau mit diesen aber liebäugelt Macron, um 2027 alle Kräfte für den letzten Wahlkampf zu versammeln. Den Zweikampf „Progressive gegen Nationalisten“, zwischen *Renaissance* und ihren Verbündeten gegen die Partei Marine Le Pens. Glaubt man den Unkenrufen, könnte der aber schon in der Nacht zum 10. Juni entschieden werden.

Feiern die Rechtsextremen in der Wahlnacht ein doppelt so gutes Ergebnis wie Macron, ist die Erzählung des unaufhaltsamen Aufstiegs der Marine Le Pen besiegelt. Stufe um Stufe erklimmt sie den Elysée-Palast. Ihre Partei ist schon jetzt aus dem politischen Alltag Frankreichs nicht mehr wegzudiskutieren. Mit 30 Prozent Zustimmung würde *Rassemblement National* quasi „banalisiert“ und zur Mehrheitspartei werden – mit weitreichenden Konsequenzen für die Handlungsfähigkeit des französischen Parlaments.

Europawahlen, die in Frankreich zuletzt nur 50 Prozent der Wahlberechtigten an die Urnen lockten, folgen eigenen Dynamiken. Wie wenig ein Europawahl-Erfolg mit nationaler Wertschätzung zu tun haben kann, dass könnten euphorisierte Sozialisten schon mal bei

Frankreichs Grünen erfragen. Im Jahr 2009 hatte deren Liste *Europe Ecologie-Les Verts* mit über 16 Prozent einen historischen Durchbruch geschafft und sich überraschend als drittstärkste politische Gruppierung des Landes durchgesetzt. Drei Jahre später erreichte ihre Kandidatin Eva Joly bei den Präsidentschaftswahlen 2012 kaum mehr zwei Prozent. Dass diese Gefahr auch dem rechtsextremen Lager droht, davon geht gegenwärtig jedoch niemand aus – hier sind die Zustimmungswerte stabil.

Die Europawahlen jedenfalls wühlen Frankreich auf und werfen ein grelles Licht auf dessen politische Landschaft. Die durchleidet seit 2017 einen fundamentalen Wandel: Die nahezu vollständige Implosion der Volksparteien bei zeitgleicher Erstarkung der extremen Ränder. Frankreich, soviel ist jetzt klar, ist alles andere als raus aus der Phase tiefer Instabilität.

https://www.ipg-journal.de/regionen/europa/artikel/gluecksmann-7511/?utm_campaign=de_40_20240517&utm_medium=email&utm_source=newsletter

Großbritannien (Seiten E 150 bis E 152)

01) Abgründe der Energiewende. Während Minenbetreiber in Schweden gute Geschäfte machen, bleibt für die Gemeinden wenig übrig – außer zerstörter Natur

Von Lisa Pelling



Lisa Pelling, Stockholm

Lisa Pelling ist Chef-Analystin bei *Arena Idea*, einem in Stockholm ansässigen Thinktank der *Arena*-Gruppe, einem Netzwerk von Gewerkschaften, NGOs und Unternehmen. Lisa Pelling hat zuvor als Programmmanagerin für Migrationsfragen für den Thinktank *Global Challenge* und als politische Beraterin des schwedischen Ministeriums für auswärtige Angelegenheiten gearbeitet.

13.05.2024



picture alliance / Hans Lucas | Union Europeenne

Was springt für uns dabei raus? – Diese Frage stellen sich die Menschen in Vittangi, seit bekannt wurde, dass das australische Bergbauunternehmen Talga in ihrer Nähe, in Nunasvaara in der arktischen Region Schwedens einen Grafit-Tagebau eröffnen will. Das

Seite E 151 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 848 vom 06.06.2024

möglicherweise riesengroße – als Tagebau betriebene – Bergwerk liegt direkt an den Ufern des gewaltigen Flusses Torne, vom Dorf aus gesehen stromaufwärts. In dieser atemberaubenden Berglandschaft etwa 170 Kilometer nördlich des Polarkreises will Talga in den nächsten 25 Jahren jährlich 100 000 Tonnen Grafit abbauen.

Das Unternehmen argumentiert, dass der Grafit, der hier abgebaut werden soll, eine wesentliche Ressource für die Energiewende sei: Seine einzigartige Schichtstruktur mache ihn zu einem attraktiven Material für Lithium-Ionen-Batterien, die für Elektroautos und andere Fahrzeuge sowie für Speichersysteme für erneuerbare Energien gebraucht würden. Der Planet werde davon profitieren – aber auch Vittangi?

Das Unternehmen verspricht, vor Ort rund 60 Menschen einzustellen. Aber abgesehen davon bekommt die nahe gelegene Gemeinde kaum etwas ab – außer natürlich Staub, Lärm, möglicherweise Boden- und Wasserverschmutzung und die Störung uralter Rentierpfade. Trotz der [Versprechen](#) von Talga, das Unternehmen werde die „international bewährtesten Verfahren zur Renaturierung“ anwenden, wenn es in einem Vierteljahrhundert die Gegend wieder verlässt, befürchtet Vittangi, dass am Ende doch nichts als Kiessäulen, Abraumhalden und eine zerstörte Landschaft bleiben.

Die Bergbauunternehmen zahlen fast gar nichts für das, was sie abbauen.

Schweden ist vielleicht ein Extremfall: Der Bergbau wird nur minimal besteuert, weshalb die Gemeinden außer den wenigen Arbeitsplätzen kaum Vorteile von der Mineralstoffgewinnung vor ihrer Haustür haben – ganz egal, wofür diese Mineralien genutzt werden. Die schwedischen Körperschaftssteuern sind niedrig: Bergbauunternehmen müssen lediglich eine vergleichsweise geringe Abgabe in Höhe von 0,2 Prozent auf den Wert des abgebauten Erzes zahlen. Davon gehen 0,15 Prozent an den Grundbesitzer und 0,05 Prozent an den Staat. Die Gemeinde geht leer aus.

Das Ganze sieht dann so aus: Die Bergbauunternehmen zahlen fast gar nichts für das, was sie abbauen. Im Gegenzug wird erwartet, dass sie vor Ort durch die Schaffung von Arbeitsplätzen für Einkommen sorgen. Das in Bergwerken oder im Tagebau abgebaute Erz ist für immer aus dem schwedischen Boden verschwunden – es sind endliche und erschöpfbare Ressourcen. Dabei spielt es auch keine Rolle, ob ein staatliches Bergbauunternehmen wie die schwedische LKAB den unterirdischen Reichtum abgreift, oder ein privates Unternehmen wie die australische Talga.

Von den Bergbauunternehmen wird erwartet, dass sie die Reichtümer, die sie aus der Erde holen, quasi durch die Löhne der Beschäftigten bezahlen. Damals, als im Bergbau noch viele Arbeitskräfte gebraucht wurden, war das auch eine gute Abmachung. Heute funktioniert dieses System aber nicht mehr. Grund dafür ist die Mechanisierung und Automatisierung. Im riesigen LKAB-Bergwerk Kiirunavaara, gleich nördlich von Vittangi, wurden Vorschlaghammer und Schaufeln [schon vor langer Zeit](#) durch gigantische mechanische Radlader ersetzt. Die größten haben eine Nutzlastkapazität von 25 Tonnen und können neun Kubikmeter auf einmal aufnehmen. Sie werden per Fernbedienung gesteuert, eine Arbeitskraft kann mehrere Maschinen gleichzeitig bedienen. Der Berg wurde bis zur Unkenntlichkeit ausgeschabt und ausgehöhlt – und das trifft auch für den manuellen Arbeitsanteil im Bergbau zu. Die wenigen verbliebenen Arbeitsplätze sind zwar sehr viel sicherer und weitaus besser bezahlt als früher, aber werden kaum mit den Menschen vor Ort besetzt. Maschinen ersetzen seit langem die Arbeiter und Maschinen zahlen keine Gemeindesteuern.

Und das ist nicht das einzige Problem. Viele der Beschäftigten in der Bergbauindustrie zahlen ihre Einkommenssteuer nicht am Arbeitsort. Als die Stadt Kiruna 1898 gegründet wurde, gab es die Wörter „einfliegen“ und „ausfliegen“ noch gar nicht, heute aber pendeln laut Aussage des Bürgermeister Mats Taaeveniku einige Tausend Menschen jede Woche mit dem Flugzeug nach Kiruna. Sie zahlen ihre Steuern andernorts – fliegen also im wahrsten Sinne des Wortes mit ihren Gewinnen aus dem Bergbau davon. Das gilt auch für die Bereiche Technik, Verwaltung und Management der LKAB. Der Hauptsitz des Unternehmens befindet sich in der Küstenstadt Luleå und einige der bestbezahlten leitenden Angestellten haben ihre Büros im World Trade Center Stockholm.

Das fossile Grafit, das Talga abbauen will, könnte sich als Umweg für die Energiewende erweisen.

Dieses Bergwerk ist unglaublich ergiebig – es enthält vermutlich eines der größten Eisenerzvorkommen der Welt – und doch hat die Gemeinde Schulden in Höhe von über 200 Millionen Euro. Der Vorsitzende des Gemeinderats kam zu einer offensichtlichen Schlussfolgerung: Für die Stadt Kiruna ist es nicht zumutbar, dem Rest Schwedens und der Welt Wohlstand zu liefern, während sie sich nicht einmal die Grundversorgung ihrer eigenen Bewohner leisten kann. Als Talga die Gemeinde Anfang des Jahres drängte, die nötigen Genehmigungen zu erteilen, damit das Unternehmen mit dem Bergbau in Nunasvaara beginnen könne, verlor der Bürgermeister daher die Geduld und legte das gesamte Genehmigungsverfahren auf Eis.

Und das war eine gute Entscheidung. Denn das fossile Grafit, das Talga abbauen will, könnte sich als Umweg für die Energiewende erweisen – das Forstunternehmen Stora Enso [entwickelt gerade ein alternatives Material](#), das auf Rohstoffen aus dem Wald basiert. Gerade weil Talgas Geschäftstätigkeit als Teil des Übergangs dargestellt wird, ist es entscheidend, dass auch die Gemeinde vor Ort davon profitiert.

Überall in Europa sind Gemeinden dabei, ihren Weg zu einem gerechten Übergang zu finden. In der finnischen Region Pohjois-Pohjanmaa erheben die Gemeinden eine Grundsteuer für Windkraft-Unternehmen und haben ein System mit „Dorf-Gutscheinen“ ausgehandelt, um sicherzustellen, dass ein Anteil der Unternehmensgewinne vor Ort investiert wird. Durch ein [beeindruckendes Modell](#), das unter anderem die Verpachtung lokaler Grundstücke an Windparks beinhaltet, hat sich der deutsche Rhein-Hunsrück-Kreis westlich von Frankfurt am Main von einer bettelarmen zu einer prosperierenden Region entwickelt. Auf der dänischen Insel Bornholm ersetzt der innovative Industriepark GreenLab die in der Finanzkrise von 2008 verloren gegangenen Arbeitsplätze mit nachhaltigen Beschäftigungsmöglichkeiten.

[Elon Musks elektrische Teslas](#) sind vielleicht von großem Wert für die Energiewende, aber das kann nicht als Rechtfertigung dafür dienen, die Rechte von Arbeiterinnen und Arbeitern zu ignorieren oder [sich zu weigern](#), einen Tarifvertrag zu unterzeichnen. Die Energiewende muss sozial gerecht eingebettet werden – egal ob bei Tesla oder Talga.

Dieser Artikel ist eine gemeinsame Veröffentlichung von [Social Europe](#) und dem IPG-Journal.

Aus dem Englischen von Ina Goertz

https://www.ipg-journal.de/rubriken/wirtschaft-und-oekologie/artikel/abgruende-der-energiewende-7497/?utm_campaign=de_40_20240514&utm_medium=email&utm_source=newsletter